

Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens und
=====

Betriebswirtschaftslehre
=====

Inaugural - Dissertation

zur

Erlangung des Doktorgrades

der

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der

Johann Wolfgang Goethe - Universität Frankfurt am Main

vorgelegt von

Dipl. Kfm.

Klaus Becker

aus

Hanau a/M

1956

Erstgutachter: Privatdozent Dr. Dr. R. Dornemann

Zweitgutachter: Professor Dr. H. Koch

Tag der mündlichen Prüfung: 12. u. 14.11.1956

Tag der Promotion: 14.11.1956

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	9
<u>EINLEITUNG</u>	11
Erster Teil: Das gewerbliche Betriebsvermögen =====	13
<u>1. Abschnitt: Der Begriff des Betriebsvermögens</u>	13
A. Der Vermögensbegriff der Betriebswirtschafts- lehre	13
B. Der Betriebsvermögensbegriff im Bewertungs- gesetz	21
C. Die betriebswirtschaftliche Kritik an der steuerrechtlichen Begriffsbildung	27
<u>2. Abschnitt: Der Umfang des Betriebsvermögens</u>	29
A. Die Abgrenzung zwischen Betriebsvermögen und Privatvermögen	29
1. Die Abgrenzung unter betriebswirtschaft- lichen Gesichtspunkten	29
2. Die Abgrenzung im Bewertungsgesetz	29
3. Die steuerrechtliche Abgrenzung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten	33
B. Die Abgrenzung zwischen eigenem und fremden Vermögen	34
1. Die Abgrenzung unter betriebswirtschaft- lichen Gesichtspunkten	34
a) Grundsätzliches	34
b) Die Behandlung des Problems in der betriebswirtschaftlichen Literatur	35
c) Versuch einer Klärung des Problems	37
2. Die "Zurechnung" der Wirtschaftsgüter im Steuerrecht	42
a) Allgemeines	42
b) Die gesetzlichen Bestimmungen über die Zurechnung und ihre Auslegung durch die Rechtsprechung	43
3. Die steuerrechtliche Abgrenzung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten	46

Zweiter Teil: Die Ermittlung der Einheitswerte des ===== gewerblichen Betriebsvermögens	48
<u>Vorbemerkung:</u> Über die Bedeutung bilanztheoretischer, insbesondere dynamischer Gesichtspunkte bei der Einheitsbewertung	48
1. Abschnitt: Einheitswert und Gesamtwert der Unternehmung	51
A. Die Einheitswertermittlung als Gesamtver- mögensrechnung	51
B. Die Methode der Gesamtvermögensrechnung in der Betriebswirtschaftslehre und ihre Bezie- hungen zur Einheitswertermittlung	57
2. Abschnitt: Der Umfang des zu bewertenden Vermögens	62
A. Die Aktiva	62
I. Allgemeines	62
1. Bei der betriebswirtschaftlichen Substanzwertermittlung	62
2. Bei der Einheitsbewertung	64
II. Einzelne Wirtschaftsgüter: Die immateriellen Werte, insbesondere der Geschäftswert	65
1. Die Behandlung der immateriellen Werte in der Betriebswirtschaftslehre	65
2. Die immateriellen Werte in der Recht- sprechung des Reichsfinanzhofes	71
a) Allgemeines	71
b) Die isolierten Immaterialgüter	74
c) Die komplementären Immaterialgüter	75
aa) Der originäre Geschäftswert	75
bb) Der derivative Geschäftswert	77
d) Ergebnis	78
3. Die betriebswirtschaftliche Kritik an der steuerrechtlichen Behandlung der immateriellen Werte	78
B. Die Schulden	82
I. Zur grundsätzlichen Frage des Schuldenabzugs	82



II. Der Schuldenbegriff	84
1. Der betriebswirtschaftliche Schuldenbegriff	84
2. Der steuerrechtliche Schuldenbegriff	85
III. Einzelne Betriebsschulden	89
1. Die bedingten Lasten	89
a) Allgemeine Grundsätze für die Behandlung der von Bedingungen abhängigen Rechtsgeschäfte	89
b) Rückstellungen für Pensionsansparungen	90
aa) Das Problem bei formalrechtlicher Betrachtung	90
bb) Die wirtschaftliche Betrachtungsweise des Problems	94
2. Die Steuerschulden	99
3. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten	101
a) Allgemeines	101
b) Die Behandlung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten	102
c) Die Behandlung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten im Bewertungsrecht	104
d) Kritik an der Rechtsprechung des RFH	106
IV. Betriebswirtschaftliche Forderungen an die zukünftige Rechtsprechung und Gesetzgebung	106
<u>3. Abschnitt: Die Bewertung des Betriebsvermögens</u>	110
A. Die Bewertung mit dem Teilwert	110
I. Vorbemerkung	110
II. Der Teilwert im Steuerrecht	111
1. Der Teilwert bei der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens und dessen Verhältnis zum Teilwert des Einkommensteuergesetzes	111

2. Überblick über die Entstehungsgeschichte des Teilwerts	112
3. Die gesetzliche Definition	115
4. Der Teilwert in der Rechtsprechung der obersten Finanzgerichte	117
a) Die hypothetisch-theoretischen Grundlagen und die Methoden der Teilwertermittlung	117
b) Die praktische Durchführung	121
c) Die Problematik in der Rechtsprechung	124
aa) Die Rentabilität der Unternehmung	124
bb) Die Berücksichtigung der Unrentabilität einer Unternehmung	129
cc) Der Teilwert als "objektiver" Wert	130
III. Teilwert und Betriebswirtschaftslehre	133
1. Allgemeine betriebswirtschaftliche Erwägungen zum Teilwertproblem	133
a) Grundsätzliches	133
b) Gedanken zur Betriebsgebundenheit	134
c) Über die Berücksichtigung der Rentabilität	135
d) Zur Frage des "objektiven" Wertes	138
2. Teilwertähnliche Wertkategorien in der handelsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Literatur	139
3. Die Bewertung der Wirtschaftsgüter zur Ermittlung des Substanzwertes in der Betriebswirtschaftslehre und die sich daraus ergebenden Beziehungen zum Teilwert	143
IV. Ergebnis	146
B. Die Bewertung nichtnotierter Aktien und Anteile	149
I. Aktien und Anteile als Wirtschaftsgüter des gewerblichen Betriebsvermögens	149
II. Kann die Bewertung der Unternehmung als Ganzes betriebswirtschaftliche Grundlage der Anteilsbewertung sein?	151

III. Die Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile nach dem Bewertungsgesetz	154
1. Historischer Überblick	154
a) Die Entwicklung bis zur Einführung des "Berliner Verfahrens"	154
b) Das Berliner Verfahren	156
c) Die Entwicklung nach 1945	157
2. Das heute gültige Verfahren der Anteilsbewertung	159
a) Die Bewertungsvorschrift des § 13 Abs. 2 BewG.	159
b) Die Beziehungen zwischen notierten und nichtnotierten Aktien und Anteilen	161
c) Das sogenannte Stuttgarter Verfahren zur Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile	166
aa) Überblick über das Verfahren	166
bb) Der Vermögenswert	169
aaa) Der Einheitswert als Ausgangspunkt der Ermittlung des Vermögenswertes	169
bbb) Der besondere Wert des Vermögens einer Gesellschaft für den Anteilseigner	171
ccc) Der Einfluß der Steuerbilanz auf die Ermittlung des Vermögenswertes	174
cc) Die Ertragsaussichten	176
aaa) Allgemeines	176
bbb) Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Zukunftsertragsschätzung	177
ccc) Die Ermittlung der Ertragsaussichten beim Stuttgarter Verfahren	184
dd) Die Ermittlung des gemeinen Wertes aus Vermögenswert und Ertragshundertsatz	188

IV. Der Wert der Aktien und Anteile im System der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens	191
1. Allgemeines	191
2. Die Wertpapiere	192
3. Die Beteiligungen	192
<u>ERGEBNIS</u>	196
Schrifttumsverzeichnis	199
Lebenslauf	217

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
ALR	Allgemeines Landrecht
a.M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
AntBewR	Richtlinien zur Bewertung nichtnotierter Aktien und Anteile an Kapitalgesellschaften (Anteilsbewertungsrichtlinien)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BB.	Der Betriebsberater (Zs.)
Bd.	Band
BdF	Bundesminister der Finanzen
Bem.	Bemerkung
BewDV	Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP.	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zs.)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BStBl	Bundessteuerblatt
bzw.	beziehungsweise
Diss.	Dissertation
DStZ.	Deutsche Steuerzeitung, Ausg. A
Entsch.	Entscheidung
ErgStG	Ergänzungssteuergesetz
Erl.	Erläuterung
ESTG	Einkommensteuergesetzbuch
FR.	Finanz-Rundschau (Zs.)
HGB	Handelsgesetzbuch
Hwb. d.	Handwörterbuch der
InduSt.	Industrie und Steuer (Zs.)
Jg.	Jahrgang
LAG	Gesetz über den Lastenausgleich
Lfg.	Lieferung
OFH	Oberster Finanzgerichtshof
OVG (prOVG)	Preußisches Oberverwaltungsgericht

RAO	Reichsabgabenordnung
RBewDV	Durchführungsverordnung zum Reichsbewertungsgesetz
RBewG	Reichsbewertungsgesetz
Rderl.	Runderlass
RdF	Reichsminister der Finanzen
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RGBl	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidung des Reichsgerichts in Zivilsachen
ROHG	Reichsoberhandelsgericht
RStBl	Reichssteuerblatt
S.	Seite
s.	siehe
Sp.	Spalte
StAnpG	Steueranpassungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StW.	Steuer und Wirtschaft
u. E.	unseres Erachtens
vgl.	vergleiche
VjSchrStuFinR.	Vierteljahresschrift für Steuer- und Finanzrecht
VStER	Vermögensteuerergänzungsrichtlinien
VStR	Vermögensteuerrichtlinien
z.B.	zum Beispiel
ZfB.	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfHf.	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
Ziff.	Ziffer
Zs.	Zeitschrift

Zitierweise der obersten Steuergerichtsentscheidungen:

Bd.	Band der amtlichen Sammlung mit Angabe der Seite
RStBl u. BStBl	Jahrgang des Reichs- oder Bundessteuerblattes mit Angabe der Seite
StW	Jahrgang der Zeitschrift "Steuer und Wirtschaft" mit Angabe der Entscheidungsnummer

EINLEITUNG

Die Betriebswirtschaftslehre hat sich mit der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens nur verhältnismäßig wenig beschäftigt. Wohl gibt es einige gründliche Untersuchungen aus der Zeit, als die Einheitsbewertung in das deutsche Steuersystem eingebaut wurde, also aus den zwanziger und dem Anfang der dreißiger Jahre. Später wurden aber nur noch Einzelfragen von betriebswirtschaftlichen Autoren aufgegriffen. Umfassende betriebswirtschaftliche Untersuchungen über die Einheitsbewertung sind selten. Das liegt u.E. daran, daß sich die Betriebswirtschaftslehre selbst überhaupt kaum mehr mit den Fragen der Vermögensermittlung befaßte, nachdem sich die Auffassung durchgesetzt hatte, daß die normale Jahresbilanz des Kaufmanns in erster Linie, d.h. überwiegend den Zweck der Erfolgsermittlung verfolge. Auch die Untersuchungen im Zusammenhang mit der Gesamtbewertung von Unternehmungen ließen die reine Vermögensermittlung im Sinne der Vermögenssubstanz-Ermittlung zugunsten der Ermittlung des Ertragswertes einer Unternehmung immer mehr in den Hintergrund treten. Erst in jüngster Zeit ist die Forderung laut geworden, jetzt auch Probleme aus dem Bereich der Einheitsbewertung von der Betriebswirtschaftslehre aufzugreifen und festzustellen, "inwieweit bei der Berechnung der Einheitswerte des Betriebsvermögens betriebswirtschaftliche Grundsätze verwirklicht werden können und verwirklicht worden sind."¹⁾

In dieser Arbeit wird der Versuch unternommen, zunächst einmal einige solcher betriebswirtschaftlichen Grundsätze für die Ermittlung des steuerbaren Vermögens einer Unternehmung zu entwickeln bzw. aus der vorliegenden Literatur herauszuarbeiten. Erst dann, wenn Klarheit über diese Grundsätze besteht, kann geprüft werden, inwieweit sie bei der Einheitsbewertung nun tatsächlich verwirklicht werden oder zu verwirklichen sind. Dabei muß zunächst von dem Untersuchungs-

1) K. VAN DER VELDE, Einheitsbewertung des Betriebsvermögens und Betriebswirtschaftslehre, in: ZfHf. 1954, S. 273.

gegenstand als solchen, nämlich dem Vermögen einer Unternehmung, steuerlich dem Betriebsvermögen, ausgegangen werden. Er ist begrifflich zu erfassen und zu deuten und in verschiedener Hinsicht abzugrenzen. Dies geschieht im 1. Teil der Arbeit. Die Ermittlung des Vermögens, also die eigentliche Einheitsbewertung, wird im 2. Teil behandelt werden. Dabei ist zuerst festzustellen, w a s zu bewerten ist, d.h.also, was zum steuerbaren Vermögen einer Unternehmung gehört, was überhaupt Wirtschaftsgüter und Schulden - aus denen sich das Vermögen zusammensetzt - im Sinne des Gesetzes sind. Erst wenn diese Bestandsfragen geklärt sind, ist zu untersuchen, w i e dieser Bestand zu bewerten ist. Dies geschieht im letzten Abschnitt der Arbeit.

Alle bei der Behandlung dieser Probleme auftauchenden Fragen werden zunächst vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet werden. Anschließend wird dann jeweils eine Darstellung der steuerrechtlichen Behandlung erfolgen, um abschließend festzustellen, inwieweit die betriebswirtschaftlichen Grundsätze verwirklicht worden sind oder verwirklicht werden können.

Erster Teil: Das gewerbliche Betriebsvermögen.

=====

1. Abschnitt: Der Begriff des Betriebsvermögens.

A. Der Vermögensbegriff der Betriebswirtschaftslehre.

Dem Wort "Betriebsvermögen" begegnet man in der neueren betriebswirtschaftlichen Literatur nur sehr selten. Dort, wo es noch anzutreffen ist - insbesondere bei einigen schweizerischen Autoren ¹⁾ - wird es im gleichen oder einem ähnlichen Sinne gebraucht wie in der älteren betriebswirtschaftlichen Literatur, nämlich im Sinne dessen, was heute allgemein als Umlaufvermögen im Gegensatz zum Anlagevermögen einer Unternehmung bezeichnet wird. In diesem Sinne gebrauchen es u.a. NICKLISCH ²⁾, OSBAHR ³⁾, SCHAER ⁴⁾, GERSTNER ⁵⁾ und FINDEISEN ⁶⁾. Nachdem dem Wort "Betriebsvermögen" durch die deutsche Steuergesetzgebung eine andere Bedeutung beigelegt worden war, verzichtete man in der deutschen Betriebswirtschaftslehre ganz auf diesen Begriff.

Es ist deshalb zu fragen, welcher betriebswirtschaftliche Begriff überhaupt mit dem steuerlichen Begriff vergleichbar ist, d.h. eine dem Betriebsvermögensbegriff entsprechende

-
- 1) Vgl. A. WALTHER, Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung, 1. Bd., Zürich 1947, S. 159 ff.; 2. Bd., Zürich 1951, S. 73 u. 78; E. GSELL, Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, 3. Aufl., Zürich 1946, S. 63 u. 115; E. WEIDMANN, Bilanzkunde und Bilanzrecht, 3. Aufl., Zürich 1948, S. 50.
 - 2) H. NICKLISCH, Art. "Betriebsvermögen" in: Hwb.d. Betriebswirtschaft, I. Bd., Stuttgart 1926, Sp. 1124; Die Betriebswirtschaft, 7. Aufl., Stuttgart 1932, S. 392.
 - 3) W. OSBAHR, Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung, 3. Aufl., Berlin-Leipzig 1923, S. 134.
 - 4) F. J. SCHAER, Buchhaltung und Bilanz, 6. Aufl., Berlin 1932, S. 141.
 - 5) P. GERSTNER, Bilanzanalyse, 9. Aufl., Berlin und Leipzig 1928, S. 97.
 - 6) F. FINDEISEN, Unternehmung und Steuer, Stuttgart 1923, S. 64.

Bedeutung hat; denn es wäre ja nicht fruchtbar, den alten betriebswirtschaftlichen Begriff im Sinne von Umlaufvermögen dem steuerlichen Begriff gegenüberzustellen. Beide haben nichts miteinander zu tun.

Steuerrechtlich bedeutet "Betriebsvermögen": Vermögen des Betriebes, also auch der Unternehmung, denn das Steuerrecht setzt hier den Begriff des Betriebes mit dem der Unternehmung gleich. Mit dem Vermögen der Unternehmung hat sich die Betriebswirtschaftslehre sehr eingehend befaßt, und deshalb ist zunächst festzustellen, was betriebswirtschaftlich unter "Vermögen" verstanden wird.

Dabei sind drei Begriffe zu unterscheiden. Erstens, "Vermögen" überhaupt, dann: "Roh- (oder Brutto-) vermögen" und schließlich: "Rein- (oder Netto-)vermögen".

Zunächst zu "Vermögen": Wir müssen trennen in Autoren, die den Vermögensbegriff vorwiegend unter bilanzkundlichen Aspekten betrachten und definieren und solchen, die aus einer Betrachtung der lebenden Unternehmung heraus den Begriff entwickeln.

Wenden wir uns zunächst den Letzteren zu und gehen aus von FINDEISEN. Er sagt: "Vermögen ist das, was eine Unternehmung vermag, was sie aufzuweisen vermag." ¹⁾ Das ist nach MELLEROWICZ ²⁾ bei betrieblichen Vermögen die Fähigkeit, Ertrag abzuwerfen; d.h. also: Vermögen = Ertragskraft. Damit ist etwas ausgedrückt, was zukunftsgerichtet ist, worauf auch der schweizerische Betriebswirt KÄFER hinweist mit dem Wort ungeheuer, das Vermögen verkörpere die "Gesamtheit zukünftiger Nutzleistungseingangswahrscheinlichkeit." ³⁾ Ähnlich auch LEITNER, der folgende Gleichung aufstellt: Erwerbsmittel = Mittel zur Erzielung eines Ertrages = Betriebsmittel einer

1) FINDEISEN, a.a.O., S. 63

2) K. MELLEROWICZ, Wert und Wertung im Betrieb, Essen 1952, S. 69.

3) KÄFER, Betriebsrechnung, Zürich 1943, S. 100.

Unternehmung = Vermögen.¹⁾ Das entspricht aber nur dem ersten Halbsatz der FINDEISEN'schen Definition; denn im zweiten Halbsatz steht, genau gesehen, etwas anderes. Das, was eine Unternehmung aufzuweisen vermag, ist nämlich nicht abhängig von einem noch zu schaffenden Ertrag, sondern ist gegenständlich, substantiell, tatsächlich. Es weist darauf hin, daß die Unternehmung etwas besitzt, daß sie über etwas verfügt, auf Verfügungsmacht.²⁾

Es scheint uns in der kurzen, geradezu lapidaren Definition von FINDEISEN bereits die ganze Problematik einer jeden Begriffsbestimmung des Vermögens zum Ausdruck zu kommen. Die Frage, ob Vermögen in erster Linie etwas Substantielles ist oder aber die Möglichkeit zur Erzielung eines Ertrages, wird gerade auch in steuerlicher Hinsicht immer wieder auftauchen. SCHEFFLER meint, daß nicht eigentlich dem Vermögen, sondern dem "Kapital" der Ertragsgedanke inhärent sei. Vermögen sei umfassender, es umspanne neben dem "werbenden" auch noch das nicht werbende, d.i. das nicht Ertrag bringende Vermögen.³⁾ Wir werden bei der Behandlung des steuerrechtlichen Vermögensbegriffes auf diese Frage zurückkommen.

In der Betriebswirtschaftslehre betonen das Substantielle diejenigen Autoren, die von einer güterwirtschaftlichen Betrachtungsweise ausgehen. So denkt LE COUTRE also bei "Vermögen" in erster Linie an den Güterbestand einer Unternehmung und nennt ihn deshalb Vermögen, "weil von seinem Vorhandensein überhaupt, seiner Größe und seiner Zusammensetzung im allgemeinen die wirtschaftliche Leistung, welche ein Betrieb hervorzubringen vermag, weitgehend abhängt."⁴⁾ Er sagt, daß der Begriff Vermögen ausgesprochen sachlich-wirtschaftlich ausgerichtet sei im Gegensatz zum abstrakten Rechnungswert des Kapitals. "Das Vermögen stellt die konkrete Form dar, in die das in einer Unternehmung arbeitende Kapital, d.h. der in der Unternehmung investierte Geldwert

1) F. LEITNER, Wirtschaftslehre der Unternehmung, 5. Aufl., Berlin u. Leipzig 1926, S. 26.

2) vgl. FINDEISEN-GROSSMANN, Grundriß der Handelswissenschaft, 27. Aufl., Leipzig-Berlin 1944, S. 52.

3) SCHEFFLER, Zur Begriffsbildung von Vermögen und Kapital, in: ZfB. 1928, S. 761 (764 f.).

4) W. LE COUTRE, Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1, 4. Aufl., Wolfenbüttel 1949, S. 4.

gebracht worden ist."¹⁾ Ähnlich ist wohl auch NICKLISCH zu verstehen, der folgendermaßen definiert: "Das Vermögen im betriebswirtschaftlichen Sinne begreift die wirtschaftlichen Güter in sich, die durch einen selbständigen Betrieb zu einer Einheit zusammengefaßt worden sind."²⁾ Schließlich wäre in diesem Zusammenhang noch SCHÄFER zu nennen, der den Vermögensbegriff "wirtschaftlich-funktionell als Gesamtheit der einem Unternehmen für die Erfüllung seines Zweckes zur Verfügung stehenden Bestände an Sachgütern und Rechten" auf-
faßt.³⁾

Im Gegensatz zu den bisher Genannten stehen diejenigen Autoren, die den Vermögensbegriff aus der kaufmännischen Bilanz ableiten. Für sie ist Vermögen letzten Endes immer die Summe b e w e r t e t e r Güter, eine Geldwertsumme. Ihre Betrachtungsweise wollen wir als "finanzwirtschaftlich" bezeichnen.

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von "Werten", und zwar der sogenannten Aktiva und Passiva. Alle oder ein Teil dieser Werte wird als Vermögen bezeichnet. Dabei sind zwei Definitionen zu unterscheiden:

1. Vermögen = Aktiva = Rohvermögen
2. Vermögen = Aktiva ./ . Schulden = Reinvermögen.⁴⁾

Die 2. Form der Vermögensdefinition ist wirtschaftlich identisch mit der Anschauung, daß sowohl Güter wie Rechte (Aktiva) als auch die Verpflichtungen zum Vermögen der Unternehmung gehören, wobei in diesem Fall die Verpflichtungen (wirtschaftlich gesehen) negative Vermögensbestandteile darstellen.

1) W. LE COUTRE, Art. "Vermögen" in : Hwb. d. Betriebswirtschaft, 2. Aufl., 2. Bd., Stuttgart 1939, Sp. 2053.

2) NICKLISCH, Die Betriebswirtschaft, S. 322.

3) SCHÄFER, E., Die Unternehmung, Bd. I, Köln u. Opladen 1949, S. 130.

4) vgl. hierzu auch: R. PASSOW, Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, Bd. I: Allgemeiner Teil, 2. Aufl., Leipzig-Berlin 1918, S. 1 f.

Die Auffassung, daß das Vermögen auf der Aktivseite der Bilanz zum Ausdruck kommt, ist die vorherrschende. Sie kommt besonders klar zum Ausdruck bei OSBAHR: "Als Vermögen im Sinne der Bilanzkunde ist die Geldwertsumme der im Unternehmen wirtschaftlich tätigen Sach- und Rechtsgüter ohne Rücksicht auf etwaige Schulden zu verstehen."¹⁾ MAYER sagt: "Bilanzmäßiges Vermögen der Unternehmung ist die Gesamtheit der ihr zur Verfügung stehenden und bewerteten Güter und Rechte."²⁾ Ähnlich auch KOSIOL, der unter Vermögen die Gesamtheit der einer Unternehmung gehörigen Wirtschaftsgüter versteht.³⁾ WALTHER sagt: "Das Geld und der Geldwert der sachlichen Mittel, die der Unternehmung gehören, machen das Vermögen der Unternehmung aus."⁴⁾ Ebenso TÖNDURY-GSELL⁵⁾, LOHMANN⁶⁾ und WEIDMANN⁷⁾.

Die zweite mögliche Vermögensdefinition in finanzwirtschaftlicher Betrachtungsweise ist diejenige, die die Differenz zwischen den Aktiva und den Schulden einer Unternehmung als das Vermögen der Unternehmung ansieht. In dieser klaren Form: Aktiva ./- Schulden = Vermögen wird sie jedoch, soweit wir sehen, von keinem betriebswirtschaftlichen Autor ausgesprochen. Vielmehr wird von dem Abzug der Schulden vom Rohvermögen gesprochen, die Differenz ergebe das "Reinvermögen", und es bleibt offen, was nun eigentlich das Vermögen als solches ist. Dieser Betrachtungsweise liegt implizite die Anerkennung "negativer Vermögensbestandteile" (=Schulden) zugrunde. Eine sehr weitgehende Auffassung hat in diesem Sinne SCHAER vertreten: Da Schulden in der Zukunft zurückgezahlt werden müssen, und dies nur möglich ist durch Absonderung und Übergabe von entsprechenden Gütern aus den Aktiva, so

1) OSBAHR, a.a.O., S. 10.

2) MAYER, Einheitliche Bilanzterminologie, in: ZfB. 1931, S. 561, 633 (566).

3) E. KOSIOL, Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl., Berlin-Stuttgart 1949, S. 76.

4) WALTHER, a.a.O., 2. Bd., S. 65.

5) H. TÖNDURY und E. GSELL, Finanzierung, Zürich 1948, S.3 f.

6) M. LOHMANN, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Tübingen 1949, S. 124 f.

7) WEIDMANN, a.a.O., S. 51.

haben diese Güter (bzw. der entsprechende Geldbetrag) negativen Charakter. "Dann ist das Aktivvermögen von den Schulden befreit oder gereinigt und heißt daher Reinvermögen." ¹⁾ Von negativen Vermögenswerten spricht auch WALB ²⁾ und in der neueren Literatur LEHMANN ³⁾, der allerdings hinzufügt, daß die algebraische Summe der positiven und negativen Vermögensteile das "Kapital" ergäbe; er spricht also nicht von "Reinvermögen" ⁴⁾. Die Begriffe Roh- und Reinvermögen verwenden außer den genannten Autoren auch PRION ⁵⁾, GERSTNER ⁶⁾ und HASENACK ⁷⁾.

Die Bezeichnung "Reinvermögen" für die Differenz zwischen den Aktiva und den Schulden ist oft angegriffen worden als unzulässige und unbrauchbare Vermischung des Kapitalbegriffes mit dem Vermögensbegriff. Tatsächlich wird ja auch in der betriebswirtschaftlichen Literatur vorwiegend der Ausdruck "Eigenkapital" dafür verwendet. Ebenso ist die Bezeichnung der Schulden als "negative Vermögenswerte" angegriffen worden, und zwar insbesondere von KOSIOL, der es als "widersinnig" bezeichnet, von negativen Vermögen zu sprechen. ⁸⁾ WALTHER spricht von der "unlogischen Voraussetzung negativer Vermögenswerte" ⁹⁾. Wir werden in anderem Zusammenhang noch einmal auf diese Frage zurückkommen. ¹⁰⁾

1) SCHAER, a.a.O., S. 12.

2) E. WALB, Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Berlin-Wien 1926, S. 89.

3) M.R. LEHMANN, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2. Auf., Meisenheim 1949, S. 72.

4) LEHMANN, a.a.O., S. 74.

5) W. PRION, Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb, 2. Buch: Der Wirtschaftsbetrieb als Wirtschaft (Unternehmung), Berlin 1935, S. 28.

6) GERSTNER, a.a.O., S. 4.

7) W. HASENACK, Buchhaltung und Abschluß, Essen 1954, S. 35.

8) KOSIOL, a.a.O., S. 76.

9) WALTHER, a.a.O., Bd. 1.S. 162.

10) Vgl. S. 84 ff.

Es sind nun noch zwei Autoren zu erwähnen, deren Vermögensbegriffe nicht ohne weiteres in die Kategorien einzuordnen sind, nach denen wir bisher verfahren: SCHMALENBACH und

SCHMIDT. Bei keinem von ihnen findet man eine klare Definition, was sie unter "Vermögen" verstehen wollen. Bei SCHMALENBACH gibt es jedoch zwei Stellen in seiner "Dynamischen Bilanz", die erkennen lassen, daß für SCHMALENBACH "Vermögen" gleichbedeutend ist mit dem Wert einer ganzen Unternehmung. Er spricht einmal davon, daß man auf bilanzmäßigem Wege nicht zu einer richtigen Vermögensdarstellung komme, denn der Wert einer Unternehmung bestehe nicht aus der Summe der Werte der einzelnen Teile ¹⁾, und später sagt er noch einmal, daß man durch bilanzmäßige Addition der einzelnen Aktiva und Abzug der Passiva den Wert einer Unternehmung nicht gewinnt "und daher auch nicht das Vermögen des Kaufmanns" ²⁾. Dies bedeutet also entsprechend SCHMALENBACHs Gesamtwertlehre ³⁾, daß sich das Vermögen einer Unternehmung in ihrem Ertragswert ausdrückt.

SCHMIDT vertritt eine ähnliche Auffassung, jedoch wird der Vermögensbegriff von ihm in mehreren Formen verwendet, so daß es schwierig ist festzustellen, was er eigentlich meint. Er verwendet das Wort Vermögen einmal ausschließlich für die Aktiva, und zwar sowohl in güterwirtschaftlicher wie in finanzwirtschaftlicher Betrachtungsweise ⁴⁾; er spricht vom Reinvermögen als Differenz zwischen den Aktiven und den Passiven ⁵⁾ und schließlich von der Bilanz als Vermögensdarstellung, und zwar alles dessen, "was an Beständen einerseits, an Passiven andererseits vorhanden ist" ⁶⁾, womit also der gesamte Bilanzinhalt (auch das Eigenkapital!) als Vermögen bezeichnet wird. Dem entspricht auch eine gleichbedeutende Verwendung der Begriffe Vermögen und Kapital überhaupt ⁷⁾. Bei der Behandlung der

1) E. SCHMALENBACH, Dynamische Bilanz, 11. Aufl., Köln u. Opladen 1953, S. 28 (Hervorhebungen durch Verf.).

2) ebenda S. 32.

3) E. SCHMALENBACH, Die Beteiligungsfinanzierung, 8. Aufl., Köln und Opladen 1954, S. 35 ff.

4) F. SCHMIDT, Die organische Tageswertbilanz, (4. Aufl.), Wiesbaden 1951, S. 56.

5) ebenda S. 84. 6) ebenda S. 51. 7) ebenda S. 56.

Vermögensrechnung schließlich, auf die es ihm ja im Rahmen seiner dualistischen Bilanzlehre in erster Linie ankommt (und weniger auf eine präzise Vermögensdefinition), nähert er sich stark der Anschauung SCHMALENBACHs, indem er ebenfalls die Ermittlung des Gesamtwertes (Ertragswertes) der Unternehmung als *Z i e l* dieser Vermögensrechnung bezeichnet ¹⁾. Allerdings soll bei SCHMIDT die Vermögensrechnung zunächst und unmittelbar den Reproduktionswert ermitteln, dessen genaue Kenntnis Voraussetzung für die Errechnung des richtigen Ertrages sei, woraus sich dann durch Kapitalisierung der Gesamtwert (Ertragswert) der Unternehmung ermitteln ließe. Während also bei SCHMALENBACH Vermögensrechnung mit Gesamtwertermittlung gleichgesetzt wird, ist sie bei SCHMIDT nur eine Vorstufe dazu. Entsprechend der SCHMIDT'schen Terminologie, die sowohl die Aktiva wie die Passiva als Vermögenswerte bezeichnet, umfaßt auch die Vermögensrechnung die gesamte Bilanz. ²⁾

Abschließend sei noch erwähnt, daß auch MELLEROWICZ in ähnlicher Weise wie SCHMALENBACH und SCHMIDT (allerdings nur in einer Fußnote) davon spricht, daß in den Vermögensbilanzen "der Wert der Unternehmung als Ganzes, ihr gesamtes wirtschaftliches Können, zum Ausdruck kommen" muß ³⁾.

Fassen wir zusammen, so können wir feststellen, daß sich zwei grundsätzliche Auffassungen über den Inhalt des Vermögensbegriffes gegenüberstehen. Die eine ist ertragsbezogen, versteht also unter Vermögen die Ertragskraft einer Unternehmung, die gemessen wird an ihrem Ertragswert (= Gesamtwert). Die andere Auffassung ist substanzbezogen. Der substanzbezogene Vermögensbegriff schließlich wird in zwei Formen verwendet: als Roh- und Reinvermögen; als Rohvermögen kann er güterwirtschaftlich und finanzwirtschaftlich gebraucht werden.

1) SCHMIDT, a.a.O., S. 90.

2) ebenda S. 91. f.

3) K. MELLEROWICZ, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 5. Aufl., Berlin 1948, S. 31 Fußnote.

B. Der Betriebsvermögensbegriff im Bewertungsgesetz

Das Wort "Vermögen" wird im Bewertungsgesetz in verschiedenen Zusammensetzungen und mit verschiedenem Begriffsinhalt gebraucht: Erstens, als Bezeichnung für eine geldwertmäßig bestimmte, abstrakte Rechnungsgröße, und in diesem Sinne wird von "Vermögenssteuer" gesprochen; zweitens, in einer auf die realen Güter bezogenen Form dort, wo das Gesetz z.B. von den "Vermögensgegenständen" oder der Bewertung des "Vermögens" spricht. Für uns ist zunächst von Bedeutung der Begriff in der zuerst genannten Form und Anwendung, also als eine abstrakte Rechnungsgröße.

Das Vermögen als solches, also der Wert des Gesamtvermögens eines Steuerpflichtigen, das bei der Vermögenssteuer als Bemessungsgrundlage dient, ist ein Reinvermögen, d.h. vom Rohvermögen werden, wie es § 74 Abs. 1 BewG bestimmt, die Schulden abgezogen. Bei der Aufteilung des Gesamtvermögens in die vier Vermögensarten handelt es sich jedoch nicht um das jeweilige Reinvermögen, sondern "Land- und forstwirtschaftliches Vermögen", "Grundvermögen" und "Sonstiges Vermögen" sind Bezeichnungen für das jeweilige Rohvermögen. Die Ausnahme bildet das "Betriebsvermögen".

§ 54 Abs. 1 BewG bestimmt, daß zum Betriebsvermögen alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit gehören, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dient, soweit die Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber gehören. Diese Bestimmung bringt also die formale Abgrenzung des Begriffes, sie sagt, welche Wirtschaftsgüter überhaupt zum Betriebsvermögen gehören. In den §§ 62 Abs. 1 und 66 Abs. 4 ist die eigentliche Begriffsbestimmung zu finden: Der Einheitswert des gewerblichen Betriebes, d.h. sein Gesamtwert oder ganz allgemein der Wert des Betriebsvermögens ergibt sich nach Abzug der Schulden vom Rohvermögen. Daraus folgt eindeutig, daß der Terminus "Betriebsvermögen" im Bewertungsgesetz in der Terminologie der Betriebswirtschaftslehre ein Reinvermögen ist, das bedeutet gleichzeitig, daß das steuerliche Betriebsvermögen begrifflich dem Eigenkapital der Unternehmung entspricht.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß eine gewisse Diskrepanz zwischen § 54 Abs. 1 und den §§ 62 Abs. 1 und 66 Abs. 4 besteht, insofern nämlich, als im § 54 Abs. 1 zunächst in, man könnte sagen güterwirtschaftlicher Betrachtungsweise festgestellt wird, w a s zum Betriebsvermögen gehört. Dabei werden die Teile der Einheit als Wirtschaftsgüter bezeichnet. Da diese Bestimmung die später folgenden über die Errechnung des Wertes des Vermögens nur erläutert, und später auch die Schulden berücksichtigt werden, ist zu fragen ob auch die Schulden Wirtschaftsgüter, eventuell negative Wirtschaftsgüter im Sinne des Gesetzes sind. Es kann wohl nicht bestritten werden, daß auch die Schulden ein "Teil" der wirtschaftlichen Einheit sind, allerdings ist es zumindest ungewöhnlich zu sagen, daß jemandem Schulden "gehören". Aus dieser Unklarheit des Gesetzes in der Terminologie haben sich tatsächlich gelegentlich Streitfragen ergeben.¹⁾

Wir haben festgestellt, daß in der Betriebswirtschaftslehre zwei verschiedenartige Auffassungen über das Vermögen vorherrschen. Wir nannten sie die ertragsbezogene und die substanzbezogene Auffassung. Es erscheint notwendig festzustellen, welche Art Vermögensbegriff die Finanzwissenschaft für die Vermögensbesteuerung vorgeschlagen hat, um zu erkennen, welche theoretischen Forderungen der praktischen Vermögenbesteuerung zugrunde liegen.

Uns scheint der Vermögenbesteuerung eine Auffassung zugrunde zu liegen, die nicht ertrags-, sondern substanzbezogen ist. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die durch die Vermögenbesteuerung erfaßt werden soll, wird nicht gemessen an dem Ertragswert des Vermögens sondern an seinem Substanzwert. Folgt man den Untersuchungen der Finanzwissenschaft, dann soll die Vermögensteuer diejenige (zusätzliche) wirtschaftliche Leistungsfähigkeit treffen, die durch die Einkommenbesteuerung nicht erfaßt werden kann. Und zwar ist eine zusätz-

1) Vgl. z.B. die Diskussion über die "Gesamtbewertung" der Schulden, die sich u.a. daraus ergeben soll, daß die Schulden nicht dem Begriff des Wirtschaftsgutes unterzuordnen sind, deshalb also auch die Bestimmung über die Bewertung der Wirtschaftsgüter nicht für die Bewertung der Schulden gelten. Siehe auch S. 92 f. dieser Arbeit.

liche Leistungsfähigkeit nicht nur im ertragsbringenden Vermögen gegeben, sondern auch in dem Vermögen, das keinen Ertrag abwirft. Es ist also eine "potentielle" Leistungsfähigkeit, die auf der objektiv-technisch gegebenen beruht. Denn die Steuerpflichtigen, die nicht-ertragbringendes Vermögen besitzen, könnten sich nach MOLL "durch Verkauf eines Teiles ihrer Vermögenstücke und Neuanlagen ihrer Vermögenssubstanz in rentierenden Objekten - Wertpapieren usw. - auch ein höheres Einkommen verschaffen" ¹⁾. Daraus ergibt sich schon, daß die Höhe der Steuer unabhängig sein muß von dem Ertrag, den das Vermögen bringt. Dies kommt auch in der Begründung zum Preußischen Ergänzungssteuergesetz von 1893 zum Ausdruck, wo daraus der Schluß gezogen wird, daß der rechte Maßstab zur Erfassung dieser Leistungsfähigkeit der "Kapitalwert" des Vermögens ist, denn "insofern derselbe zugleich den Tauschwert anzeigt, ist die Voraussetzung begründet, daß gleichen Werten auch die gleiche steuerliche Leistungsfähigkeit entspricht." ²⁾ Auch hier wird gesagt, daß die Höhe der Steuer unabhängig von der Art der Vermögensanlage, d.h. von der Rentabilität sein müsse. ³⁾ Auch v. HECKEL hält den "Kapitalwert" des Vermögens für den geeigneten Maßstab, diese zusätzliche Leistungsfähigkeit zu erfassen, da er - erfolgsunabhängig - einen ausgleichenden Charakter habe. ⁴⁾ "Kapitalwert" bedeutet nun e.E. nichts anderes, als daß die Vermögensbewertung als Grundlage der Erfassung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die im Vermögensbesitz gegeben ist, "nur von einer wertmäßigen Würdigung der einzelnen Vermögensbestandteile" ausgehen soll und auch kann. ⁵⁾

1) B. MOLL, Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Berlin 1930, S. 545.

2) in: B. FUISTING, Die Preußischen direkten Steuern, 2. Bd.: Kommentar zum Ergänzungssteuergesetz, Berlin 1899, S. 2.

3) ebenda

4) M. v. HECKEL, Art. "Vermögenssteuer" in: Hwb. d. Volkswirtschaft, 3. Aufl., 2. Bd., Jena 1911, S. 1173.

5) E. BLUMENSTEIN, System des Steuerrechts, Zürich 1945, S. 117.

Entsprechend dem modernen Vermögenssteuerbegriff bedeutet das ganz allgemein "Reduzierung der Summe wirtschaftlicher Güter und wirtschaftlich bewertbarer Berechtigungen, die in der Verfügungsgewalt einer Person stehen (eventuell mit gewissen Ausnahmen), unter Abzug der Schulden auf die Einheit des Geldwertausdruckes" ¹⁾. Die Auffassung, daß die zu steuernde zusätzliche Leistungsfähigkeit nicht im Vermögensertrag zum Ausdruck kommt, vertritt auch BOESSLER. Zwei nominell gleichgroße fundierte Einkommen brauchen nicht das Kennzeichen für eine gleichgroße zusätzliche Leistungsfähigkeit ihrer Bezieher zu sein. "Denn die Größe jener richtet sich nicht allein nach der nominellen Höhe des betreffenden fundierten Einkommens, sondern auch insbesondere nach dessen Fundierungsgrad." ²⁾ Der relativ genaueste Ausdruck dieses Fundierungsgrades sei der Verkehrswert des Vermögens, die Vermögensteuer eine nach diesem Wert bemessene, den Ertrag nicht berücksichtigende Steuer. ³⁾

Wir müssen zugeben, daß sich diese finanzwissenschaftlichen Grundsätze nicht ohne weiteres auf unser Problem der Einheitsbewertung anwenden lassen deshalb, weil die Beziehung zwischen Einheitsbewertung und Vermögensteuer nur eine von mehreren ist. D.h. die Einheitswerte dienen nicht nur als Bemessungsgrundlage bei der Vermögenssteuer im engeren Sinne (Vermögenssteuer), sondern auch bei der Ermittlung der Vermögensabgabe des Lastenausgleichs, der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital, der Erbschaftssteuer und einigen anderen. Trotzdem wird man sagen können, daß die Regeln zur Einheitsbewertung des Betriebsvermögens (insbesondere soweit sie sich nicht auf die systemdifferente einiger Betriebsgrundsätze beziehen) entwickelt wurden unter dem Aspekt der Vermögenbesteuerung im engeren Sinne. Logische Folgerung daraus ist z.B., daß bei der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital der Einheitswert des Betriebsvermögens nicht ohne weiteres übernommen wird, sondern durch Zurechnung und

-
- 1) B. MOLL, Probleme der Finanzwissenschaft, Leipzig 1924, S. 99.
 - 2) F. BOESSLER, Ertragswert und gemeiner Wert in der deutschen Vermögensbesteuerung, Leipzig 1925, S. 14.
 - 3) ebenda S. 14 f.

Kürzung "verobjektiviert", d.h. für die besondere Eigenart dieser Realsteuer brauchbar gemacht wird.

Bei einer systematischen Untersuchung der Einheitsbewertung muß auf *e i n e n* Anwendungsfall des Einheitswertes abgestellt werden, sonst lassen sich keine brauchbare Ergebnisse erzielen. Wir wählen die Vermögensteuer, weil sie, wie gesagt, die ursprünglichste und (neben der Vermögensabgabe des Lastenausgleiches, die aber erst nachträglich den Steuern hinzugefügt wurde, als deren Bemessungsgrundlage der Einheitswert dient) engste Beziehung zur Einheitsbewertung hat.

Es ist von betriebswirtschaftlicher Seite gesagt worden, daß das substanzbezogene Vermögen keine vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus geeignete Bemessungsgrundlage "für eine ins Gewicht fallende Besteuerung" sei, da die Ertragskraft der Unternehmung nur bedingt durch das Vermögen bestimmt werde, mindestens also das Vermögen mit seinem Ertragswert zugrunde zu legen sei.¹⁾ Dieser Einwand erscheint nicht berechtigt, wenn man den Zweck der Vermögensbesteuerung berücksichtigt. Die Besteuerung des Ertragswertes und damit der Ertragskraft wäre u. E. nichts anderes als eine zusätzliche Besteuerung des Gewinns, denn der Ertragswert einer Unternehmung errechnet sich ja aus deren (zukünftigen) Gewinnen. Gerade die Vermögensteuer soll ja nicht *d i e* wirtschaftliche Leistungsfähigkeit treffen, die im Gewinn, also im Einkommen begründet ist, sondern die *z u s ä t z l i c h e* Leistungsfähigkeit, die im Vermögen *b e s i t z* liegt, einerlei, ob dieser Vermögenbesitz ertragbringend ist oder nicht. Schon FUISTING hat bei der Kommentierung des Ergänzungssteuergesetzes (des Vorläufers des heutigen Vermögensteuergesetzes) darauf hingewiesen, daß die Zugrundelegung des Ertrages zu einer Ertragsbesteuerung führen würde, "deren Ersetzung durch eine Vermögensbesteuerung ja gerade der nächste Zweck des

1) A. GRAF, Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Zürich 1950 S. 16.

Ergänzungssteuergesetzes gewesen ist."¹⁾ Auch ENNO BECKER ist der Meinung, daß das Einkommen - also damit doch der Ertrag -, das mit dem Vermögen verbunden ist, der Vermögensteuer gleichgültig sei,²⁾ und LION hat einmal denselben Gedanken zum Ausdruck gebracht, als er sagte, daß kein Steuerpflichtiger für seine Tätigkeit einer Vermögensabgabe unterworfen werden könne.³⁾ Damit hat er u.E. nichts anderes gemeint, als daß der Ertrag bei der Vermögensbesteuerung nicht berücksichtigt werden darf. Schließlich sei noch auf HELPENSTEIN verwiesen: "Die Vermögensteuer zielt nicht (im Gegensatz zur Einkommensteuer, Verf.) auf das Erfassen der subjektiven, sondern der objektiven, in der Ertragsfähigkeit des Vermögens verkörperten Leistungsfähigkeit hin."⁴⁾

Nicht nur die finanzwissenschaftliche Auffassung berechtigt uns zu dieser Feststellung, sondern auch die praktische Durchführung der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögen ist keine Ermittlung des Ertragswertes einer Unternehmung. Das ergibt sich bereits aus dem Vermögensbegriff des Bewertungsgesetzes, der, wie wir gezeigt haben, begrifflich dem Eigenkapital entspricht. Das Eigenkapital hat aber nichts mit dem Ertragswert einer Unternehmung zu tun. Auf die Ermittlung des Einheitswertes soll hier zwar noch nicht näher eingegangen werden, dies mußte jedoch hier schon erwähnt werden, weil ja nicht zuletzt die tatsächliche Durchführung der Einheitsbewertung, wie sich aus dem Gesetz ergibt, Aufschluß über die Frage der Ertrags- oder Substanzbewertung geben muß.

-
- 1) FUISTING, a.a.O., S. 54. Vgl. hierzu auch: ebenda IV! Bd. Grundzüge der Steuerlehre, Berlin 1902, S. 288 f. und F. HOFFMANN, Grundzüge der mengen- und wertmäßigen Abgrenzung des Begriffes "kfm. Betriebsvermögen" im Einkommen- und Vermögensteuerrecht, Diss. Frankfurt 1934, S. 30.
 - 2) E. BECKER, Die Grundlagen der Einkommensteuer, München-Berlin 1940, S. 8.
 - 3) M. LION, Das Bilanzsteuerrecht, Berlin 1922, S. 194.
 - 4) F. HELPENSTEIN, Der Teilwert der steuerlichen Erfolgsbilanz in der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs, in: VjSchrStuFinR. 1931, S. 565 (566).

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß die Vermögensbesteuerung als solche nicht die Ertragskraft sondern die Vermögenssubstanz treffen will. Daraus ergibt sich, daß die Bemessungsgrundlage, also das Vermögen, auch begrifflich nur substanz- und nicht ertragsbezogen sein kann.

C. Die betriebswirtschaftliche Kritik an der steuerrechtlichen Begriffsbildung.

Wir hatten im 1. Kapitel dieses Abschnittes festgestellt, das es zwei Anwendungsformen des Vermögensbegriffes gibt, nämlich als Roh- oder als Reinvermögen. Wir haben weiterhin festgestellt, daß auch der bewertungsrechtliche Vermögensbegriff ein Reinvermögen zum Inhalt hat.

Es ist u.E. vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht anfechtbar, d e n Wert eines Unternehmens der Vermögensbesteuerung zugrunde zu legen, der sich ergibt, wenn man von den Aktiva der Unternehmung die Schulden abzieht; denn nur in d e m Vermögen des Steuerpflichtigen liegt eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit begründet, das von Verpflichtungen frei ist. Eine andere Frage ist es, ob man diese Differenz zwischen Rohvermögen und Schulden als "Reinvermögen" bzw. überhaupt als Vermögen bezeichnen soll. Im Bewertungsgesetz ist vom "Gesamtwert des gewerblichen Betriebs" § 66 Abs. 4 die Rede. Aber dieser Gesamtwert ist das "Betriebsvermögen". Unter bilanziellen Gesichtspunkten wäre es zweifellos richtiger, hier von "Eigenkapital" zu sprechen, was ja auch KOSIOL für das Steuerrecht vorgeschlagen hat.¹⁾ Wir können aber dieser Forderung nicht zustimmen, da u.E. der Vermögensbegriff des Bewertungsgesetzes nicht im bilanziellen Sinn zu erfassen ist. Denn obwohl er substanzbezogen ist, ist die steuerliche Ermittlung des Betriebsvermögens doch keine bilanzielle Aufgabe. Wenn KOSIOL meint, daß der Begriff "Reinvermögen" (hier also "Betriebsvermögen") ein

1) KOSIOL, Bilanzreform und Einheitsbilanz, S. 77.

Widerspruch in sich ist, weil es sich um gar keine Gesamtheit individuell aufzählbarer Wirtschaftsgüter handelt, eine Zurechnung der Schulden auf bestimmte Wirtschaftsgüter prinzipiell unmöglich ist, und man deshalb nicht sagen kann, worin das sogenannte "Reinvermögen" besteht, dann ist dem entgegenzuhalten, daß bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens ja letzten Endes nicht der Wert der einzelnen Vermögensteile ermittelt werden soll, sondern der Gesamtwert des Betriebsvermögens. Wir können auch nicht einsehen, weshalb es Voraussetzung für den Vermögensbegriff sein soll, daß sich das Vermögen nach den einzelnen Vermögensteilen aufzählen läßt, und ebensowenig können wir einsehen, daß eine Subtraktion von Aktiv- und Passivposten grundsätzlich widerspruchsvoll sein soll, da es sich dabei um "heterogene Wertgrößen" handelt.¹⁾ Sowohl Aktiv- wie Passivposten werden ausgedrückt in Geldwerteinheiten und als solche sind sie ohne weiteres subtrahierbar.

KOSIOL sieht hier eine Problematik, die u.E. garnicht vorhanden ist. Wir können wirklich nicht erkennen, weshalb vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus etwas dagegen einzuwenden sein soll, das Betriebsvermögen des Bewertungsgesetzes als ein "Reinvermögen" zu definieren. Mit einer einfachen Umbenennung in "Eigenkapital" wäre ja an den tatsächlichen Gegebenheiten auch nichts geändert, vielmehr würde dadurch die ganze Terminologie des Bewertungsgesetzes durcheinandergebracht, die nun einmal auf dem Vermögen- und nicht auf dem Kapitalbegriff aufbaut.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß der Vermögensbegriff des Bewertungsgesetzes substanzbezogen ist. Der "Gesamtwert des gewerblichen Betriebs" ist nach betriebswirtschaftlicher Terminologie ein "Reinvermögen". Er muß nicht mit dem bilanziell ermittelten Eigenkapital der Unternehmung übereinstimmen. Was dieser Gesamtwert ausdrückt, hängt von dem Umfang des "Betriebsvermögen" und seiner Bewertung ab.

1) KOSIOL, Bilanzreform und Einheitsbilanz, S. 76 f.

2. Abschnitt: Der Umfang des Betriebsvermögens.

A. Die Abgrenzung zwischen Betriebsvermögen und Privatvermögen.

1. Die Abgrenzung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Mit der Frage der Abgrenzung des Vermögens einer Unternehmung vom Privatvermögen des Eigentümers oder einer Mehrzahl von Eigentümern der Unternehmung hat sich die Betriebswirtschaftslehre nicht befaßt. Es ist nur indirekt gelegentlich etwas dazu gesagt worden. Und zwar ergibt sich der indirekte Hinweis auf die betriebswirtschaftliche Abgrenzung aus den Vermögensdefinitionen. Vermögen wird in der Betriebswirtschaftslehre immer definiert in Bezug auf die Unternehmung; man beschäftigt sich überhaupt nur mit dem Vermögen, das der Unternehmung "zur Verfügung steht"¹⁾, das wirtschaftlich im Unternehmen tätig ist²⁾, das der Unternehmung gehört³⁾ oder mit den Gütern, die durch einen selbständigen Betrieb zu einer Einheit zusammengefaßt worden sind.⁴⁾ Die wirtschaftliche Beziehung zur Unternehmung oder zum Betrieb ist also das Kriterium für die Abgrenzung vom Privatvermögen.

Diese Abgrenzungsfrage tritt nur bei den Unternehmungen auf, die keine eigene Rechtspersönlichkeit darstellen, da nur bei ihnen eine "private" Sphäre neben der betrieblichen möglich ist. Bei juristischen Personen kann es kein Privatvermögen in diesem Sinne geben.

2. Die Abgrenzung im Bewertungsgesetz.

Die Frage der Abgrenzung zwischen Betriebs- und Privatvermögen hat für das Steuerrecht eine große Bedeutung deshalb, weil die Entscheidung, ob ein Wirtschaftsgut zu der einen oder anderen Vermögensart zu rechnen ist, dafür ausschlag-

1) Vgl. MAYER, a.a.O., S. 566.

2) Vgl. OSBAHR, a.a.O., S. 10.

3) Vgl. KOSIOL, a.a.O., S. 76 und WALTHER, a.a.O., 2.Bd., S. 65.

4) Vgl. NICKLISCH, Betriebswirtschaft, S. 322.

gebend sein kann, ob es überhaupt der Besteuerung unterliegt bzw. welche Vorschriften der Steuergesetze Anwendung finden. Sie spielt eine große Rolle im Einkommensteuerrecht, aber auch bei der Feststellung des Einheitswertes des Betriebsvermögens ist es gelegentlich zu Streitfragen gekommen, insbesondere deshalb, weil das Privatvermögen nicht der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital unterliegt, für die ja auch der Einheitswert des Betriebsvermögens die Bemessungsgrundlage darstellt.

Die Abgrenzung des Betriebsvermögens wird durch den § 54 BewG vorgenommen. Danach gehören alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dienen, zum Betriebsvermögen. Das heißt also, daß das einzelne Wirtschaftsgut als Teil einer wirtschaftlichen Einheit

1. dem Betrieb eines Gewerbes dienen muß und
2. dies sein Hauptzweck ist.

Wirtschaftsgüter, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, gehören zum Privatvermögen des Steuerpflichtigen, also zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, zum Grundvermögen, zum sonstigen Vermögen, oder sie gehören überhaupt nicht zum steuerbaren Vermögen.

Was unter dem Betrieb eines Gewerbes zu verstehen ist, wurde zuerst vom RFH definiert ¹⁾ und ist später auch gesetzlich verankert worden, und zwar im § 7 Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung der §§ 17 bis 19 StAnpG vom 16.12.1941. ²⁾ Danach ist Voraussetzung für das Vorhandensein eines Gewerbebetriebes eine selbständige, nachhaltige Betätigung, die mit Gewinnabsicht unternommen wird (wobei die Gewinnabsicht auch nur ein Nebenzweck sein kann) und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt (mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft und der freien Berufe).

1) RFH-Urteil v. 4.2.1931 -VI A 176/30- Bd. 28,21 (26).

2) RStBl 1941, S. 937 ff. Vgl. auch: VStR 1953 Abschn. 5 Abs. 1.

Die Wirtschaftsgüter müssen dem Gewerbebetrieb dienen, d.h. sie müssen in irgendeiner Weise, und zwar dauernd - also nicht nur kurzfristig oder vorübergehend, - dem Betrieb nutzbar sein. Dazu gehört nicht nur die tatsächliche gewerbliche Nutzung, sondern z.B. auch die Erweiterung der Betriebsmöglichkeiten durch eine Erweiterung der Kreditunterlage.¹⁾ Die dazu verwandten Wirtschaftsgüter sind dann ebenfalls dem Betriebsvermögen zuzurechnen. Die bloße Verwaltung z.B. eines Grundstückes eines Gesellschafters durch die Gesellschaft auf dessen Rechnung begründet allein keine Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen.²⁾ Die Wirtschaftsgüter müssen also in irgendeiner Weise im Betrieb verwendet werden.³⁾ Maßgeblich ist die Zweckbestimmung, d.h. die tatsächliche Widmung durch den Betriebsinhaber.⁴⁾ Bei der Beurteilung des Sachverhaltes ist die Verkehrsanschauung entsprechend der allgemeinen Vorschrift des § 2 BewG zu berücksichtigen.⁵⁾

Grundsätzlich hat der RFH in ständiger Rechtsprechung festgestellt, daß alle Wirtschaftsgüter, die aus Betriebsmitteln angeschafft oder aus dem Betriebe herrühren oder ihrer Art nach in dem Betrieb eines Kaufmanns gewöhnlich Verwendung finden, zum Betriebsvermögen gehören.⁶⁾ Werden solche Wirtschaftsgüter dem Betriebsvermögen entnommen und dem Privatvermögen zugeführt, so ist eine klare Trennung zwischen diesen Wirtschaftsgütern und dem Betriebsvermögen

1) RFH-Urteil v. 12.10.1933 -III A 322/33- RStBl 1934, S.56.

2) RFH-Urteil v. 30.5.1934 -III A 50/34- RStBl 1934, 851

3) vgl. HAIDER-ENGEL-DÜRSCHKE, Bewertungsgesetz und Bodenschätzungsgesetz, 3. Aufl., München und Berlin 1954, Erl.4a) zu § 54 BewG und: RFH-Urteil v. 5.11.1936 -III A 176/36- RStBl 1937, 318.

4) vgl. RFH-Urteil v. 18.6.1930 -III A 324/29- RStBl 1930, 628.

5) vgl. GÜRSCHING-STENGER, Bewertungsgesetz Vermögensteuergesetz, Köln 1953, Anm. 8 zu § 54 BewG.

6) vgl. DZIEGALOWSKI-THÜMEN, Reichsbewertungsgesetz, 5. Aufl., Berlin 1940, Anm. 8 zu § 54; KREKELER, Reichsbewertungsgesetz, 5. Aufl., Berlin 1942, Anm. II 2a zu § 54 Abs. 1.

vorzunehmen.¹⁾ Dabei ist hervorzuheben, daß die Aufnahme der Wirtschaftsgüter in die Geschäftsbücher und die Handelsbilanz lediglich eine *V e r m u t u n g* für die Zugehörigkeit zum Betriebsvermögen begründet, der Steuerpflichtige also nachweisen kann, daß sie tatsächlich nicht zum Betriebsvermögen gehören.²⁾ Andererseits können auch Wirtschaftsgüter zum Betriebsvermögen gehören, die in der Geschäftsbilanz nicht enthalten sind.³⁾

Die weitere Voraussetzung für die Zugehörigkeit eines Wirtschaftsgutes zum Betriebsvermögen ist, wie gesagt, daß das "dem-gewerblichen-Betriebs-Dienen" Hauptzweck des Wirtschaftsgutes sein muß. Dies ist im allgemeinen dann anzunehmen, wenn es zu mehr als 50 % dem Betrieb dient.⁴⁾ Andernfalls ist es nur zu dem der gewerblichen Nutzung entsprechenden Teil dem Betriebsvermögen hinzuzurechnen.⁵⁾ Ist die Nutzung nur gelegentlich oder von untergeordneter Bedeutung, dann ist das Wirtschaftsgut der Vermögensart zuzurechnen, der es in der Hauptsache dient.⁶⁾

Die Frage der Abgrenzung des Betriebsvermögens vom Privatvermögen stellt sich nur bei Einzelunternehmungen und, in etwas anderer Form, bei Personengesellschaften. Sie besteht nicht für Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften und ähnlichen in § 56 BewG aufgezählten Unternehmungen. Hier wird der Umfang der wirtschaftlichen Einheit "gewerblicher Betriebe" gesetzlich erweitert. Sie umfaßt *a l l e* Wirtschaftsgüter, die diesen Unternehmungen gehören. Es gibt also keine betriebliche *u n d* private Sphäre, die voneinander abgegrenzt werden müßten. Es gibt nur eine betriebliche Sphäre und deshalb nur Betriebsvermögen. Weiterhin stellt sich hier nicht die Frage, ob über-

1) RFH-Urteil v. 3.9.1931 -III A 180/31- RStBl 1931,957.

2) RFH-Urteil v. 22.2.1934 -III A 6/34- RStBl 1934,390.

3) RFH-Urteil v. 26.5.1933 -III A 115/33- RStBl 1933,868.

4) VStR 1953 Abschn. 6 Abs. 4.

5) So: HAIDER-ENGEL-DÜRSCHKE, a.a.O., Erl. 4 zu § 54.

6) vgl. KREKELER, a.a.O., Anm. II 2a zu § 54 Abs. 1 und DZIEGALOWSKI-THÜMEN, a.a.O., Anm. 7 zu § 54.

haupt ein gewerblicher Betrieb vorliegt, sondern die in § 56 BewG aufgezählten, hier vorwiegend interessierenden Kapital- und Personengesellschaften sind gewerbliche Betriebe aufgrund des Gesetzes ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Gegenstand ihrer Betätigung. Es handelt sich hierbei um eine steuerrechtliche Fiktion, um der Verwaltung schwierige Prüfungen, ob ein Gewerbebetrieb vorliegt oder nicht, zu ersparen.¹⁾

Eine Zwischenstellung zwischen Kapitalgesellschaften einerseits und Einzelunternehmungen andererseits nehmen die in § 54 Abs. 1 Ziff. 7 BewG aufgeführten Personengesellschaften ein, die zwar als solche ebenfalls kein Privatvermögen haben können, da alle ihnen gehörenden Wirtschaftsgüter einen gewerblichen Betrieb bilden, andererseits aber seit dem Urteil des RFH vom 9.3.1944 Wirtschaftsgüter, die zwar den Gesellschaftern gehören, aber dem Betrieb *d i e n e n*, zum Betriebsvermögen der Gesellschaft zu rechnen sind.²⁾ Hier ist also die betriebliche Sphäre der Gesellschaft von der privaten Sphäre der Gesellschafter abzugrenzen, was nach den gleichen Grundsätzen wie bei der Einzelunternehmung geschieht.

3. Die steuerrechtliche Abgrenzung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Wir haben gesagt, daß es betriebswirtschaftlich auf die wirtschaftliche Beziehung zwischen dem einzelnen Wirtschaftsgut und der Unternehmung ankommt, anders ausgedrückt, auf den Zweck, den das Wirtschaftsgut tatsächlich erfüllt. U.E. ist dieser Grundsatz im Steuerrecht durchgeführt. Eine Abgrenzung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten wird nur auf den einzelnen tatsächlichen Fall dort mehr Rücksicht nehmen müssen, wo das Steuerrecht aus technischen Gründen allgemeine Grundsätze anwende wie den, daß alle Wirtschaftsgüter, die

1) vgl. HAIDER-ENGEL-DÜRSCHKE, a.a.O., Erl. 1 zu § 56.

2) -III 81/43' RStB1 1944, 491; vgl. auch: VStR 1953, Abschn. 13 Abs. 2.

aus Betriebsmitteln angeschafft oder aus dem Betrieb herführen oder aber ihrer Art nach in dem Betrieb eines Kaufmanns gewöhnlich Verwendung finden, zum Betriebsvermögen gehören. Im Grundsätzlichen bestehen hier aber keine Unterschiede. Man wird in diesem Fall vielleicht sogar sagen können, daß die von der Rechtsprechung entwickelten Grundsätze auch maßgebend sein könnten für eine betriebswirtschaftliche Abgrenzung des Privatvermögens vom Betriebsvermögen eines Unternehmens. Eine Befruchtung der Betriebswirtschaftslehre durch das Steuerrecht erscheint hier durchaus sinnvoll und für die Betriebswirtschaftslehre vorteilhaft.

F. Die Abgrenzung zwischen eigenem und fremden Vermögen.

1. Die Abgrenzung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

a) Grundsätzliches.

Die Begriffe "fremde" und "eigene" Gegenstände entstammen der Rechtsordnung. Normalerweise wird deshalb durch die Bestimmung des bürgerlichen Rechts eindeutig entschieden, ob ein Gegenstand des Rechtsverkehrs zum eigenen oder fremden Besitz einer Person gehört.

Betrachtet man nun aber diese Beziehung zwischen Person u. Gegenstand unter einem anderen Gesichtspunkt, nämlich unter einem rein wirtschaftlichen, speziell betriebswirtschaftlichen, so ist zunächst zu fragen, ob sich diese wirtschaftliche Betrachtungsweise des gleichen Phänomens überhaupt völlig von rechtlichen Gesichtspunkten frei machen kann und darf. U.E. ist dies nicht möglich. Zumindest soweit es die Beziehungen zwischen den wirtschaftlich handelnden Personen betrifft bzw. die Beziehungen zwischen diesen Personen und den Sachen und Rechten, stehen Recht und Wirtschaft in einer engen, unlöslichen Verbindung zueinander. Keine wirtschaftliche "Beziehung" ist denkbar,

ohne daß diese Beziehung durch die Rechtsordnung beeinflusst, gelenkt und letztlich konkretisiert würde. Wenn es sich also auch um zwei "gänzlich verschiedene Ordnungen des Lebens" handelt,¹⁾ so ist doch nicht zu übersehen, daß diese Ordnungen nicht isoliert betrachtet werden können, einfach aus der Tatsache heraus, daß beide Ordnungen sich gegenseitig beeinflussen und bestimmen.

Dies mußte hier vorweg geschickt werden, um zu erklären, weshalb wir auch bei der betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise unseres Problems nicht immer völlig von den Rechtswirkungen wirtschaftlicher Beziehungen abstrahieren können.

b) Die Behandlung des Problems in der betriebswirtschaftlichen Literatur.

Die moderne betriebswirtschaftliche Literatur hat, soweit sie sich mit dem Vermögen, insbesondere also mit der Bewertung des Vermögens oder von Vermögensgegenständen befaßt, dies in erster Linie im Rahmen der Beschäftigung mit der Erfolgs- und Kostenrechnung getan und auch dort, wo es um die Frage der Bewertung einer Unternehmung als Ganzes geht, die Bedeutung von Ertragsgesichtspunkten immer mehr in den Vordergrund gestellt. Daraus ergab sich eine gewisse Vernachlässigung der Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Vermögensermittlung (im Sinne der Ermittlung des Substanzwertes einer Unternehmung) ergeben, also auch bei der Frage, was einer Unternehmung - wirtschaftlich - gehört. Etwas anders war dies bei den sogenannten "statischen" Bilanztheoretikern. Von ihnen wurde auch das Problem der Abgrenzung des eigenen vom fremden Vermögen erkannt, aber doch nicht so vom Grundsätzlichen her erörtert, wie es notwendig scheint. Man beschränkte sich, mit wenigen Ausnahmen, auf die wir unten zurückkommen, auf eine wirtschaftliche Interpretierung der bürgerlich-rechtlichen Begriffe "Besitz", "Eigentum" usw.

In der Literatur finden sich folgende Äußerungen zu der Frage, ob zum Vermögen einer Unternehmung die Wirtschaftsgüter gehören, die im bürgerlich-rechtlichen Eigentum der Unterneh-

1) K. FRIEDLÄNDER, Schulden bei der Einheitsbewertung von Betriebsvermögen, in: StW. 1952, Sp. 418.

mung stehen oder aber auch diejenigen, die sich nur in ihrem Besitz befinden: LE COUTRE vertritt die, wie er selbst sagt, am weitesten gehende, rein wirtschaftliche Auffassung und rechnet zum Vermögen einer Unternehmung "die gesamten materiellen und immateriellen Güter, welche einem Unternehmen bzw. einem Betrieb für seine wirtschaftlichen Zwecke bzw. für seine darauf gerichtete Betätigung zur Verfügung stehen." ¹⁾ Er begründet dies damit, daß eine Unternehmung mit leihweise überlassenen Gütern oft sehr erfolgreich und bewußt wirtschaftet.

Den gleichen, umfassenden Vermögensbegriff vertritt auch LEITNER. Er geht dabei von der wirtschaftlichen Funktion des Vermögens aus, die darin besteht, daß die Vermögensgegenstände "Mittel des Erwerbs" sind, diese Funktion aber nicht nur die im Eigentum der Unternehmung stehenden Vermögensgegenstände haben, sondern auch das "fremde Vermögen". ²⁾

Ein weiterer Vertreter dieser Auffassung ist SCHÄFER, der sie damit begründet, daß es wirtschaftlich auf die tatsächliche Verfügung ankomme. ³⁾ Auf das "zur Verfügung stehen" stellen auch ab MAYER, ⁴⁾ PRION ⁵⁾ und GSELL ⁶⁾, ohne jedoch eine Begründung dafür zu geben. LEHMANN spricht von den Werten, "mit denen der Betrieb bzw. die Betriebswirtschaft arbeitet." ⁷⁾ Ähnlich ist wohl auch NICKLISCH zu verstehen, der bei der Abgrenzung des Vermögens als "Rechtsgrundlage" den Besitz ansehen möchte, da z.B. gepachtete Werte das Vermögen des Betriebes zweifellos vermehren würden. Dem würde dann allerdings die Verpflichtung zur Rückgabe gegenüberstehen. Da dem Besitz eines solchen Wirtschaftsgutes das Recht auf Nutzung entspräche, und eine Eigentum an Rechten möglich ist,

1) W. LE COUTRE, Art, "Vermögen" in: Hwb. d. Betriebswirtschaft, 2. Aufl., 2. Bd., Sp. 2050. (Hervorhebung durch Verf.).

2) LEITNER, Wirtschaftslehre, S. 27 ff.

3) SCHÄFER. Unternehmung, Bd. 1, S. 130.

4) MAYER. Bilanzterminologie, ZfB. 1931, S. 566.

5) PRION. Lehre vom Wirtschaftsbetrieb, a.a.O., S. 26.

6) GSELL, Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 63.

7) M. R. LEHMANN, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, S. 71.

würde sich letzten Endes doch der Begriff des Eigentums als Rechtsgrundlage der Abgrenzung behaupten.¹⁾

Die entgegengesetzte Auffassung, daß zum Vermögen einer Unternehmung nur die Wirtschaftsgüter gehören, die im bürgerlich-rechtlichen Eigentum der Unternehmung stehen, wird, soweit wir sehen, von maßgeblichen Autoren nicht vertreten.²⁾ Einige Autoren, die diese Fragen unter bilanziellen Aspekten betrachten, wie KOSIOL³⁾ und WALTHER⁴⁾ sprechen allerdings davon, daß das Vermögen die Gesamtheit derjenigen Wirtschaftsgüter sei, die der Unternehmung "gehören". "Gehören" deutet zwar auf Eigentum hin, ein Wirtschaftsgut gehört dem Eigentümer. Doch ist es fraglich, ob der betreffende Autor, der das Wort gebraucht, an das Eigentum im bürgerlich-rechtlichen Sinn gedacht hat oder aber an das sogenannte "wirtschaftliche" Eigentum, ein Begriff, mit dem wir uns bei der Besprechung der steuerlichen Regelung noch befassen werden. Diese Äußerungen können also nicht ohne weiteres in einem bestimmten Sinne ausgelegt werden.

c) Versuch einer Klärung des Problems.

Die angeführten Literaturstellen haben gezeigt, daß eine befriedigende Lösung der Frage, unter welchen Gesichtspunkten betriebswirtschaftlich eigenes von fremden Vermögen abzugrenzen ist, noch nicht gegeben worden ist. Wenn wir hier versuchen, einige Grundsätze für diese Abgrenzung herauszuarbeiten, so geschieht dies allerdings nur im Rahmen dieser Arbeit, also unter dem Aspekt der Ermittlung des Vermögens bzw. seines Wertes.

1) NICKLISCH, Betriebswirtschaft, S. 322.

2) Nur bei W. REINHARD, Betriebswirtschaftliche Betrachtung des steuerrechtlichen Vermögen- und Kapitalbegriffes, Bern 1949, S. 46, findet sich der Satz: "Während jedoch für die Zugehörigkeit eines Gegenstandes bzw. dessen Wertes zum Vermögen der Unternehmung betriebswirtschaftlich ausschließlich der zivilrechtliche Tatbestand des Eigentums maßgebend ist, ..."

3) KOSIOL, Bilanzreform und Einheitsbilanz, S. 76.

4) WALTHER, Wirtschaftslehre der Unternehmung, 2. Bd., S. 65 und 84.

Wie später an anderer Stelle noch eingehend ausgeführt werden wird,¹⁾ geht man bei der Ermittlung des Betriebsvermögens auch in der Betriebswirtschaftslehre von der Fiktion der Veräußerung der zu bewertenden Unternehmung aus und stellt eine Überlegung darüber an, für welche Vermögenswerte der Erwerber der Unternehmung bereit sein würde, im Rahmen des Gesamtkaufpreises etwas zu zahlen. Man wird ganz allgemein sagen können, daß er für diejenigen Vermögensgegenstände etwas zu zahlen bereit sein wird, von denen er sich einen Nutzen verspricht, sei es durch Einfügung in den Produktionsprozeß, durch "Nutzung" im engeren Sinne überhaupt, oder aber durch Veräußerung.²⁾ Er wird dies aber nur dann tun, wenn die Nutzungsmöglichkeit eine unbeschränkte ist, d.h. wenn dieser Nutzungsmöglichkeit nicht eine wirtschaftlich relevante Verpflichtung (einschließlich der Verpflichtung zur unentgeltlichen Veräußerung des Wirtschaftsgutes, z.B. an den Eigentümer) gegenübersteht, die den Wert der Nutzungsmöglichkeit einschränkt oder aufhebt.

Einige Beispiele, die typisch sind für den Grenzfall "eigenes" oder "fremdes" Vermögen, sollen dies erläutern.

1. Gemietete oder gepachtete und geliehene Wirtschaftsgüter.

Den Nutzen aus einem gemieteten oder gepachteten Wirtschaftsgut zieht sowohl der Mieter wie der Vermieter. Wir betrachten hier nur die Seite des Mieters, weil ihm das Wirtschaftsgut am Bewertungstag "zur Verfügung steht", es befindet sich in seinem Besitz. Der Nutzenziehung des Mieters steht eine Verpflichtung gegenüber: die Zahlung der Miete. Der Möglichkeit der Veräußerung steht die Verpflichtung zur Rückgabe an den Vermieter entgegen. Die Verpflichtung zur Rückgabe entspricht wirtschaftlich der Verfügungsmacht, beide sind gegeneinander gerichtet und haben sich auf. Ob der Nutzung wertmäßig die Mietzahlung entspricht, ist nur im einzelnen Fall zu entscheiden. Im allgemeinen dürfte der Wert der Nutzung den Wert

1) Vgl. insbesondere S. 57 ff.

2) Die wirtschaftliche Möglichkeit der Veräußerung soll im Folgenden als "Verfügungsmacht" bezeichnet werden.

dieser Verpflichtung in einer normalen Ertragswirtschaft übersteigen. Die Möglichkeit der Erzielung eines die Lasten übersteigenden Ertrages durch die Nutzung des gemieteten (gepachteten) Gutes wäre demnach ein wertsteigerndes Element der Unternehmung. D.h. auf die Sache bezogen: Unter der Voraussetzung, daß der Erwerber eines Betriebes in die bestehenden Mietverträge eintritt, würde er das Vorhandensein eines gemieteten (gepachteten) Wirtschaftsgutes bei der Bewertung der Unternehmung berücksichtigen.

Im Falle des Vorhandenseins eines geliehenen Gutes, wobei also eine unentgeltliche Nutzung stattfindet, ist es ohne weiteres einleuchtend, daß eine Unternehmung, in der solche geliehene Güter vorhanden sind, von einem Erwerber höher bewertet würde als eine Unternehmung, in der solche Güter nicht vorhanden sind.

Man kann einwenden, daß in den geschilderten Fällen doch nicht das betreffende gemietete, gepachtete oder geliehene Wirtschaftsgut zum Vermögen gehört und bewertet werden darf, sondern das **R e c h t** auf Nutzung. Unseres Erachtens ist diese Unterscheidung nur notwendig, wenn man die Frage vom juristischen Standpunkt aus betrachtet. Wirtschaftlich ergeben sich daraus keine Konsequenzen.

2. Treuhandeigentum.

Beim Treuhandeigentum handelt es sich darum, daß der Treuhänder über den übereigneten Gegenstand wie ein Eigentümer verfügen kann, und zwar im eigenen Namen, nicht aber zu eigenem Nutzen.¹⁾ Hier ist also die wirtschaftliche Situation verhältnismäßig einfach durch die Ausschaltung der Nutzungsmöglichkeit. Damit fällt eine Voraussetzung der wirtschaftlichen Zugehörigkeit zum Vermögen des Treuhänders weg. Die andere, nämlich die Verfügungsmacht - also die Möglichkeit der Veräußerung des Wirtschaftsgutes - ist zunächst, formal, gegeben. Da jedoch der dabei erzielte Erlös nicht dem Treu-

1) Entsprechendes gilt für Rechte, die wie von einem Berechtigtem ausgeübt werden können.

händer sondern dem Treugeber zuflösse, würde ein Erwerber der Unternehmung des Treuhänders nicht bereit sein, für ein solches Wirtschaftsgut etwas zu zahlen. In Treuhandeigentum genommene Wirtschaftsgüter dürfen also nicht zum Vermögen des Treuhänders gerechnet werden.

3. Die Sicherungsübereignung.

Bei der Sicherungsübereignung befinden sich die übereigneten Wirtschaftsgüter im Besitz des Kreditnehmers. Er ist berechtigt, die übereigneten Gegenstände zu nutzen und unter Umständen sogar zu veräußern. Im Falle der Nutzung wird ein wirtschaftlich bewertbares Nutzungsentgelt vom zivilrechtlichen Eigentümer - dem Kreditgeber - nicht gefordert. Die Zinsen, die für den Kredit gezahlt werden, schließen eine solche Nutzungsgebühr (= Miete) im allgemeinen nicht ein, da der Kreditgeber durch diese Nutzung keinen wirtschaftlichen Nachteil erleidet, der die Erhebung einer solchen Gebühr veranlassen könnte. Auf den Fall der Veräußerung (z.B. eines Warenlagers), die mit der Verpflichtung zur Wiederergänzung verbunden ist, brauchen wir nicht mehr einzugehen. Ein Erwerber der Unternehmung würde die sicherungsübereigneten Güter als werterhöhende Vermögensgegenstände bei der Errechnung des Wertes der Unternehmung berücksichtigen, da sie dem Betrieb zur Nutzung unentgeltlich zur Verfügung stehen.

4. Der Eigenbesitz.

Die bisher behandelten Fälle der Miete, Pacht, Leihe und Sicherungsübereignung werden juristisch als "Fremdbesitz" bezeichnet. D.h. der Besitzer ist sich darüber im klaren, daß er kein Eigentum an den betreffenden Gegenständen hat, und er verhält sich auch entsprechend. Er übt also den Besitz in "Anerkennung fremden Eigentums"¹⁾ aus. Beim "Eigenbesitz" liegen die Verhältnisse anders. "Wer eine Sache als ihm gehörig besitzt, ist Eigentümer" definiert § 872 BGB. Hierunter fallen also alle die Fälle, in denen der Besitzer eines Wirtschaftsgutes mit diesem so verfährt, als sei er Eigentümer desselben, als stehe ihm die volle Herrschafts-

gewalt über das Wirtschaftsgut zu. Einige Beispiele: Erwerb unter Eigentumsvorbehalt, Erwerbung des Besitzes eines Grundstückes aus Anlaß der Eigentumsübertragung, solange die Übereignung grundbuchlich noch nicht durchgeführt ist, Erwerb einer Sache durch ein nichtiges Rechtsgeschäft u.ä. Man wird eine im Eigenbesitz einer Unternehmung befindliche Sache dann zu ihrem Vermögen rechnen müssen, wenn sie die Nutzungen aus diesem Wirtschaftsgut zieht bzw. zu ziehen fähig ist, d.h. nicht durch den Eigentümer daran gehindert wird.

Damit sind einige der wesentlichsten "Grenzfälle" besprochen, bei denen bürgerlich-rechtliches Eigentum und wirtschaftliches "zur Verfügung stehen" auseinanderfallen. Alle diese Fälle lassen sich natürlich auch von der anderen Seite, also (mit Ausnahme des Treuhandeigentums) von der des Eigentümers aus betrachten. Dabei würde man zu dem Ergebnis kommen, daß nicht alle im Eigentum eines Unternehmens befindlichen Wirtschaftsgüter zu seinem "eigenen Vermögen" in dem hier gebrauchten Sinne zu rechnen sind.

Welche Grundregel ergibt sich nun daraus ganz allgemein für die Abgrenzung zwischen eigenem und fremden Vermögen einer Unternehmung? Der Begriff "Vermögen" ist ein wirtschaftlicher Begriff, kein juristischer. Die Zurechnung zum eigenen oder fremden Vermögen, die Frage der Zurechnung zu dem Vermögen einer Unternehmung überhaupt, kann sich nicht nach den zivilrechtlichen Bestimmungen über das Eigentum richten.¹⁾ Man sollte deshalb das zum Vermögen einer Unternehmung zählen, wofür ein Erwerber der Unternehmung etwas zu zahlen bereit sein würde. Das wird für alle solchen Wirtschaftsgüter (als umfassender Begriff für alle bewertungsfähigen wirtschaftlichen Verhältnisse) der Fall sein, von deren "Besitz" er sich einen wirtschaftlichen Vorteil verspricht.

1) Vgl. hierzu die Ausführungen im folgenden Abschnitt dieser Arbeit.

2. Die "Zurechnung" der Wirtschaftsgüter im Steuerrecht.

a) Allgemeines.

Das Bewertungsgesetz bestimmt in seinem § 54 Abs. 1, daß diejenigen Wirtschaftsgüter zum Betriebsvermögen zu rechnen sind, die dem Betriebsinhaber "gehören". Das Wort "gehören" weist, wie schon gesagt, dem allgemeinen Sprachgebrauch entsprechend, auf Eigentum hin. Nur die Wirtschaftsgüter gehören einem, deren Eigentümer man ist. "Eigentum" ist ein zivilrechtlich fest umrissener Begriff der Rechtsordnung. Er steht im Steuerrecht in enger Beziehung zu dem Begriff des Vermögens. Vermögen ist, im Gegensatz zu Eigentum, ein Begriff des Wirtschaftslebens. Wo er rechtlich gebraucht wird, zum Beispiel im HGB und StGB (§ 263), ist er umfassender als "Eigentum" und "Besitz" und drückt einen wirtschaftlichen Tatbestand aus. Da das Bewertungsgesetz nicht vom Wert des Eigentums spricht, sondern eben vom Wert des Vermögens, ergibt sich daraus schon, daß die bürgerlich-rechtliche Begriffsbildung nicht ohne weiteres ausreicht, die vom Gesetzgeber der Steuergesetze beabsichtigten Wirkungen zu erzielen. Besteuert werden sollen nicht formal-rechtliche sondern tatsächlich-wirtschaftliche Verhältnisse. Denn die Steuerzahlung selbst ist ja in erster Linie auch ein wirtschaftlicher Vorgang, ein wirtschaftlicher Eingriff in das Vermögen des Steuerpflichtigen. ENNO BECKER sagt dazu, daß der Gesetzgeber zwar "Eigentum" gesagt habe, aber gemeint sei damit die Macht, "im eigenen Interess über etwas zu verfügen, eine Verfügungsgewalt, die nur in der Regel mit dem Eigentum Hand in Hand geht."¹⁾ Natürlich hat auch jede Institution der Rechtsordnung, also auch das Eigentum, wirtschaftlichen Inhalt und wirtschaftliche Wirkungen. Aber dieser wirtschaftliche Ausdruck des Eigentums ist nicht immer der gleiche; er ist also bei dem "normalen" Eigentum ein anderer als zum Beispiel bei dem Treuhandeigentum. Um den Grundsatz der Gleichheit der Besteuerung zu wahren, mußte das Steuerrecht also eine Möglichkeit finden, diese Schwierigkeiten zu beseitigen.

1) E. BECKER, Zur Auslegung der Steuergesetze, in: StW.1924, Sp. 145 (169f.).

Dies geschah zunächst mit der Einführung des Begriffes des "wirtschaftlichen Eigentums", der in Literatur und Rechtsprechung entwickelt wurde. Dieser Begriff ist insofern nicht ganz glücklich, als nun einmal das Wort "Eigentum" ein fest umrissener Begriff des bürgerlichen Rechts ist, und es angebracht erscheint, einen so wichtigen Grundbegriff unserer gesamten Rechtsordnung auf allen Rechtsgebieten im gleichen Sinn und mit der gleichen Bedeutung zu verwenden.¹⁾ Der Begriff "wirtschaftliches Eigentum" ist auch in die Steuergesetze nicht eingegangen, wird aber von Literatur und Rechtsprechung nach wie vor verwendet.

Der Gesetzgeber hat für die Abgrenzung des fremden vom eigenen Vermögen den Begriff der "Zurechnung" eingeführt, mit dem wir uns im folgenden befassen müssen.

- b) Die gesetzlichen Bestimmungen über die Zurechnung und ihre Auslegung durch die Rechtsprechung.

Die Bestimmung über die Zurechnung, die auch für das Bewertungsgesetz gelten, enthält § 11 StAnpG. In der Begründung zum Steueranpassungsgesetz wird zu den Bestimmungen des § 11 folgendes ausgeführt: Das Vermögen eines Steuerpflichtigen umfaßt grundsätzlich diejenigen Wirtschaftsgüter, die dem Steuerpflichtigen gehören (das heißt: sein Eigentum sind). Aber der Grundsatz, daß es für die Zurechnung auf das Eigentum ankommt, wird von Ausnahmen durchbrochen."²⁾ Diese Ausnahme bestimmt § 11.

1) So auch: R. STAMMLER, Art. "Eigentum und Besitz" in Hwb. d. Staatswissenschaften, 4. Aufl., 3. Bd., Jena 1926, S. 336. - W. STELLING, Das wirtschaftliche Eigentum im Steuerrecht, in: VjSchrStuFinR. 1933, S. 159 und die dort angegebene Literatur. - KAPP, Zurechnung im Steuerrecht, in: DStZ, 1942, S. 525 f. - E. LITTMANN, Das Treuhandverhältnis im Steuerrecht, in: Der Betrieb 1948, S. 428.

2) RStBl 1934, S. 1405.

Damit steht fest, daß das Steuerrecht grundsätzlich auf das bürgerlich-rechtliche Eigentum abstellt, und zwar auf die wirtschaftlichen Wirkungen dieses Eigentums.¹⁾ Alle diejenigen Wirtschaftsgüter werden also dem Steuerpflichtigen zugerechnet, über die er diejenige wirtschaftliche Herrschaft ausübt, deren gewöhnlicher Ausdruck das (bürgerlich-rechtliche) Eigentum ist.²⁾ Das Ausüben dieser wirtschaftlichen Herrschaft wird von Literatur und Rechtsprechung als "wirtschaftliches Eigentum" bezeichnet, Daraus ergibt sich, daß normalerweise dem bürgerlich-rechtlichen Eigentümer die ihm gehörenden Wirtschaftsgüter zugerechnet werden.³⁾ Daraus folgt, daß der für die ganze Rechtsordnung einheitliche Eigentumsbegriff im Grundsatz auch für das Steuerrecht gilt. Nach RIEWALD⁴⁾ brauchen die in den Ziffern 1 bis 4 (Sicherungsübereignung, Treuhandeigentum, Eigenbesitz) aufgeführten Ausnahmen nur als Beispiele angesehen zu werden für den allgemeinen Zurechnungsgrundsatz des "wirtschaftlichen Eigentums".⁵⁾ Wir brauchen hier nicht ausführlicher auf formal-steuerrechtliche Fragen einzugehen, müssen aber im folgenden noch kurz auf den wirtschaftlichen Inhalt der steuerrechtlichen Zurechnungsbestimmungen zu sprechen kommen.

-
- 1) O. BÜHLER, Lehrbuch des Steuerrechts, 1. Bd., Berlin 1927, S. 243.
 - 2) A. RIEWALD, Reichsabgabenordnung und Steueranpassungsgesetz, Berlin 1941, Anm. 2 zu § 11 StAnpG. Vgl. dazu auch: OTT, Treuhandeigentum im Steuerrecht und insbesondere bei der Grunderwerbsteuer, in: StW. 1936, Sp. 145 (147).
 - 3) Mann kann dies auch ableiten aus der umfassenden Bestimmung des § 11 Ziff. 4, wonach Wirtschaftsgüter, die jemand im Eigenbesitz hat, dem Eigenbesitzer zugerechnet werden, wenn man davon ausgeht, daß der Eigentümer normalerweise eben auch Eigenbesitzer ist. (So: W. MAEDER, Das Reichsbewertungsgesetz, Berlin-Wien 1940, S. 22 und : H. MOßMANN, Das Eigentum und seine steuerliche Bedeutung, in: Die Aktuelle 1948, S. 219 f.).
 - 4) RIEWALD, a.a.O., Anm. 5 zu § 11 StAnpG.
 - 5) Ähnlich auch: HÜBSCHMANN-HEPP-SPITALER, Kommentar zur Reichsabgabenordnung und den Nebengesetzen, Köln (ab 1951), Anm. 2 und 5 zu § 11 StAnpG, die den Begriff des wirtschaftlichen Eigentums aber anscheinend auf die Fälle der Ziff. 4 (Eigenbesitz) beschränken wollen, was u.E. jedoch nicht berechtigt ist.

Es wurde gesagt, daß RIEWALD als Zurechnungsgrundsatz die dem Eigentum normalerweise entsprechende "wirtschaftliche Herrschaft" ansieht. Worin kann sich diese wirtschaftliche Herrschaft ausdrücken? Nach ENNO BECKER in der Macht, im eigenen Interesse über etwas zu verfügen,¹⁾ wobei aber "verfügen" noch näher interpretiert werden müßte. Es ist nicht leicht, aus der Rechtsprechung der obersten Finanzgerichte ein entsprechendes Kriterium, das allgemein als maßgebend angesehen werden könnte, herauszulesen. Es scheint uns jedoch, daß immer die tatsächliche Nutzung oder, umfassender gesagt, die Möglichkeit der Erzielung eines wirtschaftlichen Vorteils durch das Wirtschaftsgut gegeben sein muß. So führt der Reichsfinanzhof im Urteil vom 4.12.1941 aus: "Das Steuerrecht will d e n besteuern, der als Inhaber der vollen wirtschaftlichen Macht den Nutzen aus dem Wirtschaftsgut zieht."²⁾ Hierzu gehören also insbesondere die Fälle des § 11 Ziff. 1 bis 3, also Sicherungsübereignung und Treuhandeigentum. In den Fällen der Ziff. 4, also des Eigenbesitzes, kommt jedoch zu diesem Kriterium ein weiteres dazu, das allerdings nicht wirtschaftlicher sondern bürgerlich-rechtlicher Art ist (entsprechend § 872 BGB): Voraussetzung für den Eigenbesitz ist, daß der Besitzer das Fehlen des Eigentums nicht anerkennt. Dies wird deutlich im Urteil des RFH vom 10.6.1926³⁾, wonach der Nießbraucher nicht als wirtschaftlicher Eigentümer anzusehen ist, obwohl ihm die "wesentlichen Befugnisse eines Eigentümers zustehen", wozu ja insbesondere das Recht der Nutzung gehört. Ausschlaggebend ist hier, daß der Nießbraucher das Fehlen des Eigentums anerkennt. Zum gleichen Ergebnis kommt die Rechtsprechung im Fall der Pacht: "Der Pächter besitzt grundsätzlich den Pachtgegenstand nicht als ihm gehörig, sondern in Ausübung seines Pachtrechtes und damit in Anerkennung fremden Eigentums."⁴⁾

1) BECKER, a.a.O., StW. 1924, Sp. 170.

2) -III 167/41- RStB1 1942, 406.

3) -VI A 202/26- Bd. 19,155 und Urteil v. 18.5.1926
-I A 55/56- Bd. 19,235 (236).

4) Urteil des BFH v. 23.5.1952 -III 62/52 U- BStB1 1952 III, 190. Ebenso vorher schon RFH-Urteil v. 8.4.1933-III A 360/32- RStB1 1933, 856.

3. Die steuerliche Abgrenzung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Es besteht Einstimmigkeit zwischen Betriebswirtschaftslehre und Steuerrecht darüber, daß die Abgrenzung des fremden vom eigenen Vermögen nicht nach formal-rechtlichen Grundsätzen, sondern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorzunehmen ist. Dabei wird man betriebswirtschaftlich am besten die Möglichkeit der Erzielung eines "Nutzenüberschusses" durch das Wirtschaftsgut als Kriterium der Abgrenzung heranziehen. Das Steuerrecht kann dieses Kriterium nicht übernehmen, da seine Nachprüfung im allgemeinen äußerst schwierig sein wird. Aus Gesetz und Rechtsprechung läßt sich kein allgemein gültiges Kriterium herausfinden, oder doch nur dies, daß demjenigen das Wirtschaftsgut zugerechnet wird, der im eigenen Interesse darüber verfügt. Zum "Verfügen" gehört bei der Sicherungsübereignung und dem Treuhandeigentum nur die Nutzung, beim Eigenbesitz aber auch der Wille, das Wirtschaftsgut wie ein Eigentümer zu besitzen. Es ist fraglich, ob die Übernahme des Begriffes "Eigenbesitz" aus dem bürgerlichen Recht sehr glücklich war. Unseres Erachtens ist dieser Begriff zu eng für eine Zurechnung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Zumindest als eine Art "Generalklausel" scheint er uns unbrauchbar. Das zeigt sich schon darin, daß Sicherungs- und Treuhandeigentum besonders vom Gesetzgeber aufgeführt werden mußten, da diese beiden Rechtsverhältnisse unter den Begriff des Eigenbesitzes nicht zu subsumieren sind. Die Zurechnung sollte nicht vom Willen des Steuerpflichtigen, das Wirtschaftsgut wie ein Eigentümer zu besitzen, abhängen, sondern davon, ob er tatsächlich wie ein Eigentümer darüber in seinem eigenen Interesse verfügt; also insbesondere, ob er durch den Besitz des Wirtschaftsgutes einen wirtschaftlichen Vorteil für sich erzielt oder erzielen kann. Denn es ist der Wille des Steuerpflichtigen wohl nur insoweit relevant, wie sich dieser Wille auch tatsächlich in einer bestimmten Handlungsweise des Steuerpflichtigen konkretisiert. Eine Zurech-

nung unter diesem Gesichtspunkt würde auch den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen soweit Rechnung tragen, wie dies eben steuerrechtlich überhaupt möglich ist.

Es sei abschließend noch erwähnt, daß man bei Miet-, Pacht-, Nießbrauchs- oder ähnlichen Verträgen in der Steuerpraxis von der Vermutung ausgeht, daß eine Gleichgewichtslage zwischen den Rechten (wirtschaftlichen Vorteilen) und den Pflichten (wirtschaftlichen Nachteilen) aus dem Vertrag auf jeder der beiden Vertragsseiten besteht.¹⁾ "Nur ausnahmsweise, wenn nämlich die wirtschaftlichen Vorteile oder Nachteile, sei es beim Verpächter, sei es beim Pächter, erheblich überwiegen, wird zur Wahrung der Gleichgewichtslage das Mehr als besonderes positives oder negatives Wirtschaftsgut zu bewerten und als vermögensmehrend zuzusetzen oder als vermögensmindernd abzusetzen sein."²⁾ Hier zeigt sich, daß unabhängig von der Frage der Zurechnung die Steuerpraxis zu Ergebnissen gekommen ist, die den von uns vorgeschlagenen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen der Abgrenzung bereits sehr nahe kommen.

1) Vgl. WIRCKAU, Pacht und Einheitsbewertung, in: StW. 1937, Sp. 971 f. und das RFH-Urteil v. 25.5.1932 -III A 110/32- StW 1932, 937.

2) WIRCKAU, a.a.O., Sp. 972. Vgl. auch: RFH-Urteil v. 29. 7. 1930 -III A 56/29- StW 1930, 1460,

Zweiter Teil: Die Ermittlung der Einheitswerte
 =====
 des gewerblichen Betriebsvermögens.
 =====

Vorbemerkung: Über die Bedeutung bilanztheoretischer,
 insbesondere dynamischer Gesichtspunkte
 bei der Einheitsbewertung.

Wir müssen dem zweiten Teil dieser Arbeit eine Vorbemerkung vorausschicken, in der wir kurz eine Frage erörtern, die fast immer, wenn Fragen der Einheitsbewertung unter betriebswirtschaftlichen Aspekten behandelt werden, eine große Rolle spielt. Es ist nicht beabsichtigt, eine eingehende Untersuchung der tatsächlichen oder möglichen Beziehungen zwischen den betriebswirtschaftlichen Bilanztheorien und der Einheitsbewertung, hier also der Vermögensaufstellung, zu geben. Es sollen der Behandlung einzelner Probleme der Einheitsbewertung lediglich einige grundsätzliche Ausführungen insbesondere zur Terminologie der betriebswirtschaftlichen Kritiker an der Rechtsprechung der obersten Finanzgerichte vorangeschickt werden.

Der erste maßgebliche Fachmann des Bewertungsrechts, der die Forderung erhoben hat, auch bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und Erkenntnissen zu folgen, und ihnen Eingang in die Rechtsprechung zu gewähren, ist wohl VEIEL gewesen.¹⁾ Er hat seine Gedanken in der Forderung zusammengefaßt, den Einheitswert bzw. die Vermögensaufstellung ebenso wie die Steuerbilanz aus der Buchführung der kaufmännischen Unternehmungen zu entwickeln. Damit wären dann die betriebswirtschaftlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung auch für die Einheitsbewertung maßgebend. VEIEL sieht seine Forderung schon dort verwirklicht,

1) O. VEIEL, Organschaft und wirtschaftliche Einheit bei der Einheitsbewertung, in: StW. 1940, Sp. 665 (675) und: Betriebswirtschaftslehre und Einheitsbewertung, in: StW. 1941 Sp. 1 (5ff).

wo die Vermögensteuerrichtlinien auf diese G.o.B. verweisen, so z.B. bei den Rechnungsabgrenzungsposten. Er hat u.E. mit seinen im Grundsätzlichen - nämlich in der Forderung nach stärkerer Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse und Grundsätze - völlig richtigen Überlegungen einige Verwirrung gestiftet, die insbesondere dort zu beobachten ist, wo eine klare Terminologie fehlt. Uns scheint doch, daß VEIEL in erster Linie eine Vereinfachung und Vereinheitlichung bei der Ermittlung der einkommensteuerlichen und vermögensteuerlichen Bemessungsgrundlage im Auge hatte. Er sieht das Problem weniger unter dem Gesichtspunkt einer betriebswirtschaftlich richtigen Ermittlung des Vermögens.

Andere Autoren haben die Gedanken VEIELs aufgegriffen und forderten eine stärkere Berücksichtigung "dynamischer" Gesichtspunkte bei der Einheitsbewertung, wobei gelegentlich "dynamisch" mit "betriebswirtschaftlich" und "statisch" mit "bürgerlich-rechtlich" gleichgesetzt wird. Die Folge davon ist eine Verkennung der durch die verschiedenen Zwecke von Erfolgs- und Vermögensrechnung notwendigerweise bedingten Verschiedenheit zwischen Steuerbilanz und Vermögensaufstellung.

Man kann in diesem Streit der Meinungen, der zwischen einigen Betriebswirtschaftlern und Steuerrechtlern ausgefochten wird, nur zu einem brauchbaren Ergebnis kommen, wenn man die Begriffe "statisch" und "dynamisch" eindeutig verwendet. Beide Begriffe sind eng verbunden mit den entsprechenden Bilanztheorien, wobei man eine Bilanz nur dann als dynamisch bezeichnen dürfte, wenn sie die Aufgabe hat, "im Betrieb sich abspielende Bewegungen darzustellen"¹⁾ mit dem Ziel der Erfolgsermittlung. Eine statische Bilanz will dagegen an einem bestimmten Feststellungszeitpunkt den Vermögensbestand feststellen. Daß die juristischen Bilanz- und Buchhaltungstheoretiker Statiker waren, berechtigt nicht zu der Behauptung, daß jede statische Betrachtungsweise eine juristische sein müsse, genau so wenig, wie die dynamische Betrachtungsweise eines Bilanzproblems die einzig mögliche betriebswirt-

1) SCHMALENBACH, Dynamische Bilanz, a.a.O., S. 27.

schaftliche Betrachtungsweise ist. Es kommt vielmehr auf den Bilanzzweck an, welche Betrachtungsweise die richtige ist. Auch die Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich bei einer Unternehmung um einen "lebenden, stets im Fluß befindlichen Organismus handelt", der von der "Dynamik" des Wirtschaftslebens beeinflusst wird ¹⁾, muß u.E. noch nicht zur Berücksichtigung dynamischer - also erfolgsrechnerischer - Gesichtspunkte bei der Bewertung des Betriebsvermögens führen.

Eine Berücksichtigung dynamischer Gesichtspunkte oder eine Angleichung der Vermögensaufstellung an die (Ertrags-)Steuerbilanz (was letzten Endes auf dasselbe hinausläuft) haben in der neueren Literatur insbesondere ELLINGER ²⁾, GÖDDE ³⁾, BOETTCHER ⁴⁾ und VAN DER VELDE ⁵⁾ gefordert. Demgegenüber betonen AUFERMANN ⁶⁾, SIDLO ⁷⁾, FRIEDLÄNDER ⁸⁾ und der Bundesfinanzhof ⁹⁾ den statischen Charakter der Vermögensaufstellung, ohne jedoch damit einer einseitig bürgerlich-rechtlichen Betrachtungsweise zu huldigen ¹⁰⁾. Die Meinungen wei-

1) VEIEL, a.a.O., in: StW. 1940, Sp. 675 f.

2) L. ELLINGER, Gedanken zur Einheitsbewertung und ihrer Durchführung, in: StW. 1947, Sp. 145 (158 f.)

3) E. GÖDDE, Handels- und Steuerbilanz, in: StW. 1948, Sp. 299 (343 ff.).

4) C. BOETTCHER, Pensionsverpflichtungen und Einheitsbewertung, in StW. 1949, Sp. 471.

5) VAN DER VELDE, a.a.O., in: ZfhF. 1954, S. 279 ff.

6) AUFERMANN, Steuerbuchungen bei bilanzierenden Einkommen- und Vermögensteuerverpflichtigen, in: ZfhF. 1938, S. 481 (497).

7) J. SIDLO, Das Verhältnis von Steuerbilanz und Vermögensaufstellung hinsichtlich der Bewertung, Köln 1949, S. 8 f.

8) FRIEDLÄNDER, a.a.O., in: StW. 1952, Sp. 410.

9) Urteil v. 25.10.1951 -III 43/50 S- BStBl 1952 III, 37.

10) Allerdings kann das Gesetz eine solche Betrachtungsweise vorschreiben, wie z.B. bei der Behandlung der aufschiebend bedingten Lasten. Vgl. dazu S. 89 ff.

chen im Endergebnis oft gar nicht so weit voneinander ab. Es scheint vielmehr, daß die Befürworter des statischen Charakters der Vermögensaufstellung "statisch" im Sinne des Bilanzzweckes verstehen und durchaus geneigt sind, betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten Raum zu geben, die von den zuerst genannten Autoren als "dynamisch" bezeichnet werden. Sie wehren sich aber u.E. mit Recht dagegen, ausgesprochene Grundsätze der Erfolgsrechnung bei der Vermögensaufstellung zu berücksichtigen.

Wenn man also die Begriffe "statisch" und "dynamisch" in dem oben beschriebenen, ursprünglichen Sinne verwendet, wird es leichter sein, betriebswirtschaftlichen Grundsätzen bei der Einheitsbewertung Geltung zu verschaffen, und zwar auch solchen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, die von den genannten Autoren als "dynamisch" bezeichnet werden.

Wir werden im folgenden darzustellen versuchen, wie auch bei statischer Betrachtungsweise der Probleme betriebswirtschaftliche Prinzipien zur Geltung kommen können.

1. Abschnitt: Einheitswert und Gesamtwert der Unternehmung.

A. Die Einheitswertermittlung als Gesamtvermögensrechnung.

Nach § 66 Abs. 4 BewG ist als Einheitswert der "Gesamtwert des gewerblichen Betriebs" zu ermitteln. Dies geschieht durch Summierung der Werte, die sich für die einzelnen Wirtschaftsgüter, aus denen die wirtschaftliche Einheit "Betrieb" besteht, nach den Bewertungsbestimmungen ergeben. Es handelt sich also darum, den Gesamtwert einer Unternehmung zu ermitteln durch die Methode der Einzelbewertung. Bevor wir näher darauf eingehen, sind einige terminologische Klarstellungen erforderlich.

Zunächst ist festzuhalten, daß es sich bei der Ermittlung des Einheitswertes eines gewerblichen Betriebs nach dem Gesetz da-

rum handelt, einen Gesamtwert zu ermitteln. Es wird also für das gesamte (i. S. des Bewertungsgesetzes) Betriebsvermögen eines Betriebes der Einheitswert in einem besonderen Verfahren festgestellt, wobei die bereits besonders festgestellten Einheitswerte von Betriebsvermögens t e i l e n (Betriebsgrundstücke und Gewerbeberechtigungen) den gleichen "Rang" haben wie die Werte aller übrigen Wirtschaftsgüter. Die Einheitswerte dieser sogenannten Untereinheiten sind bei der Ermittlung des Einheitswertes des Betriebes also auch nur Rechenfaktoren, die mit den Werten der anderen Wirtschaftsgüter z u s a m m e n den Gesamtwert ergeben.

Dieser Gesamtwert muß jedoch nicht identisch sein mit dem Wert des Gesamtvermögens einer Unternehmung.¹⁾ Daraus ergibt sich die zweite Frage, nämlich, ob in diesem Gesamtwert der Wert aller oder nur eines Teiles der bewertungsfähigen Wirtschaftsgüter enthalten ist. AUFERMANN bezeichnet den ersteren Fall als "absolute Totalbewertung" (das Vermögen wird errechnet als ein Total- oder Gesamtvermögen), den letzteren als "Partialbewertung" (Errechnung als Partial- oder Teilvermögen)²⁾. Beide Vermögen unterscheiden sich hauptsächlich dadurch, daß beim Totalvermögen der Geschäftswert einer Unternehmung mit in den Gesamtwert eingezogen wird, bei der Errechnung des Partial- oder Teilvermögens dagegen nicht. Wird nur der derivative Geschäftswert angesetzt, dann spricht AUFERMANN von einer "bedingten Totalbewertung".

Schließlich ist nach der Methode der Gesamtwert-Ermittlung zu fragen. Hier unterscheidet AUFERMANN zwei Möglichkeiten, und zwar

- a) die Multiplikations-Repartitionsmethode,
- b) die einfache Additionsmethode.

"Multiplikations-Repartitionsmethode" ist eine etwas unglückliche Bezeichnung für ein Verfahren, bei dem durch Kapitali-

1) Vgl. E. AUFERMANN, Der Geschäftswert in der Vermögensteuerbilanz, in: Die Aktuelle 1947, S. 131 (136).

2) E. AUFERMANN, Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, Wiesbaden 1950, S. 173 f. und 202 ff.

sierung des Zukunftsertrages der Wert einer ganzen Unternehmung, ohne Rücksicht auf den Wert der einzelnen Teile, ermittelt werden soll. Es kann nur bei der absoluten Totalbewertung angewandt werden. "Multiplikation" soll die Kapitalisierung des Ertrages ausdrücken, "Repartition" die Verteilung des so gefundenen Gesamtwertes auf die einzelnen Wirtschaftsgüter. Die Repartition ist allerdings u.E. für steuerliche Zwecke völlig überflüssig, ganz abgesehen davon, daß sie in einer zufriedenstellenden Weise praktisch überhaupt nicht durchführbar ist. In der Terminologie des Reichsfinanzhofes wird die Multiplikationsmethode als "Gesamtbewertung" bezeichnet.¹⁾ Die Methode der einfachen Addition der Werte der einzelnen zur Unternehmung gehörigen Wirtschaftsgüter nennt man allgemein "Einzelbewertung". Sie ist im Sinne AUFERMANNs anzuwenden bei der Partialbewertung und bei der bedingten Totalbewertung. Sie kann keine Anwendung finden bei der absoluten Totalbewertung. AUFERMANN spricht außerdem noch von einer Kombinationsmethode²⁾, die aber unabhängig ist von der Durchführung der Multiplikationsmethode, insofern also für die absolute Totalbewertung keinen Sinn hat.

Welche Gesamtvermögensrechnung liegt nun tatsächlich der Ermittlung des Einheitswertes eines gewerblichen Betriebs zugrunde? Ausgangspunkt ist § 2 Abs. 1 BewG: "Jede wirtschaftliche Einheit ist für sich zu bewerten. Ihr Wert ist im Ganzen festzustellen."

Über den Begriff der "wirtschaftlichen Einheit" hat der RFH im Urteil vom 22.11.1934³⁾ grundsätzlich ausgeführt: "Unter einer wirtschaftlichen Einheit versteht man entweder einen Einzelgegenstand, der für sich allein im Wirtschaftsleben ein Eigendasein führt, oder die Verbindung mehrerer Gegenstände zu einer Sachgesamtheit, die regelmäßig einem gemeinsamen wirtschaftlichen Zweck dienen soll." Und BÜHLER defi-

1) Vgl. AUFERMANN, a.a.O. in: Die Aktuelle 1947, S. 136.

2) AUFERMANN, a.a.O. in: Die Aktuelle 1947, S. 134 f.

3) III A 176 u. 247/34- Bd. 37,81 (82).

niert: "Wirtschaftliche Einheit im Sinne des Substanzbewertungsrechts ist die Einheit, zu der eine Mehrheit von Bewertungsgegenständen derselben Vermögensart, die im allgemeinen demselben Bewertungsmaßstab unterliegen, zusammengefaßt werden, um entweder einer regelrechten Gesamtbewertung (beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, Grundvermögen) oder nach ¹⁾ Durchführung der Einzelbewertung der wertbeeinflussenden Wirkungen ihrer wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit unterworfen zu werden."²⁾ Man könnte deshalb mit STRUTZ die wirtschaftliche Einheiten auch als "Bewertungseinheiten" bezeichnen.³⁾ ELLINGER sagt dazu: "Wenn eine Anzahl von wenn auch verschiedenartigen Wirtschaftsgütern von ihrem Eigentümer zu einem einheitlichen Zweck zusammengefaßt und anhaltend für diesen Zweck genutzt wird, so bildet die Gesamtheit dieser Wirtschaftsgüter eine wirtschaftliche Einheit!"⁴⁾

Das Bewertungsgesetz teilt das Vermögen eines Steuerpflichtigen in vier Vermögensarten ein, wovon eine das "Betriebsvermögen" ist. Nach herrschender Auffassung ist damit nicht gesagt,, daß jede Vermögensart als solche eine wirtschaftliche Einheit im Sinne des Gesetzes darstellt und damit entsprechend dem allgemeinen Grundsatz des § 2 Abs. 1 BewG für sich im Ganzen zu bewerten sei.⁵⁾ Vielmehr können mehrere wirtschaftliche Einheiten zur gleichen Vermögensart innerhalb des Gesamtvermögens eines Steuerpflichtigen gehören. Die wirtschaftliche Einheit des Betriebsvermögens ist der "gewerbliche Betrieb" ⁶⁾: Dies

-
- 1) Anstelle des Wörtchens "nach" müßte hier allerdings u.E. "bei" stehen.
 - 2) O.BÜHLER, Steuerrecht, Bd. 1, Wiesbaden 1951, S. 235. Vgl. hierzu auch: A.HENSEL, Steuerrecht, Berlin 1924, S. 66 und HAIDER-ENGEL-DÜRSCHKE, a.a.O., Erl. 3 A zu § 2 BewG.
 - 3) G. STRUTZ, Die wirtschaftliche Einheit, in: Die steuerliche Bewertung des Vermögens, Berlin 1922, S. 51.
 - 4) ELLINGER, Die Bewertung des Betriebsvermögens; StW.1947, Sp.375.
 - 5) Vgl. E. BECKER, Zum Begriff der wirtschl. Einheit, in St.W. 1926, Sp.1 (39) und: K.E. THOMÄ, Das Unternehmen als wirtschl. Einheit im deutsch. Vermögenssteuerrecht: VjSchrftStuFinR.1927 S. 307 (339).
 - 6) Vgl. STEINHARDT, Bewertungsgesetz, 2.Aufl., Stgt. u. Köln 1953, Anm. 1 zu § 54 Abs.1. - HAIDER-ENGEL-DÜRSCHKE, a.a.O., Anm. 2 zu § 54 u. Anm.6 zu § 66. - VEIEL, a.a.O.: StW.1941, Sp. 41. - SENF, Der "Teilwert", in: Mitteilungen der Steuerstelle des Reichsverbandes der deutsch.Industrie 1930, S. 4.

ergibt sich aus § 54 Abs. 1 BewG. Im Normalfall wird sich diese wirtschaftliche Einheit mit der Vermögensart decken. Besitzt ein Steuerpflichtiger jedoch mehrere voneinander unabhängige und örtlich getrennte gewerbliche Betriebe, so wird die Vermögensart "Betriebsvermögen" in so viele wirtschaftliche Einheiten zerlegt, als selbständige gewerbliche Betriebe vorhanden sind.¹⁾ Sind dagegen die einzelnen Betriebe nur unselbständige Glieder (Betriebsabteilungen) eines Gesamtunternehmens, dann liegt nur eine, sämtliche Betriebe umfassende wirtschaftliche Einheit vor.²⁾ Eine Ausnahme von dieser Regel wird durch § 56 festgelegt. Hier wird der Umfang der wirtschaftlichen Einheit durch das Gesetz erweitert. Für die dort aufgeführten Unternehmungen (insbesondere Kapital- und Personengesellschaften) wird bestimmt, daß alle Wirtschaftsgüter dieser Gesellschaft einen gewerblichen Betrieb bilden. Hier fällt also die Vermögensart "Betriebsvermögen" mit der wirtschaftlichen Einheit kraft Gesetzes zusammen, gleichgültig wieviele selbständige Betriebe einer solchen Gesellschaft gehören.

Da der gewerbliche Betrieb also eine wirtschaftliche Einheit ist, könnte die Bestimmung des § 2 Abs. 1 BewG. bedeuten, daß bei der Ermittlung des Wertes des Betriebsvermögens die gewerblichen Betriebe "im Ganzen" zu bewerten sind, unabhängig von dem Wert der einzelnen zum Vermögen des Betriebes gehörigen Wirtschaftsgüter. Das wäre, was den Umfang des Vermögens anbetrifft, im Sinne AUFERMANNs die Ermittlung eines Total- oder Gesamtvermögens oder eine "absolute Totalbewertung". Tatsächlich war eine solche Totalbewertung in der Abgabenordnung

-
- 1) Vgl. hierzu: W. KÖHLER, Die wirtschaftliche Einheit als Bewertungseinheit im Steuerrecht, Diss. Heidelberg 1940, S. 61; G. STRUTZ, Handbuch des Reichssteuerrechts, 3. Aufl., Berlin-Wien 1927, S. 174 ff.; ELLINGER-SCHUG-EHLERS, Vermögenssteuer und Einheitsbewertung, 2. Aufl., Berlin u. Ffm. 1954, Anm. B 1 zu § 54 und "Bewertungsgrundsätze 1" zu § 66 BewG. (S. 194).
- 2) Vgl. ELLINGER-SCHUG-EHLERS, a.a.O., Anm. B 1 zu § 54 und STEINHARDT, a.a.O., Anm. 2 zu § 2 Abs. 1.

von 1919 im § 137 Abs. 2. vorgesehen. Sie wurde auch zunächst noch unter der Gültigkeit des RBewG von 1925 vom Reichsfinanzhof bejaht¹⁾, dann aber in dem auch heute noch maßgeblichen Urteil von 28.2.1933²⁾ abgelehnt.

In enger Verbindung zu der Frage des Umfanges des zu bewertenden Vermögens ist die Frage der Bewertungsmethode zu untersuchen. Spätestens in der Steuernotverordnung vom 19.12.1923³⁾, die die Veranlagung für das Jahr 1924 regelte, wurde von dem Grundsatz der Gesamtbewertung im Sinne einer Multiplikations-Repartitionsmethode abgegangen, nachdem die Steuerpraxis schon vorher den Weg der Einzelbewertung gegangen war⁴⁾. Der Grundsatz der Einzelbewertung kam ganz klar zum Durchbruch erst im § 31 Abs. 2 RBewG. 1924⁵⁾, wo von der Ermittlung des Wertes der "einzelnen Gegenstände" gesprochen wird. Der RFH hat dann in dem schon zitierten Urteil vom 28.2.1930 ausdrücklich festgestellt, daß das Reichsbewertungsgesetz "die Gesamtbewertung als solche aufgegeben hat", wobei hier also "Gesamtbewertung" als Bewertungsmethode im Sinne der Multiplikationsmethode zu verstehen ist. Schließlich wurde der Abkehr von dieser Methode deutlich Ausdruck verliehen durch den § 66 Abs. 1 RBewG von 1934, indem dort bestimmt wurde, daß die Summe der Werte, die sich für die einzelnen Wirtschaftsgüter ergeben, der Gesamtwert des gewerblichen Betriebes ist. Gesamtwert im Sinne des Bewertungsgesetzes ist also nicht das Ergebnis einer Gesamtbewertung.⁶⁾ Vielmehr ergibt sich, daß § 66 Abs. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 3 als lex specialis zu § 2 Abs. 1 BewG für das Betriebsvermögen die Bewertung "im Ganzen" ausschließt. Es ist also bei der Gesamtvermögensrechnung nach dem Bewertungsgesetz die Einzelbewertung oder "einfache Additionsmethode" anzuwenden. Daß bei dieser Methode die Beziehung zur "Einheit" trotzdem nicht aufgegeben ist,

1) Vgl. RFH-Urteil v. 13.4.1926 -I A 18/26-Bd. 19, 51.

2) -III A 84/28- Bd. 26, 285.

3) RGBI 1923, S. 1205.

4) Vgl. KÖHLER, a.a.O., S. 21.

5) RGBI I 1925, S. 214,

6) Vgl. HAIDER-ENGEL-DÜRSCHKE, a.a.O., Anm. 6 zu § 66.

ergibt sich aus der Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter mit dem Teilwert. Denn der Teilwert ist nach § 12 BewG der Betrag, den ein Erwerber "des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelnen Wirtschaftsgut ansetzen würde." ¹⁾ BECKER sagt dazu, daß der Grundsatz der Einzelbewertung nicht eine Preisgabe des Gedankens bedeutet, "den Wert des Betriebsvermögens als wirtschaftliche Einheit zu erfassen, sondern nur eine besondere Art, dieser Aufgabe gerecht zu werden." ²⁾

Auch für die Frage, ob ein Totalvermögen zu ermitteln ist, ist noch heute das Urteil des RPH vom 28.12.1930 maßgebend. Da es sich aber hierbei im wesentlichen um die Frage der Behandlung des Geschäftswertes handelt, muß ihre Beantwortung noch zurückgestellt werden.

B. Die Methode der Gesamtvermögensrechnung in der Betriebswirtschaftslehre und ihre Beziehung zur Einheitswertermittlung.

Die Betriebswirtschaftslehre hat sich in zweifacher Weise mit dem Problem der Gesamtvermögensrechnung befaßt. Zum einen von der Seite der bilanziellen Darstellung des Vermögens her, und zum anderen unter dem Gesichtspunkt der Bewertung einer Unternehmung als Ganzes, unabhängig von bilanziellen Fragen. Man könnte auf den Gedanken kommen, die Ansichten der frühen Statiker der Einheitsbewertung gegenüberzustellen, da ja die Statiker mit der Bilanz eine Vermögensdarstellung geben wollten. Es besteht jedoch ein großer Unterschied zwischen beiden. Die statische Bilanzauffassung dieser frühen oder "reinen" Statiker sah die einzelnen Vermögenbestandteile als isolierte, von der Unternehmung unabhängige und beziehungslose Glieder an und bewertete sie auch dementsprechend. ³⁾

1) Vgl. hierzu: VEIEL, a.a.O. in: StW. 1941, Sp. 41 f. und ELLINGER-SCHUG-EHLERS, a.a.O., Anm. 3 zu § 2.

2) E. BECKER, Grundfragen aus den neuen Steuergesetzen, in: StW. 1926, Sp. 887 (893).

3) Vgl. W. AULER, Der Unternehmungsmehr- und -minderwert in der Bilanz, in: ZfB. 1927, S. 653 (658).

Mit der Bilanz sollte auch nicht der Wert der ganzen Unternehmung ermittelt werden, sondern lediglich eine Darstellung der Vermögenslage und der Vermögenszusammensetzung gegeben werden. Bei der Einheitsbewertung werden dagegen die Wirtschaftsgüter bewertet unter dem Gesichtspunkt der Ermittlung eines Wertes für die ganze Unternehmung, steuerrechtlich für die wirtschaftliche Einheit des Betriebes. Dabei ist letzten Endes der Wert der einzelnen Vermögensteile und ihre Zusammensetzung völlig uninteressant.

Der Gedanke der wirtschaftlichen Einheit, der Unternehmung als Organismus oder als Inbegriff einer Summe wirtschaftlicher Güter war stärker bei den Vertretern der dynamischen und der organischen Bilanzauffassung. Der Gedanke, die Bilanz als Grundlage der Ermittlung des Gesamtwertes einer Unternehmung zu verwenden, ist allerdings nur von SCHMIDT vertreten worden.¹⁾ SCHMALENBACH hat die Möglichkeit einer bilanziellen Gesamtwertermittlung grundsätzlich verneint.²⁾

Wenn also die Frage, "was ist eine Unternehmung wert?" in der Bilanzliteratur nur bei SCHMIDT und sonst allenfalls am Rande erörtert wurde, so steht doch gerade diese Frage im Mittelpunkt unserer Betrachtungen. Wir haben uns deshalb jetzt mit der betriebswirtschaftlichen Literatur zu befassen, die das Problem der Bewertung einer ganzen Unternehmung behandelt.

Die betriebswirtschaftliche Praxis und die Betriebswirtschaftslehre befassen sich mit der Bewertung ganzer Unternehmungen zumeist aus finanziellen Anlässen: Kauf und Verkauf ganzer Unternehmungen oder Teilen derselben, Erwerb von Beteiligungen, Eintritt oder Ausscheiden von Teilhabern usw. Diese Anlässe erfordern die Feststellung des Gesamtwertes einer Unternehmung, ausgedrückt in Geldeinheiten. Betriebswirtschaftlicher Wert eines Gutes steht in enger Beziehung zu seinem Preis. Im Preis kommt zum Ausdruck, was ein Gut wirtschaftlich wert ist. Es geht also auch bei der Suche nach dem Wert eines

1) Schmidt, Organische, S. 74 ff.

2) SCHMALENBACH, Dynamische Bilanz, a.a.O., S. 31 f. und Beteiligungsfinanzierung, 8. Aufl., S. 60

ganzen letztlich darum, seinen Preis festzustellen. Da es aber keinen Markt für ganze Unternehmungen gibt, und auch nicht geben kann, ist der Preis einer Unternehmung auch nicht der (objektive) Wert, sondern ein höchst subjektiver, von den Wertschätzungen des Käufers und des Verkäufers abhängiger Betrag. Er hat jedoch einen "objektiven" Kern, um den der Preis ganzer Unternehmungen immer oszilliert. Diesen Wert versucht die betriebswirtschaftliche Gesamtwertlehre zu ermitteln.

Es besteht in der gesamten Literatur heut kein Zweifel mehr darüber, daß der Wert einer Unternehmung im Ganzen nicht die Summe der Werte der einzelnen Vermögensteile der Unternehmung ist. Vielmehr ist man der Ansicht, daß durch die Verbindung der Vermögensteile zu einem betrieblichen Organismus die einzelnen Teile ihren Eigenwert verlieren, dafür aber der Organismus als solcher, also die Unternehmung, als eine Wirtschaftseinheit einen Wert repräsentiert, der von dem Wert der Einzelteile mehr oder weniger stark abweicht.

Der betriebswirtschaftliche Wert eines Gutes wird in erster Linie bestimmt durch seinen Nutzen, den es zu stiften fähig ist.¹⁾ Der Nutzen einer Unternehmung ist ihr Ertrag oder, genauer gesagt, ihr Gewinn. Ihr Wert ergibt sich deshalb rein rechnerisch aus den auf den Bewertungsstichtag diskontierten zukünftigen Gewinnen. Diesen Wert nennt man den "Ertragswert" einer Unternehmung. Praktisch ist die Ertragswertermittlung eine Schätzung, die von zukünftigen, also ungewissen und deshalb immer auch mehr oder weniger willkürlichen Komponenten, den zukünftigen Gewinnen und dem Kapitalisierungszinsfuß ausgeht. Schon deshalb kann die Bewertungs *p r a x i s* den Ertragswert nicht allein zur Grundlage der Gesamtwertermittlung machen.

Zur Ermittlung des Gesamtwertes wird deshalb noch ein zweiter Wert herangezogen, der sogenannte Sach- oder Substanzwert. Er ergibt sich aus der Summe der Werte der einzelnen Vermö-

1) SCHMALENBACH, Beteiligungsfinanzierung, a.a.O., S. 58

gensteile, die zur Unternehmung gehören, wobei die einzelnen Teile mit dem Reproduktionswert angesetzt werden. Das heißt, der Substanzwert ist nicht die Summe der Kosten, die tatsächlich aufgewendet wurde, sondern die Summe der Kosten, die am Bewertungsstichtag aufzuwenden wäre, um eine gleichartige und gleichleistungsfähige Unternehmung zu erstellen.

Was berechtigt aber zur Verwendung dieses Wertes bei der Gesamtwertermittlung, da doch gerade festgestellt wurde, daß die Summe der Einzelwerte nicht den Gesamtwert einer Unternehmung ausmacht?

M.R. LEHMANN¹⁾ weist darauf hin, daß bei der Veräußerung einer Unternehmung der Käufer die Überlegung anstellt, welche Kosten er aufwenden müßte, um eine mengenmäßig gleich leistungsfähige Unternehmung ins Leben zu rufen, anstatt die schon bestehende lebende Unternehmung zu erwerben. An diesen Kosten wird er sich bei seinen Kaufverhandlungen orientieren. Sie ergeben sich durch Bewertung aller Vermögensgegenstände mit den Reproduktionspreisen des Bewertungsstichtages. Daraus ergibt sich die Kapitalbindung der Unternehmung oder, anders ausgedrückt, ihr Substanzwert.

SCHMALENBACH hat sich eingehend mit der Frage der "inneren" Beziehungen zwischen Ertrags- und Substanzwert befaßt.²⁾ Wir wollen versuchen, seine Gedanken hier kurz zusammenzufassen: Er geht davon aus, daß der Preis der volkswirtschaftlichen Güter von zwei Eigenschaften bestimmt wird: von ihrer Nützlichkeit und ihrer Seltenheit. Durch die Reproduktionskosten eines Gutes wird daher die sogenannte "Seltenheitsschwelle" gebildet. Das heißt: ist ein Gut relativ selten, sind also die Käufer bereit, erheblich mehr als die Reproduktionskosten zu zahlen, dann lohnt sich die Produktion in höherem Maße, es wird mehr produziert. Dadurch nimmt aber die Seltenheit ab, der Preis wird sich wieder den Reproduktionskosten nähern. Überträgt man diese Konstruktion auf ganze Unternehmungen, so ergibt sich, daß bei höherem Ertragswert einer

1) LEHMANN, M.R., Allgemeine Grundsätze für die Bewertung ganzer Unternehmungen, in: ZfB. 1954, S. 65 (69).

2) SCHMALENBACH, Beteiligungsfinanzierung, 7. Aufl., S. 61 ff.

Unternehmung die Konkurrenzgefahr steigt, die vermehrte Konkurrenz aber die Gewinnaussichten verringert, somit also der Ertragswert die Tendenz hat, sich dem Reproduktionswert zu nähern.¹⁾ HAX hat diesen Gedanken fortgeführt und sagt, dass der Reproduktionswert sozusagen der normale Ertragswert einer Unternehmung sei, d.h. "der Ertragswert, den die Unternehmung mindestens haben müßte, wenn keine Fehlinvestition vorliegt;" denn wenn auf das investierte Kapital (=Reproduktionswert) die Verzinsung erzielt wird, mit der der Ertragswert errechnet wird (normalerweise die branchenübliche), dann ist der Reproduktionswert natürlich gleich dem Ertragswert.²⁾

Diese Betrachtungen dürfen nicht uneingeschränkt übernommen werden, denn bei der Bewertung ganzer Unternehmungen sind, darauf weist SCHMALENBACH ausdrücklich hin³⁾, mannigfache Sondererscheinungen zu berücksichtigen, die verhindern, daß der Ertragswert ohne weiteres auf den Reproduktionswert einpendeln wird, ja es wird geradezu ein Zufall sein, wenn in der Praxis eine Gleichheit von Ertrags- und Substanzwert (= Reproduktionswert) auftritt.

Wir wollen mit diesen Ausführungen auch nur darauf hinweisen, daß der Ertragswert und der Substanzwert Berührungspunkte haben, daß der Substanzwert ein sehr wichtiger und brauchbarer Hilfswert bei der Unternehmungsbewertung ist und sogar geeignet ist, einen gewissen Anhaltspunkt für den Wert einer Unternehmung zu geben.⁴⁾

Jedenfalls ergibt sich hier eine Beziehung zwischen der Einheitswertberechnung, die ja eine Substanzwertermittlung ist,

-
- 1) K. HAX, Die Gesamtbewertung von Unternehmungen, in: Betriebswirtschaftliche Beiträge, 2. Liefg. 1948, S. 36 (39).
 - 2) K. HAX, a.a.O., S. 39.
 - 3) SCHMALENBACH, Beteiligungsfinanzierung, 7. Aufl., S. 62 ff.
 - 4) Vgl. hierzu auch: K. MELLEROWICZ, Der Wert der Unternehmung als Ganzes, Essen 1952, S. 20.- AULER, a.a.O. in: ZfB. 1927, S. 731.- B. HARTMANN, Zur Praxis der Unternehmungswertermittlung, in: Aktuelle Betriebswirtschaft, Berlin 1952, S. 178. (201).

Es taucht nun noch die Frage auf, ob die Substanzwertberechnung im Zusammenhang mit der Bewertung einer Unternehmung als Ganzes die beste oder vielleicht sogar die einzige betriebswirtschaftliche "Institution" ist, die als Hilfsmittel zur betriebswirtschaftlichen Beurteilung der Einheitsbewertung in Frage kommt. Diese Frage muß bejaht werden, wenn man für richtig hält, daß die Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögen im Grundsätzlichen eine (steuerliche) Gesamtwertfeststellung ist. Vermögensbilanz oder -status, die anderen Zwecken dienen (z.B. als Kreditstatus, Liquidationsbilanz u.ä.) kommen für eine vergleichende Betrachtung mit der Einheitsbewertung deshalb nicht in Frage, weil mit ihnen keine Gesamtwertermittlung einer lebenden Unternehmung bezweckt wird.

2. Abschnitt: Der Umfang des zu bewertenden Vermögens.

A. Die A k t i v a .

I. Allgemeines.

1. Bei der betriebswirtschaftlichen Substanzwertermittlung.

In der neueren betriebswirtschaftlichen Literatur wird fast einhellig die Ansicht vertreten, daß bei der Ermittlung des Sach- oder Substanzwertes einer ganzen Unternehmung im Rahmen der Gesamtwertermittlung nur das b e t r i e b s n o t w e n d i g e Vermögen berücksichtigt werden darf. Diese Frage ist in der älteren Literatur kaum beachtet worden. SCHMALENBACH zum Beispiel erwähnt zwar, daß Überkapazitäten bei der Wertfindung berücksichtigt werden sollen ¹⁾, aber eingehende Untersuchungen darüber haben erst MELLEROWICZ ²⁾, HAGEST ³⁾, KOLBE ⁴⁾ und VIEL ⁵⁾ vorgenommen. Das ist auch

1) SCHMALENBACH, Beteiligungsfinanzierung, 7. Aufl., S. 80 f.

2) K. MELLEROWICZ, Der Wert der Unternehmung als Ganzes, Essen 52.

3) K. HAGEST, Die Ermittlung des Wertes von Unternehmungen, in Die Wirtschaftsprüfung 1950, S. 193 (195).

4) K. KOLBE, Gesamtbewertung u. Geschäftswert der Unternehmung, Köln u. Opladen 1954.

5) J. VIEL, Die Ermittlung des Sach- und Ertragswertes bei der Unternehmungswertberechnung, in: Wirtschaftsprüfung 1954, S. 364.

insofern erklärlich, als ja gerade die genannten Autoren die Vertreter derjenigen - herrschenden - Auffassung sind, nach der bei der Unternehmungswertermittlung dem Ertragswert die weitaus beherrschende Stellung gegenüber dem Substanzwert einzuräumen ist. Der von ihnen nur als ein verhältnismäßig unbedeutender Hilfs- bzw. Korrekturwert angesehene Substanzwert muß deshalb auch unter der Forderung stehen, nur den Wert derjenigen Vermögensteile festzustellen, "die zur Erzielung des zukünftigen Gewinns beitragen."¹⁾ KOLBE geht sogar noch weiter und verlangt auch die Ausscheidung derjenigen Werte, die zwar betriebsnotwendig sind, aber keinen unmittelbaren Einfluß auf den betrieblichen Leistungserfolg haben (z.B. Beteiligungen, Arbeiterhäuser u.ä.)²⁾ Wir brauchen die Richtigkeit dieser Auffassung hier nicht zu untersuchen, da wir nicht davon ausgehen, daß der Substanzwert Hilfs- oder Korrekturwert des Ertragswertes ist. Hier wird der Substanzwert absolut gesehen, nicht in seiner Beziehung zum Ertragswert. Unter diesem Gesichtspunkt muß aber eine Berücksichtigung der nicht-betriebsnotwendigen Teile einer Unternehmung erfolgen. Denkt man an den Verkauf einer Unternehmung, dann wird von beiden Verkaufspartnern ohne Zweifel das Vorhandensein von nichtbetriebsnotwendigem Vermögen bei der Kaufpreisermittlung berücksichtigt werden. Auch betriebswirtschaftlich gehören diese Vermögensteile zur Wirtschaftseinheit der Unternehmung, zumal sie ja oft indirekt auch den Ertrag der Unternehmung ganz erheblich beeinflussen können. Eine Berücksichtigung dieser Wirtschaftsgüter bei der Wertermittlung fordern denn auch MELLEROWICZ³⁾, M.R. LEHMANN⁴⁾ und SCHMIDT⁵⁾ ausdrücklich. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Vermögensteile allerdings selbständig zu bewerten seien, und zwar seien sie mit solchen Werten anzusetzen, die "den Charakter von Liquidationswerten haben"⁶⁾. Wichtig in diesem Zusammenhang ist

1) KOLBE, a.a.O., S. 25.

2) ebenda S. 35.

3) MELLEROWICZ, a.a.O., S. 43.

4) M.R. LEHMANN, a.a.O., S. 43.

5) F. SCHMIDT, Organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 92

6) M. R. LEHMANN, a.a.O., in: ZfB. 1954, S. 71.

jedenfalls, daß hier die u.E. völlig richtige Meinung vertreten wird, daß auch die nichtbetriebsnotwendigen Vermögens-
teile einer Unternehmung bei der Ermittlung ihres Substanz-
wertes zu berücksichtigen sind.

2. Bei der Einheitsbewertung.

Der Umfang der bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermö-
gens zu bewertenden Wirtschaftsgüter ergibt sich aus dem Ge-
setz. § 54 Abs. 1 BewG bestimmt, daß zum Betriebsvermögen
a l l e Teile einer wirtschaftlichen Einheit gehören, die
dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dient, soweit die
Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber gehören. Merkmale sind
also: Zugehörigkeit zur wirtschaftlichen Einheit des Betrie-
bes und Zugehörigkeit zum (wirtschaftlichen Eigentum des
Betriebsinhabers. Über das letztere Merkmal ist oben ausführ-
lich gesprochen worden.¹⁾ Hier bleibt noch zu klären, welche
Wirtschaftsgüter in wirtschaftlicher Hinsicht zum Betriebsver-
mögen gehören.

Die Bestimmung des § 54 Abs. 1 ist umfassend und kommt einer
Generalklausel gleich. A l l e Wirtschaftsgüter gehören zum
Betriebsvermögen, also ohne Rücksicht auf ihre Betriebsnot-
wendigkeit. Jedoch sind in § 59 BewG einige Ausnahmen gemacht,
die wenigstens erwähnt werden müssen. Es handelt sich dabei

1. um solche Wirtschaftsgüter, die von der
Vermögensteuer befreit sind,
2. um Wirtschaftsgüter, die entsprechend den
Bestimmungen in § 67 Ziff. 5 Satz 2 bis 4
nicht zum "sonstigen Vermögen" gehören,
also gewisse Urheberrechte und nicht geschütz-
te Erfindungen.

Auf Grund dieser Ausnahmen könnte man davon sprechen, daß
nicht das gesamte zum Betrieb einer Unternehmung gehörige
Vermögen, sondern nur ein Teilvermögen der Einheitsbewertung

1) vgl. S. 34 ff.

zugrundeliegt, und sich deshalb auch nur ein Teilvermögenswert ergeben kann. Wir halten jedoch diese Ausnahmen, betriebswirtschaftlich gesehen, für so unbedeutend, daß sie den Gesamtwert einer Unternehmung in den weitaus überwiegenden Fällen kaum beeinflussen werden.

Es gibt also im wesentlichen keine Beschränkungen auf bestimmte Wirtschaftsgüter, sondern es sind - wirtschaftlich gesehen - alle Wirtschaftsgüter, die den Voraussetzungen des § 54 Abs. 1 entsprechen, dem Betriebsvermögen zuzurechnen, Betriebswirtschaftliche Einwendungen können gegen diese umfassende Einbeziehung aller Wirtschaftsgüter in das zu bewertende Vermögen nicht vorgebracht werden. Der "Gesamtwert des gewerblichen Betriebs" ist Maßstab der in der Substanz begründeten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Unternehmung. Eine solche liegt auch in den nichtbetriebsnotwendigen Teilen des Vermögens begründet. Sie würden, wie oben gezeigt wurde, auch bei der Ermittlung des Verkaufspreises einer Unternehmung zu berücksichtigen sein.

II. Einzelne Wirtschaftsgüter: Die immateriellen Werte, insbesondere der Geschäftswert.

Aus der Vielzahl der zu einer Unternehmung gehörenden Wirtschaftsgüter soll hier die Gruppe der immateriellen Wirtschaftsgüter herausgegriffen und ausführlich besprochen werden. Ihre Behandlung hat sowohl in der Betriebswirtschaftslehre wie im Steuerrecht im Hinblick auf den Vermögensbestand die meisten Probleme aufgeworfen. Ihre besondere Betrachtung rechtfertigt sich auch daraus, daß sich an ihrem Beispiel einige allgemein gültige Fragen des Bestandes bei der Einheitsbewertung besonders gut erörtern lassen.

1. Die Behandlung der immateriellen Güter in der Betriebswirtschaftslehre.

SCHMIDT hat die immateriellen Werte ganz allgemein als kon-

kret nicht faßbare, körperlose Werte jeder Art bezeichnet.¹⁾ Diese Definition ist für unsere Zwecke zu umfassend. Wir nehmen davon aus die Forderungen (und Schulden), da diese den konkret faßbaren, körperhaften Werten wirtschaftlich gleichen.

Vorwiegend in der älteren betriebswirtschaftlichen Literatur (LEITNER, BERLINER, REHM) wird die Summe aller immateriellen Werte als "Geschäftswert" bezeichnet. Später erkannte man, daß eine Reihe immaterieller Werte Gegenstandseigenschaft besitzen, also den materiellen Werten bilanzmäßig gleich zu behandeln sind, während die übrigen Werte eine Sonderstellung einnehmen, und deshalb zweckmäßigerweise nur diese als "Geschäftswert" bezeichnet werden.

Als Kriterium für die Scheidung der immateriellen Werte in diese beiden Gruppen ergab sich ihre Ertragsabhängigkeit (bei der Bewertung) oder ihre Verkehrsfähigkeit. Das sind also rein wirtschaftliche Gesichtspunkte, nicht rechtliche, also insbesondere nicht die Tatsache eines rechtlichen Schutzes.²⁾ Das Kriterium der Verkehrsfähigkeit liegt darin, ob das immaterielle Gut selbständig veräußerlich ist oder aber nur im Rahmen oder mit der ganzen Unternehmung Gegenstand des Verkehrs und damit bewertbar sein kann. Wird als Kriterium die Ertragsabhängigkeit angesehen, so ist danach zu fragen, ob das immaterielle Gut einer selbständigen Bewertung ohne Rücksicht auf seine Gebundenheit im Betrieb und damit ohne Rücksicht auf den Ertrag der Unternehmung fähig ist, oder aber, ob der Wert vom Ertrag der Unternehmung abgeleitet werden muß, was gleichbedeutend damit ist, daß eine Bewertung der Wirtschaftsgüter überhaupt nur im Rahmen einer Gesamtbewertung der Unternehmung möglich ist (sogenannte imponderable Werte).³⁾

Es ist im Ergebnis gleichgültig, ob man die Ertragsabhängigkeit oder die Verkehrsfähigkeit als Kriterium der Scheidung

1) SCHMIDT, Organische Tageswertbilanz, a.a.O., S. 116.

2) Vgl. hierzu insbes.: H. GROSSMANN, Die immateriellen Unternehmungswerte in steuerwirtschaftlicher Beziehung, in: ZfB. 1933, S. 724 ff. und: G. LÖBEL, Der ideelle Geschäftswert vom betriebswirtschaftl., handelsrechtl. und steuerrechtl. Standpunkt, Diss. Ffm 1933, S. 10 f.

3) vgl. GROSSMANN, a.a.O., S. 731

zwischen Geschäftswert und sonstigen immateriellen Werten annimmt, da ja auch bei der Ertragsabhängigkeit die Bewertungsmöglichkeit implicite von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der isolierten Veräußerungen abhängig ist.

Ein davon abweichendes Kriterium der Abgrenzung ist, soweit wir sehen, nur von SCHMIDT ganz klar formuliert worden: Diejenigen immateriellen Werte gehören nicht zum Geschäftswert, die *A u f w e n d u n g e n* notwendig gemacht haben. Man kann diese Werte als immaterielle Kostenwerte ¹⁾ oder als reproduktionsbedingte Kostenwerte ²⁾ bezeichnen. Alle übrigen immateriellen Werte stellen dann den Geschäftswert dar ("immaterieller Mehrertragswert" ³⁾). Für unsere Zwecke ist dieses Kriterium das brauchbarste. Wir müssen darauf etwas näher eingehen:

Über den Geschäftswert ist in der betriebswirtschaftlichen Literatur, insbesondere im Zusammenhang mit dem Problem der Bewertung ganzer Unternehmungen, sehr viel geschrieben worden. Trotzdem kann man nicht sagen, daß der Begriff festumrissen sei, was schon daraus zu erkennen ist, daß es eine ganze Reihe von anderen Begriffen gibt, die Ähnliches oder Gleiches ausdrücken sollen: Goodwill, Unternehmungsmehrwert, Kapitalisierungsmehrwert, Façon, Seelenwert u.a. Klar und ziemlich unbestritten ist eigentlich nur, wie sich der Geschäftswert errechnet, nämlich als Differenz zwischen wirtschaftlichem Tauschwert (= gemeiner Wert = Wert einer ganzen Unternehmung ganz allgemein) und Reproduktionswert (= Substanz- oder Sachwert) einer Unternehmung.

In dieser Berechnungsmethode liegt aber andererseits auch schon die ganze Problematik des Begriffes. So ist zweifelhaft, was der Reproduktions-, Substanz- oder Sachwert einer Unternehmung ist, insbesondere, ob dazu die Organisations-, Gründungs- und Einrichtungskosten gehören oder nicht. Diese Fragen sind u.E. nie in aller Klarheit behandelt worden. Das mag auch hier daran liegen, daß die Begriffe nicht genügend geklärt sind. Die oft gleichartige Verwendung der Worte Reproduktionswert, Sach- und Substanzwert kann deshalb nicht

1) SCHMIDT, Organische Tageswertbilanz, a.a.O., S 117 ff.

2) GROSSMANN, a.a.O., S. 728. 3) SCHMIDT, ebenda S. 119.

übernommen werden. Wir wollen verstehen

1. unter Reproduktionswert: die Summe der Kosten, die aufgewendet werden müßte, um eine gleichartige und gleichwertige Unternehmung zu errichten samt ihrer inneren und äußeren Organisation;
2. unter Substanzwert: den Reproduktionswert abzüglich der Kosten der inneren und äußeren Organisation, aber einschließlich aller selbständig veräußerlichen Immaterialgüter;
3. unter Sachwert: den Substanzwert ohne die Immaterialgüter.

Die Unterscheidung von Substanz- und Sachwert ist von LEHMANN vorgenommen worden.¹⁾ Sie dient einer klaren Terminologie. Der Begriff des Sachwertes in dieser Form wird jedoch bei unseren Untersuchungen keine Rolle spielen. Hier genügen die beiden Begriffe Reproduktionswert und Substanzwert.

Es ist nun lediglich eine Frage der Definition, was man unter "Geschäftswert" verstehen will. Entweder die Differenz zwischen Gesamtwert und Reproduktionswert, dann ist im Geschäftswert der Wert der Organisation nicht enthalten, oder die Differenz zwischen Gesamtwert und Substanzwert, dann enthält der Geschäftswert auch den Wert der Organisation, den man in diesem Fall am besten bezeichnet als den "mit besonderen Aufwendungen selbst geschaffenen Unternehmungsmehrwert".²⁾

Dem Substanzwert entspricht der Teil-Reproduktionswert bei SCHMALENBACH,³⁾ GUTENBERG⁴⁾ und MELLEROWICZ⁵⁾. Diese Autoren vertreten die Ansicht, daß der Gesamt-Reproduktionswert sich nicht zuverlässig ermitteln läßt, da die Reproduktionskosten der Organisation nur sehr schwer geschätzt werden können. Man ermittelt deshalb nur einen Teilreproduktionswert,⁶⁾

1) M.R. LEHMANN, a.a.O. in: ZfB. 1954, S. 70.

2) W. AULER, Der Unternehmungsmehr- und minderwert in der Bilanz, in: ZfB. 1927, S. 839.

3) SCHMALENBACH, Beteiligungsfinanzierung, 8. Aufl., S. 65 ff.

4) E. GUTENBERG, Art. "Geschäftswert" in: Hwb.d. Betriebswirtschaft, 2. Aufl., 1. Bd., Stuttgart 1938, Sp. 2040 f.

5) MELLEROWICZ, Wert der Unternehmung als Ganzes, S. 39.

6) Vgl. hierzu: F. GELHAUSEN, Probleme d. Bewertung v. Unternehmungen, in: Die Wirtschaftsprüfung 1948, S. 5 (8).

der dann entsprechend unserer obigen Definition gleich dem Substanzwert ist. Daraus ergibt sich aber auch, daß die genannten Autoren grundsätzlich die Organisationskosten zum Reproduktionswert gehörig ansehen.

Einige andere, wie MOHR ¹⁾, SCHMIDT ²⁾ und LEHMANN ³⁾ glauben, daß dem Substanzwert auf jeden Fall die Organisationskosten, wenn auch geschätzt, hinzugefügt werden müssen. Es ist klar, daß der materielle Inhalt des "Geschäftswertes" von der Stellungnahme zu dieser Frage ganz wesentlich beeinflusst wird.

Eine weitere Frage schließt sich daran an: Ist der Geschäftswert (mit oder ohne Organisationskosten) Vermögensbestandteil der Unternehmung? Die Schwierigkeit bei der Beantwortung dieser Frage liegt darin, daß bei der theoretischen Behandlung der Gesamtbewertung in der betriebswirtschaftlichen Literatur und der dabei notwendigen Erörterung der Ermittlung des Reproduktions- oder Substanzwertes der Vermögensbegriff im allgemeinen nicht gebraucht wird. Zunächst ist aber festzuhalten: Der Geschäftswert kann ex definitione niemals zum Reproduktions- oder Substanzwert gehören. Sollte aber der Geschäftswert Vermögensbestandteil sein, dann umfaßt der Reproduktions- oder Substanzwert nicht den Wert des ganzen Vermögens eines Unternehmens.

Wir haben einleitend bei der Behandlung des Vermögensbegriffes in der Betriebswirtschaftslehre zwei Vermögensbegriffe unterschieden: den ertragsbezogenen und den substanzbezogenen. ⁴⁾ Wir haben festgestellt, daß im Zusammenhang mit der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens der substanzbezogene Vermögensbegriff allein relevant ist, da die in der Vermögenssubstanz liegende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Besteuerung zugeführt werden soll. Wir müssen deshalb unter diesem Gesichtspunkt auch den Geschäftswert betrachten.

1) H. MOHR, Einheitswert und Firmenwert gewerblicher Betriebe, in: ZfB. 1927, S. 55 (58).

2) SCHMIDT, Organische Tageswertbilanz, S. 64, 90 f., 366, 377.

3) LEHMANN, a.a.O., S. 70.

4) Vgl. S. 15 ff.

In dem Geschäftswert, wie wir ihn hier verstehen wollen, schlagen sich die "zusätzlichen Ertragswerte" einer Unternehmung nieder. In ihm kommt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Unternehmung zum Ausdruck, die nicht auf den in der Vermögenssubstanz begründeten wirtschaftlichen Gegebenheiten, die in der Person des Unternehmers und den Gegebenheiten, des Marktes liegen, also darin, was SCHMIDT die "durch Unternehmungsgeist und Leistung wie durch eventuelle Monopolausnutzung entstehenden zusätzlichen Ertragswerte" ¹⁾ nennt. Betrachtet man schließlich auch noch die Berechnungsarten des Geschäftswertes, der nicht berechenbar ist ohne Ermittlung des Ertragswertes einer Unternehmung - wobei es gleichgültig ist, ob man den Ertragswert selbst oder einen irgendwie korrigierten Ertragswert als Gesamtwert der Unternehmung ansieht -, dann kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der Geschäftswert nicht Bestandteil eines Vermögens sein kann, das begrifflich an die Substanz und nicht an den Ertrag einer Unternehmung gebunden ist. Hier wird nun die Behandlung der Organisationskosten wieder wichtig. Unseres Erachtens ist der Wert der Organisation nicht allein ertragsabhängig. Wir haben schon gezeigt, daß nach herrschender Meinung die Organisationskosten zum Reproduktionswert eines Unternehmens gehören. Damit sind sie aber auch Vermögensbestandteil in unserem Sinne. Nur die praktische Unmöglichkeit ihrer exakten Feststellung verleitet dazu, sie mit in den Geschäftswert einzubeziehen. Ihrem Wesen nach gehören sie nicht dorthin ²⁾.

Wir zählen zum Vermögen einer Unternehmung also alles, was bei der Reproduktion einer gleichen Unternehmung durch Kapitalinvestition geschaffen werden müßte, was Kosten verursachen würde, was kostenbedingt ist. ³⁾ Also auch alle die Werte, die durch Aufwendungen über das reine Sachvermögen hinaus geschaffen werden müßten. Erst was über diesen Reproduktionswert hinaus noch von einem Käufer der Unternehmung bezahlt würde, macht den Geschäftswert aus, der im Sinne des

1) SCHMIDT, a.a.O., S. 90.

2) Vgl. insbesondere SCHMIDT, a.a.O., S. 116 ff.

3) Vgl. ebenda S. 119.

hier gebrauchten Vermögensbegriffes kein Vermögensbestandteil darstellt, da er ertrags- und nicht kostenbedingt ist.¹⁾

Abschließend ist noch kurz auf den sogenannten "derivativen" Geschäftswert einzugehen. Es wurde bisher immer nur vom "Geschäftswert" gesprochen, ohne auf die beiden Arten des "derivativen" und des "originären" Geschäftswert einzugehen. Bei der Gesamtbewertung spielt diese Unterscheidung keine Rolle. Der derivative Geschäftswert hat nur Bedeutung bei der Aufstellung einer Bilanz. Jedoch ist gelegentlich, so von MELLEROWICZ, behauptet worden, der derivative Geschäftswert wäre in die Berechnung des Substanzwertes (= Reproduktionswert) einzubeziehen, wenn unter Substanzwert die Größe verstanden wird, die das Betriebsvermögen, bewertet zu Reproduktionskosten, repräsentiert.²⁾ Dem können wir nicht zustimmen. Es ergibt sich allein aus der Definition des Geschäftswertes, daß er - und zwar einerlei, ob für ihn etwas bezahlt wurde oder nicht - im Reproduktionswert nicht enthalten sein kann. Nur wenn im Geschäftswert auch der Wert der Organisation enthalten ist, dann gehört dieser Teil des Geschäftswertes zum Reproduktionswert der Unternehmung.

2. Die immateriellen Werte in der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes.

a) Allgemeines.

Der Reichsfinanzhof hatte festzustellen, ob die immateriellen Werte Wirtschaftsgüter im Sinne des Gesetzes sind. Denn nur unter dieser Voraussetzung gehören sie gemäß § 54 Abs. 1 und § 66 Abs. 1 BewG zum Betriebsvermögen.

Der Begriff des Wirtschaftsgutes ist entwickelt worden, weil der früher verwandte Begriff "Gegenstand" eine bestimmte bürgerlich-rechtliche Bedeutung (= Sachen und Rechte) hat, diese

1) Vgl. SCHMIDT, a.a.O., S. 367 f.

2) MELLEROWICZ, Wert der Unternehmung als Ganzes, S. 28.

aber nicht ausreicht für die Zwecke des Steuerrechtes. Steuerrechtlich müssen gewisse Verhältnisse und Beziehungen mit einbegriffen werden, die weder Sachen noch Rechte sind, im Wirtschaftsleben aber wie solche betrachtet und behandelt werden. Damit kommt schon zum Ausdruck, daß es im Steuerrecht nicht so sehr auf die bürgerlich-rechtliche Form ankommt, sondern auf den wirtschaftlichen Gehalt dessen, was als "Wirtschaftsgut" bezeichnet wird.¹⁾

Für die Frage, wann immaterielle Werte ein solches Wirtschaftsgut darstellen, ist noch immer das grundlegende Urteil des RPH vom 28.2.1930²⁾ maßgebend. Es ist lediglich durch spätere Entscheidungen ergänzt worden.³⁾ Danach liegt ein (immaterielles) Wirtschaftsgut vor, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

1. Die Gegenstandseigenschaft des immateriellen Wertes muß durch eine entsprechende feste allgemeine Verkehrsauffassung anerkannt sein, oder
2. die Werte müssen nach 1923 entgeltlich erworben oder durch Aufwendungen als Wirtschaftsgüter anerkannt sein.

Das Urteil geht also den Weg, die Gegenstandseigenschaft der immateriellen Werte zunächst einmal zu verneinen, davon aber diese beiden Ausnahmen zuzulassen, sodaß schließlich doch - wie die an dieses Urteil anknüpfende spätere Rechtsprechung erwiesen hat -, eine große Reihe immaterieller Werte als zum Betriebsvermögen gehörig zu betrachten ist.

Wir können im Rahmen dieser Arbeit nicht auf die Vielzahl der einzelnen Fälle von Wirtschaftsgütern eingehen, mit denen sich der Reichsfinanzhof beschäftigt hat. Sie sind durch andere wissenschaftliche Arbeiten schon eingehend erörtert worden. Wir befassen uns nur mit einigen *G r u p p e n* dieser Wirtschaftsgüter, das heißt, wir werden versuchen, sie unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen und die Grundzüge herauszuarbeiten, nach denen der RPH geurteilt hat.

1) Vgl. HAIDER-ENGEL-DÜRSCHKE, a.a.O., Erl. 2 zu § 2.
 2) -III A 84/28- Bd. 26, 285 = RStBl. 1930, 287.
 3) Vg. VStR 1953, Abschn. 28 Abs. 1

Ganz allgemein ist zu dieser Rechtsprechung zu sagen, daß sie fast ausschließlich von rein praktischen Erwägungen ausgeht, d.h. immer dann das Vorliegen eines Wirtschaftsgutes bejaht, wenn "Anhaltspunkte zu seiner Bewertung gegeben sind". Dadurch kommt es, daß wirtschaftlich-theoretisch gleiche Rechte oder sonstige Werte verschieden behandelt werden, je nachdem, ob für sie eine Bewertungsgrundlage vorhanden ist oder nicht. Für eine im wesentlichen theoretisch ausgerichtete Betrachtung ergeben sich daraus notwendigerweise Schwierigkeiten.

AUFERMANN teilt die immateriellen Güter unter steuerrechtlichen Aspekten ein in

- a) isolierte Immaterialgüter und
- b) komplementäre Immaterialgüter. ¹⁾

Zu welcher Gruppe ein immaterielles Gut gehört, richtet sich danach, ob sie aus dem Betrieb entnommen werden können oder nicht, insbesondere also, ob sie als Einzelgegenstände veräußerlich sind oder aber so mit der Unternehmung verbunden sind, daß sie nur im Rahmen und mit der ganzen Unternehmung veräußert werden können. Gliederungskriterium ist hier also die Verkehrsfähigkeit der immateriellen Werte. Zu den isolierten Immaterialgütern gehören z.B. Patente, Konzessionen und Lizenzen. Die komplementären Immaterialgüter kann man als "Imponderabilien"²⁾ oder einfach als "wirtschaftliche Verhältnisse" bezeichnen. Ihre Summe ist der Geschäftswert. In der Rechtsprechung des RFH wird diese Trennung nicht immer in klarer Weise vorgenommen. So werden manchmal alle immateriellen Güter als Bestandteile des Geschäftswertes bezeichnet.³⁾ Auch heute noch sind die Vorstellungen über den Geschäftswertbegriff im Steuerrecht wenig klar, worauf LITTMANN unter Bezugnahme auf ein Urteil des OFH (StW 1947 Nr. 8) hingewiesen hat.⁴⁾ Für unsere Untersuchungen muß die Trennung zwischen

-
- 1) AUFERMANN, Der Geschäftswert in der Vermögensteuer-Bilanz, in: Die Aktuelle 1947, S. 131 (132).
 - 2) ebenda, S. 133.
 - 3) Vgl.-Urteil v. 28.2.1930, Bd. 26, 285.
 - 4) E. LITTMANN, Der steuerliche Gewinnbegriff im Lichte statischer und dynamischer Bilanzauffassung, in: StW. 1948, Sp. 617 (639).

isolierten Immaterialgütern und komplementären Immaterialgütern (Geschäftswert) ganz scharf und deutlich durchgeführt werden.

b) Die isolierten Immaterialgüter.

Unter isolierten Immaterialgütern haben wir mit AUFERMANN solche immateriellen Werte verstanden, die aus der Unternehmung herausgelöst und veräußert werden können, im Wirtschaftsleben also als selbständige, verkehrsfähige Wirtschaftsgüter behandelt werden. Bei diesen Gütern muß ihre Gegenstandseigenschaft durch die Verkehrsauffassung anerkannt sein. Wie die Entscheidungen des RFH vom 26.1.1939 ¹⁾ dazu ausführen, besteht eine solche Verkehrsauffassung bei allen Wirtschaftsgütern, die Gegenstand des Handelsverkehrs sind, d.h. gegen Entgelt selbständig veräußert werden. Es kommt nicht darauf an, daß das Wirtschaftsgut regelmäßig wie eine Ware gehandelt wird, sondern es genügt, daß das Wirtschaftsgut selbständig veräußerlich ist und auch tatsächlich veräußert wird, wenn sich dazu ein Anlaß bietet. Als Beispiele für solche immateriellen Werte, die als Wirtschaftsgüter anerkannt wurden, seien genant die Gewerbeberechtigungen wie Apotheken-²⁾ und Mineralgewinnungsrechte, aber auch Patente ³⁾, Zeitschrif-

1) -III 132/37- RStBl 1939, 553.

2) Die Apothekenrechte nehmen eine eigenartige Sonderstellung innerhalb der Gruppe der immateriellen Güter ein und sind eigentlich überhaupt nicht klassifizierbar. Wie der RFH im Urteil v. 30.11.1939 +III 58/38- RStBl 1940, 619 ausführt, gehört zu dem zu erfassenden Apothekenbetriebsrecht nicht nur der Wert des eigentlichen Privilegs, sondern auch der Wert der Kundschaft und des Firmenrechts. Der Wert des Betriebsrechts wird aus dem Umsatz berechnet. Es liegt also hier der wohl einzige Fall vor, daß der originäre Geschäftswert bei der Einheitsbewertung erfaßt wird. DELP (Der Geschäftswert im Steuerrecht, Diss. Frankfurt 1948) hat wohl mit Recht von einem "verselbständigten originären Geschäftswert" gesprochen, was sehr gut die Zwischenstellung dieses immateriellen Gutes zwischen isolierten Immaterialgut und Geschäftswert ausdrückt. (Vgl. auch die folgenden Ausführungen über den originären Geschäftswert).

3) RFH-Urteil v. 29.7.1930 +III A 56/29- RStBl 1931, 40.

tenbelieferungsrechte ¹⁾, ungeschützte Erfindungen unter gewissen Voraussetzungen und Lizenzen ²⁾, eine Beteiligungsziffer am Zündwarenmonopol ³⁾.

c) Die komplementären Immaterialgüter.

Das komplementäre Immaterialgut ist der Geschäftswert, gegebenenfalls auch ein Teil des Geschäftswertes. Ihm wird keine Gegenstandseigenschaft in dem oben dargelegten Sinne zuerkannt. Die komplementären immateriellen Werte müssen, wenn sie als Wirtschaftsgüter anerkannt werden sollen, entgeltlich erworben oder durch Aufwendungen als Wirtschaftsgüter im Wirtschaftsleben anerkannt sein.⁴⁾ Dabei bedeutet "entgeltlicher Erwerb" nicht nur Kauf oder Tausch, Entgelt also nicht Geld, sondern es muß eine geldwerte Gegenleistung vorhanden sein; das Entgelt muß in Geld abschätzbar sein.⁵⁾ Als Aufwendungen kommen nicht nur solche des Steuerpflichtigen selbst in Betracht, sondern auch durch Aufwendungen anderer Personen kann ein immaterieller Wert als Wirtschaftsgut anerkannt werden. So z.B. die Pacht für einen verpachteten Betrieb, wenn in der Pachtsumme ein Entgelt für den mitverpachteten Geschäftswert enthalten ist.⁶⁾

aa) Der originäre Geschäftswert.

Wir haben schon oben ⁷⁾ dargelegt, daß eine Gesamtbewertung im Sinne der Multiplikationsmethode - oder anders ausgedrückt: durch Ermittlung des Ertragswertes einer Unternehmung - bei der Einheitsbewertung nicht in Frage kommt, sondern der Gesamtwert des gewerblichen Betriebs durch Addition der Werte der einzelnen Vermögensteile ermittelt wird.

1) RFH-Urteil v. 26.1.1939 -III 132/37- RStBl 1939, 553.

2) Vgl. hierzu den ausführlichen Artikel von OERMANN in: DStZ. 1938, S. 621 und die dort angeführte Rechtsprechung.

3) RFH-Urteil v. 28.6.1934 -III A 436/33- RStBl 1934, S. 920.

4) Vgl. S. 72.

5) Vgl. RFH-Urteil v. 16.11.1933 -III A 243/33- RStBl 1934, 37.

6) So: RFH-Urteil v. 25.10.1934 -III A 313/34- RStBl 1935, 25.

7) Vgl. S. 52 f.

Es ist aber noch nichts darüber gesagt worden, ob der so ermittelte Gesamtwert ein Totalvermögen, ein bedingtes Totalvermögen oder ein Partialvermögen (im Sinne AUFERMANNS) darstellt, weil dieses Problem mit der Behandlung des Geschäftswertes eng verbunden ist. Da in der AUFERMANNSchen Terminologie der Vermögensbegriff etwas anders gebraucht wird, als wir es zuletzt getan haben (er umfaßt bei ihm auch den Geschäftswert), sei noch einmal klargestellt, daß "Totalvermögen" dem Wert einer Unternehmung als Ganzes entspricht, "Partialvermögen" also einem Wert, der nur einen Teil dieses Gesamtwertes umfaßt. Aus der Tatsache, daß die Multiplikationsmethode (mit der allein ein "Totalvermögen" ermittelt werden kann), bei der Ermittlung des Einheitswertes nicht angewandt wird, ergibt sich schon, daß der Geschäftswert nicht Vermögensbestandteil im Sinne des Bewertungsgesetzes sein kann; das heißt gleichzeitig, daß kein Totalvermögen im Sinne AUFERMANNS ermittelt wird. Denn es gibt keine andere Möglichkeit, das Totalvermögen einer Unternehmung zu errechnen, als auf dem Wege der Kapitalisierung der zukünftigen Reinerträge. Auch bei der Anwendung der sogenannten "Kombinationsmethode", d.h. der Addition aller Einzelwerte und Hinzufügung des Geschäftswertes (als Einzelwert) müßte ja zunächst der Geschäftswert ermittelt werden, und das ist wiederum nur möglich durch Berechnung des Ertragswertes, also durch die Multiplikationsmethode.

Es gibt Fälle, in denen Teile des originären Geschäftswertes vom RFH als Wirtschaftsgüter anerkannt worden sind. Er hat in einem Urteil vom 25.10.1934 ¹⁾ ausgeführt, daß nicht grundsätzlich-theoretische Überlegungen sondern der rein praktische Gesichtspunkt, daß es unmöglich ist, den Geschäftswert ohne äußeren Anhalt zu bewerten, den erkennenden Senat bei dem maßgeblichen Urteil vom 28.2.1930 dazu bewogen hat, die Gegenstandseigenschaft des Geschäftswertes nicht unterschiedslos anzuerkennen. Ist also ein solcher Bewertungsanhalt irgendwo gegeben, z.B. durch Aufwendungen, ist damit der Geschäftswert oder ein Teil desselben im Verkehrsleben gleichermaßen vergegenständlicht, dann muß er auch steuerlich erfaßt werden. Jedoch bleibt festzuhalten, daß es sich hierbei immer nur um Faktoren oder Bestandteile des Geschäftswertes

handeln kann, niemals um den originären Geschäftswert selbst. Man hat diese Geschäftswert-Faktoren auch als den "durch besondere Aufwendungen geschaffenen originären Geschäftswert" bezeichnet ¹⁾, eine Bezeichnung, die nicht ganz zutrifft, da es ja gar nicht darum geht, daß das Wirtschaftsgut durch Aufwendungen "geschaffen" wurde, sondern daß es durch Aufwendungen als Wirtschaftsgut "anerkannt" ist.

Solche durch Aufwendungen als Wirtschaftsgüter anerkannten immateriellen Werte können sein ein Wettbewerbsverbot ²⁾, Branntweinbezugsrechte ³⁾, auch Betriebs- und Verkaufsorganisation, Kundschaft, Fabrikationstechnik und -erfahrungen ⁴⁾, eine ausgebautte Wasserkraft ⁵⁾ und ähnliche Warenzeichen, die, da sie nicht selbständig veräußerlich sind, komplementäre Immaterialgüter darstellen, haben keine Gegenstandseigenschaften, obwohl für sie Aufwendungen, nämlich die Gebühren für die Eintragung, gemacht wurden. Der RFH führt dazu aus: "Nicht jede Aufwendung, die mit einem immateriellen Gut in Zusammenhang steht, begründet diese Gegenstandseigenschaft; in Betracht kommen vielmehr nur solche Aufwendungen, durch die das Gut als Wirtschaftsgut anerkannt wird."⁶⁾

bb) Der derivative Geschäftswert.

Der sogenannte derivative Geschäftswert unterscheidet sich von dem originären dadurch, daß er sich nicht aus der Differenz zwischen dem Gesamtwert und dem Reproduktionswert einer Unternehmung ergibt, zu seiner Ermittlung also nicht die "Multiplikationsmethode" angewendet werden muß. Es ist vielmehr objektiv gegeben durch das für seinen Erwerb aufgewendete Entgelt. Damit ist sogleich die Voraussetzung für seine steuerliche Anerkennung als Wirtschaftsgut gegeben, und er ist damit Bestandteil des gewerblichen Betriebsvermögens im Sinne des Bewertungsgesetzes.

1) So: DELP, a.a.O., S. 145 ff.

2) RFH-Urteil v. 31.10.1934 -VI A 976/33- RStBl 1935, S. 745

3) RFH-Urteil v. 9.3.1938 -VI 122/38' RStBl 1938, 551.

4) RFH-Urteil v. 25.10.1934 -III A 313/34- RStBl 1935, 25.

5) RFH-Urteil v. 20.3.1930 -III A 217/29- StW 1938, 882.

6) RFH-Urteil v. 15.10.1931 -III A 1195/30- RStBl 1932, 122.

d) E r g e b n i s s .

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß es sich bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens um eine Partialbewertung im Sinne AUFERMANNs handelt, d.h. also, daß bei der Feststellung des Wertes des gewerblichen Betriebes nur ein Teil des Vermögens (immer in der Terminologie von AUFERMANN) der Unternehmung berücksichtigt wird, nämlich alle die Vermögens-teile nicht, für die eine Gegenstandseigenschaft nicht angenommen werden kann, oder die mangels Bewertungsgrundlage nicht als Wirtschaftsgut anerkannt werden. Da aber der Geschäftswert unter der Bedingung, daß er entgeltlich erworben wurde, dem Betriebsvermögen doch zugerechnet wird, spricht AUFERMANN von "bedingter Totalbewertung". Wir halten diesen Ausdruck nicht für zweckmäßig. Unseres Erachtens sollte man auch in diesem Fall - wenn man schon diese Terminologie, mit der wir ja nicht ganz übereinstimmen, gebraucht - bei "Partialbewertung" bleiben. Denn auch wenn ein derivativer Geschäftswert vorhanden ist, also angesetzt werden muß, so ist damit noch nicht gesagt, daß jetzt eine Totalbewertung durchgeführt wird. Denn neben dem derivativen kann sich ja in dem Unternehmen inzwischen ein zusätzlicher originärer Geschäftswert gebildet haben, der nach wie vor unberücksichtigt bleibt, so daß also trotz Ansatzes des derivativen Geschäftswertes eine Totalbewertung nicht stattfindet.

3. Die betriebswirtschaftliche Kritik an der steuerlichen Behandlung der immateriellen Werte.

Eine kritische Beurteilung der Behandlung der immateriellen Werte bei der Einheitsbewertung wird am besten unter zwei Gesichtspunkten vorgenommen: Zunächst wird festzustellen sein, ob und inwieweit diese Behandlung den Prinzipien der Betriebswirtschaftslehre, die wir im ersten Abschnitt dieses Kapitels herauszuarbeiten versuchten, entspricht. Das ist also eine vornehmlich theoretisch begründete Kritik. Anschließend ist die Frage zu stellen, wie die praktischen Auswirkungen dieser steuerlichen Behandlung vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus zu beurteilen sind.

Mit einer betriebswirtschaftlich-theoretischen Betrachtung der steuerlichen Behandlung der immateriellen Werte kann man nicht allzuviel erreichen. Der Reichsfinanzhof hat sich um theoretische Überlegungen so gut wie gar nicht gekümmert. Für ihn waren allein praktische Bewertungs- und Erfassungsgesichtspunkte maßgebend. Wenn also die Ergebnisse dieser auf die Möglichkeiten der Bewertungspraxis abgestellten Rechtsprechung mit Ergebnissen der Betriebswirtschaftslehre übereinstimmen sollten, so kann man das fast als einen "Zufall" bezeichnen. Trotzdem läßt sich folgendes feststellen:

Als Folgerung aus dem substanzbezogenen Vermögensbegriff ergab sich unsere Unterscheidung zwischen *k o s t e n b e - d i n g t e n* Immaterialgütern und Geschäftswert, in dem sich *E r t r a g s* aussichten niederschlagen. Der RFH sieht diejenigen immateriellen Werte als "Wirtschaftsgüter" an, die entweder Gegenstandseigenschaften haben oder durch "Aufwendungen" als Wirtschaftsgüter anerkannt werden. Der Unterschied liegt darin, daß der vom RFH gebrauchte Aufwandsbegriff mit Kosten- oder Aufwandsbedingtheit im betriebswirtschaftlichen Sinne nichts zu tun hat. Das wird deutlich an dem Fall, in dem auch Aufwendungen eines anderen als des Steuerpflichtigen zur Anerkennung eines immateriellen Wirtschaftsgutes ausreichen.¹⁾ Andererseits ergibt sich daraus aber auch, daß *E r t r a g s* - gesichtspunkte bei der Rechtsprechung keine Rolle spielen. Gewisse Berührungspunkte zwischen betriebswirtschaftlich-theoretischer und steuerrechtlich-praktischer Behandlung der immateriellen Werte lassen sich also feststellen, was de lege ferenda zu beachten wäre.

Im praktischen Ergebnis schließlich scheint die Behandlung der isolierten Immaterialgüter durch die Rechtsprechung vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gerechtfertigt. Berücksichtigt man die steuerlichen Erfordernisse, so wird man ihr zustimmen müssen. Nicht so die Behandlung der komplementären Immaterialgüter, d.h. des Geschäftswertes oder einzelner Geschäftswerteile. Wir glauben, daß der Ansatz des derivativen oder des "mit besonderen Aufwendungen geschaffenen" Geschäftswertes deshalb nicht gerechtfertigt ist, weil er vom

1) Vgl. S. 75

Zufall abhängt. Bei letzterem besteht der Zufall darin, daß eine Bewertungsgrundlage vorhanden ist oder nicht. Dadurch kann es dazu kommen, daß wirtschaftlich gleiche Verhältnisse verschieden besteuert werden. Die Ansetzung des derivativen Geschäftswertes ist vom Reichsfinanzhof selbst als unbefriedigend empfunden worden. Dies allerdings deshalb, weil man grundsätzlich jeden Geschäftswert, also auch den originären, als zum Betriebsvermögen gehörig angesehen hat. Da eine gerechte und brauchbare, d.h. praktisch durchführbare Erfassung des originären Geschäftswertes nicht möglich ist, hat man sich zu dem kleineren Übel entschlossen, nämlich den Geschäftswert nur dann anzusetzen, wenn eine objektive Bewertungsgrundlage vorhanden ist. Die dadurch wiederum entstehende Ungerechtigkeit, die in der ungleichen Behandlung der beiden Geschäftswertarten liegt, glaubte der RFH als "kleineres Übel" in Kauf nehmen zu können. Er führte dazu aus: "Der Senat verkennt dabei nicht, daß die Bewertung nur des entgeltlich erworbenen Geschäftswertes insofern nicht befriedigt, als es insbesondere bei Erwerbsgesellschaften meist vom Zufall abhängen wird, ob das Unternehmen jemals zur Veräußerung gelangt, ob also überhaupt irgendeinmal ein im Stillen zweifellos vorhandener, unter Umständen recht erheblicher Geschäftswert erfaßt werden kann. Das führt zu einer ungleichmäßigen Belastung der Steuerpflichtigen, die vermieden wird, wenn man die immateriellen Werte allgemein als Wertobjekt behandeln würde."¹⁾

Eine durchaus ebenso begründete und gerechtfertigte Folgerung aus diesem Sachverhalt wäre gewesen, wenn der RFH grundsätzlich von der Erfassung des Geschäftswertes abgesehen hätte. Eine solche Forderung muß denn auch nach wie vor erhoben werden, zumal die Erfassung des derivativen Geschäftswertes steuerwirtschaftlich nicht von so großer Bedeutung sein kann, daß man nicht darauf verzichten könnte. Gegen eine Erfassung und Besteuerung des Geschäftswertes und Teilen des Geschäftswertes spricht aber auch die grundsätzliche Zwecksetzung der Vermögensbesteuerung²⁾.

1) Urteil v. 28.2.1930, Bd. 26, 293.

2) Vgl. F. HOFFMANN, Grundsätze der mengen- und wertmäßigen Abgrenzung des Begriffes "kf. Betriebsvermögen" im Einkommen- und Vermögensteuerrecht, Diss. Frankfurt 1934, S. 30.

Im Geschäftswert schlagen sich die Ertragsaussichten einer Unternehmung nieder. Diese Ertragsaussichten sind noch nicht realisiert und sie enthalten Elemente, die in der persönlichen Leistung des Unternehmers begründet liegen. Es ergeben sich daraus die gleichen Überlegungen und Folgerungen, die wir bei der Frage des steuerlichen Vermögensbegriffes schon einmal erörtert haben.¹⁾ So sagt denn auch LION einmal: ²⁾ "Die kaufmännische Betätigung (nämlich die Fortführung des Betriebes. Verf.) erbringt den Ertrag und die erhoffte Erhaltung des inneren Wertes, auf dem der Geschäftswert beruht" Aber kein Steuerpflichtiger könne für seine Tätigkeit einer Vermögensabgabe (gemeint ist die Vermögensteuer) unterworfen werden.³⁾ Schließlich sei noch einmal auf das oft zitierte Urteil vom 28.2.1930 verwiesen, in dem ähnliche Ansichten durchklingen. Sie betreffen zwar die Nichtberücksichtigung der vor 1924 erworbenen und entstandenen immateriellen Werte, sie sind aber genau so gut auch auf die Behandlung des Geschäftswertes ganz allgemein anzuwenden: "Auch vom steuerrechtspolitischen Standpunkt aus scheint diese Lösung billig. (Gemeint ist also die Nichtberücksichtigung der genannten immateriellen Werte. Verf.). Denn die Vorteile, die die immateriellen Werte dem Unternehmen erbringen, wirken sich in erhöhtem Einkommen aus und werden durch die Besteuerung des Einkommens erfaßt. Wird das Unternehmen veräußert und werden dadurch die immateriellen Werte realisiert, so unterliegt der bei der Veräußerung des ganzen Geschäfts erzielte Gewinn gleichfalls der Einkommensteuer. Eine ergänzende Besteuerung durch die Vermögensteuer kann aber deshalb nicht in Frage kommen, weil am maßgebenden Stichtag es noch gar nicht feststellbar ist, ob und wann die immateriellen Werte realisiert werden und weil ihre Bewertung vor der Realisierung zu willkürlicher und daher nicht verwertbarer Schätzung führen würde." ⁴⁾

1) Vgl. S. 22 ff.

2) M. LION, Das Bilanzsteuerrecht, Berlin 1922, S. 194.

3) Vgl. auch: M. LION, Die Besteuerung des Geschäftswertes, Goodwill, Kundschaft, Firmenwert, Verlagswert, in: StW. 1925, Sp. 725 (757 ff.) und: E. BECKER, zur steuerrechtlichen Behandlung des Firmenwertes und der immateriellen Güter, in: StW. 1927, Sp. 79 (92 f.).

4) Bd. 26, 296.

Eine Regelung, die also betriebswirtschaftlichen Erfordernissen einer richtigen Substanzwertermittlung im wesentlichen entsprechen würde, müßte die uneingeschränkte Zugehörigkeit aller isolierter Immaterialgüter zum Betriebsvermögen aussprechen und gleichzeitig feststellen, daß alle komplementären Immaterialgüter, also sowohl der originäre Geschäftswert wie Teile desselben, wie auch der derivative Geschäftswert keine Wirtschaftsgüter im Sinne des Gesetzes sind. Damit würde der steuerliche Gesamtwert begrifflich sogar mit dem Substanzwert der Betriebswirtschaftslehre übereinstimmen. Auf alle Fälle würden aber gewisse Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten vermieden, die sich aus der Tatsache ergeben, daß der RFH bisher auf die oft vom Zufall abhängige Bewertung einiger komplementärer immaterieller Werte, insbesondere des derivativen Geschäftswertes, bestanden hat.

B. Die S c h u l d e n .

I. Zur grundsätzlichen Frage des Schuldenabzugs.

Die Frage des Abzugs der Schulden vom Rohvermögen wurde schon einmal behandelt, als es um die Auslegung des Betriebsvermögensbegriffes im Bewertungsgesetz ging.¹⁾ Sie taucht jetzt wieder in einer anderen Problemstellung auf und lautet: Welche Beziehungen ergeben sich zwischen betriebswirtschaftlicher Substanz- bzw. Reproduktionswertermittlung und dem Schuldenabzug bei der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögen?

Ein Teil der betriebswirtschaftlichen Literatur zur Gesamtwertlehre, vornehmlich die ältere Literatur, sagt, daß sich der Substanz- oder Reproduktionswert n a c h A b z u g d e r S c h u l d e n von den Aktiven ergibt.²⁾

1) Vgl. S. 21 ff

2) Vgl. GUTENBERG, a.a.O., Sp. 2040; SCHMALENBACH, Beteiligungsfinanzierung, 7. Aufl., S. 67; AULER, a.a.O., in: ZfB. 1927, S. 655 ff.; aber neuerdings auch LEHMANN, a.a.O. in: ZfB. 1954, S. 69 und GELEAUSEN, a.a.O.,: Die Wirtschaftsprüfung 1948, S. 7.

Hier taucht allerdings eine begriffliche Schwierigkeit auf: Sowohl unter "Reproduktionswert" wie auch unter "Substanzwert" einer Unternehmung versteht man die Kapitalbindung in einer Unternehmung oder, anders ausgedrückt, die Summe Geldes, die aufzuwenden ist, um eine gleichartige und gleichwertige Unternehmung zu erstellen. Wenn man so definiert, dann ergibt der Substanz- oder Reproduktionswert doch die **G e s a m t k a p i t a l b i n d u n g** im Betrieb und nicht nur die Eigenkapitalbindung. Spricht man trotzdem davon, daß die gesamten Aktiva abzüglich der Schulden den Reproduktionswert ergeben,¹⁾ so liegt hier zumindest begrifflich ein Fehler vor.

Der größte Teil der neueren Literatur über die Bewertung ganzer Unternehmungen lehnt den Abzug von Schulden bei der Feststellung des Substanzwertes ab²⁾. Wir brauchen auf die Gründe nicht einzugehen, da bei diesen Autoren die Errechnung des Substanzwertes in viel stärkerem Maße als bei den zuerst genannten Autoren nur eine Art Hilfsrechnung bei der Ertragswertermittlung ist. Die Substanzwertermittlung dient deshalb hier letzten Endes auch der richtigen Ermittlung des Ertragswertes, und daraus ergibt sich die Nichtberücksichtigung der Schulden.

Es besteht wohl kaum ein Zweifel darüber, daß bei der Ermittlung eines Gesamtwertes der Unternehmung, der der Vermögensbesteuerung zugrunde gelegt wird, ein Abzug der Schulden vorgenommen werden muß. Wie wir schon zu Beginn dieser Arbeit festgestellt haben, soll ja eine Bemessungsgrundlage für die im Vermögen des Steuerpflichtigen liegende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ermittelt werden. Diese Bemessungsgrundlage ist ein abstrakter Wertbegriff, Vermögenswerte können aber sowohl positiver wie negativer Art sein. Schulden und Leistungspflichten bezeichnen eine Verpflichtung zur Herausgabe wirtschaftlicher Güter, also zur Verringerung der positiven Vermögenswerte³⁾. Die mathematische Summe aus positi-

1) Vgl. die unter 2) der vorhergehenden Seite angegebene Literatur.

2) Darauf wird im folgenden Abschnitt noch näher eingegangen.

3) Vgl. hierzu insbesondere: H. REHM, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, 2. Aufl., München, Berlin u. Leipzig 1914, S. 2.

ven und negativen Vermögenswerten ergibt das Vermögen, in dem eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit allein begründet liegen kann.

II. Der Schuldenbegriff.

1. Der betriebswirtschaftliche Schuldenbegriff.

Einen ausgesprochenen betriebswirtschaftlichen Schuldenbegriff gibt es wohl nicht. Man wird aber ganz allgemein sagen können, daß der wirtschaftliche Begriff der Schuld nicht ohne weiteres mit dem rechtlichen übereinstimmt. Dieser bedeutet jede Verbindlichkeit, also auch die Pflicht zum Dulden und Unterlassen. Jener umfaßt nur die Verpflichtung zur Herausgabe aus dem eigenen Vermögen.¹⁾ Andererseits muß man den Begriff "Schuld" wirtschaftlich weiter fassen im Sinne einer "Belastung" des Vermögens. Eine solche Belastung kann gegeben sein, auch ohne daß eine rechtliche Verpflichtung zur Leistung besteht. Es wäre deshalb im Sinne einer klaren Begriffsabgrenzung gegenüber dem bürgerlichen Recht vorzuziehen, wirtschaftlich überhaupt nicht von Schulden, sondern nur von "Lasten" zu sprechen.

Den Gedanken der Reproduktion, den wir bisher immer als den maßgeblichen bei der Feststellung des Substanzwertes der Unternehmung angesehen hatten, läßt sich, wie schon erwähnt, bei der Frage des Schuldenabzuges nicht mehr ohne weiteres verwenden. Hier tritt ein anderer Gedanke, der aber damit eng zusammenhängt, in den Vordergrund: Bei der Feststellung des Reproduktions- oder Substanzwertes geht man davon aus, was eingedachter potentieller Erwerber aufwenden müßte, um dieselbe Unternehmung zu erstellen; das betrifft also nur die Aktiven oder das "Rohvermögen". Hier ist zu überlegen, welche Verhältnisse und Gegebenheiten diesen Erwerber veranlassen würden, den Wert der bestehenden Unternehmung niedriger anzusetzen, als die Summe der positiven Vermö-

1) Vgl. H. MOHR, Bilanz und immaterielle Werte, Berlin u. Wien 1927, S. 50.

genswerte ausmacht. Für ihn ist die Höhe des Reinvermögens bzw. des von ihm zu investierenden Kapitals interessant. Oder, wie es VEIEL formuliert hat: es muß die Frage gestellt werden, "was läßt sich der Verkäufer wegen der Belastung des Betriebes am Gesamtkaufpreis abziehen?"¹⁾ Aus diesen Überlegungen folgt die Frage, was solche Lasten sein können, wobei wir also unter Lasten (oder wirtschaftlichen Schulden) ganz allgemein solche wirtschaftlichen Verhältnisse verstehen wollen, die den Wert einer Unternehmung, der sich aus der Summe der Werte ihrer Aktiva ergibt, mindern.

2. Der steuerrechtliche Schuldenbegriff.

Auch der steuerrechtliche Schuldenbegriff deckt sich nicht mit der bürgerlich-rechtlichen Verpflichtung zur Erbringung einer Leistung an einen Dritten, sondern stellt den Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Belastung des zu einer Leistung Verpflichteten in den Vordergrund.²⁾ In den Vermögensteuer-richtlinien heißt es: "Betriebsschulden sind Geldschulden und Lasten, die eine geldwerte Verpflichtung zu Sachleistungen darstellen."³⁾ Darüber hinaus scheiden einerseits formal rechtsgültige Verpflichtungen aus, die zumindest am Bewertungsstichtag noch keine ernstzunehmende wirtschaftliche Belastung des Schuldners bedeuten, weil er damit rechnen darf, daß der Gläubiger seinen Anspruch nicht geltend machen wird. Andererseits wird aber eine **n i c h t** klagbare Verpflichtung steuerrechtlich dann zu beachten sein, "wenn am Stichtag nach den besonderen Umständen des Falles mit Bestimmtheit feststeht, daß sie tatsächlich **e r f ü l l t** werden wird."⁴⁾

Es gibt eine Entscheidung des OFH ⁵⁾, die die Definition und die Grundzüge des Schuldenbegriffs, wie sie bisher dargelegt wurden, sprengt. Es handelt sich dabei um die Frage des Schuldencharakters von Rückstellungen für Trümmerräumung. Das Be-

1) O. VEIEL, Betriebswirtschaftslehre und Einheitsbewertung, in: StW. 1941, Sp. 1 (23).

2) Vgl. DZIEGALOWSKI-THÜMEN, a.a.O., Anm. 8 zu § 62.

3) VStR 1953, Abschn. 43 Abs. 1, Satz 1.

4) THÜMEN, Rohvermögen, Schulden und Rücklagen bei der Einheitsbewertung, in DStZ. 1935, S. 1305 (1308).

5) Urteil v. 11.5.1949 -III 11/49 -S- StW 1949, 41.

deutsame an dieser Entscheidung ist, daß auch soche wirtschaftlichen Lasten als Schulden im Sinne des § 62 BewG anerkannt werden, die keine **V e r p f l i c h t u n g** gegenüber einem Dritten (sei sie gesetzlicher, vertraglicher oder tatsächlicher Art) darstellen. Der erkennende Senat führt zur Begründung das Urteil des RFH vom 10.10.1940 ¹⁾ an, in dem die am Stichtag bestehende (gesetzliche) Verpflichtung zur Nacherzeugung von Zucker als Betriebsschuld anerkannt wurde mit der Begründung, daß auch auf eine "wirtschaftliche Belastung des Unternehmens mit zukünftigen Ausgaben, die auf Betriebsvorfälle der Vergangenheit beruhen, und damit den gegenwärtigen Gesamtwert des Unternehmens schon für den Stichtag bei Annahme einer Betriebsveräußerung an diesem Tag vermindern, Rücksicht genommen werden" muß. Ausschlaggebend ist, daß "die Minderung des Gesamtwertes wirtschaftlich in die Vergangenheit fällt, also am Stichtag bereits eingetreten ist."

Es ist offensichtlich, daß diese weite Auslegung des steuerrechtlichen Schuldenbegriffes nicht der Definition entspricht, die die Vermögensteuerrichtlinien geben. Es taucht deshalb die Frage auf, ob die im Urteil vom 10.10.1940 aufgestellten und vom OFH im Urteil vom 11.5.1949 angewendeten und damit bestätigten Grundsätze auch heute noch anerkannt werden. Offensichtlich wünscht dies der BdFin nicht, da er keines der beiden Urteile in den Richtlinien erwähnt. Auch die Kommentatoren erwähnen das Urteil des OFH nicht. Maßgeblich könnte allerdings nur eine diese Grundsätze neuerdings bestätigende oder ablehnende Entscheidung des BFH sein. Weder das eine noch das andere wurde bisher vom BFH ausgesprochen. Im Urteil vom 25.10.1951 ²⁾ wird lediglich festgestellt, daß der Begriff der Schulden in den §§ 62 und 66 Abs. 4 Satz 1 BewG "nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten" zu verstehen ist. Es handelt sich jedoch bei diesem Urteil um gesetzliche Verpflichtungen gegenüber Dritten (Bergschäden-Rückstellungen), so daß es nach wie vor offen bleibt, ob der BFH auch eine wirtschaftliche Last, die keine Verpflichtung darstellt, auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als Schuld im Sinne des Bewertungsgesetzes anerkennen würde.

1) -III 86/40-StW 1941,53. 2) -III 43/50 S-StW. 1952,95.

Für das Vorliegen bzw. die Abzugsfähigkeit einer Schuld beim Betriebsvermögen wurden von der Rechtsprechung folgende Grundsätze herausgearbeitet:

Die Schulden oder Lasten müssen am Stichtag bestehen, das heißt, sie müssen bis dahin entstanden und dürfen noch nicht erloschen sein. Dies ergibt sich aus § 63 Abs. 1 Satz 1 BewG, wonach für den Bestand und die Bewertung die Verhältnisse im Feststellungszeitpunkt maßgeblich sind. Die Fälligkeit der Schuld ist keine Voraussetzung für ihre Abzugsfähigkeit.¹⁾ Für Verbindlichkeiten, die zwar bestehen, aber sich ihrer Höhe nach noch nicht oder nicht genau bestimmen lassen, werden auch bei der Einheitsbewertung Rückstellungen gebildet, mit anderen Worten: Auch solche Verbindlichkeiten gelten als Schulden im Sinne des Gesetzes.

Die zweite Voraussetzung für die Abzugsfähigkeit einer Schuld ist, daß mit ihrer Geltendmachung ernstlich gerechnet werden muß. Dies wird im allgemeinen dann anzunehmen sein, wenn zur Erfüllung der Schuld eine rechtliche Verpflichtung besteht. Wie oben schon angedeutet, kann aber eine Schuld auch ohne daß eine rechtliche Verpflichtung besteht, dann angenommen werden, wenn sie z.B. schon viele Jahre besteht, ihre Erfüllung also auf Grund dieser langjährigen Übung gewiß ist. Andererseits genügt die rechtliche Verpflichtung nicht, wenn sie nicht gleichzeitig eine wirtschaftlich ernst zu nehmende Last bedeutet.

Die dritte Voraussetzung ist der wirtschaftliche Zusammenhang zwischen der Schuld und dem gewerblichen Betrieb oder einzelnen Teilen von ihm (§ 62 Abs. 1). Nach der Rechtsprechung des RFH²⁾ liegt ein solcher Zusammenhang dann vor, wenn Vermögen und Schulden nach Entstehung und Zwecksetzung miteinander verknüpft sind, d.h. wenn die Entstehung der Schuld ursächlich und unmittelbar auf Vorgänge zurückzuführen ist, die das Vermögen betreffen. Die Grundsätze für den wirtschaftlichen Zusam-

1) Eine Ausnahme bilden gewisse Steuerschulden, vgl. S. 99 ff. dieser Arbeit.

2) Vgl. Urteil v. 14.11.1935 -III A 134/34- RStB1 1935,1465.

menhang zwischen Schulden und Betrieb entsprechen denen, die für die Abgrenzung des Betriebsvermögens vom Privatvermögen gelten.¹⁾ Aus den gleichen Gründen wie dort ist für die Kapitalgesellschaften und in gewisser Weise auch für die Personengesellschaften²⁾ die Voraussetzung des wirtschaftlichen Zusammenhangs nicht relevant, da diese Gesellschaften keine anderen als Betriebsschulden haben können; es sei denn, daß das Wirtschaftsgut, mit dem die Schulden in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, auf Grund besonderer gesetzlicher Bestimmungen nicht zum Betriebsvermögen gehört.³⁾

Ein neueres, schon erwähntes Urteil des BFH vom 25.10.1951⁴⁾ hat ausdrücklich festgestellt, daß auch für den Begriff der Schuld die wirtschaftliche Betrachtungsweise gilt, d.h. also, daß das Vorliegen der genannten Voraussetzungen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu prüfen ist.

Wir verzichten hier auf eine kritische Behandlung einzelner Urteile der höchstrichterlichen Rechtsprechung. Ihre betriebswirtschaftliche Problematik ist vergleichsweise gering gegenüber einem Fall, der im folgenden ausführlich darzustellen sein wird, nämlich der Frage der Abzugsfähigkeit von Pensionsanwartschaften solcher Betriebsangehöriger, die sich noch im Dienst befinden. Diese Frage hat wie kaum eine andere im Zusammenhang mit dem Schuldenabzug die Betriebswirtschaftslehre zur Stellungnahme und Diskussion herausgefordert. Im Anschluß daran werden noch einige andere Betriebsschulden besprochen werden, deren bewertungsrechtliche Behandlung von besonderem betriebswirtschaftlichen Interesse ist.

1) Vgl. S. 29 ff

2) Vgl. S. 32 f.

3) Vgl. VStR 1953, Abschn. 43 Abs. 5 (Beispiele).

4) StW 1952, 95.

III. Einzelne Betriebsschulden.

1. Die bedingten Lasten.

a) Allgemeine Grundsätze für die Behandlung der von Bedingungen abhängigen Rechtsgeschäfte.

Auflösend und aufschiebend bedingte Rechtsgeschäfte sind Institutionen des bürgerlichen Rechts. Bei einem aufschiebend bedingten Rechtsgeschäft tritt die von der Bedingung abhängig gemachte Wirkung erst mit dem Eintritt der Bedingung ein (§ 158 Abs. 1 BGB), bei dem unter einer auflösenden Bedingung vorgenommenen Rechtsgeschäft endet mit dem Eintreten der Bedingung die Wirkung des Rechtsgeschäfts (§ 158 Abs. 2 BGB). Das Bewertungsgesetz regelt die Behandlung dieser bedingten Rechtsgeschäfte in den §§ 4 bis 7 folgendermaßen: Aufschiebend bedingter Erwerb (§ 4) und aufschiebend bedingte Lasten (§ 6) werden bei der Feststellung des Vermögens nicht berücksichtigt. Auflösend bedingter Erwerb (§ 5) und auflösend bedingte Lasten (§ 7) sind zu behandeln, wie wenn keine Bedingung bestände. Bei der steuerlichen Behandlung wird also nicht berücksichtigt die Größe der Aussichten, die für den Eintritt der Bedingung bestehen, obwohl diese Lösung, wie GÜRSCHING sagt, ¹⁾ wahrscheinlich gerechter gewesen wäre und auch den wirtschaftlichen Gegebenheiten eher Rechnung getragen hätte. Eine Wahrscheinlichkeitsrechnung ist vom Gesetzgeber bewußt abgelehnt worden, und zwar aus der rein praktischen Erwägung, daß die Steuerbehörden unmöglich in allen solchen Fällen die Aussichten für das Eintreten der Bedingung nachprüfen und abwägen könnten.²⁾

Die auflösend bedingten Lasten sind ohne Problematik, sowohl was ihre steuerrechtliche wie ihre betriebswirtschaftliche Behandlung anbelangt. Sie werden, da sie am Stichtag

1) GÜRSCHING, Berücksichtigung bedingter Lasten bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens, in: DStZ. 51, S. 361 (362).

2) ebenda: vgl. auch: HAIDER-ENGEL-DÜRSCHKE, a.a.O., Vorbemerkung zu §§ 4 bis 8 BewG.

wirksam sind, also bestehen, wie unbedingte Lasten behandelt. Nicht so die aufschiebend bedingten Lasten. Hier versagt das Gesetz den Abzug der Schuld. Der für unsere Untersuchung wichtigste und umstrittenste Fall einer solchen aufschiebend bedingten Last sind die Rückstellungen für Pensionsanwartschaften solcher Betriebsangehöriger, die sich am Stichtag noch im Dienst befinden. Laufende Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Betriebsangehörigen oder ihren Hinterbliebenen stellen eine normale unbedingte Betriebsschuld dar und sind mit ihrem kapitalisierten Wert abzugsfähig.

b) Rückstellungen für Pensionsanwartschaften.

aa) Das Problem bei formal-rechtlicher Betrachtung.

Der BFH hat in seinem Urteil vom 25.10.1951 ¹⁾, anknüpfend an die Rechtsprechung des RFH und OFH festgestellt, daß die allgemeinen Bewertungsvorschriften des Reichsbewertungsgesetzes grundsätzlich auch auf die Bewertung des Betriebsvermögens anzuwenden sind und dies auch für die Behandlung der bedingten Lasten gilt. Im Urteil vom 4.7.1952 ²⁾ wurde dann, ebenfalls anknüpfend an die bisherige Rechtsprechung, festgestellt, daß eine aufschiebend bedingte Last im Sinne des § 6 BewG darstellt und somit nicht abzugsfähig ist. Daraus ergibt sich, daß Rückstellungen für Pensionsanwartschaften solcher Betriebsangehöriger, die noch im Betrieb beschäftigt sind, keine Betriebsschulden im Sinne des § 62 BewG darstellen.

Der formal-rechtliche Charakter dieser Pensionsanwartschaften als aufschiebend bedingte Lasten ist allerdings nicht ganz unbestritten. BOETTCHER möchte diese Pensionsverpflichtungen als auflösend bedingte Lasten angesehen wissen, wobei er davon ausgeht, daß die Verpflichtung bereits mit dem Abschluß des Arbeitsvertrages übernommen wird, der Tod oder das Ausschei-

1) I-III 43/50 S- StW 1952,95.

2) -III 85/51 S- StW 1952,179.

den des Betriebsangehörigen die diese Verpflichtung eventuell auflösende Bedingung darstellt.¹⁾ Die gleiche Meinung vertreten auch GÜBBELS²⁾ und KUNZE³⁾. Unseres Erachtens liegen die Verhältnisse bürgerlich-rechtlich (worauf diese Autoren ja zunächst abstellen) doch ganz klar. Die Zusage der Zahlung einer Pension ist ein Rechtsgeschäft. Die Wirkung des Rechtsgeschäftes, nämlich die Pensionszahlung, soll eintreten, wenn gewisse Bedingungen (Erreichen der Altersgrenze, Invalidität) eintreten. Ein solches Rechtsgeschäft ist nach § 158 Abs. 1 BGB aufschiebend bedingt. Man darf nicht, wie BOETTCHER, GÜBBELS und KUNZE dies zur Stützung ihrer These, es handele sich um auflösend bedingte Lasten, tun, auf die Verpflichtung abstellen, sondern auf die "Wirkung" des Rechtsgeschäftes, eben wie es § 158 BGB tut, und diese Wirkung tritt erst dann ein, wenn die Bedingung eintritt. Uns scheint, daß von den genannten Autoren den rechtlichen Normen hier etwas Gewalt angetan wird, um ein wirtschaftlich zweifellos wünschenswertes Ergebnis zu erreichen.

Die Maßgeblichkeit der §§ 4 bis 8 für die Bewertung von Betriebsvermögen überhaupt ist bestritten worden mit der Begründung, daß der Grundsatz der Gesamtbewertung nach wie vor auch für das Betriebsvermögen, zumindest aber für die Schulden gültig sei, die §§ 6 bis 8 der Gesamtbewertung aber entgegenstehen und deshalb nicht anzuwenden seien. Würde der Grundsatz der Gesamtbewertung für das Betriebsvermögen tatsächlich gelten, dann würde allerdings nach § 18 Abs. 3 BewG eine Anwendung der §§ 4 bis 8 nicht in Frage kommen. Bei einer Gesamtbewertung würden die bedingten Lasten deshalb berücksichtigt werden, weil hierbei ja nicht auf die einzelne Pensionszusage abgestellt würde, sondern die Tatsache des Bestehens solcher Zusagen überhaupt den Gesamtwert der Unternehmung oder den "Gesamtwert" der Schulden beeinflussen würde.

-
- 2) B. GÜBBELS, Pensionslasten und bedingte Lasten bei der Einheitswertfeststellung des Betriebsvermögens: Probleme des Finanz- und Steuerrechts, Köln 1954, S. 49 (57 ff.).
 - 1) C. BOETTCHER, Bedingte Lasten bei d. Einheitsbewertung des Betriebsvermögens, in: StW. 1950, Sp. 401 (410 f.).
 - 3) W. KUNZE, Pensionsanwartschaften bei der Einheitsbewertung, in: DStZ. 1954, S. 170 f.

Über die Gesamtbewertung ist oben ausführlich gesprochen worden, wobei wir zu dem Ergebnis kamen - und dies entspricht ja auch der absolut herrschenden Meinung - daß der Gesamtwert des gewerblichen Betriebs durch die Methode der Einzelbewertung ermittelt wird, eine Gesamtbewertung also nicht stattfindet. Wir müssen uns hier noch mit der Behauptung auseinandersetzen, daß der Grundsatz der Einzelbewertung nur für die Aktiven, nicht aber für die Schulden gelte. Diese Ansicht ist besonders von GÜBBELS vertreten worden.¹⁾ Er begründet sie damit, daß die im § 2 BewG grundsätzlich geforderte Gesamtbewertung nur dann nicht zum Zuge komme, wenn sie ausdrücklich durch eine andere Regelung ersetzt wird. Dies geschehe zwar in § 66, jedoch sei dem Wortlaut dieses Paragraphen zu entnehmen, daß sich die besondere Regelung nur auf die "Wirtschaftsgüter", also nur auf das Rohvermögen beziehe, nicht aber auf die Schulden, da der Gesetzgeber andernfalls von den "einzelnen" Schulden gesprochen hätte. FRIEDLÄNDER hat diese Ansicht mit der Begründung abgelehnt, daß die wirtschaftliche Betrachtungsweise es gebiete, den § 66 Abs. 4 dahin auszulegen, daß der Grundsatz der Einzelbewertung auch für die im § 66 aufgeführten Abzüge gilt; eine verschiedenartige Behandlung der aktiven und passiven Werte derselben wirtschaftlichen Einheit könne der Gesetzgeber nicht gewollt haben.²⁾ Der BFH hat im Urteil vom 4.7.1952 gesagt, daß ein abweichendes Verfahren auch schon deshalb bedenklich erscheinen würde, "weil Posten, die bei einem Unternehmen Schulden sind, bei einem anderen Betrieb Forderungen sein können, und ein unterschiedliches Bewertungsverfahren in solchen Fällen zu einer ungleichmäßigen steuerlichen Behandlung führen würde."³⁾ Diese Auffassung des BFH ist jedoch mit Recht von GÜBBELS angefochten worden⁴⁾, da es durchaus möglich sei, Forderungen und Schulden bei Gläubiger und Schuldner verschieden

1) GÜBBELS, a.a.O., und: Zur Einheitsbewertung des Betriebsvermögens, in: Finanz-Rundschau 1952, S. 50 f.

2) FRIEDLÄNDER, a.a.O., in StW. 1952, Sp. 409.

3) -III 85/51 S- StW 1952, 179.

4) GÜBBELS, Pensionslasten und bedingte Lasten, a.a.O., S. 56 f.

zu bewerten. So hindere ja auch die Tatsache, daß ein Gläubiger eine uneinbringliche Forderung nicht zu bewerten brauche, den Schuldner nicht daran, diese Schuld in voller Höhe bei der Einheitsbewertung abzuziehen. Unseres Erachtens ist GÜBBELS' These von der Gesamtbewertung der Schulden einfacher und klarer zu widerlegen: § 2 BewG spricht ganz eindeutig davon, daß der Wert einer "wirtschaftlichen Einheit" im Ganzen festzustellen sei. Die Gesamtheit der Schulden stellt aber keine wirtschaftliche Einheit dar. Wenn man die Auffassung von GÜBBELS logisch fortentwickelt, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß der gewerbliche Betrieb aus zwei wirtschaftlichen Einheiten besteht, der der Wirtschaftsgüter, für die die Einzelbewertung gilt, und derjenigen der Schulden, für die der Grundsatz der Gesamtbewertung gilt. Eine solche Ansicht kann aber doch wohl ernstlich nicht vertreten werden. Die Auffassung GÜBBELS ist denn auch sogar von den Befürwortern des Schuldencharakters der Pensionsverpflichtungen abgelehnt worden.¹⁾

Daß dynamische Grundsätze und Gesichtspunkte, die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und die Behandlung der Schulden in der Einkommen-Steuerbilanz keine Bedeutung für die Einheitsbewertung haben, wurde schon früher festgestellt.²⁾ Es muß hier noch einmal hervorgehoben werden, da gerade bei der Frage der Behandlung der Pensionsanswartschaften diese Argumente immer wieder verwendet werden.

Die formalen Einwände gegen eine Anwendung der §§ 4 bis 8 BewG auf die Bewertung des Betriebsvermögens, speziell auf die Bewertung der Schulden, sind damit im wesentlichen erschöpft. Eine andere Frage ist, ob auf Grund wirtschaftlicher Betrachtungsweise eine andere Behandlung der Pensionsanswartschaften bei der Einheitsbewertung erfolgen kann oder muß. Dies ist nun zu prüfen. Dabei ist noch vor auszuschicken, daß es sich hier nur um die Frage des "Bestandes", nicht der Bewertung handeln kann. Aus dem Prinzip der Einzelbewertung ergibt sich,

1) Vgl. K. VAN DER VELDE, Einheitsbewertung des Betriebsvermögens und Betriebswirtschaftslehre, in: ZfHf. 1954, S. 273 (285).

2. Vgl. S. 48 ff.

daß die Frage des Bestandes der Bewertung immer vorausgeht. Es ist also sinnlos, über Bewertungsfragen zu sprechen, solange nicht geklärt ist, ob die Pensionsanwartschaften überhaupt zu den zu bewertenden Schulden gehören.

bb) Die wirtschaftliche Betrachtungsweise
des Problems.

Die Tatsache, daß die Pensionszusagen nach geltendem Recht keine abzugsfähige Betriebsschuld darstellen, ist, wie FRIEDLÄNDER sagt, vom Standpunkt des Wirtschaftslebens aus bedauerlich, denn "ganz gewiß wird ein Unternehmen, bei dem Verpflichtungen dieser Art eintreten können, im Verkaufsfalle einen niedrigen Preis erzielen als ein gleichartiges Unternehmen, das solche Verpflichtungen nicht eingegangen ist!"¹⁾ Mit anderen Worten: Es ist unbestreitbar, daß solche Pensionsanwartschaften, auch wenn ihr Wirksamwerden im einzelnen Fall ungewiß ist, den Wert einer Unternehmung mindern. Daraus ergibt sich, daß nach bisheriger Verfahrensweise betriebswirtschaftlich ungleichwertige Unternehmungen steuerlich als gleichwertig behandelt werden.²⁾ Es ist deshalb zu fragen, ob, um diesem Tatbestand gerecht zu werden, die bürgerlich-rechtliche Anschauung, auf die die Rechtsprechung abgestellt hat, ausreicht, d.h. also, ob nicht vielmehr bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise ein anderes, befriedigenderes Ergebnis zu erzielen wäre, vorausgesetzt, daß eine solche Betrachtungsweise nicht dem Gesetz zuwiderliefe.

So hat DORNEMANN vorgeschlagen³⁾, den Hebel bei § 6 selbst anzusetzen und unter Berücksichtigung von § 1 Abs. 2 StAnpG, wonach die Entwicklung der Verhältnisse und die wirtschaftliche Bedeutung der Steuergesetze zu berücksichtigen sind, den formalen Rahmen des § 6 mit wirtschaftlichem Gehalt zu füllen. Der Begriff der Bedingung soll also möglichst der wirtschaftlichen Bedeutung des Steuergesetzes entsprechend ver-

1) FRIEDLÄNDER, a.a.O., in: StW. 1952, Sp. 412.

2) Vgl. K. MERKER, Die Behandlung der Pensionsverpflichtungen kfm. Unternehmungen im Vermögensteuerrecht, in: Der praktische Betriebswirt 1937, S. 589 (593 ff.).

3) DORNEMANN, Die Behandlung der Pensionsanwartschaften bei der Einheitsbewertung, in FR. 1950, S. 65.

standen werden. Dies ist nach DORNEMANN im Urteil des RFH v. 7.11.1940 ¹⁾ geschehen, wo es um die Berücksichtigung einer Forderung auf Rapsausgleichsvergütung, deren Wirksamwerden von einer Auszahlungsverfügung der entsprechenden Reichsstelle abhing, ging. Der RFH hat diese bedingte Forderung steuerlich wie einen Rechtspruch, also als Wirtschaftsgut des Betriebsvermögens behandelt und bewertet mit der Begründung, daß der Antragsteller alle Voraussetzungen für die Auszahlung erfüllt hatte. DORNEMANN sieht darin "den Anfang einer auf die besonderen Verhältnisse des Steuerrechts zugeschnittenen Auslegung des § 6 RBewG." Es handele sich deshalb nur noch darum, den beschrittenen Weg weiterzugehen. Auf die Pensionsanwartschaften bezogen, würde das heißen: "Mit Abschluß des Arbeitsvertrages oder der sonst der Pensionsverpflichtung zugrundeliegenden Vereinbarung haben Unternehmer und Betriebsangehörige alles ihrerseits Mögliche getan."²⁾ Entsprechend dem zitierten Urteil vom 7.11.1940 will DORNEMANN deshalb annehmen, daß "Pensionsanwartschaften zu dem Stichtag zu berücksichtigen sind, bis zu dem die vertrags-schließenden Parteien die in ihrer Sphäre liegenden Voraussetzungen erfüllt haben."³⁾

BOETTCHER hat das Urteil über die Rapsausgleichsforderung zwar auch zur Stützung seiner Thesen herangezogen, glaubt jedoch, daß DORNEMANN die Bedeutung dieses Urteil überschätzt, insbesondere die Parallele zwischen "alle Voraussetzungen erfüllt" und "alles ihrerseits Mögliche getan haben" nicht so gravierend sei. Außerdem habe der RFH nicht von einem "bedingten" Anspruch gesprochen. ⁴⁾ Wir glauben, die Grundsätze dieses Urteils lassen sich aus einem anderen, trefenderen Grunde nicht auf unser Problem übertragen: Bei den Rapsausgleichsvergütungen handelt es sich um eine Forderung, bei der der Eintritt der Bedingung (die Auszahlungsverfügung) gewiß ist oder als gewiß angesehen wird. Bei den Pensionsverpflichtungen ist dies ja gerade das Problem, nämlich der Ein-

1) -III 264/39- RStBl 1941, 78.

2) DORNEMANN, a.a.O. in: FR. 1950, S. 67.

3) ebenda.

4) BOETTCHER, a.a.O. in: StW. 1950, Sp. 407 f.

tritt der Bedingung ist absolut ungewiß. Außerdem haben u.E. die Betriebsangehörigen noch nicht alles ihrerseits Mögliche getan, sondern erst dann, wenn sie bis zur Erreichung des Pensionsalters tatsächlich dem Betrieb gedient haben. Wir glauben, daß die Rechtsprechung gerade aus diesen Gründen den Gedanken von DORNEMANN, die wirtschaftliche Auslegung des Begriffs "Bedingung" im Sinne des Urteils vom 7.11.1940 fortzuführen, nicht aufgenommen hat.

Mit einer anderen Möglichkeit, zu dem Ziel der Abzugsfähigkeit der Pensionsanswartschaften zu kommen, hat sich eingehend und u.E. überzeugend FRIEDLÄNDER auseinandergesetzt.¹⁾ Es wird die Frage untersucht, ob man unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vielleicht von einer Last sprechen kann, die am Bewertungsstichtag unbedingt besteht. Es weist zunächst darauf hin, daß bei der Frage des Schuldenabzugs die Rechtsprechung wiederholt von der rein bürgerlich-rechtlichen Betrachtungsweise abgegangen ist und, wie schon erwähnt, im Bergschäden-Urteil vom 25.10.1951²⁾ sogar noch einmal ausdrücklich festgestellt hat, daß der Begriff der Schulden nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verstehen sei. Alle bisher erwähnten Entscheidungen, die trotz Nichtbestehens einer bürgerlich-rechtlichen Schuld am Stichtag das Vorliegen einer wirtschaftlichen Last angenommen haben und deshalb ihren Abzug zulassen, haben jedoch nicht entschieden, daß eine solche wirtschaftliche Last auch bei aufschiebend bedingten Schulden vorliegt. Im Gegenteil: Das letzte Urteil des BFH, das sich mit einer aufschiebend bedingten Pensionsverpflichtung zu beschäftigen hatte, bestätigt nochmals die schon früher aufgestellten Grundsätze über die Nichtabzugsfähigkeit aufschiebend bedingter Lasten.³⁾ Jedoch, und das ist das Wichtigste an diesem Urteil, handelt es sich bei dem hier entschiedenen Fall um eine e i n z e l n e Ruhegeldverpflichtung, und der Senat betont dies mit den Worten: "Es kann für den vorliegenden Fall dahingestellt bleiben, ob und inwieweit

1) FRIEDLÄNDER, a.a.O. in: StW. 1952, Sp. 417 ff.

2) StW 1952, 95.

3) Urteil v. 4.7.1952 -III 85/51 S- StW 1952, 179.

der Abzug für eine vorhandene wirtschaftliche Schuld dann in Frage kommt, wenn mehrere oder zahlreiche künftige Ruhegeldverpflichtungen in Betracht kommen und sich hierbei das sogenannte Gesetz der großen Zahl auswirken könnte." 1)

Daraus ergibt sich folgendes: Der Senat hat nicht angenommen, daß bei einer einzelnen Ruhegeldverpflichtung gemeinhin eine wirtschaftlich unbedingte Last vorliegt, sonst hätte er in diesem Urteil anders entschieden. Es ist ja auch wirtschaftlich völlig ungewiß, ob die Verpflichtung tatsächlich wirksam werden wird.²⁾ Er hat aber gleichzeitig betont offen gelassen, ob bei einer Mehr- oder Vielzahl von Ruhegeldverpflichtungen eine solche wirtschaftliche Last nicht doch anzunehmen ist. Folgendes müßte nach FRIEDLÄNDER dabei berücksichtigt werden:

Wird durch eine Umwandlung der aufschiebendbedingten Verpflichtungen in unbedingte wirtschaftliche Lasten die Anwendung des § 6 sabotiert? Das heißt also: Führt die wirtschaftliche Betrachtungsweise dazu, daß es überhaupt keine aufschiebend bedingten Verpflichtungen beim Betriebsvermögen mehr gibt? Dann würde der Satz, daß die allgemeinen Bewertungsvorschriften (insbesondere also die §§ 4 - 8) auch für das Betriebsvermögen gelten, seinen Sinn verlieren, letztlich eine solche wirtschaftliche Betrachtungsweise also gegen das Gesetz verstoßen.

FRIEDLÄNDER hat diese Frage zunächst offen gelassen, es aber als wahrscheinlich bezeichnet, daß es neben den Ruhegeldverpflichtungen andere aufschiebendbedingte Lasten gibt, die auch bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise keine unbedingte Verpflichtung darstellen. Das oben erwähnte Urteil über die einzelne Ruhegeldverpflichtung hat dieses Bedenken u.E. beseitigt, da hiermit schon gesagt ist, daß es auch unter wirt-

1) Damit setzt sich der BFH allerdings in Widerspruch zu der früheren Rechtsprechung, die im Urteil vom 22.6.1933 (III A 240/32- Bd. 34,33 (40 f.) und in neuerer Zeit im Urteil vom 19.12.1948 (III 21/49 S- StW 1950,43) eine Berücksichtigung des Gesichtspunktes der großen Zahl ausdrücklich abgelehnt hat.

2) Vg. dazu auch FRIEDLÄNDER, a.a.O. in: StW. 1952, Sp. 419.

schaftlicher Betrachtungsweise aufschiebend bedingte Lasten gibt, bei denen der § 6 nach wie vor zum Zuge kommt.

Die Rechtsprechung wird also zu prüfen haben, ob bei Vorliegen einer größeren Zahl von Pensionsanwartschaften eine gegenwärtige wirtschaftliche Last besteht, und zwar eine Last, deren Wirksamwerden nicht von einer Bedingung abhängig ist. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer "Gesamtlast", wobei der Gedanke zugrunde liegt, daß wirtschaftlich nicht die einzelne Pensionszusage relevant ist, sondern die sich nach dem Gesetz der großen Zahl aus einer Vielzahl einzelner Anwartschaften ergebende, mit Bestimmtheit wirksam werdende Belastung als solche, die quasi als ein Wirtschaftsgut zu behandeln ist.¹⁾ Eine solche Betrachtungsweise würde auch nicht dem Prinzip der Einzelbewertung entgegenstehen. Allerdings wäre zu prüfen, ob auch im Wirtschaftsleben, also z.B. bei der Veräußerung einer Unternehmung, die Summe aller Pensionszusagen als ein Wirtschaftsgut angesehen und bewertet wird. Tatsächlich ist es wohl so, daß ein Erwerber einer Unternehmung nicht die einzelne Pensionsverpflichtung, sondern die Last, die durch die Gesamtheit der Zusagen auf dem Betriebe ruht, bei der Ermittlung des Wertes der Unternehmung berücksichtigt.²⁾

Abschließend sei auf einige Schwierigkeiten hingewiesen, die sich bei der praktischen Durchführung einer Berücksichtigung der Pensionsanwartschaften ergeben könnten: Wo soll die zahlenmäßige Grenze gezogen werden zwischen den Verpflichtungen, die eine wirtschaftliche Last schon darstellen und denen, die eine solche Last noch nicht darstellen? Und weiterhin: mit welchem Prozentsatz ist die Wahrscheinlichkeit des Eintritts der Bedingung anzunehmen? Denn nur in dieser Höhe kann ja von einer wirtschaftlichen Last gesprochen werden. Daß damit doch wieder eine Wahrscheinlichkeitsrechnung notwendig wird, die der Gesetzgeber gerade mit den Bestimmungen der §§ 4 bis 7

1) Vgl. ELLINGER-SCHUG-EHLERS, a.a.O., Anm. B 9 b) zu § 62 und: KUNZE, a.a.O., in DStZ. 1954, S. 172.

2) Wie SCHANDALIK in Betriebsberater 1956, S. 40 mitteilt, ist inzwischen dem BFH ein Fall vorgelegt worden, der zu einer Entscheidung über die strittige Frage führen muß.

vermeiden wollte, kann nicht geleugnet werden. Jedoch ist das letztere Bedenken heute nicht mehr so erheblich, da es wohl auf Grund versicherungs-mathematischer Grundlagen genügend einfach zu handhabende Erfahrungssätze gibt, so daß sich für die Veranlagungsbehörden keine größeren Schwierigkeiten in dieser Beziehung ergeben dürften.

2. Die Steuerschulden.

Die Behandlung der Steuerschulden bei der Einheitsbewertung ist betriebswirtschaftlich von einigem Interesse. Ein Teil der Steuerschulden ist nämlich durch besondere Vorschriften aus dem allgemeinen Schulden-Begriff herausgenommen, d.h. es gelten für sie andere Voraussetzungen für ihre Abzugsfähigkeit.

Wir haben gesagt, daß für die Abzugsfähigkeit einer Betriebs-schuld unter anderem Voraussetzung ist, daß sie "besteht", wobei die Fälligkeit ohne Bedeutung sei. In den Absätzen 1 und 2 des § 3 StAnpG wird bestimmt, wann eine Steuerschuld grundsätzlich entsteht. Aus diesen Bestimmungen ergibt sich, und das ist auch in den Beispielen des Absatzes 5 noch einmal erläutert, daß bei einigen Steuern, die laufend, d.h. nach Zeiträumen veranlagt werden, die Schuld schon zu Beginn des Zeitraumes entsteht, für den sie erhoben werden. So die Vermögensteuer, die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Nach Ansicht des RdF führt jedoch die Anwendung des Grundsatzes, daß Schulden bereits mit der Entstehung abzugsfähig sind, bei diesen laufend veranlagten Steuern zu einem wirtschaftlich unbefriedigenden Ergebnis. ¹⁾ Der Steuerpflichtige pflege die regelmäßig wiederkehrenden Steuern, ebenso wie die Ausgaben des täglichen Lebens, aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten. Er empfinde deshalb diese Steuern zu Beginn des Jahres

1) Runderlaß des RdF vom 27.12.1937, RSStBl 1938, S. 1.

(also am Feststellungszeitpunkt) nicht als Belastung seines Vermögensbestandes. Der RdF sieht eine Bestätigung dieser Feststellung in der Tatsache, "Daß die nach dem Handelsrecht zu strengster Prüfung ihrer Verbindlichkeiten verpflichteten Kaufleute in der Regel Steuern, die erst für die Zukunft zu entrichten sind, in der Vermögensaufstellung (Bilanz) nicht berücksichtigen." Mit dieser Begründung ist durch Verordnung vom 27.12.1937 ¹⁾ bestimmt worden, daß Schulden aus laufend veranlagten Steuern nur dann abzugsfähig sind, wenn sie

- a) spätestens im Feststellungs- oder Veranlagungszeitpunkt fällig geworden sind oder
- b) bei späterer Fälligkeit - für einen Zeitraum erhoben werden, der spätestens im Feststellungs- oder Veranlagungszeitpunkt geendet hat.

Diese Bestimmung ist später als § 53a in die RBewDV aufgenommen worden.

Betrachtet man diese Regelung unter betriebswirtschaftlichen Aspekten, so müssen bei den Steuerschulden die gleichen Grundsätze gelten wie bei den übrigen Schulden. Es ist also zu fragen, ob eine wirtschaftliche Last auf dem Vermögen liegt oder, anders ausgedrückt, ob ein möglicher Erwerber im Feststellungszeitpunkt diese Steuerschulden als den Gesamtwert der Unternehmung mindern ansehen würde oder nicht. Bei dieser Überlegung wird man von der Frage ausgehen müssen, ob diese Schuld wirtschaftlich die Vergangenheit oder die Zukunft belastet. Eine wirtschaftliche Belastung des Vermögens, die vor dem Feststellungszeitpunkt verursacht ist, oder mit wirtschaftlichen Prozessen zusammenhängt, die vor diesem Tag abgelaufen sind, stellt eine am Stichtag bestehende wirtschaftliche Belastung des Vermögensbestandes dar, sie wird als solche von einem Erwerber der Unternehmung empfunden und wertmäßig berücksichtigt werden. Nicht so eine rechtlich bestehende Schuld, deren wirtschaftliche Verursachung erst in der

1) RStBl 1938, S. 1.

Zukunft liegt. Dies ist der Fall bei den laufend veranlagten Steuern, bei denen die Steuerschuld z.B. am 1. Januar entsteht, die Steuer aber für das laufende Kalenderjahr erhoben wird. Hier besteht ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen Steuerschuld und dem betrieblichen Geschehen des zukünftigen Kalenderjahres. Ein Erwerber würde deshalb diese Schuld am 1. Januar nicht als Belastung des Vermögensbestandes an diesem Tag empfinden, sondern als eine wirtschaftliche Last, die verbunden ist mit den zukünftigen Ergebnissen seiner wirtschaftlichen Betätigung.

Es mag zunächst scheinen, daß wir hier "dynamische" Gesichtspunkte in die Betrachtung einführen, was wir bisher so entschieden abgelehnt haben. Nun ist jedoch u.E. die Abgrenzung zweier wirtschaftlicher Zeiträume nicht ausschließlich eine Sache der Erfolgsrechnung, sondern ihre Notwendigkeit ergibt sich auch aus der Tatsache der Stichtagbewertung bei der Vermögensaufstellung. Wir können deshalb AUFERMANN nicht zustimmen, der einmal gesagt hat, daß das "Statische" in der Vermögensaufstellung auch zur Passivierungspflicht von Zukunftssteuern zwingt.¹⁾

Unter diesen Gesichtspunkten erscheint die Behandlung der laufend veranlagten Steuern nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar richtiger als eine Anerkennung der Abzugsfähigkeit jeder bestehenden Steuerschuld. Es entspricht den oben dargelegten Grundsätzen, daß Steuerschulden, soweit sie die Zukunft betreffen, keine wirtschaftliche Belastung des Vermögens am Stichtag darstellen.

3. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

a) Allgemeines.

Es soll hier über die betriebswirtschaftliche Problematik der Rechnungsabgrenzungsposten nur das gesagt werden, was

1) E. AUFERMANN, Steuerverbuchungen bei bilanzierenden Einkommen- und Vermögensteuerpflichtigen, in: ZfHf, 1938, S. 481 (499).

für unser Thema unumgänglich notwendig ist. Es ist allgemein üblich geworden, den Begriff "Rechnungsabgrenzungsposten" als Oberbegriff für die sogenannten transitorischen und antizipativen Posten zu gebrauchen, und zwar sowohl für die aktiven wie auch für die passiven. Deswegen sind einige Grundfragen, die mit dem Wesen dieser Posten zusammenhängen, für alle diese vier Arten die gleichen.

- b) Die Behandlung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Wie ihr Name schon zeigt, sind die Rechnungsabgrenzungsposten Bilanzposten, die ihren Ursprung in der periodischen Erfolgsrechnung haben. Sie dienen in der Erfolgsrechnung der aufwands- und ertragsmäßigen Abgrenzung zweier Rechnungsperioden zur Ermittlung eines richtigen Periodengewinns. Darauf soll nicht näher eingegangen werden. Unsere Frage ist, ob sie auch bei der Ermittlung des Vermögens einer Unternehmung zu berücksichtigen sind. Bei der Vermögensermittlung gibt es keine Abgrenzung zweier Perioden im Sinne der Erfolgsrechnung. Man könnte hier nur den Zeitraum vor dem Feststellungszeitpunkt von dem Zeitraum nach diesem Stichtag "abgrenzen". Üben die Rechnungsabgrenzungsposten der Erfolgsrechnung eventuell eine solche Funktion auch bei der Vermögensermittlung aus?

Betrachten wir zunächst den Fall der passiven transitorischen Posten. Es handelt sich dabei um Vermögensmehrungen (Zahlungen), die vor dem Stichtag eingingen für Leistungen, die die Unternehmung nach dem Stichtag zu erbringen hat. Da bei der Vermögensfeststellung keine Aufwendungen und Erträge abzugrenzen sind, ist die Beurteilung dieser Posten hier unter anderen Gesichtspunkten vorzunehmen als bei der Erfolgsrechnung. Es ist zu prüfen, ob die transitorischen Posten am Stichtag eine vermögensmindernde Belastung darstellen. Belastet also z.B. eine im voraus vereinnahmte Miete bzw. die Verpflichtung zur Nutzungsgewährung des vermieteten Wirt-

Wirtschaftsgutes das Vermögen am Stichtag? Eine Vermögensbelastung könnte dann gegeben sein, wenn die Vorauseinnahme, also die Vermögensmehrung, nach dem Stichtag zwangsläufig zu einer Vermögensminderung führen würde. Eine solche Vermögens- oder Bestandsminderung ist aber nicht Folge einer transitorischen Einnahme. Diese Einnahmen sind das Entgelt für Leistungen der Unternehmung, die nicht zu einer Minderung des Vermögensbestandes führen. Denn die Nutzung eines Wirtschaftsgutes durch einen anderen, und damit auch die Verpflichtung zur Duldung dieser Nutzung, ändert ja nichts am Vermögensbestand der Unternehmung. Daraus ergibt sich, daß kein passiver Posten gebildet werden muß oder kann, da die transitorischen Einnahmen keine vermögensmindernden Lasten verursachen oder begründen.

Die zweite Gruppe der passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind die antizipativen Posten, also Ausgaben, die nach dem Stichtag vorgenommen werden müssen für Leistungen, die die Unternehmung vor dem Stichtag empfangen hat. Hierbei handelt es sich um echte Verpflichtungen, also um zukünftige Vermögensminderungen, die vor dem Stichtag wirtschaftlich verursacht sind. Sie stellen Lasten dar, die ein Erwerber der Unternehmung am Feststellungsstichtag berücksichtigen würde. Es ist für die Vermögensaufstellung uninteressant, ob diese Lasten eine besondere Art von Verbindlichkeiten darstellen, die einen besonderen Ausweis in der Vermögensaufstellung, entsprechend der besonderen Behandlung in der normalen kaufmännischen Bilanz, erfordern würden. Hier ist allein ausschlaggebend, ob sie dem allgemeinen Schulden- oder Lastenbegriff in der Form der vermögensmindernden wirtschaftlichen Last unterzuordnen sind. Liegen die Voraussetzungen dazuvor, was bei den antizipativen passiven Posten der Fall ist, dann sind sie bei der Vermögensaufstellung entsprechend zu berücksichtigen.

c) Die Behandlung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten im Bewertungsrecht.

Das Gesetz sagt nichts besonderes aus über die Behandlung der Rechnungsabgrenzungsposten. Zu der Frage ist aber eine grundlegende Entscheidung des RPH ergangen ¹⁾. Zu entscheiden war über die Berücksichtigung zweier *a k t i v e r* R.A.P., in der Begründung werden jedoch Ausführungen gemacht, die ganz allgemein, also auch für die passiven R.A.P. von Bedeutung sind. Der RPH geht von der Fiktion der Veräußerung der Unternehmung aus. Bei fortgeführten Betrieben könnte man deshalb sagen, das alte Jahr verkaufe die Werte an das neue Jahr, und deshalb müßten beide Jahre die "flüssigen Posten" miteinander verrechnen. Um die *w i r t s c h a f t l i c h e* Größe des Betriebsvermögens zu ermitteln, dürfe der Querschnitt, den die Vermögensfeststellung auf den Stichtag darstellt, nicht durch eine bloße Augenblicksaufnahme, sondern nur unter wirtschaftlicher Betrachtung beobachtet werden. Aus diesem Grunde habe schon die bisherige kaufmännische Übung für eine ordnungsmäßige Vermögensübersicht die Berücksichtigung der Rechnungsabgrenzungsposten verlangt. Diese Grundsätze, die offensichtlich nicht nur die aktiven R.A.P. betreffen (was auch aus der Besprechung des Urteils durch VEIEL hervorgeht ²⁾), stellen also sehr stark betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund, nach VEIEL berufen sie sich sogar ausdrücklich auf die Grundsätze ordnungsmäßer Buchführung. Wir müssen hier gleich sowohl gegen das Urteil wie gegen VEIEL einwenden, daß die Grundsätze ordnungsmäßer Buchführung und auch die Bestimmungen des Aktiengesetzes über die R.A.P. weniger einer richtigen Vermögensfeststellung als einer richtigen Gewinnermittlung zu dienen bestimmt sind. Eine Berufung auf diese Grundsätze erscheint uns deshalb nicht statthaft. Zwar berufen sich auch die Vermögensteuerrichtlinien in Abschn. 42 und 54 (VStR 1853) auf die G.o.B., aber doch nicht in der Weise, daß sie sagen: weil die G.o.B. eine Berücksichtigung der R.A.P. vorschreiben, müssen sie auch bei der Einheitsbewertung berücksichtigt werden. Sondern es wird hier

1) Urteil v. 7.11.1940 -III 264/39- RStBl 1941, 78.

2) VEIEL, a.a.O. in: StW. 1941, Sp. 37 f.

lediglich festgestellt, daß die R.A.P. gemäß den G.o.B., also diejenigen, die in den Handels- und Steuerbilanzen auszuweisen sind, auch bei der Einheitsbewertung zu berücksichtigen sind. Damit ist aber u.E. noch nicht gesagt, daß die R.A.P. berücksichtigt werden müssen, weil die G.o.B. auch für die Vermögensaufstellung maßgeblich sind. Die VStR sind also etwas vorsichtiger als der RfH und VEIEL bei der Beurteilung der Maßgeblichkeit der G.o.B. für die Vermögensaufstellung.

VEIEL hat mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß der RfH und die VStR von 1940 in Abschnitt 21 und 29 die Regeln über die Berücksichtigung der R.A.P. nicht damit begründet haben, daß etwa bei vorverrechnelter Miete das Unternehmen eine *S c h u l d* habe, nämlich dem Mieter die Räume in Zukunft unentgeltlich zu überlassen. Dies trifft in der Tat zu. Jedoch können wir diese Tatsache nicht so positiv beurteilen, wie dies VEIEL tut. Das Bewertungsgesetz spricht davon, daß vom Rohvermögen die Schulden abzuziehen sind (§ 62 Abs. 1). Folglich dürfen die passiven R.A.P. auch nur dann abgezogen werden, wenn sie Schulden darstellen, und zwar Schulden, die dem allgemeinen steuerlichen Begriff entsprechen, den wir oben behandelt haben. Dies zu entscheiden ist verhältnismäßig einfach bei den antizipativen Passiva, wo es sich z.B. darum handelt, die Miete nachträglich zu zahlen. Hier sind alle Voraussetzungen gegeben, die zur Abzugsfähigkeit einer Schuld steuerrechtlich gefordert werden. Etwas anders liegen die Verhältnisse bei den transitorischen passiven Posten, also z.B. bei im voraus vereinnahmter Miete. In diesen Fällen besteht wohl meistens eine rechtliche Verpflichtung, z.B. zur Duldung der Benutzung der vermieteten Räume, aber es handelt sich dabei weder um eine Geldschuld noch um eine geldwerte Verpflichtung zu Sachleistungen, was diesen Verpflichtungen alleine vermögensmindernden Charakter geben könnte. ¹⁾

1) Vgl. S. 85 .

d) Kritik an der Rechtsprechung des RFH.

Der RFH hat sich bei der Behandlung der Rechnungsabgrenzungsposten von den Grundsätzen der Vermögensfeststellung im Sinne des Bewertungsgesetzes und auch im betriebswirtschaftlichen Sinn entfernt und versucht, Gesichtspunkte der Erfolgsrechnung auf die Einheitsbewertung zu übertragen. Es entsprach dies den schon erwähnten Gedankengängen VEIELs, des damaligen Präsidenten des Bewertungssenates.¹⁾ Man mag diese Entwicklung aus praktischen Gesichtspunkten begrüßen, aus denselben Gesichtspunkten, die wohl den RdF und BdF veranlaßten, dem Ergebnis der Rechtsprechung entsprechende Bestimmungen in die Vermögensteuerrichtlinien aufzunehmen. Von einer irgendwie sinnvollen Vermögensermittlung kann aber keine Rede mehr sein, wenn zum Teil statische und zum Teil dynamische Grundsätze die Ermittlung des Einheitswertes eines gewerblichen Betriebs bestimmen. Eine solche Regelung durchbricht jede Systematik, sie ist letzten Endes willkürlich und ihr Ergebnis ist betriebswirtschaftlich unbrauchbar.

Den Grundsätzen betriebswirtschaftlicher wie bewertungsrechtlicher Vermögensermittlung entspricht die Berücksichtigung der antizipativen passiven R.A.P., ihnen widerspricht aber die Abzugsfähigkeit der transitorischen passiven Posten.

IV. Betriebswirtschaftliche Forderungen an die zukünftige Rechtsprechung und Gesetzgebung.

Betriebswirtschaftliche Kritik an der Rechtsprechung und die daraus resultierenden Forderungen an die Rechtsprechung und eventuell auch an den Gesetzgeber muß von zwei Grundsätzen ausgehen:

1. Die Einheitsbewertung hat "statischen" Charakter, "dynamische" Gesichtspunkte dürfen dabei keine Rolle spielen.

1) Vgl. S. 48 ff.

2. Die Forderungen müssen steuertechnisch realisierbar sein.

Wir haben gesagt, daß vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus dann eine Belastung einer Unternehmung gegeben ist, wenn sich der Wert der Unternehmung für einen gedachten Käufer durch diese Last vermindert. Zu prüfen ist, ob der bewertungsrechtliche Betriebsschuldenbegriff, wie er oben dargelegt wurde ¹⁾, diesen Gesichtspunkten entspricht, insbesondere, ob

1. im Bestehen ungewisse Schulden und
2. Lasten, die keine Verpflichtung (gesetzlicher, vertraglicher oder tatsächlicher Art) gegenüber einem Dritten darstellen,

den Wert einer Unternehmung betriebswirtschaftlich und bewertungsrechtlich "belasten".

Zu 1: Zu diesen im Bestehen ungewissen Schulden gehören in erster Linie die ausführlich behandelten Pensionsanwartschaften, außerdem Garantie-, Haftpflicht- und Bürgschaftsverpflichtungen, streitige Prozesskosten u.ä. Ohne Zweifel wird der Erwerber eines Betriebes solche mögliche Verpflichtungen bei der Wertschätzung der Unternehmung berücksichtigen. Er wird von der Wahrscheinlichkeit ausgehen, mit der diese Verpflichtungen wirksam werden können. Dabei wird bei solchen ungewissen Lasten, die sich aus einer Mehr- oder Vielzahl gleichartiger Fälle zusammensetzen, das Gesetz der großen Zahl wirksam werden, und eine auf Erfahrungssätzen beruhende Prozentzahl der möglichen Belastung anzusetzen sein. Auf das Steuerrecht übertragen, entspricht dies den Forderungen, die wir oben schon bei der Behandlung der Pensionsanwartschaften besprochen haben. Das vorgeschlagene Verfahren wäre u.E. auch steuertechnisch durchführbar. Es müßte in gleicher Weise auf andere, ähnliche Verpflichtungen, wie z.B. die Garantieverpflichtungen, angewendet werden.

Schwieriger ist die Frage zu beantworten bei Einzelverpflichtungen, die am Stichtag noch nicht bestehen, mit deren Ent-

1) Vgl. S. 85 ff.

stehen aber gerechnet werden muß; möglichen Verpflichtungen also aus laufenden Prozessen, Bürgschaften und Haftpflichtverbindlichkeiten und einzelnen Pensionszusagen. Geht man auch hier wieder vom Standpunkt des Erwerbers einer Unternehmung aus, so wird dieser wohl auch solche möglichen Lasten nicht unberücksichtigt lassen wollen; denn es ist einleuchtend, daß ein Betrieb, auf dem solche ungewissen, aber möglichen zukünftigen Belastungen liegen (die schon in der Vergangenheit verursacht wurden!), nicht einem gleichartigen, aber von solchen Lasten unbeschwerten Betrieb gleichwertig ist. Andererseits wird der Verkäufer des betreffenden Betriebes kaum bereit sein, eine erhebliche Wertminderung zuzugeben, da die Belastung eventuell gar nicht eintritt. Hier wird man also den einzelnen Fall für sich betrachten müssen und versuchen, einen für beide Kaufpartner annehmbaren Mittelweg zu finden. Eine allgemeine Regel kann unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht aufgestellt werden. Eine Wertminderung ist zwar als gewiß anzunehmen, ihre Höhe aber nicht exakt bestimmbar.

Das bedeutet, auf die Einheitsbewertung übertragen, ein unlösbares Problem. Eine wirtschaftliche Belastung, die nicht exakt meßbar ist und auch nicht zufriedenstellend geschätzt werden kann, kann schlechterdings steuerlich nicht berücksichtigt werden. Insoweit erscheint deshalb z.B. die Entscheidung des BFH, daß eine einzelne Pensionszusage nicht abziehbar ist, auch vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus gerechtfertigt.

Zu 2: Lasten, die keine Verpflichtung gegenüber einem Dritten darstellen, sind zukünftig erforderlich werdende Aufwendungen innerbetrieblicher Art, also solche für Reparaturen, Ersatzbeschaffung, Trümmerräumung u.ä.

Auch hierbei gehen wir wieder von dem Gedanken der Veräußerung der Unternehmung aus. Bei diesen zukünftigen innerbetrieblichen Aufwendungen handelt es sich um solche, die notwendig sind, um bereits vorhandene Wirtschaftsgüter in ihrem Wert zu erhöhen oder durch andere, werthöhere zu ersetzen.

Berücksichtigt man, daß diese Wirtschaftsgüter als Bestandteile des Rohvermögens mit ihrem Reproduktionswert angesetzt werden, dann ergibt sich aber folgendes: Die Mängel dieser Wirtschaftsgüter für das Unternehmen (denn um solche handelt es sich ja, und diese sollen durch die Aufwendungen behoben werden), müssen, wenn der Reproduktionswert richtig berechnet wurde, bereits berücksichtigt sein. Dieser Wert wurde ja nicht ermittelt für das entsprechende neue Wirtschaftsgut, sondern für das tatsächlich vorhandene, mit den entsprechenden Mängeln behaftete Wirtschaftsgut; der Wert, den HAX den Reproduktions-Altwert genannt hat ¹⁾. Daraus folgt dann aber, daß eine nochmalige Berücksichtigung bei der Vermögensermittlung nicht statthaft ist bzw. sein kann.

Es ist offenkundig, daß solche zukünftigen innerbetrieblichen Aufwendungen nicht dem steuerrechtlichen Schuldenbegriff entsprechen. Darauf wurde schon früher hingewiesen, ²⁾ Ihre Nichtabzugsfähigkeit würde allerdings nur dann betriebswirtschaftlichen Grundsätzen entsprechen, wenn die steuerliche Bewertung der Wirtschaftsgüter im Ergebnis einer Bewertung mit dem Reproduktions-Altwert entspräche. Diese Frage kann hier aber noch nicht entschieden werden.

Zu den besonderen Fällen der Steuerschulden und der passiven Rechnungsabgrenzungsposten ist schon vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus Stellung genommen worden.

Es bleibt abschließend zu betonen, daß sich einige Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Schuldenabzuges nicht allein durch eine entsprechende Rechtsprechung beseitigen lassen. Besondere Skepsis scheint hier für die Pensionsanwartschaften angebracht zu sein. Es ist durchaus möglich, daß auch die zukünftige Rechtsprechung nicht die von der Wirtschaft gewünschten

1) Vgl. K. HAX, Die Gesamtbewertung von Unternehmungen, in: Betriebswirtschaftliche Beiträge, 2. Lfg., 1948, S. 39

2) Vgl. S. 85 f.

und betriebswirtschaftlich gerechtfertigten Ergebnisse bringen wird, da vielleicht doch die formale Kraft des Gesetzes, in diesem Fall der §§ 4 bis 7 BewG, zu stark sein wird. Der Weg der Gesetzesänderung würde dann der einzige Weg zu einer befriedigenden Lösung sein.

3. Abschnitt: Die Bewertung des Betriebsvermögens.

A. Die Bewertung mit dem Teilwert.

I. Vorbemerkung.

Die Betriebswirtschaftslehre kennt die Bezeichnung "Teilwert" für eine bestimmte Wertart nicht ¹⁾. Das Wort ist eine Schöpfung der Steuerrechtsprechung und der Steuerrechtsliteratur (MIRRE). Trotzdem ist es denkbar und durchaus möglich, daß der mit diesem Wort bezeichnete Wertbegriff, also der Begriffsinhalt, betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, oder doch zumindest seine Merkmale betriebswirtschaftlich erfaßbar sind. Vielleicht ergeben sich daraus Beziehungen zu rein betriebswirtschaftlichen Wertkategorien.

Aus dieser Schwierigkeit, nämlich, daß der Begriff "Teilwert" keine unmittelbare Beziehung zur Betriebswirtschaftslehre hat, ergibt sich zweckmäßigerweise, dieses Kapitel anders als die vorhergehenden aufzubauen. Es soll hier versucht werden, den steuerrechtlichen Begriff zunächst vom Steuerrecht her und daran anschließend erst betriebswirtschaftlich zu klären, um dann abschließend die Beziehungen zwischen betriebswirtschaftlichen Wertkategorien und dem Teilwert aufzuzeigen.

1) Von dieser Regel ist uns nur eine Ausnahme bekannt, und zwar spricht GROSSMANN (Steuerliche Wertkategorien, in: VjSchrStuFinR. 1929, S. 658) vom "betriebswirtschaftlichen Teilwert".

II. Der Teilwert im Steuerrecht.

1. Der Teilwert bei der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens und dessen Verhältnis zum Teilwert des Einkommensteuergesetzes.

§ 66 Abs. 1 BewG bestimmt, daß die zu einem gewerblichen Betrieb gehörenden Wirtschaftsgüter in der Regel mit dem Teilwert anzusetzen sind. Die Ausnahmen sind in den Absätzen 2 und 3 aufgeführt und betreffen die Betriebsgrundstücke und Gewerbeberechtigungen (Abs. 2) und die Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften (Abs. 3). Die weitaus vorherrschende Bewertungsart bei der Feststellung des Wertes der einzelnen Wirtschaftsgüter ist also die Bewertung mit dem Teilwert. Was der Teilwert ist, sagt § 12 BewG: "Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde. Dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber das Unternehmen fortführt."

Die gleiche Wertart, in derselben Weise definiert, findet sich im Einkommensteuergesetz. Sie hat dort jedoch eine etwas andere Bedeutung insofern, als bei der Einheitsbewertung die Bewertung mit dem Teilwert zwingend vorgeschrieben ist, während in der Steuerbilanz der Teilwert einen Grenzwert darstellt, also einen Wert unter mehreren möglichen. Daraus ergibt sich schon, daß trotz gleichen Begriffsinhaltes die Bedeutung und damit auch die Problematik des Teilwertes in Steuerbilanz und Vermögensaufstellung voneinander abweichen können.

Es ist unbestritten, daß begrifflich der Teilwert im Einkommensteuergesetz und der Teilwert im Bewertungsgesetz derselbe sind. Deshalb ist auch die Auslegung der Vorschriften der §§ 6 EStG und 12 BewG durch die obersten Finanzgerichte jeweils für beide Anwendungsfälle relevant; die Urteile des Einkommensteuer- und diejenigen des Bewertungssenates ergänzen sich gegenseitig und sind in ihren Grundsätzen sowohl für die Bewertung in der Steuerbilanz wie für die Bewertung

in der Vermögensaufstellung maßgebend. ¹⁾

2. Überblick über die Entstehungsgeschichte des Teilwerts.

Der Teilwert ist eine steuerrechtliche Wertart, die durch die Rechtsprechung aus dem "gemeinen Wert" entwickelt worden ist. Es muß deshalb einleitend kurz über den gemeinen Wert gesprochen werden.

Der gemeine Wert ist die grundlegende Wertkategorie des Bewertungsgesetzes, "soweit nichts anderes vorgeschrieben ist" (§ 10 Abs. 1 BewG). Er läßt sich gemäß § 10 Abs. 2 BewG als der unter normalen Verhältnissen erzielbare Verkaufspreis definieren. Diese insbesondere in der Rechtsprechung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts herausgebildete Definition entspricht allerdings nicht mehr dem ursprünglichen Begriff des gemeinen Wertes. Das Allgemeine Landrecht verstand darunter "den Nutzen, welche die Sache einem jeden Besitzer gewähren kann" ²⁾, wobei der Eigentümer diesen Nutzen nicht nur durch eine Veräußerung des Gegenstandes, sondern auch durch den Gebrauch, Verbrauch oder die Ertragsbewirtschaftung ziehen kann ³⁾. Wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten einer objektiven Wertermittlung unter Berücksichtigung der jeweiligen Nutzungsart des zu bewertenden Gegenstandes, setzte das Reichsgericht entgegen der Rechtsprechung des Obertribunals, die stets vom Nutzen ausging, ihn in objektiver Weise zu erfassen versuchte, den gemeinen Wert dem üblichen und angemessenen Preis eines Gutes gleich und führte dazu erläuternd aus, daß "bei Waren der Markt- oder Ladenpreis und bei anderen Sachen dementsprechend der mit Rücksicht auf ihre objektive Beschaffenheit und Eigenschaft im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für

1) Vgl. hierzu: Runderlaß d. RdF v. 25.6.1936, RStBl 1936, S. 721 u.v. 6.2.1937, RStBl 1937, S. 265; RFH.Urteile v. 28.2.1930 -III A 84/28- Bd. 26,285 (291) u.v. 4.6.1940 -III 74/39- Bd. 48,330 (331); F. ZITZLAFF, Zur Teilwertfrage besonders bei Anlagegütern, in: StW. 1949, Sp 41.

2) Allgem. Gesetzbuch für die preußischen Staaten, 1.Tl. 2. Titel, § 112.

3) Vgl. E. SCHMALENBACH, Theoretische Studie über den gemeinen Wert, in: ZfhF. VII, Jg. 1917/18, S. 129 (135).

gleichartige Sachen zu erzielendePreis" ¹⁾ maßgebend sei. Da der mit der Miquelschen Steuerreform in das preußische Ergänzungssteuergesetz aufgenommene gemeine Wert in dem maßgebenden § 9 des Gesetzes weder durch eine Definition noch durch Verweis auf das ALR eine begriffliche Klärung erfahren hatte, fiel dem OVG die Aufgabe einer Begriffsbestimmung zu. Es bestimmte mit Rücksicht auf eine gleichmäßige Besteuerung den gemeinen Wert als einen objektiven Veräußerungswert und hiel daran in ständiger Rechtsprechung fest. ²⁾ Nach FUISTING bedingt das Merkmal der Objektivität die regelmäßige Bemessung des gemeinen Wertes nach dem im wirtschaftlichen Verkehr für gleichartige Sachen erzielten Marktpreise, da es andere objektive Maßstäbe nicht gäbe. ³⁾ Die Reichsabgabenordnung von 1919 baute auf der Rechtsprechung des preuß. OVG auf und wich nur in einem Punkt von ihr ab, nämlich durch die zusätzlichen Worte "unter Berücksichtigung aller den Preis beeinflussenden Umstände", ohne daß damit eine Änderung gegenüber dem früheren Zustand beabsichtigt wurde. ⁴⁾ Ferner ist der erzielbare, nicht der tatsächlich erzielte Preis maßgebend, wobei allerdings ein tatsächlich erzielter Preis den wichtigsten Anhalt für die Höhe des gemeinen Wertes bildet. Das Reichsbewertungsgesetz hat die Begriffsbestimmung der RAO fast wörtlich übernommen.

Der gemeine Wert wird mit Recht vom Marktpreis abgeleitet, "denn es gibt keinen realeren Wert als den Preis." ⁵⁾ Schwierigkeiten ergeben sich jedoch bei der Bewertung der betriebszugehörigen Wirtschaftsgüter, die der objektiven Bewertung durch den Markt entzogen sind, also auch als solche keinen Marktwert haben. Wenn kein Marktwert vorhanden ist, dann muß

1) RG-Urteil v. 11.10.1880, RGZ 3,241.

2) Vgl. Urteil des proVG in Staatssteuersachen vom 12.4.1896, Bd. 5,69 ff.

3) FUISTING, Die preußischen direkten Steuern, II. Bd. Kommentar zum ErgStG, Berlin 1899, Anm. 7 zu § 9.

4) Vgl. hierzu die Begründung zur RAO 1919, Drucksache Nr. 759 der Weimarer Nationalversammlung.

5) F. SCHMIDT, Organische Tageswertbilanz, S. 370.

der gemeine Wert auf andere Weise ermittelt werden, und zwar "unter Nachahmung des psychologisch-wirtschaftlichen Vorgangs, aus dem der Marktwert entsteht."¹⁾ Aus dieser Notwendigkeit erwuchs im Laufe der Zeit die Teilwerttheorie, die von der fiktiven Veräußerung der Unternehmung ausgeht und von dem dabei zu erzielenden Kaufpreis (Marktwert), den "gemeinen Wert" des einzelnen betriebsgebundenen Gegenstandes ableitet.²⁾

Die Berücksichtigung und die wertmäßige Bedeutung der Betriebszugehörigkeit, die den eigentlichen Kern des Teilwertgedankens bildet, erkannte auf handelsrechtlichem Gebiet bereits sehr früh das Reichsoberhandelsgericht, das den Satz prägte: "Der Bilanz liegt die Idee einer fiktiven augenblicklichen Realisierung sämtlicher Aktiva und Passiva zugrunde, wobei jedoch davon ausgegangen werden muß, daß in Wirklichkeit nicht die Liquidation, sondern vielmehr der Fortbestand des Geschäfts beabsichtigt wird und daß daher bei Ermittlung und Feststellung der einzelnen Werte derjenige Einfluß unberücksichtigt zu lassen ist, welcher eine Liquidation auf dieselbe ausüben würde."³⁾ Diesem Grundgedanken folgte später auch das Reichsgericht.⁴⁾ Der Teilwert g e d a n k e entspringt also nicht der Begriffswelt des Steuerrechts, sondern derjenigen des Handelsrechts und damit der Bilanzierungspraxis des Wirtschaftslebens.⁵⁾ Von hier aus gelangte er durch die Rechtsprechung des proVG, das den oben zitierten Satz des ROHG wörtlich übernommen hat,⁶⁾ in das Steuerrecht und fand später im § 139 Abs. 1 RAO von 1919 seinen gesetzlichen Niederschlag. Danach war bei der

-
- 1) Jüngling, Der Teilwert im Rahmen der steuerlichen Wertbegriffe, in StW. 1947, Sp. 657 (659 f.).
 - 2) ZITZLAFF (in Finanz-Rundschau 1947, S. 86) bezeichnet den Teilwert als den richtig verstandenen gemeinen Wert; HAVER (in InduSt. 1936, S. 159) als eine Unterart d. gem. Wertes.
 - 3) Urteil v. 3.12.1873, Entsch. d. ROHG Bd. 12, 19.
 - 4) Vgl. hierzu: die bei ZITZLAFF in StW. 1941, Sp. 193 angeführten Entscheidungen des Reichsgerichtes.
 - 5) Vgl. hierzu: ZITZLAFF, StW. 1941 Sp. 193; VAN DER VELDE, ZfHf. 1954, S. 276. Andere Meinung VEIEL, StW. 1944, Sp. 402.
 - 6) Vgl. Urteil v. 17.5.1897, proVG in Staatssteuersachen Bd. 6, 30 ff.

Bewertung des Betriebsvermögens in der Regel von der Voraussetzung auszugehen, "daß das Unternehmen bei der Veräußerung nicht aufgelöst, sondern weitergeführt wird". Dieser Gesichtspunkt der Fortführung der Unternehmung findet sich wieder in § 31 Abs. 2 RBewG 1925 (= § 50 Abs. 2 RBewG 1931) und in § 19 Abs. 1 Satz 2 EStG 1925, ohne daß in diesen Gesetzen von einer dem gemeinen Wert entgegenstehenden besonderen Wertkategorie die Rede ist. Erst der Reichsfinanzhof hat dann in seiner Entscheidung vom 14.12.1926 ¹⁾ zur Auslegung des § 19 Abs. 1 EStG den Wert, den ein Gegenstand als Teil einer wirtschaftlichen Einheit hat, als Teilwert bezeichnet. Dieser Begriff war zwar bereits 1913 von MIRRE in einem Aufsatz in der "Deutschen Notarzeitung" (S. 49 ff.) entwickelt ²⁾, bisher aber weder handels- noch steuerrechtliche Verwendung gefunden. Erst mit der Steuerreform von 1934 ging der Begriff dann in das Reichsbewertungsgesetz und in das Einkommensteuergesetz als besondere steuerliche Wertkategorie ein, und zwar als Ergebnis der auf dem Gebiet des Einkommensteuerrechts ergangenen Rechtsprechung des RFH, die die besonderen Merkmale des Teilwertes herausgearbeitet hatte..

3. Die gesetzliche Definition.

Die Definition des Teilwertes sagt wenig aus, wenn man nicht im Auge behält, aus welchem Grunde eigentlich das Steuerrecht diesem ihm eigenen Wertbegriff gebildet hat. Wie gezeigt wurde war der "Vorgänger" des Teilwertes der gemeine Wert, also kurz gesagt, der Einzelveräußerungspreis eines Wirtschaftsgutes. Der Veräußerungspreis eines in einer Unternehmung befindlichen, zu einem arbeitenden Betrieb - einem going concern - gehörenden Wirtschaftsgutes sagt indessen nichts aus über den betriebswirtschaftlichen Wert, den dieses Wirtschaftsgut hat; er gibt nicht den Wert an, den das Wirtschaftsgut in seiner Zugehörigkeit, in seiner Gebundenheit

1) -IV A 575/26- Bd. 20,87.

2) Vgl. MIRRE, Der Teilwert, in: DStZ. 1927, Sp. 292.

an und in dem Unternehmen besitzt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß diese Werte nicht übereinstimmen müssen.

Es ist zunächst festzuhalten, daß das wichtigste Merkmal des Teilwertes die Beziehung zur Unternehmung ist. Mit Hilfe des Teilwertbegriffes sollen die Wirtschaftsgüter in ihrer Betriebsgebundenheit bewertet werden. Daraus ergibt sich die Frage nach der Möglichkeit und praktischen Durchführbarkeit dieser Absicht. Wir müssen die Definition des Gesetzes unter diesem Gesichtspunkt untersuchen.

Sie geht aus von dem Gedanken der Veräußerung, und zwar des ganzen Unternehmens, dem das Wirtschaftsgut dient. Die Unterstellung einer Veräußerung zur Ermittlung eines Wertes ist an und für sich nichts Ungewöhnliches. Auch bei der Ermittlung des gemeinen Wertes eines Wirtschaftsgutes geht man ja davon aus, daß es verkauft würde. Wirtschaftliche Werte werden nun einmal auf dem Markt, genauer gesagt bei Kauf und Verkauf gewissermaßen "real", nur dort werden Anschauungen und Meinungen über den Wert eines Gegenstandes konkretisiert.

Eine ungewöhnliche Fiktion, die das Gesetz vornimmt, liegt dagegen in der Unterstellung, daß ein möglicher Erwerber des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für jedes einzelne Wirtschaftsgut einen Betrag ansetzen würde. Aus dieser Formulierung des Gesetzgebers erwachsen in der Tat fast alle Schwierigkeiten, die bei der praktischen Ermittlung des Teilwertes auftauchen. Der Gesamtkaufpreis eines Unternehmens wird zwischen Käufer und Verkäufer ausgehandelt, ist also von stark subjektiven Momenten beeinflusst. Beide Kaufpartner werden sich allerdings an gewissen "objektiven" Merkmalen orientieren: Bestimmt am Ertragswert der Unternehmung, wahrscheinlich auch an ihrem Substanzwert. Da der Gesetzgeber nicht von einem tatsächlich erzielten Kaufpreis ausgeht, sondern von demjenigen, den irgend ein Erwerber bezahlen würde, kann damit nur dieser "objektive Kern" gemeint sein, der für jeden Erwerber Maßstab seiner Kaufpreisüberlegungen ist. Aus der gesetzlichen Definition geht nicht

klar hervor, ob die Ansetzung des Wertes für das einzelne Wirtschaftsgut im Rahmen des Gesamtkaufpreises durch eine Repartition des Gesamtkaufpreises auf die einzelnen Güter erfolgen soll, oder ob die Bewertung vom einzelnen Wirtschaftsgut selbst auszugehen hat, aber unter dem Gesichtspunkt, daß die Summe aller dieser Werte den Gesamtkaufpreis ergibt. Das wäre der genau umgekehrte Vorgang einer Repartition. Die Rechtsprechung ist fast ausnahmslos von dem Gedanken der Repartition, also der Verteilung des Gesamtkaufpreises auf die einzelnen Wirtschaftsgüter, ausgegangen, allerdings ohne daß immer versucht worden wäre, sie auch tatsächlich durchzuführen.

Das dritte Merkmal der gesetzlichen Definition ist, daß Gesamtkaufpreis und Ansatz des Betrages, der auf das einzelne Wirtschaftsgut entfällt, unter der Voraussetzung des Weiterführens der Unternehmung ermittelt werden. Auch das ist eine Fiktion; aber sie ist fast selbstverständlich; denn eine Bewertung ohne diese Voraussetzung würde zu Liquidationswerten, also zum Einzelveräußerungspreis führen, zu einem Wert, den man ja mit der Teilwert-Bewertung gerade vermeiden will.

Wir kommen zu dem Ergebnis, daß das Hauptmerkmal des Teilwertes die Berücksichtigung der Betriebsgebundenheit des einzelnen Wirtschaftsgutes ist. Diese Betriebsgebundenheit versucht der Gesetzgeber dadurch zu berücksichtigen, daß er den Gesamtkaufpreis der Unternehmung als maßgebenden Bewertungsanhalt bestimmt. Wie daraus der einzelne Teilwert zu ermitteln ist, sagt das Gesetz nicht.

4. Der Teilwert in der Rechtsprechung der obersten Finanzgerichte.

- a) Die hypothetisch-theoretischen Grundlagen und die Methoden der Teilwertermittlung.

Die Behandlung des Teilwertes in der Rechtsprechung ging ursprünglich nicht von der gesetzlichen Definition des § 12

RBewG oder des § 6 EStG aus, sondern der RFH entwickelte den Begriff - wie oben dargelegt wurde - aus dem "gemeinen Wert" heraus, anknüpfend an die Rechtsprechung des prOVG. Daraus ergibt sich, daß diese Rechtsprechung zunächst keine Auslegung der betreffenden gesetzlichen Definition sein konnte, sondern vielmehr diese Definition aus der Rechtsprechung des RFH heraus entwickelt wurde.

Einen betriebsanteiligen Wert zu bestimmen, stößt grundsätzlich auf Schwierigkeiten, weil ein solcher Wert nicht durch den Markt oder durch Aufwendungen gegeben ist. Es steht deshalb von vorneherein fest, daß man, wenn ein solcher "anteilhafter Wert" gefunden werden soll, niemals ohne Schätzung und Fiktionen auskommen kann. Es kann sich also nur darum handeln, diese Schätzungen so genau wie möglich vorzunehmen, und diese Fiktionen, die den Schätzungen zugrunde liegen, auf ein Mindestmaß zu beschränken. Welcher Weg der Wertermittlung wurde vom RFH eingeschlagen, um diesen Forderungen gerecht zu werden?

Der RFH ging in seinen ersten Entscheidungen zum Begriff des Teilwertes von folgender Vorstellung aus: "Der Teilwert bestimmt sich nach demjenigen Betrage, den ein Käufer des ganzen Unternehmens vermutlich - genaue Kalkulation unterstellt - weniger für das Unternehmen geben würde, wenn der betreffende Gegenstand nicht zu dem Unternehmen gehörte."¹⁾

Ausgangspunkt aller vom RFH entwickelten Methoden und Grundsätze der Teilwertermittlung ist der Gesamtaufpreis der Unternehmung. Der Gesamtaufpreis schafft die Beziehung zwischen dem zu bewertenden Gegenstand und dem Markt. In der Beziehung des Teilwertes auf den Gesamtaufpreis kommt die Betriebsgebundenheit, der Charakter des **a n t e i l i g e n** Wertes zum Ausdruck, also das, was den Teilwert von allen anderen steuerlichen Wertarten unterscheidet.

1) RFH-Urteil v. 14.12.1926 .VI A 575/26- Bd. 20,87 (88 f.); vgl. auch: Urteil v. 14.12.1927- VI A 802/27- Bd. 22,309; Urteil v. 9.7.1931 -VI A 323/31- RStBl 1931,819; Urteil v. 30.6. 1934 -III A 291/31- RStBl 1934.953.

Auch der oben zitierte, als Differenzmethode bezeichnete Grundsatz wird vom RFH nur als *e i n e* Möglichkeit betrachtet, den Grundgedanken der Aufteilung des Gesamtkaufpreises auf die einzelnen Wirtschaftsgüter durchzuführen. Dies kommt ganz klar zum Ausdruck im Urteil vom 14.12.1927 ¹⁾. Tatsächlich ist die "Differenzmethode" gar keine Methode, sondern lediglich ein hypothetischer Grundsatz, aus dem heraus erst eine praktisch durchführbare Methode zu entwickeln gewesen wäre. Denn die Feststellung zweier Gesamtkaufpreise einer Unternehmung, einmal mit und einmal ohne das zu bewertende Wirtschaftsgut, ist vom RFH nie vorgenommen worden. Es ist ja auch unmöglich, so viele Gesamtvermögensrechnungen durchzuführen, wie Wirtschaftsgüter im Betrieb vorhanden sind; ganz abgesehen davon, daß die Summe der so ermittelten Teilwerte - auch theoretisch - nicht unbedingt den Gesamtkaufpreis der Unternehmung ergeben muß. Der RFH hat sich denn auch später nicht mehr auf die Grundsätze der Differenzmethode bezogen, wohl aber, wie das auch der inzwischen erfolgten Definition durch den Gesetzgeber entsprach, den Ausgangspunkt des Gesamtkaufpreises beibehalten. Der - theoretische - Grundgedanke bleibt also derselbe: Verteilung des Gesamtkaufpreises auf die einzelnen Wirtschaftsgüter.

Geht man vom Gesamtkaufpreis aus, so ist zu beachten: Im Gesamtkaufpreis einer Unternehmung ist in vielen Fällen ein Geschäftswert enthalten. Der Geschäftswert wird im Bewertungsrecht (mit Ausnahme des derivativen Geschäftswertes) nicht als ein bewertungsfähiges Wirtschaftsgut angesehen. ²⁾ Man könnte deshalb aus der Legaldefinition entnehmen, daß der Geschäftswert auf die einzelnen Wirtschaftsgüter als Teil des Gesamtkaufpreises mit umzulegen sei. Zu dieser Frage hat der RFH im Urteil vom 28.2.1930 wie folgt Stellung genommen: "Ein Geschäftswert in der Weise, daß ein einzelner Gegenstand über den Wiederbeschaffungswert hinaus durch Anteil an der Unternehmerrente bewertet werden könnte, kommt nicht in Frage." ³⁾

1) Bd. 22, 309.

2) Vgl. S. 75 ff.

3) -III A 84/28- Bd. 26, 285 (291).

Deutlicher wird dies noch im Urteil vom 19.1.1938, in dem es heißt, daß aus dem Gesamtverkaufspreis zunächst der Geschäftswert auszuschneiden und nur der verbleibende Restbetrag auf die einzelnen Wirtschaftsgüter aufzuteilen ist.¹⁾

Setzt man voraus, daß der Gesamtkaufpreis einer Unternehmung für den Zweck der Einheitsbewertung ermittelt werden kann - was allerdings schon sehr hypothetisch und mit dem Bewertungsgesetz gar nicht beabsichtigt ist, da es ja eine Gesamtbewertung ablehnt - dann ergäben sich bei der Differenzmethode die schon angedeuteten Schwierigkeiten. Bei der Repartitionsmethode wäre das Problem nicht leichter zu lösen. Gleichgültig, ob der Geschäftswert vorher auszuschneiden ist (wobei natürlich die Bemessung dieses Geschäftswertes ebenfalls eine rein willkürliche sein müßte) oder nicht, ist eine Verteilung des Gesamtwertes auf die einzelnen Wirtschaftsgüter ohne Verteilungsschlüssel nicht möglich. Einen solchen Verteilungsschlüssel gibt es nicht. Bekannt ist das Beispiel von SCHMALENBACH vom Gefechtswert einer kombinierten Truppe, der sich nicht auf die einzelnen am Kampf beteiligten Waffengattungen aufteilen läßt.²⁾ Ebenso, sagt SCHMALENBACH, läßt sich der Gesamtwert einer Unternehmung nicht auf die einzelnen Wirtschaftsgüter aufteilen. Über diese Unmöglichkeit besteht heute in der Literatur kein Zweifel mehr. Auch kein Erwerber einer Unternehmung nimmt eine solche Repartition vor - wozu sollte er es auch tun?³⁾ Die Konsequenzen und Schwierigkeiten, die sich daraus für die Teilwertermittlung ergeben, liegen auf der Hand. Die gesetzliche Definition ist also für die praktische Durchführung nahezu unbrauchbar⁴⁾, zumindest dann, wenn man sie in dem Sinn auslegt, daß aus dem Gesamtkaufpreis der Wert der einzelnen Wirtschaftsgüter abgeleitet werden soll.⁵⁾

1) -VI 533/36- Bd. 43,93 (95 f.).

2) SCHMALENBACH, Beteiligungsfinanzierung, 8. Aufl., S. 58.

3) Vgl. K. RAASCH, Die Krise des Teilwertgedankens, in: ZfB. 1950, S. 358 (361).

4) Vgl. hierzu: ZITZLAFF, Die Teilwertabschreibung bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, in: Finanz-Rundschau 1947, S. 87 und E. LITTMANN, Die Unmöglichkeit der steuerlichen Teilwertidee, in: Neue Betriebswirtschaft 1951, S. 27.

5) Vgl. dazu auch S. 117 ff.

b) Die praktische Durchführung.

Bei der praktischen Durchführung der Teilwertermittlung steht die Fiktion der Veräußerung der Unternehmung und ihrer Fortführung im Vordergrund. Die Wertbemessung orientiert sich an den Überlegungen eines potentiellen Käufers. Daraus ergeben sich Grenzwerte nach oben und unten, die der Teilwert nicht über- bzw. unterschreiten kann. Die Obergrenze wird gegeben durch die Wiederbeschaffungskosten, da kein Erwerber einer Unternehmung bereit sein würde, mehr für einen Gegenstand zu zahlen, als er ihm kosten würde, wenn er den Gegenstand auf dem Markt kauft. Die untere Grenze des Teilwertes wird gegeben durch den Einzelveräußerungspreis; denn ein Erwerber würde für einen Gegenstand, der für den Betrieb entbehrlich ist, einerseits keinen höheren Preis bezahlen, als er für den Gegenstand bei einem Verkauf Erlösen würde; andererseits kann, solange man die Möglichkeit hat, für einen Gegenstand jederzeit eine bestimmte Summe Geld zu bekommen, dieser nicht weniger Wert sein als jener Betrag.¹⁾ Diese Grenzwerte sind fester Bestand der Rechtsprechung. Im Urteil vom 15.5.1952²⁾ wurde auch vom BFH bestätigt, daß sogenannte "erhöhte Wiederbeschaffungskosten" im allgemeinen nicht zulässig sind.

Der Teilwert kann also mit diesen Grenzwerten zusammenfallen oder zwischen ihnen liegen. Er ist gleich den Wiederbeschaffungskosten, wenn sich das Unternehmen rentiert, d.h., wenn kein "negativer Geschäftswert" vorhanden ist und der Gegenstand für den Betrieb so nützlich ist, daß er bei seinem Verlust jederzeit wieder beschafft werden müßte. Die untere Grenze des Einzelveräußerungspreises wird erreicht, wenn das Wirtschaftsgut nicht betriebsnotwendig ist oder aber das Unternehmen so schlecht rentiert, daß es liquidationsreif ist.

1) Vgl. H. ZUBROD, Der Teilwertgedanke im Steuerrecht vom Standpunkt betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, Diss. Frankfurt 1933, S. 39.

2) -IV 469/51 U- Bd. 56, 436.

Die Höhe des Teilwertes wird also bestimmt

1. durch die Nützlichkeit des Gegenstandes für den Betrieb,
2. durch die Rentabilität der Unternehmung.

Zur Vereinfachung der Teilwertermittlung hat der RPH die sogenannten "Vermutungen" aufgestellt, deren wichtigste und quasi grundlegende schon genannt und auch in die BewDV aufgenommen wurde. Es heißt dort in § 55 Abs. 2 Satz 3: "Der Teilwert eines voll genutzten Wirtschaftsgutes deckt sich in der Regel mit dem Betrag, der zu Beschaffung des Wirtschaftsgutes in seinem am Bewertungsstichtag bestehenden Zustand aufgewendet werden müßte." Dieser Vermutung sind einige weitere untergeordnet. Sie ergänzen eigentlich nur den genannten Grundsatz, da mit ihnen letztlich auch nichts anderes als die richtigen Wiederbeschaffungskosten ermittelt werden sollen:

1. Bei den Gegenständen des Anlagevermögens ist im Zeitpunkt der Anschaffung der Teilwert gleich den Anschaffungskosten oder Herstellungskosten.
2. Zu einem späteren Zeitpunkt ist
 - a) bei den Gegenständen des nicht abnutzbaren Anlagevermögens der Teilwert ebenfalls gleich den Anschaffungskosten,
 - b) bei den Gegenständen des abnutzbaren Anlagevermögens der Teilwert gleich den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der Absetzung für Abnutzung.

Zu 1.: Im Zeitpunkt der Anschaffung eines Wirtschaftsgutes wird sein Preis im allgemeinen dem Wert entsprechen, den das Gut für das Unternehmen, genauer gesagt für den Unternehmer, hat, andernfalls seine Anschaffung unterblieben wäre. Die Vermutung ist widerlegbar insbesondere mit der Begründung, daß sich der Unternehmer bei der Anschaffung des Gegenstandes über dessen Wert für ihn geirrt hat oder aber, daß dieser Preis zwar der Wertschätzung des Kaufmanns entspricht,

nicht aber dem Wert, den das Wirtschaftsgut "objektiv" für den Betrieb hat, also auch für einen möglichen Erwerber des Betriebes hätte. ¹⁾

Zu 2.: Bei dieser Vermutung ist unterstellt, daß die Beschaffungspreise (-Kosten) der Wirtschaftsgüter gleich geblieben sind. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so ist die Vermutung zu widerlegen. Im allgemeinen wird der Steuerpflichtige nur daran interessiert sein, diese Vermutung mit der Begründung *g e s u n k e n e r* Wiederbeschaffungskosten zu widerlegen. Die Vermutung ist jedoch bei der Bewertung der Wirtschaftsgüter im Rahmen des Bewertungsgesetzes auch dann nicht zutreffend, wenn die Wiederbeschaffungskosten gestiegen sind. In diesem Fall kann der Teilwert über den historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen. Die Vermutungen können widerlegt werden, wenn der Gegenstand im Betrieb nicht voll ausnutzbar ist oder der ganze Betrieb nicht einen der Summe der Wiederbeschaffungskosten aller Gegenstände entsprechenden Nutzen erbringt (Rentierlichkeit der Unternehmung!). ²⁾

Aus diesen Grundsätzen und Vermutungen ergibt sich folgendes: Bei der Ermittlung des Teilwertes ist auszugehen von den Wiederbeschaffungskosten. Diese können unter bestimmten Voraussetzungen den tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten entsprechen. Der Teilwert ist gleich den Wiederbeschaffungskosten, wenn der Gegenstand für den Betrieb nützlich, d.h. auch voll ausgenutzt ist, und das Unternehmen rentiert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Wiederbeschaffungskosten für Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens dem Zustand des Wirtschaftsgutes am Stichtag entsprechen müssen, also auf die Wiederbeschaffungskosten Absetzungen für Abnutzungen vorzunehmen sind.

Daraus ergibt sich weiterhin: Von einer Verteilung des Gesamtkaufpreises auf die einzelnen Wirtschaftsgüter kann bei der

1) So: RFH-Urteil v. 19.9.1928 -VI A 1143/28- StW 1929, 16.

2) RFH-Urteil v. 11.1.1929 -VI A 1515/28- RStBl 1929 S. 221.
Vgl. auch Urteile v. 4.9.1929 -VI A 1218/29- StW 1930, 99
und v. 20.3.1930. -VI A 371/30- RStBl 1930, 360.

praktischen Wertermittlung - wie schon angedeutet - keine Rede sein. Vielmehr liegt der umgekehrte Vorgang vor: Es werden die Werte ermittelt, deren Summe einem Erwerber Maßstab und Anhaltspunkt für die Festsetzung seines Kaufpreises sein würden. 2) 3)

c) Die Problematik in der Rechtsprechung.

Zwei Fragen, die bei der Ermittlung des Teilwertes in der Rechtsprechung auftauchen, scheinen uns im Zusammenhang mit der Einheitsbewertung einer besonderen Betrachtung notwendig. Erstens, die Berücksichtigung der Rentabilität der Unternehmung und zweitens, das Problem des Teilwertes als eines "objektiven Wertes".

aa) Die Rentabilität der Unternehmung.

Eine der schwierigsten und umstrittensten Fragen bei der Ermittlung des Teilwertes ist die Frage nach der Berücksichtigung der Rentabilität oder der Geschäftslage der Unternehmung. Bevor wir einen Überblick über die Rechtsprechung geben, einige allgemeine Bemerkungen:

Bei allen Fragen, die den Teilwert betreffen, ist es immer gut und notwendig, auf den Grundgedanken und Ausgangspunkt hinzuweisen, nämlich, daß der Teilwert in erster Linie ein "anteiliger" Wert ist, in dem die Betriebsgebundenheit des einzelnen zu bewertenden Gegenstandes berücksichtigt werden soll. Das heißt also, daß ein Wert gesucht werden soll, der im allgemeinen über dem "gemeinen Wert" liegt, da die Betriebsgebundenheit ein wertsteigernder Faktor ist. Diese Betriebsgebundenheit ist jedoch, so scheint uns, ein vom Ertrag bzw. der Rentabilität der Unternehmung unabhängiger Faktor. Eine

1) Vgl. F.J. VOGT, Bilanztaktik, 4.Aufl., Heidelberg. 1955, S. 141 u. 170.

2) Der tatsächlich erzielte, ausgehandelte Kaufpreis wird natürlich auch von manchen anderen Momenten beeinflusst, die hier irrelevant sind.

Maschine, deren Anschaffungskosten sich auf 10.000.- belaufen, hat nach einjähriger Ingebrauchnahme einen gemeinen Wert von vielleicht 7.000.-. Sie wird auf dem Markt als gebrauchte Maschine bewertet, auch wenn der Verschleiß in diesem einen Jahr ihrer Benutzung tatsächlich nicht dem Abschlag für eine gebrauchte Maschine entspricht. Ein Erwerber der Unternehmung wird dagegen von anderen Gesichtspunkten ausgehen. Er sieht diese Maschine nicht isoliert, sondern in ihrer Verbundenheit im gesamtbetrieblichen Organismus. Ganz unabhängig davon, ob der Betrieb eine größere oder geringere Rentabilität aufweist, wird er bereit sein, einen Wert für die Maschine anzusetzen, der ihrer technischen Leistungsfähigkeit und der daraus resultierenden *R e n t a b i l i t ä t d e r M a s c h i n e* entspricht. Dieser Wert kann erheblich über dem Einzelveräußerungspreis des Gegenstandes liegen.¹⁾

Sowohl in der Literatur wie in der Rechtsprechung sind diese beiden verschiedenen Wertsteigerungsfaktoren, einerseits Rentabilität des Betriebes, andererseits die einfache Tatsache der Betriebszugehörigkeit, die sich in der Rentabilität oder Nützlichkeit des Gegenstandes für den Betrieb ausdrücken kann, nicht scharf genug auseinandergehalten worden. Dies ist im folgenden zu beachten.

Schon in dem ersten Teilwert-Urteil des RFH vom 14.12.1926 wird die Frage aufgeworfen, wie das "gut gehen" oder "nicht gut gehen" einer Unternehmung den Teilwert beeinflusst: "Ist ein Unternehmen gutgehend, so fällt der Teilwert mit dem sogenannten Wiederbeschaffungswerte (Reproduktionswert), d.h. dem Betrage der Wiederbeschaffungskosten zusammen."²⁾ Die folgende Bemerkung, daß der Umstand, daß ein Gegenstand, der erst herzustellen wäre, im Betrieb schon vorhanden ist, zu einer Erhöhung des Teilwertes führen muß, kann, so unklar dieser Satz auch ist, auf keinen Fall dahingehend ausgelegt werden, daß damit eine Art Rentabilitätszuschlag gemeint sei.

1) Vgl. den Fall RFH-Urteil v. 18.12.1929 -VI A 1849/29- RStBl 1930,90.

2) RFH Bd. 20.89.

Es ist uns kein Fall bekannt, in dem der RFH aus Gründen einer besonders guten Rentabilität den Teilwert als über den Wiederbeschaffungskosten liegend angenommen hätte. Wohl wurde in der Literatur hin und wieder die Ansicht vertreten, die Betriebszugehörigkeit eines Wirtschaftsgutes ermögliche und verlange den Ansatz des Teilwertes auch über den Wiederbeschaffungskosten. Die bekannteste dieser Theorien ist die von REINHARDT, der für die "betriebsarteigenen Wirtschaftsgüter" die Ansetzung erhöhter Wiederbeschaffungskosten gefordert hat.¹⁾ Aber auch von ihm ist dies nicht damit begründet worden, daß bei der Teilwertermittlung eine übernormale Rentabilität der Unternehmung auf diese Weise berücksichtigt werden soll.²⁾

Tatsächlich würde eine solche Berücksichtigung auch gar nicht möglich sein, da es sich dabei um nichts anderes als um die Verteilung eines Geschäftswertes auf die einzelnen Wirtschaftsgüter handeln würde. Daß dies unmöglich ist, darauf wurde schon des öfteren hingewiesen. Es sei außerdem vermerkt, daß der RFH in mehreren Entscheidungen ausdrücklich eine Berücksichtigung der Rentabilität der Unternehmung bzw. ganz allgemein der Betriebszugehörigkeit über den Wiederbeschaffungswert hinaus abgelehnt hat³⁾, und im Urteil vom 6. 3. 1935⁴⁾ wurde hervorgehoben, daß der im Urteil vom 14.12.1926⁵⁾ ausgesprochene Gedanke, der - wie wir gesehen haben - eine Überschreitung der Wiederbeschaffungskosten für möglich erscheinen läßt, nicht aufrecht erhalten werden kann.

1) F. REINHARDT, Buchführung, Bilanz und Steuern, Bd. I, Berlin-Wien 1943, S. 144. Vgl. dazu insbesondere die Besprechung von BÜHLER in: Juristische Wochenschrift 1936, S. 1650

2) Vgl. aber LITTMANN in: Neue Betriebswirtschaft 1951, S. 27: "Die Berücksichtigung des Gesamtkaufpreises in der Legaldefinition des Teilwertes führt denknötwendig zu erhöhten Wiederbeschaffungskosten."

3) Vgl. Urteile v. 28.2.1930 -III A 84/28- Bd. 26, 285 (290 f.) und v. 29.6.1934 -I A 317/33- StW 1934, 629.

4) -VI A 890/34- StW 1935, 288.

5) -VI A 575/26- Bd. 20, 87.

Bedeutet die Versagung erhöhter Wiederbeschaffungskosten eine grundsätzliche Ablehnung der Berücksichtigung der Rentabilität der Unternehmung bei der Teilwertermittlung? Zunächst nicht: In einer langen Reihe von Entscheidungen hat der RFH immer wieder festgestellt, daß neben der Nützlichkeit (Rentabilität) des Gegenstandes im Betrieb auch die allgemeine Lage (Rentabilität) der Unternehmung zu berücksichtigen sei.¹⁾ Allerdings kann man sagen, daß diese Frage für die Steuerbilanz eine größere Bedeutung hatte als für die Einheitsbewertung, In der Steuerbilanz ist Teilwertermittlung immer mit der Frage der Zulässigkeit einer Abschreibung verbunden. In einer "teilwertfeindlichen Epoche" des RFH ist deshalb mit der Begründung einer guten Rentabilität des Unternehmens manche Teilwertabschreibung durch den RFH versagt worden.

Das Urteil des BFH vom 15.5.1952²⁾ hat eingehend zu der Frage der Rentabilitätsberücksichtigung Stellung genommen. Einige Stellen aus diesem sehr interessanten Urteil seien hier zunächst wörtlich wiedergegeben. Nachdem darauf hingewiesen wurde, daß der RFH der Rentabilität der Unternehmung gelegentlich (z.B. im Urteil vom 16.12. 1936) Bedeutung bei der Bewertung der Wirtschaftsgüter zugemessen habe, führt der BFH aus:

"Es entspricht aber der handelsrechtlichen Auffassung, daß eine gute Rentabilität bei der Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im allgemeinen keine Bedeutung zukommt. Der Wert wird nicht auf Grund der Erträge (Ertragswert), sondern der Marktpreise ermittelt. Diese hat das Reichsgericht insbesondere in der Entscheidung III 176/99 vom 3. November 1899 (Gruchot, Slg. Be. 44, S. 158) ausgesprochen. Nach der Entscheidung sind die einzelnen Vermögensgegenstände nicht nach den Erträgen zu schätzen, die sie anteilig am

1) Vgl. Urteile vom
 4.2.1931 -VI A 1863/30- StW 1931,439;
 17.9.1930 -VI 1582/30- StW 1930,1358;
 4.11.1930 -I Aa 445/29- StW 1931,438 (Beschuß);
 16.12.1936 -VI A 589/35- Bd. 40,315;
 25.1.1939 -VI 696/38- RStBl 1939,497.

2) -VI 469/51 U- Bd. 56,436 (438).

Gesamtertrage der Unternehmung haben, sondern nach ihrem tatsächlichen Werte. Es sei unrichtig, daß in einer Bilanz die Erträge des Geschäfts zu berücksichtigen seien. Nicht der Wert des Geschäfts, bemessen nach seinen Ertragsergebnissen, habe in der Bilanz zur Darstellung zu kommen, sondern die einzelnen reellen Vermögensgegenstände nach ihren Werten. Diese einzelnen Vermögensgegenstände könnten aber nicht nach ihren Erträgen geschätzt werden; denn die einzelnen Gegenstände als solche ergäben keinen Ertrag."

Und schließlich kommt der BFH zu dem Ergebnis:

"Die Berücksichtigung der Rentabilität des Unternehmens bei der Bewertung der Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens würde dazu führen, daß Gesichtspunkte, die bei der Bewertung des Geschäftswertes des Unternehmens zu beachten sind, also bei der Bewertung eines selbständigen Wirtschaftsgutes unzulässigerweise bei der Bewertung des übrigen Anlagevermögens mit berücksichtigt würden."

Das Urteil beruft sich also interessanterweise zunächst auf eine Entscheidung des Reichsgerichtes, zieht also zur Auslegung des steuerlichen Teilwertbegriffes handelsrechtliche Normen heran. Dies geschieht offensichtlich mit der Absicht, den Teilwert aus seiner steuerrechtlichen Isolierung herauszulösen und ihm eine stärkere Fundierung durch handelsrechtliche und wohl auch betriebswirtschaftliche Gedanken zu geben. Allerdings, und das ist hier für unsere Überlegungen wichtig, bezieht sich das Reichsgericht auf die Jahresbilanz der Unternehmung, und die Entscheidung des BFH ist zum Einkommensteuergesetz ergangen. Trotzdem erscheinen uns die Feststellungen, daß die einzelnen Gegenstände nicht nach ihren Erträgen oder entsprechend ihrem Anteil am Gesamtertrag einer Unternehmung bewertet werden können und die daraus vom BFH gezogenen Schlußfolgerungen für die Teilwertermittlung auch für das Bewertungsrecht beachtlich.

Es sei in diesem Zusammenhang auch noch verwiesen auf eine Entscheidung des Bewertungssenates vom 16.12.1943 ¹⁾, in der

1) -III 71/43- StW 1944, 122.

es heißt: "Ob und wie der zu übernehmende Betrieb sich r e n t i e r t , hängt also nicht mit der Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter zusammen," und es wird verwiesen auf die Entscheidung vom 2.10.1941 ¹⁾, wonach die Rentabilität des Betriebes als Ganzes keinen Einfluß auf den Wert des einzelnen Wirtschaftsgutes haben soll.

Wir kommen zu folgendem Ergebnis: Die Rechtsprechung des RFH zur Frage der Berücksichtigung der Rentabilität bei der Ermittlung des Teilwertes ist nicht einheitlich. Überwiegend wird ihre Berücksichtigung gefordert, allerdings nur bis zur Höhe der Wiederbeschaffungskosten. Der Bundesfinanzhof schließt sich dieser Meinung offensichtlich nicht an. Wenn es auch nicht direkt aus der angezogenen Entscheidung hervorgeht, so ist doch anzunehmen, daß eine Berücksichtigung der Rentabilität der Unternehmung bei der Ermittlung des Teilwertes nach Meinung des BFH nicht stattfinden soll. ²⁾

bb) Die Berücksichtigung der Unrentabilität einer Unternehmung.

Es ist feststehender Grundsatz der Rechtsprechung, daß die Unrentabilität einer Unternehmung eine Ursach dafür sein kann, daß der Teilwert eines Wirtschaftsgutes unter den Wiederbeschaffungskosten liegt, mangelnde Rentabilität also bei der Ermittlung des Teilwertes berücksichtigt werden muß. ³⁾

1) -III 45/41- Bd. 51,21.

2) Inzwischen hat der BFH im Urteil vom 11.10.1955 -I 117/54 U- BStBL 1956 III,11 eindeutig entschieden, daß eine hohe Rentabilität des Betriebes den Teilwert der einzelnen Betriebsvermögensgegenstände nicht erhöht.

3) Vgl. dazu folgende RFH-Urteile:

v. 11.1.1929 -VI A 1515/28- RStBl 1929,221;
v. 28.2.1930 -III A 84/28- Bd. 26,285 (2907);
v. 2 0.3.1930-VI A 371/30- RStBl 1930,360;
v. 30.5.1934 -III A 291/33- RStBl 1934,953;
v. 24.1.1935 -III A 406/33- StW 1935,177.

Dies wurde auch in dem zitierten Urteil vom 15.5.1952 durch den BFH bestätigt. Dabei ist jedoch zu unterscheiden zwischen einer absoluten, nicht nur kurzfristigen Unrentabilität und einer "unternormalen Rentabilität". Absolut unrentable Betriebe, bei denen auch auf lange Sicht nicht mit einer Besserung der Lage zu rechnen ist, dürften im allgemeinen liquidationsreif sein (zumindest bei den sogenannten auf Gewinnerzielung abgestellten Erwerbsunternehmungen). Bei diesen Betrieben entspricht deshalb der Teilwert dem Liquidationswert, d.i. der Einzelveräußerungspreis der einzelnen Gegenstände. Nicht so, wenn das Unternehmen einen unter der normalen (branchenüblichen) Rendite liegenden Gewinn abwirft oder wenn eine Rentabilitätssteigerung auf lange Sicht zu erwarten ist, z.B. durch Unternehmerwechsel, Produktionsumstellung u.ä. In diesen Fällen liegt nach Ansicht des RFH der Teilwert zwischen den Wiederbeschaffungskosten und dem Einzelveräußerungspreis der Gegenstände. Dazu hat der RFH im Urteil vom 30.5.1934 wie folgt Stellung genommen:¹⁾

"Rentiert sich das Unternehmen nicht, so ist nicht ohne weiteres der Einzelveräußerungspreis als Teilwert anzusetzen, vielmehr ist zu prüfen, ob der Teilwert nicht zwischen dem Wiederbeschaffungswert und dem Einzelwert liegt. Der Einzelwert wird in der Regel wohl nur bei liquidationsreifen Unternehmungen angesetzt werden können. Bei einem Unternehmen, das im Hinblick auf die, wenn auch erst in Jahren zu erwartende Rentabilität fortgeführt wird, wird der Teilwert in der Regel über dem Einzelwert liegen."

cc) Der Teilwert als "objektiver" Wert.

Die Frage der Objektivität einer Wertart ist eine außerordentlich schwierige und heikle Angelegenheit. Sie erscheint uns deshalb nicht minder wichtig und interessant, insbesondere deshalb, weil sich in der Rechtsprechung des OFH und des BFH eine gewisse Tendenz abzuzeichnen beginnt, den Teilwert in stärkerem Maße als dies beim RFH der Fall war, als

1) a.a.O., s. Anm. 1).

einen "objektiven" Wert zu betrachten und zu behandeln.

Wenn man in diesem Fall zwischen "subjektiv" und "objektiv" abgrenzen will, wird man sagen können, daß eine Berücksichtigung aller Elemente, die sich aus der Einstellung des im Bewertungszeitpunkt gegenwärtigen Unternehmers zur Wertschätzung der einzelnen Wirtschaftsgüter, als "subjektiv", die Berücksichtigung von Marktverhältnissen, Überlegungen eines Erwerbers etc. als "objektiv" zu bezeichnen sind.

Zunächst einige Urteile, in denen der objektive Charakter des Teilwertes betont wird:

Urteil vo, 14.12.1927 ¹⁾:

"Der gemeine Wert (gemeint ist der Teilwert. Verf.) ist aber objektiv zu bestimmen; deshalb ist davon abzusehen, ob der Inhaber des Betriebes ihn auch wirklich betreiben kann. Die Zugehörigkeit zur Einheit des Betriebs kann als werterhöhend nur insoweit in Betracht kommen, als sie für jeden Besitzer des Betriebes ausnutzbar wäre. Man kommt dann zu dem Ergebnis, daß nur die Veräußerung mit dem Betrieb, aber nicht die Veräußerung in dem Betrieb für die Bestimmung des gemeinen Wertes des Gegenstandes zu berücksichtigen ist." ²⁾

Urteil vom 3.10.1928 ³⁾:

"Richtig ist, daß es nicht auf den Wert ankommt, den der Kaufmann selbst dem Grundstück beimißt, sondern auf den Wert, den ein Erwerber des Grundstückes vermutlich dem Grundstück beimessen würde. Dabei ist aber natürlich damit zu rechnen, daß dieser Erwerber ebenfalls eine zur Fortführung des Betriebes geeignete Persönlichkeit ist."

Urteil vom 11.1.1929 ⁴⁾:

"...und andererseits ist für die Bestimmung des Teilwertes der einem Betriebe gewidmeten Gegenstände nicht unbedingt von dem bei Veräußerung des ganzen Betriebes erzielbaren Preise auszugehen, vielmehr mit einem der Rentabilität des Betriebes entsprechenden Werte des Betriebes zu rechnen ohne Rücksicht darauf, ob etwa der vorteilhaften Veräußerung des Betriebes besondere Umstände entgegenstehen."

Urteil vom 7.12.1938 ⁵⁾:

"Es ist somit der objektive Wert, der sich für den Gegenstand im Geschäftsverkehr auf Grund der allgemein ge-

1) -VI A 802/27- Bd. 22,309 (311).

2) Es handelt sich hier um die Bewertung von Warenvorräten.

3) -VI A 1224/28- StW 1929,72.

4) -VI A 1515/28- RSTBl 1919,221. 5) -VI 715/38- Bd. 46,7 (8).

gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse herausgebildet hat, der angemessene Preis, der von einem Kaufmann, der in der Lage ist, den Betrieb entsprechend den wirtschaftlichen Gegebenheiten ordnungsgemäß weiterzuführen, bezahlt würde. Bei seiner Bestimmung sind die Besonderheiten des jeweiligen Inhabers des Geschäftsbetriebes auszuschalten, Besonderheiten, die nicht in den objektiven Verhältnissen des Betriebs, sondern ausschließlich in der Person des Gewerbetreibenden begründet sind, so vor allem seine besondere Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit. Sie können unter Umständen für die Bildung eines Geschäftswertes von Bedeutung sein."

Urteil des OFH vom 17.7.1947 ¹⁾ unter Hinweis auf das vorstehend zitierte Urteil vom 7.12.1938:

"Der Teilwert ist nicht der Wert, den ein Kaufmann auf Grund seiner persönlichen Auffassung einem Gegenstand zumißt, sondern er ist ein objektiver Wert, der auf der allgemeinen Auffassung, wie sie in der Marktlage ihren Ausdruck finden, beruht."

Die gleichen Gedanken kehren im Gutachten des OFH vom 23.3.1948 wieder.²⁾

Urteil des BFH vom 7.8.1951 ³⁾:

"Der Teilwert ist ein objektiver Wert und richtet sich nicht nach der individuellen Auffassung des einzelnen, sondern nach dem Wert, der dem Wirtschaftsgut auf dem allgemeinen Inlandsmarkt zugesprochen wird."

Urteil des BFH vom 19.11.1953 ⁴⁾:

"Auch bei der Bemessung des Teilwerts kann nicht die subjektive Einstellung des einzelnen, die sich im übertriebenen Optimismus oder Pessimismus ausdrückt, ausschlaggebend sein."

Aus dieser Rechtsprechung ergibt sich also, daß bis zur gesetzlichen Definition des Teilwertes in den Steuergesetzen von 1934 der objektive Charakter des Teilwertes hervorgehoben wurde. Die gesetzliche Definition, die ja sehr stark auf den Gesamtkaufpreis abstellt, hat offensichtlich diesen Gedanken zunächst in den Hintergrund gedrängt. Auch die Vermutung, daß bei allen Gegenständen im Zeitpunkt des Erwerbs die Anschaffungs- oder Herstellungskosten dem Teilwert entsprechen, enthält stark subjektive Elemente. Schließlich dürfte auch die

1) -I 5/47- StW 1947, 14.

2) -IV (VI) D 1/48- Bd. 54, 233.

3) -I 38/51 U- Bd. 55, 471 (476).

4) -IV 142/53 U- Bd. 58, 264 (266).

Theorie REINHARDTs, die ja nicht ganz ohne Einfluß auf die Rechtsprechung geblieben war, dazu beigetragen haben, objektive Bewertungsgesichtspunkte, also solche, die sich aus dem Markt ergeben, bzw. Gesichtspunkte, die einen Erwerber (d.h. jeden Erwerber) beeinflussen würden, auszuschalten. Die neuere Rechtsprechung, die sich im Urteil vom 17.12.1938 schon anbahnte, aber erst nach dem Kriege wirklich deutlich wurde, scheint bestrebt zu sein, den Schwierigkeiten bei der Teilwertermittlung und der lebhaften Kritik in der Literatur dadurch zu begegnen, daß man, zunächst rein definitiv, den objektiven Charakter des Teilwertes wieder stärker unterstreicht. Damit geht einher eine Abkehr der Entwicklung des Teilwertes aus dem Gesamtkaufpreis der Unternehmung.

Wir haben zu wiederholten Malen erwähnt, daß diese theoretische Ableitung praktisch gar nicht durchführbar ist. Der umgekehrte Weg scheint der einzig begehbbare: die einzelnen Gegenstände so zu bewerten, daß die Summe ihrer Werte den Gesamtwert der Unternehmung ergibt, den ein Erwerber der Unternehmung aufzuwenden hätte, wenn er eine gleichartige und gleich leistungsfähige neue Unternehmung erstellen würde.

III. Teilwert und Betriebswirtschaftslehre.

1. Allgemeine betriebswirtschaftliche Erwägungen zum Teilwertproblem.

a) Grundsätzliches.

Die betriebswirtschaftliche Literatur, die sich mit dem Problem des Teilwertes beschäftigt hat, betrachtet das Problem fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Steuerbilanz, also unter ertragsbilanzmäßigen

Aspekten. ¹⁾ Insoweit ist diese Kritik für uns nicht verwertbar. Nach 1945 ist sie zum Teil besonders heftig geübt worden, was wohl - hier wird man ZITZLAFF zustimmen können - auf Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen sein dürfte, "die in der Hauptsache nur aus der Verzerrung des Teilwertbegriffes durch die REINHARDT-Doktrin herrührte." ²⁾ Zudem sind die Argumente zum Teil nicht neu, sondern erscheinen schon in den Teilwertdiskussionen der zwanziger und dreißiger Jahre.

Soweit in der Literatur Grundsätze der Teilwertlehre besprochen werden, und dies nicht nur unter ausschließlich ertragsbilanzmäßigen Gesichtspunkten geschieht, wird im folgenden darauf Bezug genommen werden.

b) Gedanken zur Betriebsgebundenheit.

Wir haben schon mehrmals betont, daß der Grundgedanken des Teilwertes darin zum Ausdruck kommt, daß er einen Wert darstellt, der dem Wirtschaftsgut in seiner Beziehung zum Betrieb, als Teil des Betriebes, für den Betrieb zukommt. Alle Schwierigkeiten, die mit dem Teilwert zusammenhängen, entspringen dieser Eigenart, aber um diese Eigenart ist es dem Steuerrecht ja gerade zu tun. BÜHLER hat zweifellos recht, wenn er meint, daß die Schwierigkeiten, die sich aus der Berücksichtigung der Betriebsgebundenheit ergeben, in der Sache selbst liegen und deshalb, akzeptiert man die steuerliche Notwendigkeit dieser Berücksichtigung, unvermeidbar sind. ³⁾

1) Vgl. insbesondere: AUFERMANN, in: Finanz und Steuer 1947, S. 86; Die Aktuelle 1948, S. 409; BOETTCHER, in: StW. 1949, Sp. 951 (967 ff.); HOFFMANN, in: StW. 1947, Sp. 517; JÜNGLING, in: StW. 1947, Sp. 657; KOSIOL, Bilanzreform und Einheitsbilanz, a.a.O., S. 143 ff.; in: StW. 1949, Sp. 123 (152 ff.); ZfB. 1952, S. 265; LITTMANN, in: StW. 1948, Sp. 617 (639); Neue Betriebswirtschaft 1951, S. 26; VEIEL, in: StW. 1944, Sp. 397; ZITZLAFF, in: Finanz-Rundschau 1947, S. 85; StW. 1949, Sp. 33; StW. 1949, Sp. 871.

2) ZITZLAFF. Nochmals zur Teilwertfrage, in: StW. 1949, Sp. 875.

3) BÜHLER, Q, Bilanz und Steuer, 5. Aufl., Berlin u. Ffm. 1952, S. 264.

Rechtsprechung und Gesetzgebung haben versucht, die Betriebsgebundenheit dadurch zu berücksichtigen, daß man vom Gesamtwert bzw. dem Gesamtaufpreis einer Unternehmung ausgeht und daraus den "anteiligen" Wert der einzelnen Wirtschaftsgüter ableitet. Wir haben zu zeigen versucht, daß dieser Weg praktisch nicht verwirklicht wird und auch nicht zu verwirklichen ist.¹⁾ Uns scheint, daß der theoretische Ausgangspunkt - der Gesamtaufpreis - in Bezug auf die Betriebsgebundenheit nicht richtig gewählt ist. Nicht die Beziehung zu irgendeinem Gesamtwert ist für den Teilwert ausschlaggebend, sondern die Beziehung des Gegenstandes zum (Gesamt)-Betrieb. Diese Beziehung ist zunächst eine technische und organisatorische. Aber aus dieser rein technischen Beziehung ergibt sich die Nützlichkeit, Brauchbarkeit oder Rentabilität des Gegenstandes für den Betrieb. Sie läßt sich allerdings genau so wenig exakt messen, wie der aus einem Gesamtwert abgeleitete Teilwert. Auch hier sind Vermutungen, Fiktionen, Hilfsrechnungen notwendig. Hier entsprechen sie aber den tatsächlichen Erwägungen eines Erwerbers einer Unternehmung und sind insofern viel realer als die Unterstellung, ein Erwerber verteile den Gesamtaufpreis auf die einzelnen Wirtschaftsgüter. In der Literatur finden sich solche Überlegungen bei HOFFMANN²⁾, JÜNGLING³⁾ und MELLEROWICZ⁴⁾. HOFFMANN meint, daß auch die Rechtsprechung im Grunde genommen von diesen Gedanken ausgegangen sei.⁵⁾

c) Über die Berücksichtigung der Rentabilität.

Geht man von der eben dargelegten Vorstellung aus, daß der Teilwert danach zu bemessen ist, welchen Wert der Gegenstand

1) vgl. S. 118 ff.

2) F. HOFFMANN, Zum Teilwertbegriff, in: StW. 1947, Sp. 517 (523)

3) JÜNGLING, Der Teilwert im Rahmen der steuerlichen Wertbegriffe, in: StW. 1947 Sp. 657 (671).

4) MELLEROWICZ, Wert der Unternehmung als Ganzes, a.a.O., S. 209.

5) Vgl. die RPH-Urteile v. 3.10.1928 -VI A 1224/28- StW 1929.72; v. 11.1.1929 -VI A 1515/28- RStBl 1929,221; v. 28.6.1939 -VI 402/39- StW 1939,354.

für den Betrieb hat, dann entfällt damit die Berücksichtigung der Rentabilität der Unternehmung, da diese auf den Wert des Gegenstandes für den Betrieb keinen Einfluß haben kann. Also ist auch eine unternormale Rentabilität kein wertmindernder Faktor? Es gilt auch hier der Satz, daß ein Gesamtwert nicht auf die einzelnen Teile umgelegt werden kann. Anders als in einem Gesamtwert kann sich aber die Unrentabilität einer Unternehmung wertmäßig nicht ausdrücken. Der Gesamtwert würde in diesem Falle hinter der Summe der Wiederbeschaffungswerte der einzelnen Gegenstände zurückbleiben. Wollte man dies bei der Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter berücksichtigen, müßte also auch hier eine Verteilung des Gesamtwertes vorgenommen werden.¹⁾

Scheidet man den Fall einer liquidationsreifen Unternehmung aus, - da in einem solchen Fall der einzelne Gegenstand in seiner Betriebsgebundenheit gar nicht zu betrachten ist -, dann kann eine unternormale Rentabilität im wesentlichen - und in einem sehr umfassenden Sinn verstanden - auf zwei Ursachen beruhen:

1. Mangelnde Fähigkeiten des Unternehmers,
2. Mangelhafte Betriebseinrichtungen.

Zu 1.: Die persönlichen Eigenschaften des Unternehmers können niemals einen Faktor bei der Bewertung eines Wirtschaftsgutes darstellen, Die Unterstellung einer Betriebsveräußerung bei der Ermittlung des Teilwertes schließt eine Berücksichtigung von Faktoren, die in der Persönlichkeit des Unternehmers begründet liegen, sowieso aus.

Zu 2.: Unter mangelhaften Betriebseinrichtungen sei hier alles verstanden, was in den Gegenständen des Betriebes begründet liegt und einen negativen Einfluß auf die Rentabilität einer Unternehmung ausüben kann, insbesondere also Überalterung der Maschinen, Über- oder Unterkapazitäten usw. Hier handelt es sich darum, was gewöhnlich mit Nützlichkeit oder Rentierlichkeit der Gegenstände bezeichnet wird und nach Auffassung des RPH neben der Rentabilität der Unternehmung bei der Ermittlung des Teilwertes berücksichtigt werden soll.

1) Vgl. hierzu MELLEROWICZ, Wert der Unternehmung als Ganzes, a.a.O., S. 212.

Wir haben oben dargelegt, daß in der Tat gerade diese Nützlichkeit der Gegenstände im Betrieb maßgebend für die Bemessung des Teilwertes ist.¹⁾ Da hiervon auch die Rentabilität der Unternehmung abhängen kann und oft auch abhängt, würde bei einer Berücksichtigung der Rentabilität der Unternehmung die Nützlichkeit des Gegenstandes doppelt berücksichtigt werden. Dies ist offensichtlich nicht richtig.

Noch ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Ein Betrieb kann wegen mangelnder Absatzmöglichkeit auf längere Sicht seine Betriebseinrichtungen nicht voll ausnutzen. Die Rentabilität des Unternehmens wird sinken. Bei der Ermittlung des Teilwertes wird man jedoch nicht von der gesunkenen Rentabilität des Unternehmens ausgehen dürfen, sondern man wird die Gegenstände des Betriebes, die nicht mehr oder nur zum Teil beschäftigt, dh. genutzt sind, eben nur mit einem entsprechenden Teil ihres normalen Wertes ansetzen, wobei der normale Wert bei voller Ausnutzung des Gegenstandes seinen Wiederbeschaffungskosten abzüglich einer eventuellen Absetzung für Abnutzung entspricht. Eine entsprechende Vorschrift findet sich auch in § 55 Abs. 2 BewDV.

Es ist aufschlußreich, daß derjenige Autor, der sich am eingehendsten mit dem Teilwert vom Standpunkt des **Bewertungsrechtes** aus beschäftigt hat, nämlich HELPENSTEIN, vorschlägt, die Frage der Rentierlichkeit der Unternehmung beiseite zu lassen und nur die Rentierlichkeit des Gegenstandes für den Betrieb zu berücksichtigen.²⁾ Er sagt: "Der Teilwert ist gleich dem innerbetrieblichen Nutzungswert."³⁾

Mit der Frage der Berücksichtigung der Rentierlichkeit haben sich auch KOSIOL⁴⁾ und AUFERMANN⁵⁾ eingehend befaßt. Beide kommen zu dem Ergebnis, daß das einzelne Wirtschaftsgut keinen Ertragswert besitzt.⁶⁾

1) Vgl. S. 135.

2) F. HELPENSTEIN, Die Bewertung des Betriebsvermögens nach dem neuen Reichsbewertungsgesetz, Berlin 1936, S. 26. ff.

3) ebenda, S. 38, vgl. auch S. 28 und Boettcher, in StW. 1949 Sp. 972.

4) Siehe die Literaturangaben auf S. 134 Anm. 1).

5) AUFERMANN, Problematik u. Kritik des Teilwertes: Finanz und Steuer 1947, S. 86; KOSIOL, Bilanzreform u. Einheitsbil., a.a.O., S. 145.

Obwohl nach Ansicht von KOSIOL der Teilwert entsprechend seiner gesetzlichen Definition ein ertragsabhängiger Wert sei ¹⁾, werde die Rentierlichkeit bei der Ermittlung des Teilwertes gar nicht berücksichtigt, da sich die Rentierlichkeit einer Unternehmung eben nur in ihrem Gesamtertragswert zeigt, dieser aber auf die einzelnen Güter nicht aufteilbar ist. Sowohl KOSIOL wie AUFERMANN stellen in erster Linie auf die Praxis der Teilwertermittlung ab. Bei AUFERMANN hat dies zur Folge, daß er sogar die Berücksichtigung der Rentierlichkeit des Gegenstandes für den Betrieb ablehnt, da er die Berechnung von "Verbundenheitswerten" für so schwierig hält, daß sich jedes Ergebnis als eine "Mischung von Dichtung und Wahrheit" darstelle.²⁾

d) Zur Frage des "objektiven Wertes".

Im vorigen Kapitel wurden Auszüge aus Urteilen der obersten Finanzgerichte gegeben ³⁾, in denen der "objektive" Charakter des Teilwertes hervorgehoben oder bedonders betont wird. Was wird danach vom RFH und BFH als "objektiv" und "subjektiv" angesehen? Subjektive Elemente bei der Wertbestimmung sind Überlegungen des gegenwärtigen Unternehmers; ein tatsächlicher, erzielter Kaufpreis einer Unternehmung kann subjektive Elemente enthalten, ebenso die Wertschätzung eines bestimmten Erwerbers. Eine objektive Wertermittlung orientiert sich dagegen am Inlandsmarkt, an den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, an den Überlegungen eines, d.h. jedes Erwerbers, aber auch an den "objektiven Verhältnissen des Betriebs" (Urteil v. 7.12.1938).

Da die Verhältnisse des Betriebs den Teilwert beeinflussen (das ist ja eines seiner Charakteristika), wurde er gelegentlich als subjektiver, und zwar als "betriebssubjektiver" Wert bezeichnet ⁴⁾. Wenn die Rechtsprechung vom Teilwert als einem objektiven Wert spricht, dann meint sie dies zweifellos in

-
- 1) KOSIOL, Einheitsbilanz oder Bilanzangleichg. StW. 1949, Sp. 123 f.
 - 2) E. AUFERMANN, Die Teilwertrechnung als Leistungsrechnung, in: Leistungswirtschaft, Berlin-Wien, 1942, S. 66 (73).
 - 3) Vgl. S. 131 f.
 - 4) Vgl. ZUBROD, a.a.O., S. 62

Bezug auf den Unternehmer. Damit ergibt sich eine Annäherung an die Vorschrift des § 10 Abs. 2 Satz 3 BewG, die für die Ermittlung des gemeinen Wertes bestimmt: "Ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse sind nicht zu berücksichtigen." Der "objektive" Charakter des Teilwertes ergibt sich auch aus der oben dargelegten Unabhängigkeit vom Ertrag der Unternehmung.

Zwei Strömungen gehen in der neueren Rechtsprechung Hand in Hand: den Teilwert in stärkerem Maße als ertragsabhängigen Wert zu bestimmen und damit seinen objektiven, marktabhängigen Charakter hervorzuheben. Trotzdem ist der Teilwert letzten Endes kein Marktwert, sondern seine Bemessung richtet sich nach der Marktlage, muß aber andererseits die Verhältnisse des Betriebes berücksichtigen.¹⁾

2. Teilwertähnliche Wertkategorien in der handelsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Literatur.

Wir haben einleitend zu dem Problem des Teilwertes darzustellen versucht, wie dieser Wertbegriff durch die Rechtsprechung der Handelsgerichte aus dem gemeinen Wert heraus schon gebildet wurde, bevor der Gedanke von den Steuergerichten und schließlich vom Steuergesetzgeber übernommen wurde.²⁾ Auch in der Literatur ist das Problem eine "betriebsbezogenen Wertes" immer wieder angeschnitten worden.

Von den Autoren, die sich mit unserer Frage befaßt haben, ist zuerst SCHEFFLER zu erwähnen. Er deklariert den für die Bilanz maßgeblichen Wert eines Gegenstandes als seinen "Gebrauchswert in der Hand des Gebrauchers unter den gegebenen Umständen oder als den Gebrauchswert, welchen der Gegenstand für den Betrieb hat."³⁾ Etwas eingehender befaßt sich SIMON mit der

1) Vgl. hierzu: MIRRE, a.a.O.: DStZ. 1927, Sp. 296; HELPENSTEIN, a.a.O., S. 24 ff.; ZITZLAFF, a.a.O. in: StW. 1949, Sp. 36 ff.; F. HOFFMANN, Bilanzierungsfragen in der Rechtsprechung des OFH, in: Die Wirtschaftsprüfung 1949, S. 72 ff.; RAASCH, a.a.O. in: ZfB. 1950, S. 369.

2) S. 112 ff.

3) H. SCHEFFLER, Über Bilanzen, in: Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft, 16. jg. 1879 Bd. II, S. 1 (22).

Frage und kommt zu dem Ergebnis, daß, da die Bilanz das Vermögen einer bestimmten Persönlichkeit darstellen soll, der "individuelle Wert" oder der "besondere Gebrauchs- oder Verkehrswert" und nicht der Veräußerungswert für die Bewertung der Betriebsgegenstände maßgeblich sein soll.¹⁾ Bei der Bestimmung dieses individuellen Wertes geht er allerdings, ähnlich wie SCHEFFLER, doch vom Anschaffungswert aus und will dann entsprechend der Rentabilität des Betriebsgegenstandes Abschläge vornehmen, nämlich dann, wenn der "Buchwert in auffälligem und dauernden Mißverhältnis zum Rentabilitätswert steht."²⁾

Der Gedanke des individuellen Gebrauchswertes wird von REHM aufgegriffen³⁾, und in einer die spätere Teilwerttheorie nahezu vorwegnehmenden Weise ausgebaut. Da seine Ausführungen von erstaunlicher Aktualität sind, seien sie hier wörtlich wiedergegeben:

"Der Tausch-bzw. Gebrauchswert, welcher beizulegen ist, ist weder der individuelle, d.h. derjenige, welcher dem Gegenstand gerade für den gegenwärtigen Geschäftsinhaber zukommt, noch der allgemeine, d.i. derjenige, welcher dem Gegenstande ohne Rücksicht auf das Geschäft, welchem er zugehört, und ohne Rücksicht auf den Gebrauch, dem er dient, zukommt, sondern der Geschäftswert, d.h. der Wert, welchen der Gegenstand dadurch besitzt, daß er diesem Geschäft dient, der Veräußerungs- bzw. Gebrauchswert, welchen er für dieses Geschäft hat. Nicht beigelegt werden darf also der Veräußerungs- oder Gebrauchswert, welchen der Gegenstand gerade für diesen Geschäftsinhaber hat, aber auch nicht der Veräußerungs- oder Gebrauchswert, welchen der Gegenstand bei Auflösung des Geschäfts als isoliertes Vermögenstück besäße, sondern zuzumessen ist der Veräußerungs- oder Gebrauchswert, welchen der Gegenstand auch dann hätte, wenn das Geschäft von einem anderen als dem gegenwärtigen Geschäftsinhaber fortbetrieben würde. Maßgebend ist der Wert, welchen die Vermögensgegenstände als

1) H.V. SINON, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, 3. Aufl., Berlin 1899, S. 303 ff. und S. 472.

2) ebenda S. 366.

3) H. REHM, Die Bilanzen der Aktiengesellschaften, 1. Aufl., München 1903; 2. Aufl., München, Berlin u. Leipzig 1914.

Bestandteile des fort bestehenden Geschäfts, also bei Veräußerung des Geschäfts unter Fortbestand desselben als solchen haben, der Nutzwert, den die Betriebseinrichtungen auch für einen Dritten bei Fortbetrieb des Geschäfts durch ihn, also bei der gleichen Benutzung hätten." ¹⁾

Schließlich sei in diesem Zusammenhang noch STAUB erwähnt, der in seinem Kommentar zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch entsprechend der Rechtsprechung des ROHG ebenfalls den sogenannten "Geschäftswert" als betriebsindividuellen Gebrauchswert für die Bewertung in der Bilanz für richtig hält. ²⁾

Die Ansichten dieser Autoren sind zum Teil auf heftigen Widerspruch gestoßen, insbesondere deshalb, weil der von ihnen geforderte Wert praktisch nicht zu ermitteln sei und von den Autoren selbst auch gar nicht ermittelt würde. So FISCHER ³⁾, KOVERO ⁴⁾ und PASSOW ⁵⁾, der SIMONS Versuch, den individuellen Gebrauchswert vom Anschaffungspreis abzuleiten als "Salto mortale vom Gebrauchswert zum Erwerbswert" bezeichnet. ⁶⁾

Später hat sich NICKLISCH mit unserer Frage beschäftigt. ⁷⁾ Unter "Betriebswerten" faßt er alle jene Wertarten zusammen, deren "Bereich in jedem Falle das Innere einzelner bestimmter Betriebe ist" (so u.a. auch der Teilwert) ⁸⁾. Diese Werte

1) REHM, a.a.O., 1. Aufl., S. 59; ähnlich in der 2. Aufl., S. 359 ff.

2) H. STAUB, Kommentar zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch, Berlin 1893, § 1 zu Art. 31.

3) R. FISCHER, Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, Teil 1, Leipzig 1905, S. 48 ff.

4) J. KOVERO, Die Bewertung der Vermögensgegenstände in den Jahresbilanzen der privaten Unternehmungen, Berlin 1912, S. 110 f.

5) R. PASSOW, Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, Bd. I, Leipzig-Berlin 1918, S. 96 ff.

6) ebenda S. 106.

7) H. NICKLISCH, Die Betriebswirtschaft, 7. Aufl., Stuttgart 1932, S. 415 ff.

8) NICKLISCH, a.a.O., S. 416.

werden nach dem "Eignungsprinzip" ermittelt, und zwar äußert sich nach NICKLISCH die Eignung darin, in welchem Maße die zu bewertenden Gegenstände dazu beitragen können, "daß der Aufwandswert der Betriebsleistung im Markte voll Deckung findet."¹⁾

Offenbar von den Gedanken NICKLISCHs angeregt, hat in neuerer Zeit BERGER versucht, die Idee der "Betriebsbeziehungswerte" betriebswirtschaftlich zu fundieren.²⁾ BERGER fordert, bei der Bewertung der Wirtschaftsgüter in vollem Umfang ihren Funktionscharakter zu berücksichtigen und bezeichnet den so gefundenen Wert als "funktionellen Wert" gegenüber dem "isolierten Wert", der das Zusammenwirken und Ineinandergreifen und die Funktion der einzelnen Wirtschaftsgüter im Rahmen des Betriebes unberücksichtigt läßt.³⁾ Der funktionelle Wert ist der "subjektive Gebrauchswert des betreffenden Gutes für den bestimmten Betrieb"⁴⁾. Was er damit meint, verdeutlicht folgendes Beispiel: Die mangelnde Ausnutzung der Kapazität einer technisch und wirtschaftlich einwandfrei arbeitenden Maschine kann dazu führen, daß ihr funktioneller Wert von ihrem isolierten Wert (= Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungswert) abweicht: "Kann wegen der vorgeschalteten oder nachgeschalteten maschinellen Anlagen die Kapazität nur zu einem Bruchteil ausgenutzt werden, so ist der funktionelle Wert der in Frage stehenden Maschine entsprechend niedriger. Eine zum Anschaffungspreis von x Mark angeschaffte maschinelle Anlage, die nur mit y Prozent ihrer gesamten Kapazität im Rahmen des gesamten Anlagevermögens ausnutzbar ist, hat nicht einen funktionellen Wert von x Mark, sondern nur einen solchen, der etwa bei y Prozent von x Mark liegt."⁵⁾

1) NICKLISCH, a.a.O., S. 422.

2) K. BERGER, Der funktionelle Wert der abschreibungsbedürftigen Anlagegüter, in: ZfB. 1952, S. 277 (283).

3) BERGER, a.a.O., S. 278 und: Die Kreditüberwachungsprüfung unter Berücksichtigung des funktionellen Wertes, in: Die Unternehmung im Markt, Stuttgart und Köln 1953, S. 232 (234).

4) BERGER, a.a.O., in: ZfB. 1952, S. 278.

5) BERGER, Kreditüberwachungsprüfung, a.a.O., S. 238.

BERGER hat seine Untersuchungen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt von Kreditprüfungen vorgenommen, also unter der Annahme, daß die Bilanzen für diese Prüfungen möglichst zweckgerecht gestaltet werden. Seine Aufsätze weisen jedoch darauf hin, daß er auch ganz allgemein der Ansicht ist, daß dort, wo der Zeitpunkt, also der Gegenwartswert von Unternehmungen oder ihren Teilen ermittelt werden soll, der funktionelle Wert der richtige Wert ist, und zwar gilt das nicht nur für das Anlage-, sondern auch für das Umlaufvermögen.¹⁾

Zusammenfassend zu allen hier besprochenen Literaturstellen über "betriebsgebundene" Wertkategorien läßt sich sagen, daß eine Beziehung zu dem durch die Rechtsprechung des RFH entwickelten Teilwertbegriff besteht, wobei die ältere Literatur den RFH beeinflußt haben dürfte, die neuere Literatur aber wahrscheinlich ihrerseits vom Steuerrecht gewisse Anregungen empfangen hat. Es ist also keineswegs so, daß Begriff und Institution des Teilwertes eine betriebswirtschaftlichem Denken inadäquate Wertkategorie des Steuerrechts darstellen.

3. Die Bewertung der Wirtschaftsgüter zur Ermittlung des Substanzwertes in der Betriebswirtschaftslehre und die sich daraus ergebenden Beziehungen zum Teilwert.

Wir haben in einem früheren Kapitel die Beziehungen aufgezeigt, die sich u.E. zwischen steuerlichen Betriebsvermögens-Ermittlung und betriebswirtschaftlicher Substanzwertermittlung ergeben und haben diese Beziehungen hinsichtlich der Fragen des Bestandes eingehend erörtert.²⁾

Über die Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter bei der Ermittlung des Substanzwertes wird von den Autoren nicht viel

1) BERGER, S. 239; vgl. auch a.a.O. in: ZfB. 1952, S. 277 ff.

2) Vgl. S. 62 ff.

gesagt. Allgemein gilt der "Reproduktionskostenwert als die dabei maßgebliche Wertart. Nach KOLBE ist dies der Wert der "Kosten, die notwendig wären, um die Wirtschaftsgüter nach ihrem augenblicklichen Zustand und Nutzen für die Unternehmung zu erstellen oder zu erwerben." ¹⁾ LEHMANN geht von der gesamten Unternehmung aus und definiert den Substanzwert als die Summe der Aufwendungen, die zur Wiedererrichtung einer Unternehmung gemacht werden müßten. ²⁾ Am eingehendsten hat sich mit der Bewertung MELLEROWICZ befaßt, dem wir bei unseren weiteren Überlegungen folgen wollen. ³⁾

MELLEROWICZ will bei der Ermittlung des Substanzwertes den nominellen Kapitalbetrag feststellen, der in den einzelnen Vermögensgegenständen gebunden ist, und nicht den Kapitalbetrag, mit dem ein gleicher Betrieb gegründet werden könnte. ⁴⁾ Als Bewertungsprinzip kommt dafür nur das Aufwandsprinzip, nicht das Ertragsprinzip in Frage, da es sich um die Berechnung der Summe der noch vorhandenen ertragswirksamen Ausgaben des Betriebs, nicht aber um die eigentliche Vermögensfeststellung (Hier: Wert des Betriebsvermögens als Ganzes) handelt. Hierfür stehen zwei Wertprinzipien zur Verfügung: Die Kostenwerte, entsprechend dem in der Vergangenheit tatsächlich gezahlten Aufwand, oder die Reproduktionskostenwerte als Marktzeitwert dieses Aufwandes. ⁵⁾ MELLEROWICZ hält nur die Reproduktionskostenwerte für richtig, da die Kostenwerte die wirtschaftliche Entwicklung und die Marktänderungen nicht berücksichtigen.

Für die Ermittlung des Reproduktionskostenwertes werden folgende Grundsätze aufgestellt: Ausgangspunkt sind die Wiederbeschaffungskosten eines gleich leistungsfähigen Gegenstandes unter Berücksichtigung der Marktpreise vergleichbarer Objekte. Über diesen so gefundenen Reproduktionsneuwert wird mittels Abschreibungen der Reproduktionsaltwert errechnet,

1) K. KOLBE, Gesamtwert und Geschäftswert der Unternehmung, a.a.O., S. 25.

2) M.R. LEHMANN, a.a.O. in: ZfB. 1954, S. 69

3) MELLEROWICZ, Wert d. Unternehmung als Ganzes, a.a.O. S. 35. ff

4) ebenda S. 26.

5) ebenda S. 35 f.

wobei es nicht auf die technische, sondern allein auf die wirtschaftliche Leistungsminderung ankommt. Drei Gesichtspunkte spielen bei der Bewertung eine Rolle:

1. Der Zweck der Feststellung des Substanzwertes,
2. Die Marktlage,
3. Die Geeignetheit, die Leistungsfähigkeit und der Zustand der Anlage. ¹⁾

Dies gilt nur für betriebsnotwendige Wirtschaftsgüter. Nicht betriebsnotwendige Teile sind mit ihrem Liquidationswert anzusetzen. ²⁾

Reproduktionskostenwert und Teilwert haben also eine Reihe gemeinsamer Merkmale, wenn es auch schwierig ist zu entscheiden, ob sie - vielleicht praktisch - völlig übereinstimmen. Wir glauben es nicht. HAX ist der Meinung gewesen, wenn man den Teilwert auf die einfache Formel bringt: Wiederbeschaffungspreis des Wirtschaftsgutes in seinem am Bewertungsstichtag bestehenden Zustand, dann sei er dem Reproduktionswert gleich. ³⁾ Er weist jedoch darauf hin, daß dies nur zutrifft, wenn das Unternehmen voll genutzt wird. Mit dieser Einschränkung werden allerdings die Probleme gerade ausgeklammert.

Unseres Erachtens läßt sich der Substanzwert einer Unternehmung nur unabhängig von der Beschäftigungslage, also ihrer Kapazitätsausnutzung, ermitteln, zumindest dann, wenn man mit MELLEROWICZ der Meinung ist, daß die Kapitalbindung im Betrieb durch die Reproduktionskostenwerte ermittelt werden soll. Folglich kann auch die Ausnutzung des Betriebes keinen Einfluß auf den Reproduktionskostenwert der einzelnen Gegenstände haben.

Wir haben versucht zu zeigen, daß bei der Ermittlung des Teilwertes andere Erwägungen Platz greifen. So bestimmt § 55 Abs. 2 BewDV, daß bei ungenutzten oder nur eingeschränkt genutzten Wirtschaftsgütern der Teilwert niedriger als die Wie-

1) MELLEROWICZ, Wert d. Unternehmung als Ganzes, a.a.O. S. 40f.

2) ebenda S. 43 f.

3) K. HAX, Die Gesamtbewertung von Unternehmungen, a.a.O., S. 41.

derbeschaffungskosten, eventuell sogar gleich dem Einzelveräußerungspreis ist, was wir ja auch oben unter dem Stich-Berücksichtigung der Nützlichkeit eines Wirtschaftsgutes für den Betrieb unter theoretischen Aspekten behandelt haben.¹⁾ Wie würden solche Güter bei der Substanzwertermittlung behandelt werden? Völlig - also nicht nur vorübergehend - ungenutzte Gegenstände sind nicht betriebsnotwendig und werden deshalb mit dem Liquidationswert (= Einzelveräußerungspreis des § 55 Abs. 2 BewDV) angesetzt. Schwieriger ist der Fall der eingeschränkt genutzten Wirtschaftsgüter. Steuerlich ergibt sich daraus eine der Einschränkung entsprechende Minderung der Wiederbeschaffungskosten (allerdings nur bis zur Grenze des Einzelveräußerungspreises). Betriebswirtschaftlich ist die Frage durchaus ungeklärt. Soll man hier vielleicht von einer "teilweisen Betriebsnotwendigkeit" sprechen? Wie gesagt, müssen u.E. solche Gesichtspunkte bei der Ermittlung des Substanzwertes mit Reproduktionskostenwerten unberücksichtigt bleiben. Nach VAN DER VELDE entspricht der Reproduktionsaltwert deshalb auch nicht dem Teilwert.²⁾ Der Reproduktionsaltwert ist ein Einzelwert. Der Nutzen, den ein Wirtschaftsgut vom Standpunkt eines Erwerbers einer Unternehmung gerade für diese Unternehmung hat, kommt im Reproduktionsaltwert nicht zum Ausdruck.³⁾ Wir müssen hier VAN DER VELDE zustimmen, allerdings immer unter der Voraussetzung, daß mit der Ermittlung des Substanzwertes die Kapitalbindung im Betrieb festgestellt werden soll, was unseres Erachtens richtig ist.

IV. E r g e b n i s

Zum Abschluß soll die Frage beantwortet werden, ob die steuerrechtliche Institution des Teilwertes vom Standpunkt der

-
- 1) Es ist hierbei zu beachten, daß der Gesetzgeber nicht von der Nutzung des ganzen Betriebes spricht, sondern ausdrücklich von der Nutzung der Wirtschaftsgüter im Betrieb.
 - 2) VAN DER VELDE, Einheitsbewertung des Betriebsvermögens und Betriebswirtschaftslehre, a.a.O., S. 277.
 - 3) Offenbar anderer Meinung ist KOLBE, a.a.O.; siehe Definition S. 144 dieser Arbeit.

Betriebswirtschaftslehre aus anzuerkennen ist oder aber durch eine andere Wertart ersetzt werden soll bzw. kann.

Zunächst ist festzuhalten: Der Einheitswert des gewerblichen Betriebsvermögens soll Ausdruck und Maßstab der im Betriebsvermögen liegenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sein. Als Ausdruck dieser Leistungsfähigkeit sieht das Steuerrecht normalerweise den sogenannten gemeinen Wert an, also den normalen Marktwert eines Wirtschaftsgutes. Wirtschaftsgüter, die zu einem Unternehmen gehören, haben keinen Marktwert, der ein Maßstab ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sein könnte. Ihre Leistungsfähigkeit wird bestimmt bzw. beeinflusst durch die Tatsache ihrer Verbundenheit mit anderen Wirtschaftsgütern zu einem Betrieb. Ihr wirtschaftlicher Wert leitet sich deshalb ab aus dem Wert des gesamten Betriebes, der sich ergibt aus der Leistungsfähigkeit des Betriebes. Auch für die Leistungsaffähigkeit eines Betriebes könnte sein Marktwert - also eine Art "gemeiner Wert" des Betriebes - Maßstab sein. Für Betriebe gibt es jedoch praktisch keine Marktwerte, da Kaufpreise von ganzen Unternehmungen auf sehr subjektiven Wertschätzungen der Kaufpartner beruhen und eine Vergleichbarkeit von Unternehmungen kaum möglich ist. Objektive Maßstäbe, in denen die Leistungsfähigkeit eines Betriebes zum Ausdruck kommen kann, können sich aus dem Ertrags- und aus dem Substanzwert einer Unternehmung ergeben. Der Ertragswert, ermittelt durch eine Gesamtbewertung, kommt aus den Gründen, die wir oben besprochen haben, nicht in Frage.¹⁾ Die Ermittlung des Einheitswertes des Betriebsvermögens kann deshalb nur eine steuerliche Substanzwertermittlung sein, unter Berücksichtigung von Marktgesichtspunkten, d.h. hier: den Wertschätzung eines - also jedes - potentiellen Erwerbers.

Der Einheitswert eines gewerblichen Betriebs wird ermittelt durch Summierung der Werte aller Wirtschaftsgüter, die zur wirtschaftlichen Einheit des Betriebes gehören. In diesen Einzelwerten soll jedoch die Beziehung zur wirtschaftlichen Einheit berücksichtigt werden, da sich die wirtschaftliche

1) Vgl. S. 25 ff.

Leistungsfähigkeit der einzelnen Werte aus ihrer Beziehung, ihrer Gebundenheit zu dieser Einheit ergibt. Sie sind also keine "isolierten Werte", sondern Verbundenheits- oder "Betriebswerte". Der Wert dieser einzelnen Güter wird somit von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt: von den Marktverhältnissen, von ihrer Eignung und ihrer Nützlichkeit für den Betrieb, von ihrer Ausnutzung durch den Betrieb und von ihrer Betriebsnotwendigkeit.

In der Betriebswirtschaftslehre ist versucht worden, solche Verbundenheitswerte zu bestimmen als Gebrauchswert, Geschäftswert (im alten Sinne!), Eignungswert oder funktioneller Wert. Diese Versuche konnten sich nicht durchsetzen, weil sie gegen ein Gebot verstoßen, daß für eine praktische betriebswirtschaftliche Wertermittlung die erste Voraussetzung zu sein scheint: Die exakte, in Normen faßbare Berechnungsmöglichkeit. Ganz abgesehen davon, daß solche exakte Berechnung oder Wertermittlung im kaufmännischen Leben keinesfalls immer möglich ist und auch gar nicht vorgenommen wird, vielmehr Schätzungen überall eine große Rolle spielen, ist grundsätzlich gegen Verbundenheitswerte betriebswirtschaftlich nichts einzuwenden. Daß solche Verbundenheitswerte bei der Teilwertfeststellung praktisch gar nicht ermittelt werden, wie gelegentlich behauptet wurde ¹⁾, sondern einfach Beschaffungszeitwerte, ist falsch. Der Teilwert fällt unter gewissen Voraussetzungen - die allerdings in den meisten Fällen vorliegen - mit diesem Zeitwert zusammen, mehr nicht.

Es ergibt sich, daß ein Ersatz des Teilwertes durch den gemeinen Wert ²⁾, den Wiederbeschaffungs- oder auch Reproduktionswert ³⁾, den kalkulatorischen Restnutzungswert ⁴⁾ oder gar durch die Anschaffungs- oder Herstellungskosten ⁵⁾ für das

1) Vgl. AUFERMANN, Teilwertrechnung als Leistungsrechnung, a.a.O., S. 73.

2) DZIEGALOWSKI-THÜMEN, a.a.O., 5. Aufl., S. 71.

3) Vgl. AUFERMANN, a.a.O. in: Finanz und Steuer 1946, S. 87; ELLINGER, Teilwert, in: DStZ. 1948, S. 85 (86); KOSIOL, a.a.O. in: ZfB. 1952, S. 276.

4) LITTMANN, a.a.O. in: StW. 1948, Sp. 638.

5) VEIEL, a.a.O., in: StW. 1944, Sp. 451.

Bewertungsrecht nicht möglich erscheint.¹⁾ Es sei denn, daß man von vorneherein darauf verzichtet, einen betriebsanteiligen Wert zu ermitteln. Das hätte zweifellos einige praktische Vorteile. Es ist aber zu bezweifeln, ob damit tatsächlich einer richtigen Wertermittlung für die Zwecke der Vermögensbesteuerung gedient wäre. Man sollte auch nicht vergessen, daß die oft gerügte Unbestimmtheit und Unexaktheit des Teilwertbegriffes gewisse Vorzüge hat, zumal für steuerliche Zwecke. VOGT hat den Teilwert gerade unter diesem Gesichtspunkt verteidigt und seine wertvolle Anpassungsfähigkeit an die wirtschaftliche Entwicklung jedes einzelnen Betriebes hervorgehoben.²⁾

Man kann das Teilwertproblem natürlich auch noch unter anderen Gesichtspunkten betrachten, so unter dem der Angleichung der Vermögensaufstellung an die Steuerbilanz aus rein praktischen Gründen der Steuererklärungs- und Veranlagungsvereinfachung. Mit dieser Frage hatten wir uns hier nicht zu befassen.

B. Die Bewertung nicht notierter Aktien und Anteile.

I. Aktien und Anteile als Wirtschaftsgüter des gewerblichen Betriebsvermögens.

Das Bewertungsgesetz bestimmt in § 66 Abs. 3, daß für die Bewertung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen an Kapitalgesellschaften § 70 gilt. § 70 enthält einen Verweis auf § 13 BewG und damit auf die Allgemeinen Bewertungsvorschriften des Gesetzes, die, sofern in den Besonderen Bewertungsvorschriften nichts anderes bestimmt ist, für alle Vermögensarten gelten. Damit sind Wertpapiere und Anteile, die zu einem gewerblichen Betrieb gehören, entweder mit ihrem Kurswert (§ 13 Abs. 1) - bzw. Steuerkurswert (§ 70) -

1) Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Vorschläge oft nur unter dem Gesichtspunkt der Steuerbilanz gemacht worden sind. Vgl. auch BOETTCHER, a.a.O. in: StW. 1949, Sp. 971 ff.

2) VOGT, Bilanztaktik, a.a.O., S. 137.

oder mit dem gemeinen Wert (§ 13 Abs. 2) anzusetzen. Somit ist die Bewertung der Wertpapiere und Anteile zum Teilwert ausgeschlossen. Die Zugehörigkeit dieser Wirtschaftsgüter zu einem gewerblichen Betrieb hat keinen Einfluß auf ihre Bewertung.

§ 13 unterscheidet zwischen Wertpapieren, die im Inland einen Kurswert haben (Abs. 1) und Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen und Genußscheinen, die im Inland keinen Kurswert haben (Abs. 2). Erstere sind mit dem Kurswert anzusetzen, für letztere ist der gemeine Wert maßgebend. Nach §§ 70 bis 72 können für beide Arten Steuerkurswerte festgesetzt werden. Nur wenn weder ein Steuerkurswert festgesetzt worden ist noch ein amtlicher Kurswert besteht, ist der gemeine Wert für die Bewertung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen maßgebend (§ 57 Abs. 1 Nr. 3 BewDV). Man bezeichnet die beiden Arten allgemein kurz als notierte oder nichtnotierte Aktien und Anteile.

Die Bewertung der notierten Anteile zu den Steuerkurswerten oder den amtlichen Kurswerten ist in ihren Grundsätzen ohne betriebswirtschaftliche Problematik. Wir haben uns deshalb hier in erster Linie mit der Frage der Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteil zu befassen. Im Rahmen dieser Arbeit ist eigentlich nur die Bewertung derjenigen Aktien und Anteile zu behandeln, die zu einem gewerblichen Betrieb gehören, oder, genauer gesagt: es wäre zu untersuchen, wie sich deren steuerliche Bewertung im Rahmen der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auswirkt und zu beurteilen ist. Diese auf den Einheitswert abgestellte Betrachtung kann jedoch nicht vorgenommen werden, ohne daß zuvor die allgemeinen Grundsätze der Anteilsbewertung besprochen worden sind, andernfalls die Grundlagen zur Behandlung der zuerst genannten Frage fehlen würden.

Daraus ergibt sich folgender Gang der Untersuchung: Ausgehend von den allgemeinen betriebswirtschaftlichen Fragen der Bewertung von Anteilen an Unternehmungen, sind die steuerlichen

Bestimmungen und Methoden zur Ermittlung des gemeinen Wertes von nichtnotierten Aktien und Anteilen zu behandeln und ihr betriebswirtschaftlicher Inhalt zu ermitteln. Erst im Anschluß daran soll versucht werden, die Bewertung der Anteile im Rahmen der Ermittlung des Einheitswertes einer Unternehmung zu beurteilen.

II Kann die Bewertung der Unternehmung als Ganzes betriebswirtschaftliche Grundlage der Anteilsbewertung sein?

Die Bewertung einer Unternehmung als Ganzes unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie sie in der Betriebswirtschaftslehre gefordert wird, ist in dieser Arbeit wiederholt zum Vergleich und zur Beurteilung der steuerlichen Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens herangezogen worden. Deshalb liegt es nahe, die Bewertung der nichtnotierten Anteile ebenfalls an diesen betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen und Forderungen zu messen.

Wir haben schon erwähnt, daß wir die Bewertung der nichtnotierten Anteile zunächst ganz unabhängig von der Ermittlung des Einheitswertes desjenigen Betriebes betrachten, dem diese Aktien oder Anteile gehören; also überhaupt unabhängig von der Art des Vermögens, zu dem sie gehören entsprechend der Bestimmung des § 13 Abs. 2 BewG, wonach derjenige Wert festgestellt wird, der den unnotierten Anteilen von einem beliebigen Erwerber beigegeben würde.

Die betriebswirtschaftliche Theorie der Unternehmungsbewertung verfolgt den Zweck, den Unternehmungswert zu bestimmen, z.B. für den Fall des Ausscheidens eines Gesellschafters, also auch zur Bewertung von Unternehmungen a n t e i l e n. Sie versucht Regeln zu finden und der Praxis Maßstäbe zu liefern, wie solche Unternehmungsbewertungen vernünftigerweise, d.h. unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, erfolgen soll. Sie ist gerade auf diesem Gebiet weniger interessiert daran festzustellen, wie es die Praxis tatsächlich macht, im

Gegenteil, es wird immer wieder erklärt, daß die Praxis Fehler mache und diese Fehler beseitigt werden müßten . Allerdings beruft sich dabei die Theorie natürlich letzten Endes auf "kaufmännische" Grundsätze und Prinzipien.

Die Anteilsbewertung des Bewertungsgesetzes verfolgt, genau gesehen, einen anderen Zweck. Es soll der gemeine Wert ermittelt werden. Der gemeine Wert bestimmt sich nach § 10 BewG als der Preis eines Wirtschaftsgutes, der normalerweise im gewöhnlichen Geschäftsverkehr zu erzielen ist. Es soll, sofern er nicht aus Verkäufen abgeleitet werden kann, geschätzt werden. Der Preis, der normalerweise im Geschäftsverkehr zu erzielen ist, entspringt den tatsächlichen, nicht den von der Theorie empfohlenen oder gewünschten Wertschätzungen des Erwerbers.

Damit befinden wir uns für unsere Untersuchungen in einem Dilemma. Wir haben die Anteilsbewertung unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zu betrachten und zu beurteilen, es scheint aber, als könnten wir die von der Betriebswirtschaftslehre entwickelten Regeln nicht anwenden.

Die Betriebswirtschaftslehre hat sich mit der Bewertung von Aktien und Anteilen an Kapitalgesellschaften nur ganz am Rande befaßt, und zwar am Rande der Unternehmungsbewertung im Ganzen. Wohl sind die Unternehmungswerttheorien, wie wir schon sagten, auch darauf abgestellt, die Grundsätze für die Ermittlung von Anteilen an Personengesellschaften zu ermitteln, z.B. für Bewertung beim Ausscheiden von Gesellschaftern, aber diese Grundsätze sind nicht ohne weiteres auf die Bewertung von Aktien und Anteilen an Kapitalgesellschaften zu übertragen.

Bei den Aktien und Anteilen an Kapitalgesellschaften handelt es sich um selbständig veräußerbare Wirtschaftsgüter, die als solche auch Gegenstand des Rechtsverkehrs sein können, während "Anteile" an Personengesellschaften diese Eigenschaft nicht haben. Aus der rechtlichen Differenzierung ergeben sich beachtliche wirtschaftliche Verschiedenartigkeiten, die aller-

dings dann gering werden oder ganz entfallen, wenn sich hinter der Rechtsform der Kapitalgesellschaft eine Unternehmung verbirgt, die in ihren wirtschaftlichen Äußerungen einer Personengesellschaft oder sogar einer Einzelunternehmung gleicht, also etwa bei Familiengesellschaften, Gesellschaften mit einer sehr kleinen Zahl von Gesellschaftern oder einer Einmann-Gesellschaft.

Die Nichtbeschäftigung der Betriebswirtschaftslehre mit unserem Problem der Bewertung nichtnotierter Aktien und Anteile läßt die Frage aufkommen, ob aus der Gesamtbewertungslehre Anhaltspunkte für diese Bewertungsaufgabe zu finden sind. Dies würde voraussetzen, daß zwischen Unternehmungsbewertung und Anteilsbewertung Beziehungen bestehen. Einer Verteilung des Gesamtwertes einer Unternehmung auf die einzelnen Anteile entsprechend dem Verhältnis ihres Nominalwertes zum Nennkapital stehen eine ganze Reihe von Hindernissen entgegen, weil - ganz generell gesagt - die Komponenten, die auf den Unternehmungswert und den Wert einer Aktie oder eines Anteils einwirken, verschieden sind.¹⁾ Man kann sagen, es sind zwei verschiedene "Märkte", oder: der Anteil ist ein verkehrsfähiger Gegenstand, die Unternehmung im Ganzen im allgemeinen aber nicht, zumindest nicht im gleichen Maße.²⁾ FRANK bemerkt sehr richtig, daß der Marktwert der Anteile "eben auch von außerhalb des Gesellschaftsunternehmens liegenden Gesichtspunkte und Faktoren abhängig ist."³⁾

Ziel der Bewertung von nichtnotierten Aktien und Anteilen ist der Wert dieser Anteile, nicht die Ermittlung des Unternehmungswertes. Beide Werte sind grundsätzlich nicht identisch. Trotzdem, und damit kommen wir wieder zu unserem eigentlichen Problem, wird die steuerliche Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile vom Wert der Unternehmung abgeleitet.

-
- 1) Vgl. K. MELLEROWICZ, Wert der Unternehmung als Ganzes, a.a.O., S. 215.
 - 2) Vgl. E. WALB, Betrachtungen über Wertarten und stille Reserven im Zusammenhang mit der Frage der Bewertung von Unternehmungen und Unternehmungsanteilen sowie der Gesellschaftserabfindung, in: ZfhF. 1940, S. 6.
 - 3) E. FRANK, Grundsätze u. Grenzen d. steuerl. Schätzung, Berlin 1938, S. 155.

MELLEROWICZ sagt: "in Ermangelung eines besseren Ausgangspunktes"¹⁾. Tatsächlich erfolgt die Ableitung nicht, wie später noch eingehend darzustellen sein wird, direkt aus dem Unternehmungswert, sonder - entsprechend § 13 Abs. 2 BewG - aus dem Gesamtvermögen und den Ertragsaussichten der Unternehmung.

Es ist allerdings heute unbestritten, daß die gesetzliche Formulierung "unter Berücksichtigung des Gesamtvermögens und der Ertragsaussichten der Gesellschaft oder Gewerkschaft" nicht besagt, daß bei der Ermittlung des gemeinen Wertes *nur* die Ertragsaussichten und die Vermögenslage der Unternehmung berücksichtigt werden sollen, sondern der Gesetzgeber diese beiden Faktoren gleichsam als die wichtigsten hervorgehoben hat.²⁾ Da sie allerdings auch für die Bewertung einer Unternehmung im Ganzen maßgebend sind, werden hier doch gewisse Beziehungen zur Unternehmungsbewertung deutlich. Wie diese sich bei der praktischen Anteilsbewertung auswirken, wird in den folgenden Untersuchungen zu zeigen sein.

III. Die Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile nach dem Bewertungsgesetz.

1. Historischer Überblick.

a) Die Entwicklung bis zur Einführung des "Berliner Verfahrens".

Die erste Vorschrift über die Schätzung des Wertes von unnotierten Aktien und Anteilen findet sich innerhalb der Reichssteuergesetzgebung im § 35 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913³⁾, und zwar heißt es dort, wenn ein Ver-

1) MELLEROWICZ, a.a.O., S. 216.

2) Siehe dazu die Ausführungen im folgenden Abschnitt.

3) RGBl 1913, S. 524.

kaufswert nicht zu ermitteln sei, "ist der Wert der Aktie, des Kuxes oder des Anteils unter Berücksichtigung des Gesamtvermögens der Gesellschaft oder Gewerkschaft und der in der Vergangenheit erzielten Gewinne nach freiem Ermessen zu schätzen." Schon diese erste Bestimmung hat STRUTZ dahingehend kommentiert, daß die Vorschrift über die Berücksichtigung von Vermögen und Gewinn nicht ausschließt, daß auch alle anderen Faktoren, die die Veräußerung von Wertpapieren und Anteilen beeinflussen zu berücksichtigen sind.¹⁾ Eine wichtige Änderung der Bewertungsvorschrift brachte die Reichsabgabeordnung vom 13. Dezember 1919²⁾ in § 141 Abs. 2, wonach der geneine Wert unter Berücksichtigung des Gesamtvermögens und der Ertragsaussichten der Gesellschaft oder Gewerkschaft zu schätzen ist.

Die Schätzung des Wertes der unnotierten Anteile bildete schon damals "eine ständige Quelle des Streits zwischen den Steuerpflichtigen und den Finanzämtern"³⁾. Auch die höchst-richterliche Rechtsprechung hatte sich schon in dieser Zeit mit der Anteilsbewertung zu befassen. Erst die später erlassenen "Bewertungsrichtlinien", die sich auf die inzwischen ergangenen Entscheidungen gründeten, schufen klarere Verhältnisse.

Die Regel des § 141 Abs. 2 RAO ging durch Notverordnung vom 1. Dezember 1930⁴⁾ in das Reichsbewertungsgesetz ein und findet sich dort in der Fassung vom 22. Mai 1931 als § 15.⁵⁾

Das Reichsbewertungsgesetz von 1934 brachte die heute noch unverändert gültige Bestimmung des § 13 Abs. 2, wonach für die nichtnotierten Aktien und Anteile der geneine Wert aus Verkäufen abgeleitet werden. Ist dies nicht möglich, "so ist

1) G. STRUTZ, Kommentar zum Kriegssteuergesetz, Berlin 1917, S. 238 f.

2) RGBl 1919. S. 1993.

3) FABISCH-KREKELER, Kommentar zum Reichsbewertungsgesetz, Berlin 1927, S. 174

4) RGBl 1930, S. 517.

5) RGBl 1931, S. 222.

er unter Berücksichtigung des Gesamtvermögens und der Ertragsaussichten der Gesellschaft oder Gewerkschaft zu schätzen." Diese Schätzung ist nach §§ 64 bis 72 RBewGDV von der Finanzverwaltung, d.h. von den Finanzämtern vorzunehmen. Wie schon erwähnt wurde, brachte diese äußerst schwierige Aufgabe viel Streitigkeiten zwischen Finanzverwaltung und Steuerpflichtigen mit sich. Die Gesetzesvorschrift gab keine praktische Handhabe für die Schätzung, wodurch dem Ermessen der Veranlagungsbeamten ein außerordentlich großer Spielraum gegeben wurde, was bei dieser schwierigen Materie zu den unterschiedlichsten Ergebnissen führte und eine gewisse Rechtsunsicherheit zur Folge hatte. Schon im Jahre 1927 hatten FABISCH-KREKELER in ihrem Kommentar zum RBewG 1925 gefordert, der RdF möge die Verwaltung bindende allgemein gültige Bewertungsrichtlinien erlassen, wie dies schon in der Begründung zum Gesetz in Aussicht genommen worden sei.¹⁾ Es dauerte jedoch noch bis zum Jahre 1940, bis solche Richtlinien tatsächlich erschienen.

b) Das Berliner Verfahren.

Das sogenannte Berliner Verfahren zur Bewertung nichtnotierter Aktien und Anteile, das zum ersten Male in den Vermögenssteuerrichtlinien 1940 für die Finanzverwaltung bindende Norm wurde, gründet sich auf den Bewertungsbogen des Oberfinanzpräsidenten von Berlin für die Bewertung unnotierter Anteilsapapiere bei der Einheitsbewertung zum 1.1.1935.

Dieses Verfahren wurde der breiteren Öffentlichkeit zunächst bekannt durch einen Vortrag von Regierungsrat KREKELER, der in der Deutschen Steuerzeitung abgedruckt wurde²⁾ und in dieser Form in die VStR 1940 Ziff. 43 aufgenommen worden ist.³⁾

1) FABISCH-KREKELER, a.a.O., S. 174.

2) KREKELER, Ermittlung des gemeinen Wertes von unnotierten Aktien, GmbH-Anteilen und Genußscheinen und das Verfahren bei der Einheitsbewertung auf den 1.1.1935, : DStZ 1935, S.1494.

3) Rderl.des RdF v. 10.2.1940, RStBl 1940, S. 201.

Die Grundgedanken des Berliner Verfahrens entsprechen der Gesamtbewertung von Unternehmungen, wie sie von SCHMALENBACH vertreten wurde: Ermittlung des Substanz- oder Vermögenswertes und des Ertragswertes einer Unternehmung; aus dem arithmetischen Mittel dieser beiden Werte ergibt sich der Wert der Unternehmung. Beim Berliner Verfahren wird ein Vermögenswert ermittelt, der sich aus dem Verhältnis des (korrigierten) Einheitswertes der Unternehmung zum Nennkapital ergibt, und ein Ertragswert, der aus den Ertragsaussichten der Unternehmung abgeleitet wird. Die Ertragsaussichten der Unternehmung werden gemessen an dem Durchschnittsgewinn der drei letzten Wirtschaftsjahre vor dem Feststellungszeitpunkt. Der mit 5.5 % kapitalisierte Durchschnittsertrag dieser Jahre wird zum Nennkapital ins Verhältnis gesetzt, woraus sich der Ertragswert ergibt. Das arithmetische Mittel zwischen Vermögens- und Ertragswert ergibt - im allgemeinen - dann den gemeinen Wert der Aktien und Anteile. Liegen Vermögens- und Ertragswert erheblich auseinander, so sind Zu- und Abschläge vorgesehen.

Das Berliner Verfahren ist erstmalig vom RFH im Urteil vom 28.1.1937 aufgegriffen und bestätigt worden¹⁾, allerdings ohne die Bezeichnung "Berliner Verfahren" zu gebrauchen. Die Rechtsprechung hat in den folgenden Jahren Grundsätze für Sonderfälle bei der Anteilsbewertung herausgearbeitet, die dann teilweise in den VStR 194I zusammengefaßt worden sind, und die auch vom BFH wieder angezogen werden.

Die Richtlinien sollen, wie sie selbst sagen, nur als Richtlinien dienen und nicht starr gehandhabt werden. "Die besonderen Umstände des einzelnen Falles müssen stets berücksichtigt werden"²⁾

c) Die Entwicklung nach 1945.

Nach dem Kriege wird zunächst grundsätzlich am Berliner Verfahren festgehalten, allerdings wird es tatsächlich zu-

1) -III A 5/37- RStBl 1937, 349

2) VStEr 1940 v. 20.8.1940, RStBl 1940, S. 777, Abschn. 11 Abs.1.

nächst nicht mehr angewendet. Zur Vermögensteuerveranlagung auf den 1.1.1946 erscheinen die Vermögensteuerrichtlinien 1946 ¹⁾, die in Ziff. 23 Abs. 3 bestimmen, daß bei der Ermittlung des gemeinen Wertes nur der Ertragswert zugrunde gelegt werden soll. Die Erträge sind nur als Korrektiv heranzuziehen (sogenanntes "halbiertes" Berliner Verfahren). Diese Maßnahme wird damit begründet, daß in einer Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruchs Ertragswerte nicht ermittelt werden können. So richtig dieser Satz auch sein mag, so ist die Nichtberücksichtigung der Ertragsaussichten doch allgemein als dem Gesetz zuwiderlaufend angesehen worden, da in § 13 Abs. 2 RBewG die Berücksichtigung der Ertragsaussichten ausdrücklich gefordert wird. ²⁾ Auch der BFH hat diese Bestimmung der VStR 1946 nicht anerkannt. ³⁾

Die Vermögensteuerrichtlinien 1949 vom 20.11.1952 ⁴⁾ bringen das Berliner Verfahren in Abschn. 105 wieder voll zur Geltung, fast gleichlautend mit den Bestimmungen der VStR 1940. Allerdings wird jetzt der Verwaltung ein größerer Spielraum für Anpassungsabschläge gegeben, und die tatsächlichen zukünftigen Erträge werden direkt berücksichtigt.

Die Ergebnisse dieser Anteilsbewertung haben zu heftiger Kritik an dem Verfahren geführt, obwohl das Berliner Verfahren durch die Möglichkeit der Gewährung von Anpassungsabschlägen schon stark verwässert war. Zur grundsätzlichen Kritik am Berliner Verfahren, die es schon vorher gab und in erster Linie in der wissenschaftlichen Literatur zum Ausdruck gebracht wurde, kam nun die Kritik der Steuerpflichtigen an den offenbar sehr unbefriedigenden Ergebnissen der letzten Bewertung zum 1.1.1949. Wie JURGELEIT kurz zusammen-

1) Entnommen einem Gutachten in BB. 1947, S. 243.

2) Vgl. ebenda S. 243; H. JÜNLING, Bewertung unnotierter Anteile an Kapitalgesellschaften, in: BB. 1948, S. 101 f; a.M. ELLINGER, Bewertung unnotierter Anteile: BB 1948, S. 149.

3) Vgl. Urteil v. 16.12.1950 -III 69/50- StW 1951, 88.

4) BStBl 1952 I, S. 875.

faßt, kam es zu dieser Kritik, "weil der Mittelwert nach dem "Berliner Verfahren" in vielen Fällen nicht dem gemeinen Wert der Aktien und Anteile entsprach, sowie der zeitlich und ertragsmäßig uneingeschränkte Ansatz des Gewinns der Gesellschaft oft zu Werten führte, die weder durch tatsächlich erzielte Kaufpreise bestätigt wurden, noch im Hinblick auf das allgemeine Kursniveau der börsenmäßig gehandelten Aktien gerechtfertigt erschienen, sodaß die Finanzämter besonders bei ertragsgünstigen Gesellschaften gezwungen waren, den Mittelwert durch erhebliche, im allgemeinen nur schwer schätzbare Abschläge zu ermäßigen. Andererseits ergaben sich bei niedrigen Beträgen vielfach Mittelwerte, die erheblich unter den bei Verkäufen dieser Aktien und Anteile tatsächlich erzielten Erlösen lagen."¹⁾

Die scharfe Kritik an der Anteilsbewertung zum 1.1.1949 und die offensichtliche Verwässerung des Verfahrens durch die Ermöglichung weitgehender Anpassungsabschläge haben den BdF bewogen, ein neues Verfahren auszuarbeiten, das erstmalig für die Vermögensteuer-Hauptveranlagung und die Hauptfeststellung der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe zum 1.1.1953 anzuwenden ist. Da es vom Stuttgarter Finanzamt für Körperschaften in seinen Grundzügen ausgearbeitet worden ist, wird es als "Stuttgarter Verfahren" bezeichnet.

2. Das heute gültige Verfahren der Anteilsbewertung.

a) Die Bewertungsvorschriften des § 13 Abs. 2 BewG.

Wie schon in dem geschichtlichen Überblick erwähnt wurde, ist die heute noch gültige gesetzliche Regelung der Anteilsbe-

1) JURGELEIT, Die Bewertung der nicht notierten Aktien und Anteile nach den Anteilsbewertungsrichtlinien 1953, in: FR. 1955, S. 326 f.

wertung schon im RBewG 1934 vorgenommen worden. Im § 13 Abs. 2 wird dort bestimmt, daß für die Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile der gemeine Wert maßgebend ist. Sofern sich der gemeine Wert nicht aus Verkäufen ableiten läßt, ist er zu schätzen. Über diese Schätzung wird lediglich gesagt, daß sie unter Berücksichtigung des Gesamtvermögens und der Ertragsaussichten der Gesellschaft oder Gewerkschaft vorzunehmen ist.

Geschätzt werden soll also der gemeine Wert der einzelnen Anteile, das ist nach § 10 Abs. 2 BewG der Preis, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für diese Anteile bei einer Veräußerung zu erzielen wäre. Um diese Schätzung vornehmen zu können, muß darüber Klarheit bestehen, welche Faktoren normalerweise den Preis von Aktien oder Anteilen bestimmen oder auf ihn einwirken. Der Gesetzgeber ist offenbar der Meinung gewesen, daß das Gesamtvermögen und die Ertragsaussichten der Unternehmung, deren Aktien oder Anteile bewertet werden sollen, für den Preis dieser Anteile ausschlaggebend seien. Anders ist die ausdrückliche Erwähnung dieser beiden Faktoren nicht zu verstehen. Es tauchte schon früh die Frage auf, ob der Gesetzgeber damit auch der Meinung gewesen sei, daß nur diese beiden Faktoren den Preis bestimmen bzw. nur diese beiden Faktoren bei der Schätzung zu berücksichtigen sind; oder ob sie der Gesetzgeber nur für die wichtigsten gehalten hat und deshalb eine besondere Betonung für angebracht hielt. Es wurde schon erwähnt, daß STRUTZ bereits 1917 in seinem Kommentar zum Besitzsteuergesetz die Auffassung vertreten hat, daß die Vorschrift über die Berücksichtigung von Vermögen und Ertrag die Berücksichtigung aller anderen Faktoren, die den Preis beeinflussen können, nicht ausschließt.¹⁾ Über die Richtigkeit dieser Ansicht besteht heute kein Zweifel mehr.

Damit sind allerdings die Maßgaben des Gesetzes zur Schätzung noch stärker reduziert als es zunächst den Anschein hat. Denn wenn diese beiden Faktoren auch nur unter anderen, wenn auch an erster Stelle, zu berücksichtigen sind, dann bleibt nicht

1) So auch schon RFH-Urteil v. 9.2.1926 -I A 142/25- Bd. 18, 338 (340); vgl. auch S. 154 f. dieser Arbeit.

viel übrig, wonach sich die Steuerpraxis bei der Bewertung der nichtnotierten Anteile richten soll. Maßgebend bleibt nur, daß der gemeine Wert zu schätzen bzw. zu errechnen ist.

b) Die Beziehungen zwischen notierten und nichtnotierten Aktien und Anteilen.

Es darf angenommen werden, daß der Gesetzgeber bei der Formulierung des § 13 RBewG davon ausging und die Absicht hatte, für notierte und für nichtnotierte Aktien und Anteile den gleichen Wert zu bestimmen; d.h. ganz allgemein und vom Zweck des Gesetzes her betrachtet, den Wert, der allgemeiner Ausdruck derjenigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, von der wir zu Beginn dieser Arbeit gesprochen haben¹⁾, ist. Man kann sagen, daß das Steuerrecht ganz allgemein den "gemeinen Wert", wie er in § 10 BewG definiert ist, als geldziffernmäßigen Ausdruck dieser Leistungsfähigkeit betrachtet. Daraus folgt, daß Teilwert, Kurswert, Steuerkurswert und die übrigen Wertarten des Bewertungsgesetzes "Unterarten" des gemeinen Wertes sind, womit allerdings nicht gesagt werden soll, daß diese Werte immer dem tatsächlichen gemeinen Wert entsprechen.

Daraus ergibt sich für unser Problem, daß die Bewertungsregeln für die notierten und nichtnotierten Aktien und Anteile einem einheitlichen Bewertungsgedanken entspringen, und deshalb die praktische Wertermittlung der beiden Arten in enger Beziehung zueinander stehen muß. Man wird also sagen können, daß Steuerkurswerte und Kurswerte der notierten Aktien und Anteile der vom Gesetz bestimmte und (bei den Steuerkurswerten) von der Verwaltung festgelegte "gemeine Wert" dieser Aktien und Anteile am Bewertungsstichtag sind.

So erscheint es durchaus nicht abwegig, daß in der Literatur immer wieder Vergleiche zwischen der Bewertung der nichtno-

1) Vgl. S. 22 ff.

tierten und der notierten Aktien und Anteile angestellt worden sind, die meistens auf die Forderung hinausliefen, die Bewertung der nichtnotierten Anteile den notierten in irgendeiner Weise anzupassen, sie aufeinander abzustimmen. Der Reichsfinanzhof hat sich allerdings nur in einem sehr engen Rahmen mit der Frage befaßt und in ständiger Rechtsprechung festgestellt, daß bei der Ermittlung des gemeinen Wertes unnotierter Aktien oder Anteile einer Unternehmung der Vergleich mit den Aktienkursen anderer Unternehmungen, auch solcher, die sich nach Art der Produktion, ihrer Größe i.a. gleich sind, regelmäßig keine geeignete Schätzungsgrundlage bildet.¹⁾ Dies wird damit begründet, daß die Börsenkurse nicht nur auf objektiven Merkmalen beruhen, sondern von Erwägungen abhängig sind, die nicht ohne weiteres auf Papiere anderer Unternehmungen zu übertragen sind. Dies trifft zweifellos zu, ganz abgesehen davon, daß die Vergleichbarkeit von Unternehmungen grundsätzlich sehr fragwürdig ist, da die Vergleichbarkeit der vielen wirtschaftlichen Wertbestimmungsfaktoren immer nur partiell, nie total sein wird. Die Richtlinien zur Bewertung nichtnotierter Aktien und Anteile an Kapitalgesellschaften (AntBewR 1953²⁾) halten in Abschnitt 1 Abs. 3 an diesem Grundsatz fest und erklären ihn insbesondere mit den Unterschieden in dem Verhältnis des Nennkapitals (Grund- oder Stammkapital) der einzelnen Gesellschaften zu ihrem jeweiligen Vermögen.

Diese Auffassung der Rechtsprechung und der Verwaltung wird auch im allgemeinen in der Literatur nicht angefochten. Was durch den erwähnten Grundsatz allerdings nicht ausgeschlossen wird, ist ein a l l g e m e i n e r Vergleich von Börsenkursen mit den nach § 13 Abs. 2 ermittelten gemeinen Werten. Die eben zitierten Richtlinien begründen die Einführung des neuen Verfahrens unter anderem damit, daß die mit dem alten Verfahren (Berliner Verfahren) ermittelten Werte "im Hinblick auf das a l l g e m e i n e K u r s n i v e a u der bör-

1) Vgl. RFH-Urteil v. 8.6.1937 -III A 37/37- RStBl 1937, 929 und v. 17.2.1938 -III 363/37- RStBl 1938, 423.

2) BStBl 1955 I, S. 97.

senmäßig gehandelten Aktien" nicht gerechtfertigt erscheinen.¹⁾

Der Begriff des "allgemeinen Kursniveaus" scheint in der Tat geeignet zu sein, einen Maßstab für die Beziehungen zwischen den notierten und den nichtnotierten Anteilen abzugeben. ELLINGER hat dies fogendermaßen ausgedrückt: "Es kann nicht zweierlei Wertniveau, nämlich einmal für kurshabende und zum anderen für unnotierte Anteile geben. Jedes Verfahren zur Ermittlung des gemeinen Wertes im Sinne des § 13 Abs. 2 BewG muß deshalb dahin zielen, den Anschluß an das Niveau der Börsenkurse zu finden."²⁾ Deshalb sollen gewisse Schlüsse aus dem Stand der Börsenkurse gezogen werden. BOETTCHER sagt, es dürfe nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.³⁾ JURGELEIT präzisiert das Verhältnis zwischen den beiden Anteilsarten dadurch, daß er nicht die absolute Wertzahl für maßgebend hält, "sondern das angemessene Verhältnis von gefundenem Wert zum allgemeinen Kursniveau", was nach seiner Meinung nicht ausschließt, daß höhere Wertzahlen bei der Anteilsbewertung möglich und richtig sind.⁴⁾

ZITZLAFF, BERG u.a. haben eine möglichst weitgehende Anpassung der Bewertung der unnotierten an die kurshabenden Papiere gefordert; insbesondere auch deshalb, weil die Kursbildung die "denkbar zuverlässigste Art" der Feststellung des Verkehrswertes der Papiere⁵⁾ und der Börsenkurse der am weitesten richtige gemeine Wert sei⁶⁾. Wenn hier auch

1) AntBewR 1953 Abschn.2 Abs.2 (Hervorhebung durch Verfasser).

2) L. ELLINGER, Einzelfragen zur Bewertung unnotierter Anteile an Kapitalgesellschaften, in: Blattei-Handbuch Rechts- und Wirtschaftspraxis, 14 StR D Bewertungsrecht II B 2, Abschn. I; s.auch in: DStZ. 1951, S. 355 und DStZ. 1953, S. 370.

3) C. BOETTCHER, Zur Bewertung unnotierter Anteile besonders an Familiengesellschaften, in: StW. 1953, Sp. 526.

4) JURGELEIT, a.a.O. in: FR. 1955, S. 326.

5) F. ZITZLAFF, Zur Bewertung unnotierter Anteile an einer Kapitalgesellschaft, in: StW. 1949, Sp. 786.

6) F. ZITZLAFF, Nochmals zur Bewertung unnotierter Anteile an einer Kapitalgesellschaft, in: StW. 1950, Sp. 467.

eingewendet werden muß, daß der Verkehrswert, also der Kurswert der Anteile, durchaus nicht immer mit ihrem gemeinen Wert im Sinne des Steuerrechts übereinzustimmen braucht, so ist diesen Forderungen jedoch grundsätzlich zuzustimmen.

Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen folgt die Frage, in welcher Weise die Anpassung der Bewertung der unnotierten Anteile an das Kursniveau erfolgen kann. Dies läßt sich wiederum nur dann bestimmen, wenn die Prinzipien der Kursbildung und die Möglichkeiten ihrer Berücksichtigung bei der Ermittlung des gemeinen Wertes bekannt sind.

Wenn hier von der Bedeutung der Kursbildung für die Bewertung nichtkurshabender Aktien und Anteile gesprochen werden soll, dann muß und kann dieses sehr weitschichtige Thema auf ein einziges Problem reduziert werden, und zwar auf die Frage, in welchem Maße und in welchem Verhältnis einerseits das Vermögen und andererseits der Ertrag, genauer: der Erfolg, einer Unternehmung auf den Börsenkurs der Aktien dieser Unternehmung einwirken.

Obwohl im betriebswirtschaftlichen Schrifttum über die Bewertung von Unternehmungen zum Teil der Standpunkt vertreten wird, daß der Unternehmungswert (und auch der Wert von Anteilen an einer Unternehmung), nur vom Ertragswert der Unternehmung abhängig sei, besteht wohl kein Zweifel darüber, daß bei den notierten Aktien an der Börse auch das Vermögen der Gesellschaften einen kursbildenden Faktor darstellt.¹⁾

Die Frage ist in jüngster Zeit in Zusammenhang mit dem Erscheinen der neuen Bewertungsrichtlinien mehrfach in der Literatur behandelt worden. ZINTZEN kommt unter Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Literatur zu folgenden Ergebnissen: Die Gewichte der kursbildenden Faktoren sind in den letzten 20 Jahren sehr unterschiedlich wirksam gewesen. Trotzdem glaubt er aus der Entwicklung der Kurse im Verhältnis zu den ausgeschütteten Dividenden und dem Substanzwert der Gesellschaften entnehmen zu können, daß sich die Divi-

1) Vgl. dazu J. VIEL, Probleme der Bestimmung des Unternehmungswertes, in: Die Wirtschaftsprüfung 1954, S. 243.

denden auf den Kurs erheblich stärker auswirken als Veränderungen des Substanzwertes, andererseits aber der Kurs sich weder proportional zur Dividende noch zum Substanzwert verändert. ¹⁾

Die von ZINTZEN angeführte sehr unterschiedliche Wirksamkeit der kursbildenden Faktoren scheint uns eine der bedeutsamsten Ursachen für die Schwierigkeit einer befriedigenden Berücksichtigung dieser Faktoren bei der Bewertung der unnotierten Anteile zu sein. Es lassen sich aus der Kursbildung keine absolut gültigen bzw. uneingeschränkt anwendbaren Regeln ableiten. Die Bewertung im Rahmen des Bewertungsgesetzes ist eine Stichtagbewertung. Die heute gültigen Bewertungsrichtlinien gelten für den Stichtag des 31.12.1952. Es wäre deshalb notwendig festzustellen, wie die kursbildenden Faktoren gerade in diesem Zeitpunkt wirksam waren. Auch darüber gibt es Untersuchungen und es scheint, daß gerade auch der BdF solche Untersuchungen angestellt hat, bevor er die neuen Richtlinien erlies.

ZINTZEN ist der Ansicht, daß auch in den Jahren 1950 bis 1952 der Einfluß der Dividenden auf den Kurs ungleich stärker war als der Einfluß des Substanzwertes. Diese Ansicht wird indessen nicht allgemein und insbesondere nicht von der Finanzverwaltung geteilt, wie sich aus den Richtlinien ergibt. TROLL und DIEDENHOFEN sind der Meinung, daß mindestens bis zum Jahre 1953 der Börsenkurs wesentlich von den Vermögensverhältnissen der Gesellschaften mitbestimmt worden ist und weisen auf Stimmen hin, die auch für 1954 den Substanzwert für den Börsenkurs ausschlaggebender halten als die Dividende. ²⁾ JONAS meint, daß die Aktienbewertung grundsätzlich dem Ertragswert der Unternehmung folgt und nur bei "pathogenen Entartungen der Wirtschaft" der Substanzwert vorübergehend an Bedeutung gewinne. Dies sei allerdings an den deutschen Börsen bis 1952 der Fall gewesen. ³⁾

1) H. ZINTZEN, Die vermögenssteuerliche Bewertung von nicht-notierten Aktien und Anteilen: Rundschau f. GmbH 1955, S. 189.

2) M. TROLL und H. DIEDENHOFEN, Neue Richtlinien über die Bewertung nicht notierter Aktien und Anteile, in: Der Betrieb 1955, Beilage 2, Abschn. I, 3.

3) JONAS, Scheinprobleme bei der Bestimmung des Unternehmungswertes, in: Die Wirtschaftsprüfung 1954, S. 534.

Aus diesen Meinungen läßt sich nur folgendes ableiten: Die Bedeutung der einzelnen kursbildenden Faktoren für den Börsenkurs unterliegt keiner allgemeinen Regel. Auch eine "pathogene Entartung" der Wirtschaft ist letzten Endes eine reale Erscheinung und muß bei der Bewertung berücksichtigt werden. Es läßt sich nicht vermeiden, für jeden Feststellungszeitpunkt zu prüfen, in welchem Zustand die Wirtschaft sich befindet und welche Faktoren ein besonderes Gewicht gewinnen, wenn man den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werden will. Für den 31.12.1952 dürfte eine Betonung des Substanzwertes gegenüber der Dividende gerechtfertigt sein.

Kehren wir zum Schluß dieses Kapitels noch einmal zurück zu der Frage der Anwendbarkeit von Grundsätzen der Börsenkursbildung auf die Bewertung nichtnotierter Anteile, so zeigt sich, daß die mit Recht geforderte Anpassung der Bewertung unnotierter Anteile an die Kursbildung und an das Kursniveau praktisch auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Wir werden später noch auf das Verfahren zu sprechen kommen, mit dem die Verwaltung dieser Forderung gerecht zu werden versucht. Es sei hier aber schon darauf hingewiesen, daß letztlich nur die Erfahrung mit der praktischen Anwendung des Verfahrens durch Vergleich der dabei gewonnenen Werte mit dem allgemeinen Kursniveau Hinweise geben kann, ob die grundsätzlich geforderte gleichartige Behandlung notierter und nichtnotierter Anteile erreicht wurde.

- c) Das sogenannte Stuttgarter Verfahren zur Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile.

aa) Überblick über das Verfahren.

Im Gegensatz zum Berliner Verfahren wird beim Stuttgarter Verfahren davon ausgegangen, daß "unter den gegenwärtigen Verhältnissen" die Bewertung vom Vermögenswert der Aktie oder des Anteils auszugehen hat und die Ertragsaussichten nur "in gewissem Umfang" zu berücksichtigen sind.¹⁾

1) AntBewR 1953 Abschn. 2 Abs. 2 letzter Satz.

Der "Vermögenswert" wird, wie beim Berliner Verfahren, abgeleitet aus dem Einheitswert des Betriebsvermögens der betreffenden Unternehmung. Die nach den §§ 59 und 60 BewG nicht zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter sind hinzuzurechnen, die damit in Zusammenhang stehenden Schulden abzuziehen. Ebenfalls ist die Vermögensabgabeschuld des Lastenausgleiches mit ihrem Zeitwert abzusetzen. Der so ermittelte Wert ist um 10 % zu kürzen und dann mit dem Nennkapital der Gesellschaft zu vergleichen. Der sich daraus ergebende Hundertsatz wird als "Vermögenswert" bezeichnet.

Die Ertragsaussichten der Gesellschaft sollen möglichst aus dem Durchschnittsertrag der Jahre 1950-53 hergeleitet werden. Als Jahresertrag gilt der jeweilige körperschaftsteuerliche Gewinn, an dem einige betriebswirtschaftliche Korrekturen vorzunehmen sind. Der Durchschnittsertrag ist daraufhin zu prüfen, ob er auch in Zukunft erzielt werden kann. Von dem so ermittelten Jahresertrag (Ertragsaussichten) soll der ausschüttungsfähige Ertrag durch einen allgemeinen Abschlag von 30 % ermittelt werden. Durch Vergleich dieses Betrages mit dem Nennkapital wird der "Ertragshundertsatz" ermittelt.

Die Errechnung des Vermögenswertes und des Ertragshundertsatzes entspricht damit zum Teil derjenigen des Berliner Verfahrens mit dem Unterschied, daß beim Stuttgarter Verfahren in stärkerem Maße auf den Anteil abgestellt wird und die Zukunftserträge nicht zu einem Ertragswert kapitalisiert werden.

Die Ermittlung des gemeinen Wertes aus den beiden Faktoren Vermögen und Ertrag bringt nun die eigentliche Änderung. Während beim Berliner Verfahren ein Mittelwert errechnet wurde, erhält der Vermögenswert beim Stuttgarter Verfahren ein stärkeres Gewicht als die Ertragsaussichten. Die Richtlinien gehen dabei von den Überlegungen eines Erwerbers eines Anteils aus, der nur dann bereit sei, einen über den Vermögenswert hinausgehenden Betrag zu zahlen, wenn in einem

übersehbaren Zeitraum die Erträge des Anteils den Betrag der Zinsen übersteigen, die er erzielen würde, wenn er sein Kapital in anderer Weise anlegte. Er wird nur weniger bezahlen wollen, wenn die Erträge des Anteils unter diesem Betrag liegen. Die Richtlinien gehen von einer normalen Kapitalrendite von 8 % aus (am 31.12.1952), als übersehbar wird ein Zeitraum von 3 Jahren angesehen. Unter diesen Voraussetzungen wird der gemeine Wert entsprechend Abschn. 2 Abs. 10 der Richtlinien errechnet.

Das Verfahren als solches bringt, das sollte beachtet werden, keine grundsätzliche Umwälzung der Anteilsbewertung, sondern stellt u.E. eine Weiterentwicklung des Berliner Verfahrens dar. Die Grundmotive, wenn man so sagen kann, sind die gleichen geblieben; nämlich Schätzung des gemeinen Wertes aus den beiden Wertbildungsfaktoren Vermögen und Ertrag bei möglichst weitgehender Berücksichtigung aller übrigen auf den Wert eines Anteil einwirkenden Faktoren. Trotz dieser Gemeinsamkeit im Grundsätzlichen, die schon durch die gesetzliche Bestimmung des § 13 Abs. 2 BewG bedingt ist, bringt das neue Verfahren in der Art der A u s w e r t u n g der Feststellungen sehr beachtliche Änderungen.¹⁾

Das Stuttgarter Verfahren ist im Ganzen gesehen etwas star-
rer als das Berliner Verfahren. Es läßt dem Ermessen der Feststellungsbeamten weniger Raum. Trotzdem bleibt das Verfahren ein Schätzungsverfahren: der Abschn. 2 Abs. 11 der Richtlinien läßt bei besonders gelagerten Fällen auch jetzt noch die Möglichkeit offen, den errechneten gemeinen Wert auf dem Wege der Schätzung (also durch Zu- oder Abschläge) den besonderen Verhältnissen des einzelnen Falles anzupassen.

In stärkerem Maße als früher wird auf die Überlegungen eines Käufers abgestellt, wobei man grundsätzlich davon ausgeht, daß der Erwerb eines Anteils zum Zweck der Kapitalanlage erfolgt. Dieses Abstellen auf die Überlegungen eines Käufers ist

1) Vgl. UHLICH, Die Bewertung des nichtnotierten Aktien und Anteile, in: DStZ. 1955, S. 50.

insofern sehr bedeutsam, als damit von einem starren Schematismus (wie sie die Mittelung aus Vermögens- und Ertragswert beim Berliner Verfahren darstellte) wenigstens im Prinzip abgewichen wird. Man scheint tatsächlich gründliche Überlegungen darüber angestellt zu haben, von welchen Gesichtspunkten und Motiven sich der Käufer eines Anteils bei seinen Kaufpreisüberlegungen leiten läßt, sofern er mit diesem Kauf nichts anderes beabsichtigt, als sein Kapital möglichst sicher und nutzbringend anzulegen. So bleibt die Möglichkeit gegeben, das rein Rechnerische des Verfahrens zu ändern, ohne von den Verfahrensgrundsätzen abgehen zu müssen, wenn sich herausstellt, daß die Ergebnisse der Berechnungen von den tatsächlich gezahlten Kaufpreisen erheblich abweichen. Als Anhaltspunkt für die "Richtigkeit" der ermittelten gemeinen Werte gilt das Wertniveau der Börsenkurse. Nach UHLICH versuchen die Richtlinien, dem Börsenniveau vom 31.12.1952 gerecht zu werden insoweit, als nicht die absolute Zahl maßgebend ist, sondern nur die Tatsache, "ob ein Wert im angemessenen Verhältnis zu den Kurswerten steht." ¹⁾

Diese Grundsätze des Stuttgarter Verfahrens entsprechen den betriebswirtschaftlichen Vorstellungen und auch den Forderungen der Praxis. Wir haben nun zu untersuchen, ob die Schätzung des Wertes der Aktien und Anteile entsprechend den Richtlinien tatsächlich zu einem gemeinen Wert führt, der auch betriebswirtschaftlich als "gemeiner Wert" anerkannt werden kann.

bb) Der Vermögenswert.

aaa) Der Einheitswert als Ausgangspunkt der Ermittlung des Vermögenswertes.

Die Richtlinien unterstellen, daß der Erwerber eines Anteils bei der Bemessung des Kaufpreises zunächst von der Überlegung ausgeht, welcher Vermögenswert durch den Anteil repräsentiert

1) UHLICH, a.a.O. in: DStZ. 1955, S. 50; vgl. auch S.162ff dieser Arbeit und AntBewR 1953 Abschn. 2 Abs. 2 Satz 2.

wird. Es taucht dabei die Frage auf, unter welchem Gesichtspunkt er das Vermögen der Unternehmung bewertet. Der Käufer eines Anteils betrachtet das Vermögen der Gesellschaft vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Sicherung seiner Kapitalanlagen. Demgegenüber dürften Erwägungen über die Höhe eines eventuellen Liquidationserlöses weit zurücktreten. Der Erwerber wird also das zum Vermögen rechnen, was der Gesellschaft auf die Dauer zur Verfügung steht und nicht durch Verpflichtungen belastet ist. Auf gewisse Einschränkungen dieses Grundsatzes werden wir später zurückkommen.

Die Richtlinien gehen vom Einheitswert des Betriebsvermögens aus, rechnen die Wirtschaftsgüter hinzu, die bei der Einheitsbewertung außer Betracht geblieben sind und ziehen die damit in Zusammenhang stehenden Schulden sowie die Vermögensabgabeschulden mit ihrem Zeitwert nach § 77 LAG ab.

Den Einheitswert als Ausgangspunkt der Ermittlung des Vermögenswertes zu nehmen, hat kaum Anlaß zur Kritik in der Literatur gegeben. Jedoch werden die Mängel geltend gemacht, die dem Einheitswert, so wie er auf Grund des Bewertungsgesetzes errechnet wird, anhaften. Wir können insoweit auf unsere bisherigen Ausführungen zu den Fragen der Einheitsbewertung verweisen. Die aufgezeigten Mängel gelten auch für den Einheitswert als Grundlage der Anteilsbewertung, weil wir bei unseren Betrachtungen davon ausgegangen sind, daß der Einheitswert ein Substanzwert oder Reproduktionswert ist und keine ertragsmäßigen Bestandteile enthalten sollte. Der Einheitswert, wie er nach dem Gesetz tatsächlich ermittelt wird, hat als Grundlage der Vermögenswertermittlung bei der Anteilsbewertung den besonderen Mangel, daß er solche Ertragswertbestandteile, z.B. in Form des derivativen Geschäftswertes, enthalten kann. Dadurch wird der Vermögenswert über den Wert der Substanz hinaus vergrößert, und zwar durch Faktoren, die bei der Berücksichtigung der Ertragsaussichten eventuell noch einmal Einfluß auf die Errechnung des gemeinen Wertes gewinnen.

bbb) Der besondere Wert des Vermögens einer Gesellschaft für den Anteilseigner.

In Abschnitt 2. Abs. 4 der Richtlinien ist vorgesehen, daß das nach Abs. 3 ermittelte Vermögen der Gesellschaft um 10 v.H. zu kürzen ist,¹⁾ da es vorkommen kann, "daß das Vermögen oder einzelne Teile des Vermögens der Gesellschaft für den Anteilseigner nicht denselben Wert haben wie für das Unternehmen selbst." Diese Regelung, die die wichtigste Änderung bei der Vermögenswertermittlung gegenüber dem Berliner Verfahren darstellt, läßt erkennen, daß wesentliche betriebswirtschaftliche Mängel der bisherigen Anteilsbewertung, zumindest im Prinzip, ausgeschaltet worden sind. In der gesamten Literatur, die sich betriebswirtschaftlich mit dem Berliner Verfahren auseinandergesetzt hat, war darauf hingewiesen worden, daß der Wert der Anteile an einer Unternehmung nicht mit dem Wert der Unternehmung selbst übereinstimmen brauche und dies bei der Anteilsbewertung dadurch berücksichtigt werden müsse, daß bei der Ermittlung des gemeinen Wertes der Anteile zwar vom Vermögen und den Ertragsaussichten ausgegangen werden könne (entsprechend § 13 Abs. 2 BewG), maßgebend für den gemeinen Wert aber nur die Ertragsaussichten des Anteils und der Wert des Vermögens für den Anteilseigner seien.

Inwiefern kann der Wert des Vermögens für den Anteilseigner von dem Wert des Vermögens für die Unternehmung - der durch den Einheitswert repräsentiert wird, und zwar über die Bewertung mit dem Teilwert - abweichen? In der Literatur werden zwei Arten von Argumenten vorgebracht:

1. Der Anteilseigner hat am Vermögen der Gesellschaft nur "beschränkte Rechte" (besonders im Gegensatz zur Personengesellschaft).
2. Teile des Vermögens der Gesellschaft stellen eine "wirtschaftliche Reserve" für die Unternehmung dar, ein notwendiges Polster für Krisenzeiten.

In beiden Fällen stehe das Vermögen den Anteilsbesitzern

1) Befinden sich die Aktien oder Anteile im Streubesitz, so ist entsprd. Abschn. 3. Abs. 1 das Vermögen um 20% zu kürzen.

nicht ganz "zur Verfügung", im ersteren Fall aus rechtlichen, im letzteren Fall aus wirtschaftlichen Erwägungen. Die rechtlichen Argumente, die im wesentlichen darauf abgestellt sind, daß der Anteilseigner keinen unmittelbaren Anteil an der Substanz hat, sondern nur über die Gewinnausschüttung bzw. die Auszahlung des Liquidationserlöses "beteiligt" ist, sind u.E. nicht beachtlich bei den Überlegungen eines Käufers über den Wert eines Anteils. Bedeutsam am Vermögen ist für einen Anteilsbesitzer allein das wirtschaftliche Moment der Sicherheit seiner Kapitalanlage, d.h. also der Wertbeständigkeit seines Anteils und die Sicherung eines normalen, der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entsprechenden Ertrages. Also ist das Vermögen für ihn insoweit interessant, als er dieser Sicherung zu dienen geeignet ist, und er wird es auch unter diesem Gesichtspunkt bewerten. Diese Betrachtungsweise des Vermögens ist nahezu identisch mit derjenigen durch die Unternehmung selbst, die das Vermögen nach seiner Nützlichkeit für die Erfüllung der Unternehmungsaufgabe (= Gewinnerzielung) bewertet. Denn die Sicherheit der Kapitalanlage ist in the long run von der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmung, deren Maßstab der erzielte Gewinn ist, abhängig.

Der Streit geht hauptsächlich um den Abzug eines Teiles oder der gesamten Rücklagen. Die Befürworter des Abzuges berufen sich dabei in letzter Zeit auf eine erst 1953 veröffentlichte Entscheidung des RFH, in der es heißt, daß das Vermögen (und der Ertrag) des Unternehmens auch einem Beteiligungsbesitzer (also erst recht einem gewöhnlichen Anteilsbesitzer) nur insoweit zur Verfügung steht, "als sie nicht wirtschaftspolitisch und finanzpolitisch für die Unternehmung gebunden sind, z.B. wegen Nachholung unterbliebener Instandsetzung, der Umstellung auf Friedenserzeugung, der Vorsorge für unvorhergesehene Rückschläge, für Sonderaufgaben, für Forschung und Entwicklung; denn Stillstand würde bei dem Unternehmen Rückschritt bedeuten." Und später heißt es, daß das Vermögen nur insoweit anzusetzen ist, als es "für den Beteiligungsbesitzer verwertbar, nicht betriebswirtschaftlich oder sozial seiner Verfügung entzogen ist und soweit es nicht mit wesentlichen Risiken be-

lastet ist." ¹⁾ BERG hat deshalb verlangt, daß nur 20% der Rücklagen in den Vermögenswert eingerechnet werden sollen. ²⁾ REMMLINGER will überhaupt nur von dem Nominalkapital ausgehen (mit der Begründung, der Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft habe nur Anspruch auf seine Einlage), bzw. dann, wenn offene Reserven vorhanden sind, diese nur mit 30% ansetzen. ³⁾ Für solche Abschläge tritt auch BOETTCHER ein unter Berufung auf das zitierte RFH-Urteil und meint, daß man aus der Reservepolitik der Gesellschaft keinen besonderen Zusatzvermögenswert für die Anteile ableiten kann. ⁴⁾

Wir können alle diese Argumente nicht akzeptieren. Sie scheinen uns betriebswirtschaftlich nicht haltbar, sondern im wesentlichen von Interessengesichtspunkten bestimmt. Den Ausführungen des RFH stimmen wir ebenfalls nicht zu.

Was heißt "dem Anteilseigner zur Verfügung stehen" oder "er hat nur Anspruch auf die Einlage"? Solange eine Gesellschaft besteht und die Unternehmung wirtschaftlich tätig ist, kann von einem "zur Verfügung stehen" oder "Anspruch auf die Einlage" seitens des Anteilsbesitzers doch gar nicht die Rede sein. Darauf kommt es ihm nicht an und damit doch auch nicht bei der Ermittlung des gemeinen Wertes. Wir haben gesagt, daß der Erwerber eines Anteils davon ausgeht, daß das Gesellschaftsvermögen ihm die Sicherung seiner Kapitalanlage garantiert, und wir können nicht einsehen, daß die Reserven dieser Sicherung nicht dienen sollen.

Aus ganz anderen Gründen scheint uns dagegen ein Abschlag gerechtfertigt: Unter dem Aspekt der Sicherung einer Kapitalanlage könnte es durchaus möglich sein, daß bestimmte Vermögensteile einer Unternehmung für den Anteilsbesitzer einen

1) RFH-Urteil v. 25.5.1944 -III 30/43- StW 1953, 152.

2) K. BERG, Bewertung unnotierter Anteile, Köln 1953, S. 32; vgl. auch: Neues zur Bewertung von GmbH-Anteilen, in: Rundschau für GmbH 1954, S. 117.

3) F. REMMLINGER, Der Wert unnotierter Anteile, in: Rundschau für GmbH 1950, S. 71.

4) BOETTCHER, a.a.O., in: StW. 1953, Sp. 510 f.

anderen Wert haben, als dies im Einheitswert zum Ausdruck kommt. Wir denken hierbei besonders an das nicht betriebsnotwendige Vermögen, das bei der Ermittlung des Einheitswertes zu Liquidationspreisen angesetzt wurde, unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der Kapitalanlage des Anteils-käufers aber ohne Bedeutung, d.h. ohne Wert sein kann.

ELLINGER hat ein weiteres Argument für einen Abschlag vom Einheitswert vorgebracht. Er meint, daß sich die Kursbildung an der Börse bezüglich des Vermögenswertes nur nach den veröffentlichten Handelsbilanzen richten könne, für die unnotierten Anteile aber die Steuerbilanz (gemeint sein dürfte die steuerliche Vermögensaufstellung) maßgebend sei, die zu einem größeren Vermögenswert führe. Um das Niveau der Börsenkurse zu wahren, schlägt er deshalb einen Abschlag von 20 v.H. vor ¹⁾. Ob diese Vermutung richtig ist und der Abschlag gerechtfertigt, läßt sich nur durch praktische Berechnungen feststellen. Auch der in den Richtlinien zugestandene Satz von 10 v.H. entzieht sich einer wissenschaftlichen Beurteilung. Er wird bei den Interessenverbänden bestimmt auf Kritik stoßen. Das Bundesfinanzministerium hat angegeben, daß eine ganze Reihe von Berechnungen vorgenommen worden sind, die diesen Abschlag als gerechtfertigt erscheinen lassen. ²⁾ Daran ist bis zum Beweis des Gegenteils nicht zu zweifeln.

ccc) Der Einfluß der Steuerbilanz auf die Ermittlung des Vermögenswertes.

In Abschn. 2 Abs. 3 Satz 6 der Richtlinien heißt es:

"Ergibt sich hiernach (nach der Feststellung des berichtigten Einheitswertes, Vert.) ein Reinvermögen, das in ganz erheblichem Umfange von dem in der Steuerbilanz ausgewiesenen abweicht, z.B. weil darin für Betriebsgrundstücke wesentlich höhere Beträge als die Einheitswerte angesetzt sind, so kann dies unter Umständen auch bei der Berechnung des Vermögenswertes entsprechend zu berücksichtigen sein."

1) ELLINGER, a.a.O. in: Blattei-Handbuch, Abschn. IV.

2) Vgl. TROLL u. DIEDENHOFEN, a.a.O., Abschn. II. 1.

Diese unklare Bestimmung dürfte Anlaß zu einigem Streit zwischen den Gesellschaften und den Finanzämtern geben.

Grundsätzlich muß ein Vergleich mit dem in der Steuerbilanz ausgewiesenen Vermögen einfach deshalb abgelehnt werden, weil die Steuerbilanz nicht unter dem Gesichtspunkt der Vermögensermittlung aufgestellt wird. Trotzdem läßt sich ein solcher Vergleich rechtfertigen für die Bewertungspraxis, weil der Einheitswert in seiner heutigen, durch das Gesetz bestimmten Form, nicht den betriebswirtschaftlich richtigen Vermögens-Substanzwert darstellt. Das liegt in den früher aufgezeigten Fehlern, z.B. bei der Behandlung des Geschäftswertes oder der Rückstellungen begründet, aber auch im Fehlen einer einheitlichen Bewertungsnorm für sämtliche zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter. Letzteres trifft insbesondere für die in den Richtlinien erwähnten Betriebsgrundstücke zu, deren Einheitswerte grundsätzlich - und in besonderem Maße im Zeitpunkt des 31.12.1952 - nicht ihrem wahren Wert entsprechen ¹⁾, sondern erheblich darunter liegen können. Insofern dürften die Werte in der Steuerbilanz diesem richtigen Wert tatsächlich oftmals eher entsprechen.

Die Richtlinien beschränken den Vergleich jedoch nicht nur auf die Betriebsgrundstücke und anscheinend auch nicht auf eine mögliche Erhöhung des Vermögenswertes, sondern lassen auch die Möglichkeit offen, den Vermögenswert auf Grund des Vergleiches mit der Steuerbilanz niedriger anzusetzen als sich auf Grund des Einheitswertes ergibt. Eine solche Möglichkeit könnte dann in Betracht kommen, wenn größere Schuldposten, wie z.B. Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen vorhanden sind, diese aber bei der Ermittlung des Einheitswertes nicht abgezogen werden konnten. ²⁾

Wir stimmen also mit den Richtlinien darin überein, daß ein Vergleich zwischen dem in der Steuerbilanz ausgewiesenen und

1) Als richtigen oder wahren Wert verstehen wir hier immer Teilwert eines Wirtschaftsgutes.

2) Vgl. hierzu: TROLL u. DIEDENHOFEN, a.a.O., Abschn. II, 1.

dem nach Abschn. 2 Abs. 3 der Richtlinien errechneten Vermögen sinnvoll ist, soweit betriebswirtschaftliche Fehler bei der Errechnung des Einheitswertes dadurch korrigiert werden können. Unseres Erachtens muß ein solcher Vergleich jedoch auf die einzelnen Positionen der Bilanz bzw. der Vermögensaufstellung beschränkt bleiben, also z.B. auf Betriebsgrundstücke und Rückstellungen, er darf sich nicht auf den gesamten Vermögenswert, wie es die Richtlinien im Grundsatz festlegen, erstrecken. Nicht ein abweichender Vermögenswert zeigt Fehler bei der Einheitswertermittlung auf, - denn die Abweichungen können ja sehr begründet sein eben dadurch, daß in der Vermögensaufstellung andere Werte stehen müssen als in der Steuerbilanz - sondern einzelne Positionen können in der Steuerbilanz zu für die Ermittlung des Vermögens betriebswirtschaftlich richtigen Werten angesetzt sein, als dies in der Vermögensaufstellung aufgrund des Bewertungsgesetzes der Fall ist.

cc) Die Ertragsaussichten.

aaa) Allgemeines.

Die zweite Komponente für die Ermittlung des gemeinen Wertes nach dem Stuttgarter Verfahren sind die Ertragsaussichten, die als "Ertragshundertsatz" (vom Nennkapital) für die weiteren Berechnungen maßgebend sind.

Wie schon gesagt wurde, spielen die Ertragsaussichten bei dem neuen Verfahren nicht die gleiche Rolle für die Ermittlung des gemeinen Wertes der Anteile wie beim Berliner Verfahren. Sie dienen lediglich zur "Korrektur" des Vermögenswertes, während bei dem Berliner Verfahren Vermögenswert und Ertragswert in gleichem Maße bestimmten. Diese verhältnismäßig untergeordnete Rolle der Ertragsaussichten wird zur Folge haben, daß sich die Kritik in Zukunft nicht mehr so stark wie bisher mit den Fragen der richtigen Feststellung der Ertragsaussichten befassen wird.

Ermittelt werden soll, wie gesagt, ein Ertragshundertsatz vom Nennkapital, der auf den Nutzenaussichten der Aktie oder des Anteils beruht. Die Aussichten, welchen Nutzen ein Anteil in Zukunft bringen wird, sind abhängig vom zukünftigen ausschüttungsfähigen Ertrag der Gesellschaft. Diesen Ertrag versuchen die Richtlinien in Abschn. 2 Abs. 6 bis 7 zu bestimmen.

bbb) Betriebswirtschaftliche Grundlagen der Zukunftsertragsschätzung.

Ertragsaussichten einer Unternehmung können nur geschätzt, nicht errechnet werden. Eine Schätzung ist keine leicht zu lösende Aufgabe, da eine ganze Reihe von Imponderabilien nicht auszuschalten sind. Trotzdem müssen Schätzungen vorgenommen werden, und sie werden auch vorgenommen von jedem Erwerber einer Aktie oder eines Anteils. Darauf kommt es an: Man muß versuchen festzustellen, auf welche Weise normalerweise der Erwerber eines Anteils die Ertragsaussichten der Unternehmung, an der er sich beteiligen will, schätzen wird. Alle Anhaltspunkte, die er berücksichtigt, müssen auch bei der Bewertung berücksichtigt werden.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wenn wir hier eine Darstellung der gesamten betriebswirtschaftlichen Lehrmeinungen über die Frage der Schätzung des Zukunftsertrages einer Unternehmung geben wollten. Es genügt für unsere Zwecke, auf die herrschende Meinung zu verweisen. Dabei unterstellen wir, daß der Käufer eines Anteils oder einer Aktie seine Überlegungen dieser herrschenden Meinung entsprechend vornimmt.

Normalerweise legt man den Ertragserwartungen die tatsächlichen Erträge der Vergangenheit zugrunde und prüft, inwieweit diese Erträge auch in der Zukunft erwartet werden können. Die voraussehbaren und geplanten betrieblichen Geschehnisse sind dabei zu berücksichtigen, ebenso ein aus den Vergangenheitserträgen erkennbarer Trend. Ist die Wahrscheinlichkeit

des Besser- und Schlechtergehens gleich, "so ist es mathematisch durchaus richtig gedacht, daß man für die Zukunft den gleichen Fortgang des Geschäftes zugrunde legt."¹⁾ Die Vergangenheit wird somit zum Maßstab der Zukunft, jedoch muß man sich immer dessen bewußt bleiben, daß die Vergangenheit nur Schätzungshilfsmittel ist und die vergangenen Tatsachen und Geschehnisse niemals primär, sondern immer nur sekundär bestimmend sind.²⁾

Man legt den Berechnungen im allgemeinen die Betriebsergebnisse der letzten 3 bis 5 Jahre vor dem Bewertungsstichtag zugrunde und ermittelt daraus den Ertragsdurchschnitt. Dabei ist allerdings die individuelle Entwicklung eines jeden Unternehmens zu berücksichtigen, so daß sich die Zahl und die Wahl der Vergleichsjahre und ihre Auswertung letztlich nicht allgemein festlegen lassen.

Welche Gewinne sollen der Durchschnittsrechnung zugrunde gelegt werden? Wir schließen uns der Auffassung von MELLEROWICZ an, daß, da es ja in erster Linie auf die Feststellung ankomme, inwieweit der Gewinn der vergangenen Perioden eine Chance hat, auch in Zukunft erzielt zu werden, eindeutig der Gesichtspunkt der periodischen Vergleichbarkeit maßgebend ist.³⁾ Damit taucht sofort auch die Frage der Behandlung der "neutralen", außerordentlichen oder betriebsfremden Aufwendungen und Erträge auf. In der Literatur ist hierüber heftig gestritten worden. Berücksichtigen wir wieder, daß wir die Überlegungen eines Erwerbers eines Anteiles zu ergründen versuchen, dann scheint uns auch hier die Meinung von MELLEROWICZ als die zutreffendste. Er sagt wörtlich: "Es kommt allein darauf an, den nachhaltig erzielbaren Reinertrag zu berechnen, und niemand wird leugnen, daß das neutrale Ergebnis ebenso nachhaltig erzielbar sein kann wie das Betriebsergebnis."

1) E. SCHMALENBACH, Die Beteiligungsfinanzierung, 8. Aufl., Köln u. Opladen 1954, S. 37.

2) ebenda S. 37 f.

3) K. MELLEROWICZ, Der Wert der Unternehmung als Ganzes, Essen 1952, S. 58.

Es besteht also gar kein Anlaß, das eine, weil es neutral ist, abzulehnen. Sofern ein neutraler Ertrag nachhaltig erzielbar ist, ist dieser genau so den Berechnungen zugrunde zu legen wie das Betriebsergebnis. Hierauf muß also das neutrale Ergebnis geprüft werden. Darüber hinaus ist aber auch ein durchschnittliches Maß außerordentlicher Zufallsgewinne in die Berechnung einzubeziehen, da die mathematische Wahrscheinlichkeit für den Betrieb besteht, daß diese in allen Perioden entstehen. Ausgesondert müssen derartige Erträge nur insoweit werden als sie die Vergleichbarkeit der einzelnen Perioden stören."¹⁾

Es trifft wohl zu, daß der Erwerber eines Anteils versuchen wird, den "vergleichbaren" Gewinn seinen Überlegungen zugrunde zu legen, aber er muß sich doch praktisch an die Gewinnrechnungen halten, die ihm normalerweise zur Verfügung stehen. Das sind die Handels- und eventuell die Steuerbilanz, wobei hier schon gesagt werden muß, daß an der Steuerbilanz wegen ihrer besonderen steuerlichen Zwecksetzung eine ganze Reihe von Korrekturen vorgenommen werden müssen, um sie für betriebswirtschaftliche Zwecke brauchbar zu machen. Bei der Frage nach dem Ausgangspunkt für die Schätzung der Ertragsaussichten ist aber noch folgendes zu beachten: Was ist das Ziel dieser Schätzung? Letztlich doch die Ermittlung der Ertragsaussichten des Anteils - und nicht der Unternehmung. Wovon hängen aber die Ertragsaussichten des Anteils ab? Von den zukünftigen Reinerträgen der Unternehmung, von den ausschüttungsfähigen Erträgen oder von den tatsächlichen ausgeschütteten Gewinnen (Dividenden)?

In der Literatur hat man sich mit dieser Frage oft befaßt. Grundsätzlich ist dazu zu sagen, daß sie nicht für alle Kapitalgesellschaften einheitlich beantwortet werden kann. Man muß zumindest zwei Arten von Beteiligungsverhältnissen unterscheiden: Die Anteile befinden sich in einer großen Vielzahl von Händen (Streubesitz), oder sie befinden sich in der Hand von wenigen oder gar nur einem einzigen Anteilseigner. Das Einteilungskriterium kann allerdings nicht eine

1) MELLEROWICZ, a.a.O., S. 65

bestimmte Zahl sein, sondern liegt darin begründet, ob der Anteilseigner einen spürbaren Einfluß auf die Geschäftsführung der Gesellschaft hat oder nicht. Die Gesellschaft mit starkem persönlichen Einfluß der Gesellschafter hat man als "personenbezogene Gesellschaft" bezeichnet. Zu ihnen gehören insbesondere auch die sogenannten Familiengesellschaften.

Betrachten wir zunächst den sozusagen "allgemeineren" Fall des Streubesitzes. HELPENSTEIN und FRANK haben die Auffassung vertreten, daß die Dividende keinen Einfluß auf die Bewertung unnotierter Anteile haben darf. HELPENSTEIN begründet dies damit, daß Dividende auch ausgeschüttet werden kann, wenn die Unternehmung keinen Ertrag hat, nämlich aus aufgespeicherten Gewinnreserven. Hier würde die Verkehrsauffassung dazu neigen, den Anteil eher unterzubewerten, da die Ertragsaussichten gegebenenfalls mit RM 0.-- zu schätzen seien.¹⁾ FRANK meint, daß auf die Dauer gesehen auch ein Anteilsinhaber, der eine gesunde Portführung des Betriebes anstrebt, höchstens das als Gewinnausschüttungen erwarten kann, was in dem Unternehmen tatsächlich verdient wurde.²⁾ Beide Autoren wollen also eine Bewertung verhindern, die von einem höheren als dem tatsächlich erzielten Gewinn ausgeht. Insofern ist ihnen wohl zuzustimmen. Das Problem liegt heute woanders, nämlich darin, ob der Unternehmungsgewinn oder aber nicht vielmehr die niedrigeren Dividenden für den Wert des Anteils ausschlaggebend sind. ZITZLAFF vertritt die Auffassung, daß der Wert der einzelnen Aktie sowohl durch die Ertragsaussichten der Gesellschaft als auch durch die Höhe der zu erwartenden Dividenden bestimmt wird, und er meint, daß gute Ertragsaussichten der Gesellschaft auf den Wert aller Anteile einwirken, selbst wenn die Gesellschaft nur verhältnismäßig geringe Dividenden verteilt.³⁾ Wir können uns dieser Meinung nicht anschließen, denn für den normalen

1) F. HELPENSTEIN, Die Bewertung des Betriebsvermögens, Berlin 1936, S. 156 f.

2) E. FRANK, Grundsätze und Grenzen der steuerlichen Schätzung, Berlin 1938, S. 157.

3) ZITZLAFF, a.a.O. in: StW. 1950, Sp. 468; vgl. auch a.a.O. in: StW. 1949, Sp. 788.

Erwerber einer Aktie oder eines Anteils sind gute Ertragsaussichten der Gesellschaft uninteressant, wenn die Dividende davon nicht berührt werden sollte. Eine solche ungleichmäßige Entwicklung von Unternehmungs- und Anteilsertrag könnte sich nur mittelbar über eine Veränderung des Vermögenswertes auf den gemeinen Wert auswirken. Allerdings können die Ertragsaussichten der Gesellschaft einen Hinweis auf die voraussichtlichen Dividendenausschüttungen geben, und insoweit wäre ZITZLAFF zuzustimmen; aber immer nur in dem Maße, wie aus der bisherigen Dividendenpolitik der Gesellschaft oder aus entsprechenden Verlautbarungen über die zukünftige Dividendenpolitik die Auswirkungen von Ertragsänderungen auf die Gewinnausschüttungen zu erkennen sind.

Wie BECKER schon sehr früh ausführte ¹⁾, wie es später unter anderen von WALB vertreten wurde ²⁾ und heute wohl herrschende Meinung ist, sind wir der Auffassung, daß im vorliegenden Fall, also bei Steubesitz, die Ertragsaussichten des Anteils für den gemeinen Wert bestimmend sind, und diese Ertragsaussichten durch die für die Zukunft zu erwartenden Dividenden bestimmt werden.

Anders und weitaus schwieriger liegen die Verhältnisse bei den sogenannten personenbezogenen Gesellschaften. Eine umfangreiche Literatur hat sich damit beschäftigt, besonders im Anschluß an die ebenso umfangreiche Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes zu diesem Problem.

Dabei scheint uns folgendes beachtlich und nicht immer ganz klar erkannt worden zu sein: Der Zweck des Erwerbs eines Anteils an einer personenbezogenen Gesellschaft wird in den überwiegenden Fällen nicht nur eine möglichst sichere und nutzbringende Kapitalanlage sein, sondern sich mit einer Reihe anderer Motive verbinden, die sich daraus ergeben, daß der Anteilsbesitzer einen mehr oder weniger großen Einfluß

1) BECKER, Zur Bewertung von Geschäftsanteilen einer GmbH., in: StW. 1926, Sp. 643.

2) WALB, a.a.O. in: ZfHf. 1940, S. 3.

auf die Geschäftsführung der Gesellschaft ausüben kann. Diese besondere Stellung der Anteilseigner einer personenbezogenen Gesellschaft hat außerdem zur Folge, daß sie Gewinnausschüttungen unter anderen Gesichtspunkten beurteilen als der Besitzer von sich im Streubesitz befindlichen Aktien. Deshalb würde es nicht den tatsächlichen Überlegungen eines Erwerbers von Anteilen an einer personenbezogenen Kapitalgesellschaft entsprechen, würde man bei der Ermittlung des gemeinen Wertes von den tatsächlich ausgeschütteten Gewinnen ausgehen. Das Problem liegt darin, auch für diese Aktien und Anteile allgemeine Grundsätze zu finden, die den gemeinen Wert aller solcher Anteile bestimmen. Gibt es aber für diese Anteile überhaupt einen "gemeinen Wert"? Gibt es entsprechend § 10 BewG einen "gewöhnlichen Geschäftsverkehr", aus dem man den "allgemeinen" Preis ableiten könnte? Praktisch dürfte dies kaum der Fall sein, dazu sind die Anteile zu verschieden, der Markt zu heterogen, die Kaufmotive der potentiellen Erwerber zu unterschiedlich. Um dennoch zu einer brauchbaren und der Bewertung der anderen Anteile und Aktien angepaßten und entsprechenden Wertbestimmung zu kommen, muß man einen gemeinen Wert konstruieren. Man geht dabei davon aus, daß dieser Wert von Anteilen an personenbezogenen Gesellschaften im Grunde kein anderer sein kann als der der Anteile, die sich im Streubesitz befinden oder der kurshabenden Aktien.¹⁾ Daraus leitet man die Fiktion ab, daß sich der Wert aller Aktien und Anteile nach den gleichen Grundsätzen bestimmt. Dieses Vorgehen ist betriebswirtschaftlich dann zu rechtfertigen, wenn die Möglichkeit besteht, offensichtliche Fehlergebnisse, die bei einem solchen konstruierten gemeinen Wert immer möglich sind, zu korrigieren.

Leitet man also den gemeinen Wert der Anteile an personenbezogenen Gesellschaften auch aus dem Vermögenswert und den Ertragsaussichten des Anteils ab, so liegt aber auf der Hand, daß man hier bei der Bestimmung der Ertragsaussichten nicht immer von den tatsächlich ausgeschütteten Dividenden ausgehen kann. Diese Ausschüttungen sind in großem Maße von den

1) Vgl. C. BOETTCHER, Die Anteilsbewertung bei der Familiengesellschaft, in: StW. 1942, Sp. 220.

persönlichen Motiven und Überlegungen der Gesellschafter beeinflusst, sie werden also nicht unbedingt unter dem objektiven Gesichtspunkt der betriebswirtschaftlichen Ausschüttbarkeit vorgenommen, die den Ausschüttungen derjenigen Gesellschaften normalerweise zugrunde liegen, deren Aktien oder Anteile sich im Streubesitz befinden. Die ausgeschütteten Beträge geben bei den personenbezogenen Gesellschaften nicht immer einen Anhaltspunkt für die Ertragsaussichten des Anteils unter objektiven, d.h. von den Beteiligungsverhältnissen unabhängigen Gesichtspunkten. Wenn man also bei den sonstigen Gesellschaften den Ertrag der Anteile nach den ausgeschütteten Gewinnen bemisst, so muß man hier die m ö g l i c h e n Ausschüttungen der Ermittlung der Ertragsaussichten zugrunde legen.¹⁾ Man kennt diese möglichen Ausschüttungen unter der Bezeichnung "ausschüttungsfähiger Gewinn oder Ertrag".

Wie kommt man vom betriebswirtschaftlichen Gewinn zum ausschüttungsfähigen Ertrag? Das Urteil des RFH vom 25.5.1944²⁾ macht hierzu eine u.E. sehr brauchbare Feststellung. Es spricht davon, daß dem Beteiligungsbesitzer der Ertrag (und das Vermögen³⁾) nur insoweit zur Verfügung stehen", als sie nicht wirtschaftspolitisch und finanzpolitisch für die Unternehmung gebunden sind, z.B. wegen Nachholung unterbliebener Instandsetzungen, der Umstellung auf Friedensserzeugung, der Vorsorge für unvorhergesehene Rückschläge, für Sonderaufgaben, für Forschung und Entwicklung; denn Stillstand würde bei dem Unternehmen Rückschritt bedeuten." Diese umfassende Beschreibung des nicht ausschüttungsfähigen Gewinnanteiles läßt erkennen, welche Schwierigkeiten die Festsetzung exakter und allgemein gültiger Regeln über die Berechnung des ausschüttungsfähigen Ertrages mit sich bringen müssen, zumal auch die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten zur Bildung von Reserven von der allgemeinen volkswirtschaftlichen Entwicklung (z.B. auch der Entwicklung der Preise, die zu der Notwendigkeit der Bildung von sogenannten Substanzerhaltungsrücklagen führen kann) abhängig sind. Wir werden bei der Besprechung

1) Vgl. hierzu: BOETTCHER, a.a.O.: StW. 1942, Sp. 220, und: METZGER, Die Bewertung der nichtnotierten Aktien u. Anteile an Kapitalgesellschaften, in: BR. 1955, S. 93.

2) -III 30/43- StW 1953, 152.

3) Dazu wurde bereits oben S. 172 f. Stellung genommen.

des Stuttgarter Verfahrens darauf zurückkommen, wie versucht worden ist, dieses Problem praktisch zu lösen.

Wir hatten oben die Frage aufgeworfen, welche Gewinnrechnung der Erwerber einer Aktie oder eines Anteils seinen Überlegungen zugrunde legen wird. Für Anteile im Streubesitz sind, wie wir festgestellt haben, nicht der Gewinn der Unternehmung, sondern die Dividendenzahlungen maßgebend; jedoch schließt das nicht aus, daß die Gewinnrechnungen der Unternehmung Hilfsmittel der richtigen Zukunftsertragserschätzung des Anteils sein können. Wichtiger sind diese Rechnungen für die Feststellung des ausschüttungsfähigen Ertrages. Wir werden auch darauf im folgenden Abschnitt bei der Besprechung der Ermittlung der Ertragsaussichten beim Stuttgarter Verfahren zurückkommen.

ooo) Die Ermittlung der Ertragsaussichten beim Stuttgarter Verfahren.

Abschn. 2 Abs. 6 der Richtlinien sagt:

"Die Ertragsaussichten der Gesellschaft sind möglichst aus dem Durchschnitt der Jahreserträge von 1950, 1951 u. 1952 herzuleiten. Als Jahresertrag ist das Betriebsergebnis des einzelnen Jahres anzusetzen. Das ist der jeweilige körperschaftsteuerliche Gewinn zuzüglich der Einnahmen und abzüglich der Ausgaben, die auf Grund der besonderen Vorschriften des Körperschaftsteuergesetzes ausser Ansatz geblieben sind....."

Die Anteilsbewertung wird auf den 31.12.1952 vorgenommen. Drei Jahreserträge sind also der Vergangenheit entnommen, ein Vergleichsjahr liegt (für den Bewertungsstichtag) in der Zukunft.¹⁾ Gegen die Wahl der Jahre 1950-52 dürfte nichts einzuwenden sein. Sie sind von den Jahren vor dem Bewertungsstichtag die zuverlässigsten für die Beurteilung der Ertragsaussichten, wenn sie auch - absolut gesehen = vielleicht nicht in allen Fällen als "normale" Jahre angesehen werden können. Am 31.12.1952 stehen jedenfalls zur Schätzung keine "besseren" Jahre zur Verfügung. Allerdings müßten hier bereits

1) Das ist praktisch dadurch möglich, daß die Bewertung zum 31.12.1952 tatsächlich erst jetzt (1955/56) durchgeführt wird.

aus den Vergleichsgewinnen solche neutralen Erträge und Aufwendungen ausgesondert werden, die die Vergleichbarkeit stören.¹⁾ Die Einbeziehung des Jahresertrages von 1953, also eines für den Bewertungszeitpunkt schon zukünftigen Ergebnisses, ist dagegen theoretisch nicht statthaft. Der gemeine Wert eines Anteils am 31.12.1952 kann unmöglich vom tatsächlichen Ertrag des darauffolgenden Jahres abhängig sein. Unter praktischen Gesichtspunkten wird man allerdings die Einbeziehung des Jahresertrages von 1953 als gerechtfertigt ansehen können. Wahrscheinlich erreicht man damit doch eine etwas realistischere Schätzungsgrundlage, obwohl man sich natürlich darüber klar sein muß, daß dieses Vorgehen nicht ganz exakt ist.

Die Richtlinien sagen, daß der so ermittelte Durchschnittsertrag daraufhin zu prüfen ist, ob er auch in Zukunft erzielt werden kann. Gegebenenfalls soll der Ertrag für die Zukunft geschätzt werden (Abschn. 2 Abs. 7). Damit wir die im Grunde sehr rohe Methode der Durchschnittsberechnung, die, wie oben gezeigt wurde, vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus nur unter der Voraussetzung eines relativ gleichbleibenden Ertragsverlaufes angewendet werden darf, etwas aufgelockert. Sich aus dieser Methode ergebende offensichtliche Fehlrechnungen können korrigiert werden. Für die Prüfung des Durchschnittsertrages auf die Möglichkeit seiner künftigen nachhaltigen Erzielbarkeit fordert BERG, "daß die Gesellschaft in dieser Hinsicht auch die Ergebnisse aus 1954 und, soweit sie überschaubar sind, auch aus dem laufenden Jahr 1955 bzw. den darauf folgenden Jahren von sich aus in die Betrachtung einbeziehen."²⁾ Ist dies wirklich statthaft und gerechtfertigt? Der RFH hat im Urteil vom 25.5.1944³⁾ den Standpunkt vertreten, daß bei der Bewertung der Ertragsaussichten die tatsächliche Entwicklung zu berücksichtigen ist, "jedenfalls soweit sie am Stichtag erwartet werden konnte." Wir schließen

1) Vgl. S. 178 f.

2) K. BERG, Verwaltungsanordnung zur Bewertung nichtnotierter Aktien und Anteile vom 14.2.1955, in: Rundschau für GmbH 1955 S. 35.

3) -III 30/43- StW 1953, 152.

uns dieser Meinung an, allerdings mit der Einschränkung, daß wir sagen, daß die tatsächliche Entwicklung n u r soweit zu berücksichtigen ist, als sie am Stichtag erwartet werden konnte. Die tatsächlichen Zukunftserträge können also immer nur als Hilfsmittel für die Feststellung des am Stichtag von einem Anteilserwerber erwarteten Zukunftsertrages dienen. Diese Erwartungen sind maßgeblich, nicht die danach tatsächlich erzielten Erträge, beide können aber erheblich voneinander abweichen.¹⁾

Der Ermittlung des ausschüttungsfähigen Ertrags wird der körperschaftssteuerliche Gewinn, berichtigt um einige Zu- und Abschläge, zugrunde gelegt. Wir hatten festgestellt, daß der betriebswirtschaftlich richtige Gewinn zur Feststellung der Ertragsaussichten der vergleichbare Gewinn ist. Eine betriebswirtschaftlich Analyse des körperschaftsteuerlichen Gewinns würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und für die Kritik des Verfahrens keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte liefern können. Wir sind der Ansicht, daß die Handelsbilanzen der Gesellschaften eher geeignet sind, den ausschüttungsfähigen Gewinn festzustellen, da sie vorwiegend unter dynamischen Gesichtspunkten aufgestellt werden - also einen "vergleichbaren Gewinn" liefern - und da gerade der Gesichtspunkt der Ausschüttbarkeit bei der Aufstellung der Handelsbilanzen auf jeden Fall berücksichtigt wird; denn die Handelsbilanz bildet ja die Grundlage der Gewinnausschüttungen. Das hier nicht nur als Bewertungsprinzip zu verstehende Prinzip der Vorsicht, das die Handelsbilanzen bestimmt, hat auf die Gewinnausschüttungen einen großen Einfluß. Die Rücklagenbildung, die aus dem Gewinn vorgenommen wird, bestimmt r e c h n e r i s c h in der Handelsbilanz die Differenz zwischen erzieltm und ausschüttungsfähigen Gewinn.

Es ist nicht ersichtlich, was beim Stuttgarter Verfahren unter "ausschüttungsfähig" verstanden wird. Es wird lediglich

1) Vgl. hierzu: BOETTCHER, a.a.O. in: StW. 1953, Sp. 524; H. JONAS, Einige Bemerkungen zur Bestimmung der Verkehrswerte von Unternehmungen, in: ZfB. 1954, S. 25; A. FÜRNRÖHR, Stichtags-Problematik, in: StW. 1954, Sp. 273 f.

darauf abgestellt, daß keine Gesellschaft normalerweise in der Lage sei, "ihre Gewinne in vollem Umfang auszuschütten" (Abschn. 2 Abs. 7). Welche Gründe dabei anerkannt werden und welche nicht, ist daraus nicht zu entnehmen. Lediglich der allgemeine Satz von 30 % weist darauf hin, daß nicht alles, was in der Diskussion um diese Frage von der Praxis als nicht ausschüttungsfähig angesehen worden ist, berücksichtigt wurde. Sonst hätte man sehr wahrscheinlich zu einem höheren Satz von etwa 50 bis 60 % kommen müssen, wie er ja auch gelegentlich gefordert worden war. Es ist anzunehmen, daß man bei 30 % von einer "normalen" Rücklagenbildung ausging, die wirtschafts- und finanzpolitisch notwendig ist, um das Unternehmen vor Risiken zu schützen und eine dem gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Weiterentwicklung der Unternehmung zu garantieren. Nicht eingeschlossen sind dabei wohl solche Gewinnanteile, die zur Selbstfinanzierung verwendet werden, soweit sich diese durch Aktivierung im Vermögenswert niederschlagen werden. Die Richtlinien lassen die Möglichkeit offen, einen höheren Betrag als 30 % abzusetzen, wenn "der ausschüttungsfähige Ertrag künftighin durch zwangsläufige, außergewöhnliche Aufwendungen beeinträchtigt wird, die der Gesellschaft durch gesetzliche oder behördliche Auflagen erwachsen oder die erforderlich sind, um Kriegs- und Kriegsfolgeschäden zu beseitigen" (Abschn. 2 Abs. 7).

Es ist sehr schwierig, diese verhältnismäßig rohen Verfahrensbestimmungen, die Brauchbarkeit des körperschaftsteuerlichen Gewinns und insbesondere die verschiedenen Zu- und Abschläge unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zu beurteilen. Ein solches Verfahren ist auf ein vernünftiges praktisches Ergebnis abgestellt, die Kritik müßte also von diesem Ergebnis ausgehen. Das liegt aber noch nicht vor. Betriebswirtschaftliche Vorteile der Handelsbilanz werden ausgeglichen durch geringere Willkür, der die Steuerbilanz von Seiten der Bilanzierenden unterliegt. Außerdem können durch den Abzug der 30 % auch diejenigen Abschläge, die vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus zusätzlich zu den in Abschn. 2 Abs. 6 der Richtlinien vorgesehenen zu fordern wären - wie

z.B. die Berücksichtigung von Scheingewinnen - erfaßt werden. Theoretisch müßte der Abschlag von 30 % den Unterschied zwischen dem nach Abschn 2 Abs. 6 berichtigten körperschaftsteuerlichen Gewinn und dem ausschüttungsfähigen Ertrag, der sich nach Zuführung zu den Rücklagen aus dem handelsbilanzmäßigen Gewinn ergibt, umfassen. Dies deshalb, weil der ausschüttungsfähige handelsbilanzmäßige Gewinn die Dividende bestimmt, die ihrerseits den Kurswert der notierten Anteile beeinflußt. Das ist zu beachten unter dem Gesichtspunkt, daß die Bewertung der notierten und der nichtnotierten Anteile letztlich den gleichen Prinzipien entsprechen soll.

dd) Die Ermittlung des gemeinen Wertes aus
Vermögenswert und Ertragshundertsatz.

Der für die Zukunft erwartete ausschüttungsfähige Jahresertrag, bzw. bei Streubesitz die erwartete Dividende, wird mit dem Nennkapital der Gesellschaft in Beziehung gesetzt und ergibt den Ertragshundertsatz. Aus Kombination von Vermögenswert und Ertragshundertsatz wird der gemeine Wert errechnet. Dabei gehen die Richtlinien von folgenden Überlegungen aus:

Ermittelt werden soll der Betrag, den ein Käufer für den Erwerb eines Anteils aufwenden würde. Er wird dabei sowohl den Vermögenswert als auch die Ertragsaussichten beurteilen. METZGER, der offenbar beim Stuttgarter Finanzamt das Verfahren mit entwickelt hat, sagt dazu: "Diese Überlegungen eines Käufers sind für die Bewertung entscheidend. Das neue Verfahren versucht daher, die wesentlichen Faktoren für eine Preisbildung zahlenmäßig zu erfassen und zum Ausdruck zu bringen und dadurch möglichst zu einer wirklichkeitsnahen Bewertung zu kommen." ¹⁾ Bei der Beurteilung der Ertragsaussichten ist für den Käufer weniger die Verzinsung des Nennkapitals der Unternehmung interessant (Ertragshundertsatz) als viel

1) METZGER, a.a.O. in: BB. 1955, S. 95.

mehr die Rendite des Kapitals, das er zum Erwerb des Anteils aufwenden muß. Da er versuchen wird, sein Kapital möglichst günstig anzulegen, wird er die erwartete Rendite beim Kauf des Anteils mit den Zinsen vergleichen, die er erzielen würde, wenn er das Kapital auf andere Weise anlegt. "Im allgemeinen wird er nur insoweit bereit sein, einen über dem Vermögenswert liegenden Kaufpreis zu zahlen, als in einem übersehbaren Zeitraum die Erträge des Anteils den Betrag dieser Zinsen übersteigen. Er wird entsprechend weniger bezahlen, wenn die Erträge des Anteils unter diesem Betrag liegen" (Abschn. 2 Abs. 9). Es wird von einer am 31.12.1952 möglichen Verzinsung von 8 % ausgegangen und als übersehbar ein Zeitraum von 3 Jahren angenommen.

Die in den Richtlinien diesen Ausführungen folgende Berechnung ergibt sich aus diesen Grundsätzen und ist eine entsprechende, rein mathematische Ableitung des gemeinen Wertes aus Vermögenswert und Ertragshundertsatz, insofern ohne jede Problematik. Der Vollständigkeit halber soll der Wortlauf der Richtlinien hier wiedergegeben werden:

Abschn. 2 Abs. 10:

"Der gesuchte, in einem Hundertsatz ausgedrückte gemeine Wert eines Anteils (x) ergibt sich demnach aus dem in einem Hundertsatz ausgedrückten Vermögenswert des Anteils (V) - vgl. Absatz 5 - erhöht oder vermindert um den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ertragshundertsatz des Anteils, berechnet auf drei gedachte Jahre (3 E) - vgl. Absatz 8 - und der Verzinsung des aufzuwendenden Kapitals, ebenfalls berechnet auf drei gedachte Jahre. Da die Höhe des aufzuwendenden Kapitals gleich dem gesuchten gemeinen Wert ist, ist dieser letztere Hundertsatz mit $3\left(\frac{8x}{100}\right)$ in die Rechnung einzusetzen. Insgesamt ergibt sich dann folgende Gleichung:

$$x = V + 3 \left(E - \frac{8x}{100} \right).$$

Die Auflösung dieser Gleichung ergibt:

$$x = \frac{80,64}{100} (V + 3 E).$$

Der Hundertsatz von 80,64 wird zur Vereinfachung auf 80 abgerundet. Als gemeiner Wert sind also 80 v.H. der Summe (Differenz) aus Vermögenswert und dreifachem Ertragshundertsatz anzusetzen."

Die Berechnung des gemeinen Wertes aus Vermögenswert und dreifachem Ertragshundertsatz ist ohne Zweifel die wichtigste und

stärkste Veränderung des neuen Verfahrens gegenüber dem Berliner Verfahren. Hierin kommt auch am stärksten die Abkehr von den Grundsätzen der Unternehmungsbewertung zum Ausdruck. Es gibt keine Errechnung des Ertragswertes mehr, also des Wertfaktors, der nach betriebswirtschaftlicher Auffassung den Unternehmungswert am meisten beeinflusst. Der Wert der Anteile wird nicht aus dem Wert der Unternehmung abgeleitet, wie es beim Berliner Verfahren der Fall ist, sondern der Wert der Anteile wird gewissermaßen autonom errechnet und die Unternehmung, d.h. ihr Vermögen und ihre Ertragsaussichten, nur insoweit berücksichtigt, als sie auf die Wertbildung der Anteile tatsächlich einwirken. Diese Änderungen sind vom Theoretischen her zu begrüßen, sie schaffen eine betriebswirtschaftlich kaum mehr anfechtbare neue Grundlage der Anteilsbewertung. Es entspricht dem Sinn und dem Inhalt des gemeinen Wertes, daß bei seiner Schätzung von den Überlegungen eines Erwerbers ausgegangen wird. Die Schwierigkeiten, die sich daraus insofern ergeben, als diese Überlegungen nicht ohne weiteres bekannt sind, sondern nur Vermutungen darüber angestellt werden können, wie sie vernünftigerweise sein werden, müssen dabei in Kauf genommen werden. Hier muß allerdings noch kritisch eingewandt werden, daß die Richtlinien grundsätzlich einen Erwerber unterstellen, der die Aktien oder Anteile zum Zwecke der günstigen Kapitalanlage erwirbt, während wir festgestellt haben, daß bei personenbezogenen Gesellschaften andere Erwerbsmotive zusätzlich ausschlaggebend sein können.

Einen schweren Mangel des Verfahrens kann man darin erblicken, daß es für eine wirkliche Schätzung nur noch wenig Raum läßt. Der gemeine Wert wird hier errechnet. Dieser Einwand zieht allerdings nicht ganz unter praktischen Gesichtspunkten. Im Gegenteil: Es wurde schon gesagt, daß sich der große Ermessensspielraum, also die Möglichkeit zur freien Schätzung, den die VStR 1949 den Veranlagungsbeamten gelassen hatten, sehr unvorteilhaft für eine gerechte, d.h. gleichmäßige Behandlung der Gesellschaften ausgewirkt hatte. Eine Rückkehr zu strengeren Richtlinien war deshalb unumgänglich. Dieses ist überhaupt offenbar ein Charakteristikum der Anteilsbewertung, daß

theoretische Notwendigkeiten und praktische Möglichkeiten so oft nur schwer miteinander in Einklang zu bringen sind. Deshalb gibt es auch kein "ideales" Verfahren. Wichtig scheint uns jedenfalls zu sein, daß das neue Verfahren im Grunde realistischer ist als das Berliner Verfahren und daß mit ihm tatsächlich eine Reihe betriebswirtschaftlicher Forderungen erfüllt worden sind. Es läßt u.E. genügend Raum für Änderungen, wenn das Ergebnis der Bewertung nicht zufriedenstellend sein sollte, ohne daß die Grundsätze des Verfahrens geändert zu werden brauchten. Die sich dauernd verändernden wirtschaftlichen Verhältnisse werden ohnehin erfordern, daß insbesondere die verschiedenen von-Hundertsätzen bei jeder Hauptfeststellung und Hauptveranlagung daraufhin zu prüfen sind, ob sie den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen am jeweiligen Bewertungsstichtag noch entsprechen.

IV. Der Wert der Aktien und Anteile im System der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens.

1. Allgemeines.

Die folgenden Ausführungen, die sich mit der Frage der Bewertung solcher Aktien und Anteile befassen, die Wirtschaftsgüter des gewerblichen Betriebsvermögens sind, betreffen sowohl die nichtnotierten als auch diejenigen Aktien und Anteile, die einen Kurswert oder Steuerkurswert haben.

Die Ermittlung des Einheitswertes eines gewerblichen Betriebs baut auf der Bewertung der Wirtschaftsgüter mit dem Teilwert auf. Der Teilwert ist der diesem Zweck allein adäquate Wert. Er gilt nach § 66 Abs. 1 BewG grundsätzlich, d.h. sofern nichts anderes bestimmt ist, für alle Wirtschaftsgüter, die zu einem gewerblichen Betrieb gehören. Eine der Ausnahmen ist die Bewertung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen an Kapitalgesellschaften (§ 66 Abs. 3), für die § 70 gilt, der wiederum indirekt auf § 13 verweist. Somit gelten für die Bewertung der Aktien und Anteile auch dann, wenn sie zu einem gewerblichen Betrieb gehören, die "Allgemeinen Bewertungsvorschriften",

also die Bewertung zum Steuerkurswert, Kurswert oder zum gemeinen Wert. Wir wollen versuchen festzustellen, in welchem Verhältnis diese Werte zu dem für die Einheitswertermittlung allein richtigen Teilwert stehen, und ob sich aus der andersartigen Bewertung eventuell ein vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt falscher Einheitswert ergibt. Diese Beurteilung ist abhängig vom Zweck, den die Aktien oder Anteile in der Unternehmung erfüllen sollen. Unter diesem Gesichtspunkt teilen wir sie in "Wertpapiere" und "Beteiligungen" ein.

2. Die Wertpapiere.

Die Aktien und Anteile, die zum Umlaufvermögen einer Unternehmung gehören (und hier kurz als Wertpapiere bezeichnet werden), dienen in der Hauptsache als Liquiditätsreserve oder Spekulationsobjekt. Ähnlich wie der Kassenbestand oder das Postscheckguthaben haben sie keinen besonderen Wert für die Unternehmung, der sich von ihrem Wert für einen anderen Besitzer unterscheiden würde. Bei Kassenbestand oder Postscheckguthaben ist es der Nennwert, bei den Wertpapieren ihr gemeiner Wert oder ihr Kurswert, dem hier der Steuerkurs gleichgesetzt werden kann. Das bedeutet, daß für diese Wirtschaftsgüter ein besonderer Teilwert nicht möglich ist, bzw. der Teilwert mit dem Nennwert, Kurswert oder gemeinen Wert übereinstimmt. Die Bewertung dieser Aktien und Anteile entspricht also dem System der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens.

3. Die Beteiligungen.

Unter Beteiligung soll der Besitz einer solchen Mehrzahl von Aktien oder Anteilen an einer Gesellschaft verstanden werden, der es der besitzenden Unternehmung ermöglicht, einen solchen Einfluß auf diese Gesellschaft auszuüben, daß der Besitz der Aktien oder Anteile der Unternehmung einen größeren Vorteil verschafft als einem Anteilsbesitzer, der diesen Einfluß nicht ausüben kann. Sieht man eine solche Beteiligung als ein ein-

heitliches Wirtschaftsgut an, dann kann man unterstellen, daß der Teilwert dieses Wirtschaftsgutes mit der Summe der Kurs- oder gemeinen Werte der einzelnen Anteile nicht übereinstimmt, sondern darüber liegt. Allerdings ist zu beachten, daß die Obergrenze des Teilwertes durch die Wiederbeschaffungskosten bestimmt wird. Der eben aufgestellte Satz würde also nur dann Gültigkeit haben, wenn für Beteiligungen normalerweise ein höherer Betrag gezahlt würde, als die Summe der Kurs- oder gemeinen Werte der einzelnen Anteile. Dies ist so allgemein schwer zu beurteilen. Betrachtet man aber, wie gesagt, eine Beteiligung als ein einziges Wirtschaftsgut, was wirtschaftlich durchaus gerechtfertigt erscheint, dann kann man bei der Bestimmung seiner Wiederbeschaffungskosten auch davon ausgehen, daß die Beteiligung als solche und nicht durch Zusammenkauf einzelner Aktien oder Anteile erworben werden muß.

Die gemeinen Werte der nichtnotierten Aktien und Anteile werden unter der Voraussetzung ermittelt, daß sie sich nicht im Streubesitz befinden.¹⁾ Die allgemeinen Vorteile solcher Anteile gegenüber den im Streubesitz befindlichen sind hier also in gewissem Umfang bereits berücksichtigt; allerdings durch das recht rohe Verfahren, nicht von dem ausgeschütteten, sondern von dem ausschüttungsfähigen Ertrag und von einem um 10 % höheren Vermögenswert auszugehen. Bei den Kurswerten und Steuerkurswerten ist die Berücksichtigung solcher Vorteile nicht ohne weiteres gegeben, jedoch kann man darüber keine allgemeinen Angaben machen. Theoretisch entsprechen diese Werte ja dem "gemeinen Wert" nach § 10 BewG. In der Praxis wird dies allerdings nur in den wenigsten Fällen zutreffen.²⁾

1) Befindet sich ein Teil der Aktien in Streubesitz und der übrige Teil in Form von Beteiligungen in wenigen Händen oder in einer Hand, so wird der gemeine Wert der im Streubesitz befindlichen Anteile "nach den Verhältnissen der Kleinbesitzer" ermittelt und für die übrigen Anteile ein "Paketzuschlag" festgesetzt, der zu einem Wert führt, der dem im normalen Verfahren ermittelten entspricht (Abschn. 4 Abs. 2 AntBewR 1953).

2) Vgl. RPF-Urteil v. 13.4.1928 -II A 58/28- Bd. 23, 207 (210).

Wir haben bisher noch nicht die Bestimmung des § 13 Abs. 3 BewG erwähnt, wonach unter der Voraussetzung, daß wenn "der gemeine Wert einer Anzahl von Anteilen an einer Gesellschaft, die einer Person gehören, infolge besonderer Umstände (z.B. weil die Höhe der Beteiligung die Beherrschung der Gesellschaft ermöglicht) höher als der Wert (ist), der sich auf Grund der Kurswerte oder der gemeinen Werte für die einzelnen Aktien insgesamt ergibt", der "gemeine Wert der Beteiligung" maßgebend ist. Unseres Erachtens gibt es nun allerdings in diesem Sinne keinen gemeinen Wert einer Beteiligung, sondern höchstens einen Teilwert. Denn die Berücksichtigung besonderer Umstände kann ex definitione nicht zu einem "gemeinen Wert" führen. Dies war wohl auch der Grund, weshalb der RFH in seinem Urteil vom 19.4.1939 ¹⁾ festgestellt hat, daß ein Paketzuschlag (also eine wertmäßige Berücksichtigung der besonderen Umstände über den gemeinen Wert hinaus) dann nicht vorzunehmen ist, wenn der gemeine Wert durch Berücksichtigung des Betriebsvermögens und des Ertragswertes der Gesellschaft ermittelt worden ist. Der RFH hat also angenommen, daß die a l l g e m e i n e n Vorteile, die ein Aktienpaket für den Besitzer hat, bereits berücksichtigt sind. Ein Paketzuschlag ist deshalb nur dann vorzunehmen, wenn der Wert der einzelnen Anteile nach den Verhältnissen der Kleinbesitzer (Streubesitz) ermittelt wurde. Diese Regelung haben auch die neuen Richtlinien in Abschn. 4 Abs. 2 übernommen.

Damit ist jedoch das Problem der Bewertung von Aktienpaketen oder Beteiligungen nicht gelöst. Betrachtet man nämlich nun den Fall, daß eine solche Beteiligung zum gewerblichen Betriebsvermögen gehört, dann dürften sehr oft zu den "allgemeinen" Vorteilen eine Reihe besonderer Vorteile treten, die nicht die Beteiligung als solche betreffen, sondern die Beteiligung als Wirtschaftsgut gerade dieses Unternehmens. Zur Bemessung der besonderen Vorteile im Rahmen des Gesamtunternehmens steht nur der Teilwert zur Verfügung. Im Bewertungsgesetz ist jedoch keine Bestimmung enthalten, die die Bewertung von Beteiligungen

1) -III 139/38- RStBl 1939,804; vgl. auch Urteil v. 6.5.1943
-III 119/42- RStBl 1943,567.

die zu einem gewerblichen Betrieb gehören, mit dem Teilwert vorschreibt. Wenn HELPENSTEIN ¹⁾ und HOERES ²⁾ die Bewertung dieser Beteiligungen zu dem Wert fordern, den die betreffenden Beteiligungspapiere als Einheit für die besitzende Unternehmung haben, also die Bewertung zum Teilwert, dann ist dem zwar theoretisch zuzustimmen, beide Autoren verkennen aber die Bedeutung des § 13 Abs. 3 BewG, der in dieser Richtung nicht ausgelegt werden darf, weil § 13 nicht die Bewertung des gewerblichen Betriebsvermögens regelt, sondern zu den allgemeinen Bewertungsvorschriften gehört, die für alle Vermögensarten gelten, also auch für diejenigen, für die eine Bewertung zum Teilwert nicht statthaft ist.

Damit wird die Bewertung von Beteiligungen im Rahmen der Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens zu einer systemdifferenten Bewertung und muß vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus abgelehnt werden.

Wir müssen abschließend erwähnen, daß der Frage des Paketzuschlages bzw. der Bewertung von Beteiligungen, die zu einem gewerblichen Betrieb gehören, nur eine beschränkte praktische Bedeutung zukommt. § 60 BewG bestimmt nämlich, daß bei einer unmittelbaren Beteiligung einer inländischen Kapitalgesellschaft an einer anderen inländischen Kapitalgesellschaft zu mindestens 25 % und seit Beginn des Wirtschaftsjahres, das dem Feststellungszeitpunkt vorausgeht, die Beteiligung nicht zum gewerblichen Betrieb gehört. Diese Bestimmung hat natürlich eine rein steuerpolitische Zwecksetzung und hat nichts zu tun mit der richtigen Ermittlung des Einheitswertes eines gewerblichen Betriebes. Betriebswirtschaftlich ist die Zugehörigkeit einer Beteiligung zum gewerblichen Betrieb nicht von der Höhe einer solchen Beteiligung abhängig.

1) HELPENSTEIN, Bewertung des Betriebsvermögens, a.a.O., S. 159 ff.

2) HOERES, Das Aktienpaket im Steuerrecht unter besonderer Berücksichtigung des Reichsbewertungsgesetzes 34, in: Bank-Archiv 1935/36, S. 214.

ER G E B N I S

Wir wollen zum Abschluß unserer Untersuchungen über die Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens und ihre Beziehungen zur Betriebswirtschaftslehre die **w i c h t i g s t e n** Ergebnisse in einigen Leitsätzen zusammenfassen:

1. Die Einheitsbewertung ist ein Teil des "betrieblichen" Steuerrechts, auf den die Betriebswirtschaftslehre bisher fast keinen spürbaren Einfluß ausgeübt hat.
2. Im Einheitswert eines gewerblichen Betriebs soll die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zum Ausdruck kommen, die unabhängig vom erzielten Ertrag im Vermögensbesitz begründet liegt.
3. Der Betriebsvermögensbegriff des Bewertungsgesetzes ist substanzbezogen und entspricht dem betriebswirtschaftlichen Begriff des "Reinvermögens".
4. Die Abgrenzung zwischen eigenem und fremden Vermögen eines Steuerpflichtigen sollte davon abhängig sein, ob der Besitzer eines Wirtschaftsgutes durch den Besitz einen wirtschaftlichen Vorteil für sich erzielt oder erzielen kann.
5. Die Einheitsbewertung ist unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten weder "dynamisch" noch "statisch" im Sinne der Bilanztheorien. Sie muß statisch sein im Sinne der Ermittlung eines Vermögens **b e s t a n d e s**.
6. Wesentliche Anhaltspunkte für eine betriebswirtschaftliche Beurteilung der Einheitsbewertung liefern die Lehrmeinungen über die Bewertung ganzer Unternehmungen.
7. Die Bedeutung des "Bestandes" ist bei der Einheitsbewertung zu erkennen und von den Bewertungsfragen zu trennen.
8. Zu einem substanzbezogenen Betriebsvermögen gehört nicht der Geschäftswert.
9. Rückstellungen für Pensionsanwartschaften sind unter bestimmten Voraussetzungen betriebswirtschaftliche Verbindlichkeiten (Lasten) und müssen als abzugsfähige Betriebs-schulden angesehen werden.

10. Der Teilwert ist der für eine richtige Vermögenswert-
ermittlung zu dem Zweck der Vermögensbesteuerung allein
richtige Wert.

Trotz gleichen Begriffsinhaltes weichen Bedeutung und
Problematik des Teilwertes im Bewertungs- und Einkom-
mensteuergesetz voneinander ab. Deshalb kann die Be-
urteilung des Teilwertes im Zusammenhang mit der Ein-
heitsbewertung von einer Beurteilung des Teilwertes
als Wertbegriff der Steuerbilanz abweichen.

Der Teilwert ist ein objektiver Wert und nicht von der
Rentabilität der Unternehmung abhängig.

Die praktische Teilwertermittlung ist nicht durch Ver-
teilung des Gesamtkaufpreises der Unternehmung auf die
einzelnen Wirtschaftsgüter möglich. Es müssen vielmehr
die Werte (als Teilwerte) ermittelt werden, deren
Summe für einen potentiellen Erwerber der Unternehmung
Maßstab und Anhaltspunkt für die Festsetzung seines
Kaufpreises sein würden.

11. Die Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile an
Kapitalgesellschaften erfolgt nicht im Rahmen der Ein-
heitsbewertung. Sie ist das der Theorie am schwersten
zugängliche Gebiet. Es gibt keinen Markt für die zu be-
wertenden Aktien und Anteile. Die Schätzung ihres Wer-
tes beruht weitgehend auf Hypothesen. Aus praktischen
Gründen ist eine schematische Errechnung ihres gemein-
nen Wertes notwendig. Es gibt keinen einwandfreien Maß-
stab für die "Richtigkeit" der Bewertung. Das "allge-
meine Kursniveau" ist nur ein sehr rohes Hilfsmittel.

Die Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile muß
den jeweils entsprechenden wirtschaftlichen Verhältniss-
en am Bewertungsstichtag angepaßt werden.

12. Einer Angleichung der Vermögensaufstellung an die Steuerbilanz kann nicht zugestimmt werden. Wird sie aus Gründen der Vereinfachung der Steuerermittlung befürwortet, so muß man sich darüber im klaren sein, daß eine betriebswirtschaftlich befriedigende Vermögenswertermittlung zum Zwecke der Vermögensbesteuerung im engeren und weiteren Sinne, d.h. einer Besteuerung der in der Vermögenssubstanz begründeten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines gewerblichen Betriebes nicht mehr gewährleistet ist.

Schrifttumsverzeichnis

- Aufermann, Ewald Steuerverbuchungen bei bilanzierenden Einkommen- und Vermögensteuerpflichtigen, in: ZfhF. 1938, S. 481.
- Die Teilwertrechnung als Leistungsrechnung, in: Leistungswirtschaft, Festschrift für Fritz Schmidt, Berlin-Wien 1942, S. 66.
- Der Geschäftswert in der Vermögensteuer-Bilanz, in: Die Aktuelle 1947, S. 131.
- Transitorische Posten und Antizipationen, in: Die Aktuelle 1947, S. 373.
- Problematik und Kritik des Teilwerts, in: Finanz und Steuer 1947 S. 86.
- Das Ende des Teilwerts?, in: Die Aktuelle 1948, S. 409.
- Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, in: Die Handelshochschule, 3. Aufl., Bd. 5, Wiesbaden 1950.
- Auler, Wilhlem Der Unternehmungsmehr- und minderwert in der Bilanz, in: ZfB. 1927, S. 653, 727 u. 839.
- Ascher, Theodor Die Behandlung fremden Eigentums in den Handelsbilanzen, in: BFuP. 1949, S. 225.
- Die Behandlung fremden Eigentums in den Steuerbilanzen, in: BFuP. 1949, S. 417.
- Bader, Heinrich Das Wesen der versicherungstechnischen Rücklagen und ihre steuerliche Behandlung im KSt und RBewG., Diss. Leipzig 1939.
- von Balás, Karl Der Kapitalbegriff vom Gesichtspunkt der Finanzlehre und Besteuerung, in: Finanz-Archiv 1939, S. 14.
- Becker, Enno Zum Begriff der wirtschaftlichen Einheit, in: StW. 1926, Sp. 1 und 193.

Becker, Enno

Zur Bewertung von Geschäftsanteilen einer GmbH. Bewertungsfragen, in: StW. 1926, Sp. 641.

Grundfragen aus den neuen Steuergesetzen, in: StW. 1926, Sp. 887.

Grundfragen aus den neuen Steuergesetzen, Zur steuerrechtlichen Behandlung des Firmenwertes und der immateriellen Güter, in: StW. 1927 Sp. 79.

Steuerrecht und Privatrecht, in: StW 1934, Sp. 299.

Die Grundfragen der Einkommensteuer, München-Berlin 1940.

Benzinger

Bewertung von GmbH-Anteilen, in: BFuP. 1954, S. 92.

Berg, Karl

Bewertung unnotierter Anteile, Köln 1953.

Zum Meinungsstreit um die Bewertung von GmbH-Anteilen, in: Rundschau für GmbH 1954, S. 4.

Neues zur Bewertung von GmbH-Anteilen, in: Rundschau für GmbH 1954, S. 116.

Aus der Diskussion um die Bewertung von GmbH-Anteilen, in: Rundschau für GmbH 1954, S. 165.

Verwaltungsanordnung zur Bewertung Nichtnotierter Aktien und Anteile vom 14.2.1955, in: Rundschau für GmbH 1955, S. 33.

Berger, Kurt

Der funktionelle Wert der abschreibungsbedürftigen Anlagegüter, in: ZfB. 1952, S. 277.

Der funktionelle Wert und die Methoden seiner Berechnung, in: ZfB. 1952, S. 365.

Die Kreditüberwachungsprüfung unter Berücksichtigung des funktionellen Wertes, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart u. Köln 1953, S. 232.

Berliner, Manfred

Geschäftswert, Art. in Hwb. der Betriebswirtschaft, Bd. II, Stuttgart 1926, Sp. 1242.

- Beuck, W. Bewertungsgrundsätze und Bewertungsbeispiele, 2. Aufl., Berlin 1937.
- Kritik steuerlicher Bewertungs-
methoden vom betriebswirtschaftlichen
Standpunkt, in: Die Wirtschaft
unter der Steuerpolitik, Düssel-
dorf 1954, S. 157.
- Rückstellung für unterlassene Re-
paraturen, in: Rundschau für GmbH
1955, S. 125.
- Beuck, W.-Brönner, H.- Die steuerlichen Bewertungsgrund-
Kappellmann, H.-Kosanke, sätze für das kaufmännische Be-
A.-Nagel, P.G. triebsvermögen, in: Der Wirtschafts-
treuhänder 1936, S. 29.
- Binder, O. Pensionslasten bei der Vermögen-
steuer und Soforthilfe, in: Die
Wirtschaftsprüfung 1949, S. 567.
- Bloch, Eduard Das "Aktienpaket" in Wirtschaft
und Recht, in: StW. 1933, Sp. 257.
- Blumenstein, Ernst System des Steuerrechts,
Zürich 1945.
- Boesler, Felix Ertragswert und gemeiner Wert in
der deutschen Vermögensbesteuerung,
Leipzig 1925.
- Boettcher, Carl Die Anteilsbewertung bei der Fami-
liengesellschaft, in: StW. 1942,
Sp. 219.
- Pensionsverpflichtungen und Ein-
heitsbewertung, in: StW. 1949,
Sp. 471.
- Zur Reform der Ermittlung des
steuerpflichtigen Gewinn, in: StW.
1949, Sp. 951.
- Bedingte Lasten bei der Einheits-
bewertung des Betriebsvermögens,
in: StW. 1950, Sp. 401.
- Zur Bewertung unnotierter Anteile
besonders an Familiengesellschaften,
in: StW. 1953, Sp. 505.
- Bork, Heinrich Zum Problem der Bewertung unnotier-
ter Anteile an Kapitalgesellschaften
in der steuerlichen Vermögens-
erklärung, in: ZfHf. 1941, S. 66.
- Bühler, Ottmar Lehrbuch des Steuerrechts, I. Bd.:
Allgemeines Steuerrecht, Berlin 1927.

- Bühler, Ottmar Besprechung des Buches von F. Reinhardt "Buchführung, Bilanz und Steuern" Bd. 1, Berlin 1936, in: Juristische Wochenschrift 1936, S. 1650.
Soll der Teilwert verschwinden?, in: Der Betriebsberater 1948, S. 285.
Steuerrecht, Bd. I: Allgemeines Steuerrecht, Wiesbaden 1951.
Bilanz und Steuer, 5. Aufl., Berlin und Frankfurt 1952.
Steuerrecht der Gesellschaften und Konzerne, 2. Aufl., Berlin und Frankfurt 1953.
Zum Problem der Bewertung unnotierter Gesellschaftsanteile, in: Finanz-Rundschau 1953, S. 118.
- Dahmann, J. Die Bilanzierung der immateriellen Werte unter besonderer Berücksichtigung des Steuerrechts, in: ZfHf. 1930, S. 460 u. 496.
- Delp, Erwin Der Geschäftswert im Steuerrecht, Diss. Frankfurt 1948 (Maschinenschrift).
- Donandt, W. Der Abzug der Schulden aus laufend veranlagten Steuern bei der Vermögensermittlung, in: DStZ. 1938, S. 419
- Dornemann Die Behandlung der Pensionsanswartschaften bei der Einheitsbewertung, in: Finanz-Rundschau 1950, S. 65.
- Dziegalowski, Ernst Reichsbewertungsgesetz, 5. Aufl., Berlin 1936.
- Dziegalowski, Ernst
-Thümen, Georg Das Reichsbewertungsgesetz, 5. Aufl., Berlin 1940.
- Ellinger, Ludwig Die Bewertung des Betriebsvermögens, in: StW. 1947, Sp. 375.
Gedanken zur Einheitsbewertung und ihrer Durchführung, in: StW. 1947, Sp. 145.
Bewertung unnotierter Anteile, in: Der Betriebs-Berater 1948, S. 149.
Teilwert, in: DStZ. 1948, S. 85.
Die Bewertung unnotierter Anteile, in: DStZ. 1951, S. 355.
Die Ermittlung des gemeinen Wertes von unnotierten Anteilen, in: StW. 1952, Sp. 553.
Bewertung unnotierter Anteile - zu der Broschüre von Karl Berg, in: DStZ. 1953, S. 369.

- Ellinger, Ludwig
-Schug, Rudolf
-Ehlers, Alfred
- Ellinger, Ludwig
-Schug, Rudolf
-Ehlers, Alfred
- Fabisch, Ernst
-Krekeler, Otto
- Findeisen, Franz
- Findeisen-Großmann
- Fischer, Guido
- Fischer, R.
- Fluch, Kurt
- Flume, Werner
- Franck, Wilhelm
- Frank, Erich
- Friedländer, Kurt
- Fürnrohr, August
- Fuisting, B.
- Geiler, Karl
- Bewertung unnotierter Aktien und Anteile nach dem Berliner Verfahren, in: Der Betrieb 1953, S. 622.
- Einzelfragen zur Bewertung unnotierter Anteile an Kapitalgesellschaften, in: Blatteil-Handbuch Rechts- und Wirtschaftspraxis 14 StR D Bewertungsrecht II B 2 (Lfg. v. 9.4.1953).
- Die Veranlagung der Vermögensteuer für die Kalenderjahre 1949-1951, Berlin und Frankfurt 1953.
- Vermögensteuer und Einheitsbewertung, 2. Aufl., Berlin u. Frankfurt 1954.
- Kommentar zum Reichsbewertungsgesetz, Berlin 1927; 2. Aufl., Berlin 1931.
- Unternehmung und Steuer, Stuttgart 1923.
- Grundriß der Handelswissenschaft, 27. Aufl., Leipzig-Berlin 1944.
- Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 6. Aufl., Heidelberg 1952.
- Bilanzwerte, was sie sind und was sie nicht sind, Teil 1, Leipzig 1905.
- Der Status der Unternehmung, Stuttgart 1930.
- Die Bewertung unnotierter Anteile, in: Der Betrieb 1949, S. 18
- Der Begriff des Betriebsvermögens im Steuerrecht, Diss. Dresden 1939.
- Die Feststellung des gemeinen Wertes unnotierter Anteilspapiere, in: StW. 1934, Sp. 1097 u. 1315.
- Grundsätze und Grenzen der steuerlichen Schätzung, Berlin 1938.
- Schulden bei der Einheitsbewertung von Betriebsvermögen, in: StW. 1952, Sp. 409.
- Stichtagsproblematik, in StW. 1954, Sp. 265.
- Die preußischen direkten Steuern, 2. Bd.: Kommentar zum Ergänzungsteuergesetz, Berlin 1899; 4. Bd.: Grundzüge der Steuerlehre, Berlin 1902.
- Steuerrecht und Privatrecht, in: StW. 1927, Sp. 497.

- Gelhausen, Fritz Probleme der Bewertung von Unternehmen, in: Die Wirtschaftsprüfung 1948, S. 5.
- Gerstner, Paul Bilanz-Analyse, 9. Aufl., Berlin-Leipzig 1928.
- Gierschmann, Albert Einheitsbewertung, Soforthilfe und Eigenbesitzer, in: Die Aktuelle 1949, S. 542.
- Gnam, Arnulf Zum Begriff des Rechnungsabgrenzungspostens, in: Finanz-Rundschau 1954, S. 245.
Zum Begriff der Rückstellungen, in: Finanz-Rundschau 1954, S. 347.
- Gödde, Ernst Handels- und Steuerbilanz, in: StW. 1948, Sp. 299.
- Graf, Adolf Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Zürich 1950.
- Grosse, Guenther Kreditprüfung, Berlin 1935.
- Grossmann, H. Steuerliche Wertkategorien, in: VJSchrStuFinR. 1929, S. 625.
Neue Forschungsergebnisse zur theoretischen und praktischen Handhabung des Goodwill, in: ZfB. 1933, S. 447.
Die immateriellen Unternehmungswerte in steuerwirtschaftlicher Beziehung, in: ZfB. 1933, S. 724.
- Gsell, E. Betriebswirtschaftslehre, Bd. I: Die kaufmännische Unternehmung, 3. Aufl., Zürich 1946.
- Gübbels, Bernhard Pensionsanwartschaften und Soforthilfeabgabe, in: Der Betrieb 1950, S. 126.
Berücksichtigung bedingter Lasten bei der Feststellung des Einheitswertes des Betriebsvermögens, in: Finanz-Rundschau 1951, S. 82 und Finanz-Rundschau 1952, S. 7.
Zur Einheitsbewertung des Betriebsvermögens, in: Finanz-Rundschau 1952, S. 50.
Pensionslasten und bedingte Lasten bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens, in: Probleme des Finanz- und Steuerrechts, Festschrift für Ottmar Bühler, Köln 1954, S. 49.
- Gürsching Berücksichtigung bedingter Lasten bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens, in: DSTz. 1951, S. 361.

- Gürsching, Lorenz
-Stenger, Alfons
Gutenberg, Erich
- Haberkorn, Wolfgang
- Haberland, Max
- Haefner, W.
- Hagest, Karl
- Haider, (Ludwig)
-Engel, (Reinhold)
-Dürschke, (Alfons)
- Hartmann, Bernhard
- Hasenack, Wilhelm
- Haver
- Hax, Karl
- v. Heckel, Max
- Helpenstein, Franz
- Hensel, Albert
- Hoeres
- Bewertungsgesetz Vermögensteuergesetz, Köln 1953.
- Geschäftswert, Art. in: Hwb. d. Betriebswirtschaft, 2. Aufl., 1. Bd., Stuttgart 1938, Sp. 2040.
- Die Bewertung von Erfindungen, Patenten und Lizenzen in der Handels- und Steuerbilanz, Diss. Frankfurt 1949 (Maschinenschrift).
- Zur Frage des gemeinen Wertes von unnotierten Aktien und GmbH-Anteilen, in: ZfhF. 1936, S. 150.
- Die wirtschaftliche Einheit als Bewertungseinheit, in: DStZ. 1935, S. 1190.
- Die Ermittlung des Wertes von Unternehmungen, in: Die Wirtschaftsprüfung 1950, S. 193.
- Bewertungsgesetz und Bodenschätzungsgesetz, 3. Aufl., München-Berlin 1954.
- Zur Praxis der Unternehmungswert-Ermittlung, in: Aktuelle Betriebswirtschaft, Festschrift für Konrad Mellerowicz, Berlin 1952, S. 178.
- Buchhaltung und Abschluß, Essen 1954.
- Der Teilwert in der Handels- und Steuerbilanz, in: Industrie und Steuer 1936, S. 159.
- Die Gesamtbewertung von Unternehmungen, in: Betriebswirtschaftliche Beiträge, 2. Lfg. 1948, S. 36.
- Vermögenssteuer, Art. in: Wörterbuch d. Volkswirtschaft, 3. Aufl., 2. Bd., Jena 1911, S. 1171.
- Der Teilwert der steuerlichen Erfolgsbilanz in der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes, in: VjSchrftStuFinR. 1931, S. 565.
- Die Bewertung des Betriebsvermögens nach dem neuen Reichsbewertungsgesetz, Berlin 1936.
- Steuerrecht, Berlin 1924; 3. Aufl. Berlin 1933,
- Die Behandlung von Forderungen und Schulden bei der Einheitsbewertung und Vermögenssteuer, in: Bank-Archiv 1935/36, S. 101.

- Hoeres Das Aktienpaket im Steuerrecht unter besonderer Berücksichtigung des Reichsbewertungsgesetzes 34, in: Bank-Archiv 1935/36, S. 210.
- Hoffmann, Fritz Grundsätze der mengen- und wertmäßigen Abgrenzung des Begriffs "kf. Betriebsvermögen" im Einkommen- und Vermögensteuerrecht, Diss. Frankfurt 1934.
Zum Teilwertbegriff, in: StW. 1947, Sp. 517.
Bilanzierungsfragen in der Rechtsprechung des OFH., in: Die Wirtschaftsprüfung 1949, S. 72.
- Hübschmann, Walter Kommentar zur Reichsabgabenordnung und den Nebengesetzen, Köln (ab 1951), (Loseblattform).
- Jeske, Gustav Betriebswirtschaftliche Bilanztheorien und Steuerbilanzen, Diss. Frankfurt 1927.
- Jonas, H. Einige Bemerkungen zur Bestimmung des Verkehrswertes von Unternehmungen, in: ZfB. 1954, S. 18.
Die Bestimmung des zukünftigen Reinertrages bei der Unternehmungsbewertung, in: ZfB. 1954, S. 168.
Scheinprobleme bei der Bestimmung des Unternehmungswertes, in: Die Wirtschaftsprüfung 1954, S. 531.
Zur gutachtlichen Methodik bei der Unternehmungsbewertung, in: ZfB. 1955, S. 271.
- Jost, Theodor Die steuerliche Bewertung von Beteiligungen, Diss. Frankfurt 1938.
- Jüngling, Hanne Der Teilwert im Rahmen der steuerlichen Wertbegriffe, in: StW. 1947, Sp. 657.
Bewertung unnotierter Anteile an Kapitalgesellschaften, in: Der Betriebsberater 1948, S. 101.
- Jurgeleit Die Bewertung der nicht notierten Aktien und Anteile nach den Anteilswertungsrichtlinien 1953, in: Finanz-Rundschau 1955, S. 325.
- Käfer Betriebsrechnung, Zürich 1943.
- Kapp Zurechnung im Steuerrecht, in: DStZ, 1942, S. 525.

- Klein, Josef Der Abzug von Schulden aus laufend
veranlagten Steuern bei der Vermö-
gensermittlung und der steuerlichen
Erfolgsbilanz, in: StW. 1940, Sp.777
- Köhler, Wilhlem Die wirtschaftliche Einheit als Be-
wertungseinheit im Steuerrecht,
Diss. Heidelberg 1940.
- Koffka, Paul Gemeiner Wert und Teilwert, in:
Industrie und Steuer 1938 Teil 1,
S. 169.
- Kolbe, Kurt Gesamtwert und Geschäftswert der
Unternehmung, Köln und Opladen 1954.
- Kosiol, Erich Einheitsbilanz oder Bilanzanglei-
chung?, in: StW. 1949, Sp. 123.
Bilanzreform und Einheitsbilanz,
2. Aufl., Berlin-Stuttgart 1949.
Betriebswirtschaftliche Gesichts-
punkte zum Bilanzsteuerrecht, in:
ZfB. 1952, S. 265.
- Kovero, J. Die Bewertung der Vermögensgegen-
stände in den Jahresbilanzen der
privaten Unternehmungen, Berlin 1912.
- Kratz Rücklagen, Rückstellungen und Wert-
berichtigungsposten, in:
DStZ. 1936, S. 1235.
- Krause, A. Grundsätze ordnungsmäßiger Bilan-
zierung für Pensionsverpflichtungen,
Leipzig 1935.
- Krekeler, Otto Ermittlung des gemeinen Wertes von
unnotierten Aktien, GmbH-Anteilen
und Genußscheinen und das Verfahren
bei der Einheitsbewertung auf den
1. Januar 1935, in: DStZ. 1935, S. 1494
Reichsbewertungsgesetz, 5. Aufl.,
Berlin 1942,
- Kremer, Johannes Zur Bedeutung der Teilwertidee, in:
Neue Betriebswirtschaft 1951, S. 105.
- Kühn, Rolf Reichsabgabenordnung, 2. Aufl.,
Stuttgart 1950.
- Kummer, Herbert Teilwert abnutzbarer Anlagegüter,
in: DStZ. 1938, S. 832.

Der Betriebsbestehenswert unter be-
sonderer Berücksichtigung des Verlags-
wertes und des Verlagsrechts,
in: DStZ. 1939, S. 85.

- Kunze, Walter Pensionsanwartschaften bei der Einheitsbewertung, in: DStZ. 1954, S. 169.
- Labus Rückstellungen für Pensionsanwartschaften bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens, in: Der Betriebsberater 1954, S. 123.
- Le Coutre, Walter Vermögen, Art. in: Hwb.d.Betriebswirtschaft, 2. Aufl., 2. Bd., Stuttgart 1939, Sp. 2050.
Grundzüge der Bilanzkunde, Teil 1, 4. Aufl., Wolfenbüttel 1949.
- Lehmann, M.R. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2. Aufl., Meisenheim 1949.
Allgemeine Grundsätze für die Bewertung ganzer Unternehmungen, in: ZfB. 1954. S. 65.
Theorie der Ertragswert-Ermittlung im Rahmen der Unternehmungsbewertung, in: ZfB. 1954. S. 465.
- Leißle, Fritz Der betriebliche Geschäftswert und seine Bedeutung im Wirtschafts- und Steuerrecht, in: StW. 1953, Sp. 641.
- Leitner, Friedrich Wirtschaftslehre der Unternehmung, 5. Aufl., Berlin-Leipzig 1926.
Bilanztechnik und Bilanzkritik, 8./9. Aufl., Berlin-Leipzig 1932.
- Lewalter, Horst Die Antizipationen in der Ertrags- und Vermögenssteuerbilanz, Diss. Frankfurt 1949 (Maschinenschrift).
- Liebisch, Arnold Steuerrecht und Privatrecht, Köln 1933.
- Lion, Max Das Bilanzsteuerrecht, Berlin 1922; 2. Aufl., Berlin 1923.
Die Bewertung des Geschäftswertes, Goodwill, Kundschaft, Firmenwert, Verlagswert, in: StW. 1925. Sp. 725.
Die Bewertung unnotierter Aktien und GmbH-Anteile, in: DStZ. 1925, Sp. 497.
- Littmann, Eberhard Der Steuerliche Gewinnbegriff im Lichte statischer und dynamischer Bilanzauffassung, in: StW. 1948, Sp. 617.
Das Treuhandverhältnis im Steuerrecht, in: Der Betrieb 1948, S. 418.

- Littmann, Eberhard** Die Unmöglichkeit der steuerlichen Teilwertidee, in: Neue Betriebswirtschaft 1951, S. 26.
Der Geschäftswert in Handels- und Steuerbilanz, in: Neue Betriebswirtschaft 1951, S. 65.
- Löbel, G.** Der ideelle Geschäftswert vom betriebswirtschaftlichen, handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Standpunkt, Diss. Frankfurt 1933.
- Lohmann, Ernst** Das Kapital als steuerliche Bemessungsgrundlage, in: Die Unternehmung im Markt, Festschrift für Wilhelm Rieger, Stuttgart u. Köln 1953, S. 136.
- Lohmann, Martin** Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Tübingen 1949.
Die Bewertung unnotierter Anteile an Kapitalgesellschaften, insbesondere ihre rechnerischen Grenzen, in: Der Wirtschaftsprüfer 1950, S. 257.
- Maedel, Walter** Das Reichsbewertungsgesetz, Berlin-Wien 1940.
- Mayer** Einheitliche Bilanzterminologie, in: ZfB. 1931, S. 561 u. 633.
- Meithner, Karl** Das Kapital in der Bilanz, in: Die Bilanzen der Unternehmungen, I. Bd., Berlin-Wien 1933.
- Mellerowicz, Konrad** Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 5. Aufl., Berlin 1948.
Wert und Wertung im Betrieb, Essen 1952.
Der Wert der Unternehmung als Ganzes, Essen 1952.
Zur Problematik der Bewertung des Unternehmungsganzen, in: Die Wirtschaftsprüfung 1953, S. 199.
Zur Frage der Bewertung von Unternehmungen als Ganzes, in: Die Wirtschaftsprüfung 1955, S. 54.
- Merker, Kurt** Die Behandlung der Pensionsverpflichtungen kaufmännischer Unternehmen im Vermögensteuerrecht, in: Der praktische Betriebswirt 1937, S. 589.
- Metz** Das wirtschaftliche Eigentum im Deutschen Steuerrecht, in: Bank-Archiv 1936/37, S. 566.

- Metzger** Zur Bewertung unnotierter Anteile an Kapitalgesellschaften, in: Der Betriebsberater 1953, S. 704.
Die Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile an Kapitalgesellschaften, in: Der Betriebsberater 1955, S. 92.
- Mirre, Ludwig** Der Teilwert, in: DStZ. 1927. Sp.292.
- Mohr, Heinz** Bilanz und immaterielle Werte, Berlin und Wien 1927.
Einheitswert und Firmenwert gewerblicher Betriebe, in ZfB. 1927, S. 55.
- Moll, Bruno** Probleme der Finanzwissenschaft, Leipzig 1924.
Lehrbuch der Finanzwissenschaft, Berlin 1930.
- Mosmann, Harald** Das Eigentum und seine steuerliche Bedeutung, in: Die Aktuelle 1948, S. 219.
- Nicklisch, Heinrich** Betriebswirtschaft, 7. Aufl., Stuttgart 1932,
Betriebsvermögen, Art. in: Hwb. d. Betriebswirtschaft, 1. Bd., Stuttgart 1926, So. 1124.
- Oermann** Teilwert nach § 6 des EStG und Einheitswert, in DStZ. 1936, S. 669.
Die Behandlung von Erfindungen und Lizenzen nach dem Reichsbewertungsgesetz, in: DStZ. 1938, S. 621.
- Osbahr, Wilhelm** Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung, 3. Aufl., Berlin-Leipzig 1923.
- Ott** Treuhandeigentum in Steuerrecht und insbesondere bei der Grunderwerbsteuer, in: StW. 1936, Sp. 145.
- Passow, Richard** Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen, Bd. I: Allgemeiner Teil, 2. Aufl., Leipzig-Berlin 1918.
- Prion, W.** Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb, 2. Buch: Der Wirtschaftsbetrieb als Wirtschaft (Unternehmung), Berlin 1935.
- Raasch, Karl** Die Krise des Teilwertgedankens, in: ZfB. 1950, S. 358.

- Rechtmann, Eduard Die Behandlung des Geschäftswertes der Unternehmung in der Bilanz, in: ZfhF. 1926, S. 101 u. 158.
- Rehm, Hermann Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m.b.H., München 1903; 2. Aufl. München, Berlin u. Leipzig 1914,
- Reinhard, Walter Betriebswirtschaftliche Betrachtung des steuerrechtlichen Vermögens- und Kapitalbegriffes, Bern 1949.
- Reinhardt, Fritz Buchführung, Bilanz und Steuern, Bd. 1, Berlin-Wien 1943.
- Remmlinger, Franz Der Wert unnotierter Anteile, in: Rundschau für GmbH 1950, S.70.
- Riewald, Alfred Reichsabgabeordnung und Steueranpassungsgesetz, Berlin 1941.
- RöBle, Karl Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2. Aufl., München 1951.
- Rössler Bewertung von nicht notierten Aktien und Anteile, in: DStZ. 1953. S. 242.
- Rudolph, Karl Wesen und Bedeutung der Rückstellungen, Diss. Frankfurt 1941.
- Schäfer, Erich Die Unternehmung, Bd. 1, Köln u. Opladen 1949.
- Schaer, Friedrich Johann Buchhaltung und Bilanz, 6. Aufl., Berlin 1832.
- Schandalik Behandlung von Pensionsanwartschaften bei der Vermögensfeststellung, in: Der Betriebsberater 1956, S. 39.
- Scheffler, Hermann Ueber Bilanzen, in: Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft 1879, Bd. II, S. 1.
- Scheffler Zur Begriffsbildung von Vermögen und Kapital, in: ZfB. 1928, S. 761.
- Schilling, Heinz Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen, unter Berücksichtigung des Handels- und Steuerrechts, Diss. Frankfurt 1936.
- Schillinger Über den Teilwert, in: DStZ. 1936. S. 1050.
- Schmalenbach, Eugen Die Werte von Anlagen und Unternehmungen in der Schätzungstechnik, in: ZfhF. 1917/18, S. 1.

- Schmalenbach, Eugen
Theoretische Studie über den gemeinen Wert, in: ZfhF. 1917/18, S. 129.
Finanzierungen, 6. Aufl., Leipzig 1937; Beteiligungsfinanzierung, 7. Auflage, Köln-Opladen 1949; 8. Aufl. Köln-Opladen 1954.
Dynamische Bilanz, 11. Aufl., Köln u. Opladen 1953.
- Schmidt, Fritz
Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, in: Die Handelshochschule, 3. Aufl., Bd. 2, Wiesbaden o.J.
Die organische Tageswertbilanz, (4. Aufl.), Wiesbaden 1951.
- Schmidt, Johannes
Der Firmenwert, Diss. Leipzig 1947, (Maschinenschrift).
- Schmitt-Degenhardt, Hubert
Die Vermögenssteuer, Berlin 1941; 2. Aufl. Stuttgart 1953.
- Schmitt-Degenhardt, H. -Gruss, Heinrich
Grundriß des Bewertungsgesetzes, Stuttgart 1950.
- Schnettler, Albert
Die Bewertung von Betrieben nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. in: Die Wirtschaftsprüfung 1948, S.13.
- Schnick, Else
Werte und Wertanschauung im Steuerrecht, in: ZfhF. 1923, S. 81 u. 161.
- Schubert, Alfred
 Andreas
Der Gemeine Wert, Berlin-Wien 1925.
Berechnung des Geschäftswertes, in: ZfB. 1927, S. 609.
- Schulz, Max
Wirtschaftliche Einheit und Gesamtbewertung, in: VjSchrFStuFinR. 1931, S. 237.
- Schweitzer, R.
Kapital, Art. in: Hwb. d. Betriebswirtschaft, 3. Bd., Stuttgart 1927, Sp. 464.
- Senf
Der "Teilwert" (§§ 19, 20 EStG), in: Mitteilungen der Steuerstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie 1930, S. 4.
- Sidlo, Josef
Das Verhältnis von Steuerbilanz und Vermögensaufstellung hinsichtlich der Bewertung, Köln 1949.
- Simon, Herman Veit
Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien, 3. Auf., Berlin 1899.

- Stammler, R. Eigentum und Besitz, Art. in: Hwb. d. Staatswissenschaften, 4. Aufl., 3. Bd., Jena 1926, S. 332.
- Staub, Hermann Kommentar zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch, Berlin 1893.
- Steinhardt, Rolf Bewertungsgesetz, 2. Aufl., Stuttgart u. Köln 1953.
- Stelling, Walter Das wirtschaftliche Eigentum im Steuerrecht, in: VjSchrStuFinR. 1933, S. 159.
- Strutz, Georg Kommentar zum Kriegssteuergesetz, Berlin 1917.
- Die Wirtschaftliche Einheit, in: Die steuerliche Bewertung des Vermögens, herausgegeb. von F. Haußmann u.a. Berl. 1922.
- Handbuch des Reichssteuerrechtes, 3. Aufl., Berlin-Wien 1927.
- Thal, Alfred Die Besteuerung der immateriellen Wirtschaftsgüter, in: Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht 1948, S. 197 u. 215.
- Thomä, K. E. Das Unternehmen als wirtschaftliche Einheit im deutschen Vermögensteuerrecht, in: VjSchrStuFinR. 1927, S. 307.
- Thoms, Walter Die Bewertung des Vermögens, in: Die Bilanzen der Unternehmungen, herausgegeben von Karl Meithner, 1. Bd., Berlin-Wien 1933, S. 192.
- Thümen Berücksichtigung von Steuerschulden bei der Vermögensteuer, in: Industrie und Steuer 1936, S. 123.
- Röhvermögen, Schulden und Rücklagen bei der Einheitsbewertung, in: DStZ. 1935, S. 1305.
- Tilemann, Dieter Die Heranziehung fiktiver Werte zur Vermögensteuer, in: Der Betrieb 1955, S. 128 u. 200.
- Tittel, Herbert Firmenwert und Stille Reserven beim Ausscheiden von Teilhabern aus Personengesellschaften, in: BFuP. 1949, S. 69 u. 166.
- Todt, Friedrich William Dynamische oder statische Vermögensbewertung in der Steuer, Diss. Jena 1934.
- Töndury, H.-Gsell, E. Finanzierung, Zürich 1948.

- Troll, M
Schwebende Geschäfte bei der Vermögensteuer, in DStZ. 1955, S. 33.
Die Behandlung der Preisdifferenzrücklage bei der Vermögensteuer, in: DStZ. 1955, S. 235.
- Troll, M.
-Diedenhofen, H.
Neue Richtlinien über die Bewertung nichtnotierter Aktien und Anteile, in: Der Betrieb 1955, Beilage 2.
- Uhlich
Die Pensionsverpflichtungen bei der Vermögensbesteuerung, in: Der Betriebsberater 1952, S. 140.
Die Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile, in: Der Betriebsberater 1952, S. 854.
Die Bewertung der nichtnotierten Aktien und Anteile, in: DStZ. 1955, S. 49.
- van der Velde, Kurt
Die Bewertung von Beteiligungen, in: Steuerberater-Jahrbuch 1952, Köln 1952, S. 233.
Einheitsbewertung des Betriebsvermögens und Betriebswirtschaftslehre, in: ZfhF. 1954, S. 273.
- Veiel, Otto
Organschaft und wirtschaftliche Einheit bei der Einheitsbewertung, in: StW. 1940, Sp. 665.
Betriebswirtschaftslehre und Einheitsbewertung, in: StW. 1941, Sp. 1
Der Teilwertbegriff bei Betriebsanlagegütern und die kaufmännische Erfolgsrechnung, in: StW. 1944, Sp. 397.
- Viel, Jakob
Probleme der Bestimmung des Unternehmungswertes, in: Die Wirtschaftsprüfung 1954, S. 241.
Die Ermittlung des Sach- und Ertragswertes bei der Unternehmungsbewertung, in: Die Wirtschaftsprüfung 1954 S. 364.
- Vogt, Fritz Johs.
Teilwert überlebt?, in: Der Wirtschaftsprüfer 1952, S. 62.
Teilwert und wirtschaftliche Einheit, in: Der Betriebsberater 1952, S. 112.
Bilanztaktik, 4. Aufl., Heidelberg 1955.

- Wagelaar, Hermann
Inwieweit sind Pensionsverpflichtungen bei der Vermögensteuer abzugsfähige Verbindlichkeiten, in: Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht 1949, S. 175.
- Walb, Ernst
Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, Berlin-Wien 1926.
Betrachtungen über Wertarten und stille Reserven im Zusammenhang mit der Frage der Bewertung von Unternehmungen und Unternehmungsteilen sowie der Gesellschafterabfindung, in: ZfHf. 1940, S. 1.
- Walther, Alfred
Einführung in die Wirtschaftslehre der Unternehmung, 1. Bd.: Der Betrieb, Zürich 1947; 2. Bd.: Die Unternehmung, Zürich 1951.
- Weddingen, Walter
Allgemeine Finanzwissenschaft, 3. Aufl., Bamberg 1949.
- Weidmann, Ernst
Bilanzkunde und Bilanzrecht, 3. Aufl., Zürich 1948.
- Weisensee, Carl
Immaterielle Wirtschaftsgüter, in: DStZ. 1936, S. 951.
- Weßner
Die Bewertungsmaßstäbe des RBewG., in: DStZ. 1940, S. 112.
- Wirckau
Pacht und Einheitsbewertung, in: StW. 1937, Sp. 971.
- Wünschmann
Die Bedeutung des Bestandes im Vermögensteuerrecht, in: StW. 1933, Sp. 537.
- Zintzen, H.
Die vermögensteuerliche Bewertung von Wertpapieren und Beteiligungen, in: Finanz-Rundschau 1952, S. 330.
Die vermögensteuerliche Bewertung von nicht notierten Aktien und Anteilen, in: Rundschau für GmbH 1955, S. 188.
- Zitzlaff, Franz
Teilwert, in: StW. 1938, Sp. 549
Nochmals der Teilwert, in: StW. 1939, Sp. 977.
Die Entstehung des Teilwerbegriffes, in: StW. 1941, Sp. 193.

Zitzlaff, Franz

Die Teilwertabschreibung bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, insbesondere denen des § 131 Abs. 1 A II 1 bis 4 AktG., in: Finanz-Rundschau 1947, S. 85.

Zur Teilwertfrage besonders bei Anlagegütern, in: StW. 1949, Sp. 33.

Zur Bewertung unnotierter Anteile an einer Kapitalgesellschaft, in: StW. 1949, Sp. 783.

Nochmals zur Teilwertfrage, in: StW. 1949, Sp. 871.

Pensionsverpflichtungen bei der Einheitsbewertung, in: StW. 1950, Sp. 441.

Nochmals zur Bewertung unnotierter Anteile an einer Kapitalgesellschaft, in: StW. 1950, Sp. 465.

Die Bewertung unnotierter Aktien und Anteile nach dem Berliner Verfahren, in: Der Betrieb 1953, S. 300.

Zubrod, Hugo

Der Teilwertgedanke im Steuerrecht vom Standpunkt betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, Diss. Frankfurt 1933.

o. V.

Gutachten: Das halbierte Berliner Verfahren, in: Der Betriebsberater 1947, S. 243.

Lebenslauf

Ich wurde am 26. Juli 1930 als Sohn des Rechtsanwaltes und Notars Dr. Alfred Becker und seiner Ehefrau Annemarie, geb. Fertig, in Hanau a/M geboren. Von Ostern 1936 bis Herbst 1941 besuchte ich die Stadtschule in Schlüchtern und wurde dann in die Ulrich von Hutten-Schule (staatliche real-gymnasiale Aufbauschule) in Schlüchtern aufgenommen. Am 28. September 1948 legte ich an dieser Schule die Reifeprüfung ab.

Am 15. Oktober 1948 trat ich als kaufmännischer Lehrling in die Schlüchterner Seifenfabrik E. Heinlein, Schlüchtern, ein. Nach zweijähriger Lehrzeit bestand ich am 30. September 1950 vor der Industrie- und Handelskammer Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern die Kaufmannsgehilfenprüfung.

Im Winter-Semester 1950/51 begann ich das Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Marburg/Lahn. Im Sommer-Semester 1952 studierte ich an der Universität Innsbruck (Österreich) und vom Winter-Semester 1952/53 ab an der Universität Frankfurt am Main. Während der Semesterferien arbeitete ich als kfm. Angestellter in meiner Lehrfirma und in den Firmen Chr. Gerhäuser Marmorwerke KG, Altengronau, Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt-Höchst und Verlag Neue Presse GmbH, Frankfurt.

Am 22. Mai 1954 bestand ich an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt am Main die kaufmännische Diplom-Prüfung mit "gut".

Während meines Studiums an der Universität Frankfurt besuchte ich insbesondere die Vorlesungen, Übungen und Seminare von Privatdozent Dr. Dr. Dornemann, Professor Dr. H. Koch, Professor Dr. Hax und Professor Dr. Sauermann.

